



Erhard Lucas

MÄRZREVOLUTION 1920

**Band 2 Der bewaffnete Aufstand
in seiner Struktur**

Erhard Lucas

Märzrevolution 1920

Band 2

*Der bewaffnete Arbeiteraufstand im Ruhrgebiet
in seiner Struktur und in seinem
Verhältnis zu den Klassenkämpfen in den
verschiedenen Regionen des Reiches*

Verlag Roter Stern

Band 1

Vom Generalstreik gegen den Militärputsch zum bewaffneten Arbeiteraufstand

Band 3

Verhandlungsversuche und deren Scheitern; Gegenstrategien von Regierung und Militär; die Niederlage der Aufstandsbewegung; der weiße Terror

Inhalt

<i>Vorbemerkung</i>	5
<i>1. Kapitel: Die Kampf- und Herrschaftsorganisation der siegreichen Arbeiter im Ruhrgebiet</i>	7
1. Die Herrschaft der Vollzugsräte	8
a) Vorrangige Maßnahmen zur Sicherung der neuen Verhältnisse	9
b) Weiterreichende Maßnahmen und die Ansätze einer neuen Gesellschaftsordnung	31
2. Die Rote Armee	63
<i>2. Kapitel: Fortdauer der Militärdiktatur und politische Auseinandersetzungen in Berlin nach dem Scheitern des Putsches</i>	96
1. Das Militär nach dem Putsch	97
2. Gewerkschaften, Parteien und Regierung	103
3. Fortsetzung und Ende des Generalstreiks	122
<i>3. Die Abwehrbewegung gegen den Kapp-Putsch in den verschiedenen Regionen des Reiches</i>	132
1. Ostdeutschland	132
2. Nord-, West- und Süddeutschland	147
3. Mitteldeutschland	162
<i>4. Kapitel: Der Kampf um Dinslaken und Wesel</i>	178
<i>Nachträge und Korrekturen zur 2. Auflage</i>	191
Zu den Anmerkungen (Abkürzungen und Zitierweise)	195
Anmerkungen	197
Nachträge zu den Anmerkungen	227
Quellen- und Literaturverzeichnis	228
Register	

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Lucas, Erhard:

Märzrevolution 1920 [neunzehnhundertzwanzig] /

Erhard Lucas. — Frankfurt am Main: Roter Stern.

Bd. 2. Der bewaffnete Arbeiteraufstand im Ruhrgebiet

in seiner Struktur und in seinem Verhältnis zu den

Klassenkämpfen in den verschiedenen Regionen des Reiches. —

2. verb. Aufl. 1983. —

ISBN 3-87877-064-2

Copyright © 1973, 1983 Verlag Roter Stern, Postfach 180147, D-6000 Frankfurt am Main. Alle Rechte vorbehalten. Printed in W. Germany. Bitte fordern Sie unseren kostenlosen Almanach mit Kalendarium und dem Gesamtverzeichnis an!

Aus der Vorbemerkung zur 1. Auflage

Für zweierlei bin ich dem Leser Rechenschaft schuldig: dafür, daß dieser Band, für 1971 angekündigt, erst jetzt erscheint, und dafür, daß er die Untersuchung des Arbeiteraufstands im Ruhrgebiet nicht abschließt, sondern daß ihm noch ein dritter Band folgen soll. Im 1. Band wurden die Vorgänge in Berlin nur abrißhaft dargestellt, das Geschehen in den verschiedenen anderen Regionen des Reiches blieb überhaupt außerhalb der Betrachtung. Bei der Fortsetzung der Arbeit wurde mir allmählich deutlich, daß dieses Verfahren unvermeidlich zu einer Verzerrung der Perspektive führen würde. Das Geschehen außerhalb des Ruhrgebietes mußte also in die Untersuchung einbezogen werden. Für die Analyse der politischen Auseinandersetzungen in Berlin nach dem Scheitern des Kapp-Putsches — die von heutigen Verhältnissen her besonderes Interesse beanspruchen können — war ein weiteres Quellenstudium notwendig; für die Klassenkämpfe in den verschiedenen Regionen des Reiches war vor allem eine umfangreiche in der DDR erschienene Literatur aufzuarbeiten . . .

Eschbach bei Freiburg, im Januar 1973

Zur Neuauflage

Im Anschluß an den unveränderten Text der Erstauflage (ab S. 191) mache ich eine Reihe von Ergänzungen und Korrekturen, die wichtigste davon in Aufnahme der Kritik von Klaus Theweleit in „Männerphantasten“. Weggefallen ist ein Erinnerungsbericht von Albert Nohl (Gummersbach) über den Kampf der Arbeiter gegen den Militärputsch im Oberbergischen Land, ferner Ergänzungen zum 1. Band und eine kurze Auseinandersetzung mit den Reaktionen auf den 1. Band. Die Gründe sind ebendort genannt. Der Erinnerungsbericht von Albert Nohl müßte in einem Sammelband mit anderen Berichten von Teilnehmern und Augenzeugen — von denen es inzwischen eine ganze Reihe gibt — seinen Platz finden.

Oldenburg, im Juli 1979

E.L.

1. Kapitel

Die Kampf- und Herrschaftsorganisation der siegreichen Arbeiter im Ruhrgebiet

„Die Greuelthaten wurden um so schlimmer, je mehr die große Masse der [roten] Truppen es verstand, sich den Zügeln der Führer zu entwinden... Wutentfachte Leidenschaften, tierische Instinkte gewannen die Oberhand. Weiber wurden zu Furien. Die Gefängnisse und Zuchthäuser wurden geöffnet und Hunderte und Tausende von Verbrechern auf die Menschheit losgelassen. Der ganze Janbägel des Bezirks gesellte sich ihnen zu. In zahlreichen Ortschaften wurden die öffentlichen Kassen besetzt und große Summen Geldes als Löhnung für die rote Truppe erpreßt. Unsicherheit und Unordnung nahm in erschreckendem Maße zu.“

Ein DVP-Abgeordneter am 28. April 1920 im preußischen Landtag über die rote Herrschaft im Ruhrgebiet (Sitzungsberichte, Band 9, Sp. 11 180).

Das ganze Ruhrgebiet in der Hand der Arbeiter, Reichswehr und Sicherheitspolizei überall vertrieben, das Bürgertum entwaffnet — das war das Ergebnis einer Woche von Straßenkämpfen, die wir im 1. Band beschrieben haben.

Was machten die Arbeiter aus ihrem Sieg? Diese Frage soll im folgenden Kapitel beantwortet werden, und zwar in zwei Abschnitten unter folgenden Unterfragen:

1. Wie befestigten die Arbeiter ihre Herrschaft, und was geschah unter ihrer Herrschaft?
2. Wie organisierten sich die bewaffneten Arbeiter, die sogenannte „Rote Armee“?

1. Die Herrschaft der Vollzugsräte

Im 1. Band war an vielen Stellen die Rede von örtlichen „Aktionausschüssen“: im 3. Kapitel haben wir an mehreren Fällen modellhaft gezeigt, wie sie auf die Nachrichten vom Putsch in Berlin von den verschiedenen Arbeiterorganisationen gebildet wurden; im 4. und 6. Kapitel, wie sie in einer Reihe von Städten (Hagen, Bochum usw.) den Kampf gegen den Putsch organisierten. Es ist selbstverständlich, daß die Aktionsausschüsse überall dort, wo die Arbeiter Reichswehr und Sipo geschlagen oder vertrieben hatten, einen großen Machtzuwachs erhielten und wichtige kommunale und staatliche Hoheitsrechte in Anspruch nahmen. Außerlich fand das darin seinen Ausdruck, daß die Ausschüsse sich fast überall in „Vollzugsräte“ oder (seltener) in „Vollzugsausschüsse“ umbenannten.

Diese Veränderung führte in einer Reihe von Fällen zu einer Änderung der Zusammensetzung: zu einer Erweiterung oder Verschiebung nach links. In wenigen Fällen wurde der Vollzugsrat auch gänzlich neu gebildet. Das wichtigste Beispiel ist Essen, wo die Bündnisverhandlungen zwischen SPD und Linken gescheitert waren und die SPD einen Ausschuß mit der bürgerlichen Mitte gebildet hatte (I, Seite 130-136); nach dem Sieg der Arbeiter bildeten USP und KPD den örtlichen Vollzugsrat.

So sehen wir, als schließlich überall Reichswehr und Sipo geschlagen oder vertrieben sind, das ganze Ruhrgebiet unter der Herrschaft der örtlichen Vollzugsräte. Am 25. März geben sich die Vollzugsräte eine organisatorische Spitze: den „Zentralrat“ in Essen.

Die Maßnahmen, die Vollzugsräte und Zentralrat ergriffen, sollen nun im einzelnen untersucht werden. Wir teilen sie ein in solche, die unmittelbar notwendig waren — sei es zur Führung des Kampfes, sei es zur Stabilisierung der neuen Ordnung —, und solche, die weiterreichende Ansätze enthielten und in denen sich eine neue Gesellschaftsordnung andeutete. Die leitende Frage ist: Die alte bürgerliche Ordnung war zusammengebrochen — was trat an ihre Stelle? Wir gehen im wesentlichen systematisch — d. h. nicht chronologisch und auch nicht nach Orten gegliedert — vor, indem wir nacheinander die gesellschaftlichen Bereiche und Institutionen untersuchen, die von Veränderungen erfaßt wurden; auf diese Weise wird sich allmählich ein Bild von der inneren Struktur des Arbeiteraufstandes ergeben. Bei der Reihenfolge können wir uns jedoch nicht an der Bedeutung der untersuchten Bereiche und Institutionen orientieren, sondern müssen uns in gewissem Maße dem historischen Geschehen anpassen. Veränderungen in den Betrieben etwa — um ein wichtiges Beispiel zu nehmen — werden erst relativ spät behandelt, da sie nur sehr zögernd in Angriff genommen wurden; die Stellung der Vollzugsräte zu den Banken soll überhaupt erst im zweiten Abschnitt über die „Rote Armee“ dargestellt werden, da Eingriffe in das Bankwesen keineswegs geplant waren, sondern die Notwendigkeit dazu sich erst durch die Anforderungen des bewaffneten Kampfes ergab. — Zwischenergebnisse werden jeweils sofort formuliert, so daß sich allmählich die Analyse abrundet. Dabei werden einerseits die Schranken des Arbeiteraufstandes deutlich werden; andererseits aber wird

sich eine überraschende Fülle von Maßnahmen zeigen, die die Arbeiter in der kurzen ihnen zur Verfügung stehenden Zeit in die Wege leiteten.

a) Vorrangige Maßnahmen zur Sicherung der neuen Verhältnisse

Eine der ersten Aufgaben der Vollzugsräte bestand darin, die Bewaffnung der Arbeiter unter Kontrolle zu bringen und zu regeln. Das Problem ist uns schon einmal begegnet: in Bochum, wo nach der Eroberung des Gewehrwarens die Gewehre zum Teil regellos verteilt wurden und wo der Arbeiterrat daraufhin verfügte, alle Waffen müßten wieder abgegeben werden; sie sollten dann an zuverlässige Arbeiter verteilt werden, die mindestens seit einem Jahr Mitglied einer Arbeiterpartei oder einer Gewerkschaft waren (I, Seite 158). — Bei den bewaffneten Arbeitern sind zwei große Gruppen zu unterscheiden. Einmal diejenigen, die Reichswehr und Sipo von Stadt zu Stadt verfolgten und schließlich die lange Front entlang der Lippe einnahmen; sie entzogen sich sehr schnell der Kontrolle der örtlichen Vollzugsräte und entwickelten unter den Bedingungen der Bürgerkriegsführung eine selbständige Organisation. Die andere Gruppe waren Arbeiter, die an der Verfolgung von Reichswehr und Sipo nicht teilnahmen, sondern in ihren Wohn- und Arbeitsorten zurückblieben, um dort Sicherungsaufgaben zu übernehmen; sie unterstanden der Leitung der örtlichen Vollzugsräte. Die erste Gruppe wurde damals im allgemeinen „Rote Armee“ genannt, die zweite „Arbeiterwehren“ bzw. „Volkswehren“.

Bei der *Bildung der Arbeiterwehren* forderte der Vollzugsrat öffentlich zur Meldung auf. Unter den sich Meldenden wählte dann eine Kommission des Vollzugsrats aus, und zwar vor allem nach vier Kriterien:

1. militärische Ausbildung (in Hervest-Dorsten z. B. von mindestens einjähriger Dauer); sie sollte sicherstellen, daß der Betreffende überhaupt mit der Waffe umzugehen verstand;
 2. ein Mindestalter, das örtlich unterschiedlich festgesetzt wurde (z. B. in Buer auf 24 Jahre, in Hervest-Dorsten auf 21, in Remscheid auf 18 Jahre);
 3. persönliche Zuverlässigkeit, um den Mißbrauch der Waffe zur Verschaffung persönlicher Vorteile auszuschließen (so wurde z. B. in Buer der Nachweis eines Arbeitsverhältnisses verlangt, um Schieber und ähnliche Typen aus der Wehr fernzuhalten);
 4. sozialistische Überzeugung, Klassenbewußtsein.¹
- Der letzte Punkt war natürlich die größten Probleme auf. Im allgemeinen mußte die politische oder gewerkschaftliche Organisation nachgewiesen werden: in Remscheid und Recklinghausen in einer der drei Arbeiterparteien, in Essen in der USP oder KPD (entsprechend der Zusammensetzung des Vollzugsrats); in Bodum

genügte die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft; in den Zentren der Syndikalistik — so in Dortmund — verschaffte auch das Mitgliedsbuch der „Freien Vereinigung“ Zugang zur Wehr.² Nicht überall mußte die geforderte Mitgliedschaft schon seit einiger Zeit bestanden haben, wie wir es aus Bochum kennen. In Recklinghausen z. B. traten viele Arbeiter erst unmittelbar vor der Meldung zur Wehr in eine der drei Arbeiterparteien ein und wurden mit dem frischen Mitgliedsbuch aufgenommen.³ In einem solchen Fall wurde natürlich die gewünschte Kontrolle über die politische Einstellung nicht erreicht.

Die Stärke der Arbeiterwehren wurde von den Vollzugsräten vielfach erst nach einigen Tagen des Übergangs endgültig festgesetzt. So wurden z. B. in Buer ab dem 18. März, als sich die Kämpfe in die Nähe der Stadt zogen und dann die Stadt zum wichtigen Durchgangspunkt für die Rote Armee wurde, rund 200 Arbeiter bewaffnet; in der folgenden Woche wurde ihre Zahl wieder auf unter 80 gesenkt.⁴ 80 Mann stark war die Arbeiterwehr von Bottrop;⁵ das dürfte die durchschnittliche Stärke in Städten dieser Größenordnung gewesen sein. In Lünen patrouillierten 40 bewaffnete Arbeiter, in Dorsten 22, während die Arbeiterwehr von Düsseldorf zeitweilig bis 1.400 Mann umfaßte.⁶

So war es wie im November 1918: bewaffnete Arbeiter patrouillierten durch die Straßen, in Gang und Haltung betont un militärisch im Gegensatz zum gewohnten Bild der Polizei. Am Arm trugen sie einfarbige — meist rote — Armbinden, vielfach mit dem Aufdruck „Arbeiterwehr X“ (Name des Ortes); in Remscheid hatte man ein radikales Symbol gewählt: außer dem Aufdruck zeigten die Binden einen roten Stern auf weißem Grund.⁷ Nur eins war anders als im November 1918: damals hatten die Arbeitersicherheitsposten das Gewehr mit dem Lauf nach unten getragen — ein Ausdruck der pazifistischen Stimmung „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit dem Militarismus!“; jetzt, nachdem sich erwiesen hatte, daß der Militarismus ohne Waffengewalt nicht zu beseitigen war, waren die Läufe nach oben gerichtet.

Es war für die Vollzugsräte selbstverständlich, daß die Mitglieder der Arbeiterwehren für ihre Tätigkeit entschädigt werden mußten. Auch das war wie 1918. Damals jedoch hatte der Militärfiskus gezahlt, und zwar weil die Heeresorganisation von Soldatenräten durchsetzt war, die auch die Sicherheitswehren aus Mannschaften des sich auflösenden Heeres organisierten. Jetzt war an Gelder vom Militärfiskus natürlich nicht mehr zu denken. Woher also das Geld nehmen? Diesmal kamen die Arbeiter, die die Wehren bildeten, nicht mehr vom Militär, sondern aus den Betrieben. Das führte den Vollzugsrat Mülheim zu folgender Verordnung vom 25. März, die am nächsten Tage vom Vollzugsrat Oberhausen übernommen wurde:

„Alle... für die Sache der Revolution... tätigen Arbeiter und Angestellten [sind] bis auf weiteres von denjenigen Arbeitgebern zu entlöhen, bei denen sie zu Beginn des Generalstreiks in Arbeit standen.“ Innen „ist derjenige Lohn zu zahlen, den sie bisher verdienten; sie nehmen selbstverständlich an eventuellen Lohn-erhöhungen teil... Diejenigen Arbeiter und Angestellten, welche die... Entlohnung oder Entschädigung wegen Stellenlosigkeit gegen einen Arbeitgeber nicht geltend machen können, erhalten dieselbe von der Stadtkasse gezahlt.“⁸

In Hagen forderte der Aktionsausschuß, daß der „Durchschnittsverdienst der letzten Woche“ weitergezahlt werden solle.⁹ In einer Vereinbarung mit dem Märktischen Arbeitgeberverband wurde diese Forderung auch durchgesetzt, zunächst für eine Woche. Die kleinen Unternehmer erklärten allerdings, sie könnten diese Kosten nicht tragen; für sie sprang die Stadtkasse ein.¹⁰ In Remscheid wurde vereinbart, einheitlich einen Stundenlohn von 4 Mark zugrunde zu legen, also 32 Mark pro Tag zu zahlen.¹¹ In den meisten Orten liefen die Verhandlungen jedoch nicht so glatt. In Essen weigerten sich zunächst alle Unternehmer außer Krupp, die Löhne weiterzuzahlen, mit dem Argument, das würde ihren „wirtschaftlichen Zusammenbruch bedeuten“. Als der Vollzugsrat erklärte, dann könne er für die öffentliche Sicherheit nicht mehr garantieren, wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen mit dem Ergebnis, daß die Unternehmer zahlten, bis auf die kleinen, für die wie in Hagen die Stadtverwaltung einsprang.¹² In Kamen wünschten die Unternehmer, daß auch die Kaufleute und Gewerbetreibenden herangezogen würden. In einer Konferenz zeigten sich die Betroffenen höchst unlustig, so daß eine eingesezte Kommission nur freiwillige Zahlungen erreichen konnte; das Ergebnis war entsprechend unbefriedigend.¹³ Vor dem Widerstand der Unternehmer kapitulierte der Vollzugsrat Dortmund teilweise, der Vollzugsrat Lünen vollständig; so mußten in beiden Städten die Stadtkassen erhebliche Summen auszahlen.¹⁴ Viele Vollzugsräte, so z. B. in Buer und Bottrop, gingen von vornherein den Weg des geringeren Widerstandes, indem sie die Unternehmer gar nicht erst ansdrieben, sondern die Gelder (40 Mark pro Mann und Tag) gleich von der Stadtkasse anforderten (was mit Sicherheit eines Tages zu höheren Steuern führen mußte).¹⁵ Dagegen richtete sich eine Verordnung des Zentralrates Essen vom 27. März, die für „die großen Unternehmen“ Weiterzahlung der Löhne festsetzte und bestimmte: „Eventuell haben die örtlichen Vollzugsräte die Lohnzahlungen zu erzwingen.“¹⁶ Unter Berufung auf diese Verordnung ging z. B. am 1. April der Vollzugsrat Hattingen vor und erzwang die fälligen Zahlungen.¹⁷ In Asseln bei Dortmund dagegen sperrte sich auch jetzt noch die Direktion einer Zeche. Daraufhin begann der örtliche Aktionsausschuß am 30. März, Kohlen aus dem Vorratssturm der Zeche zu verkaufen. Bis zum Nachmittag waren 14 000 Mark vereinnahmt, mit denen die Arbeiterwehr bezahlt wurde.¹⁸ Nicht überall allerdings nahmen sich die Vollzugsräte energisch der Sache an. So wurde die Wehr von Niederraden von der Amtsverwaltung Unna-Kamen an die Zechendirektionen, von diesen zurück an die Amtsverwaltung verwiesen und so fort. Selbsthilfe wurde von der Wehr zwar angedroht, aber nicht mehr verwirklicht.¹⁹

Was hier vor allem auffällt, ist die relativ weiche Haltung gegenüber den Unternehmern. Ein Grund dafür ist vermutlich, daß die Arbeiter erst in der Aktion merkten, wie stark sie waren. Sicherlich spielte aber auch das grundsätzliche Zögern der Arbeiterführer hinein, Maßnahmen gegen die Herrschaft des Kapitals einzuleiten; dieser Punkt wird später noch eingehend zu behandeln sein. Die Schwierigkeiten, für die Mitglieder der Arbeiterwehren eine Entschädigung sicherzustellen, hatte das Hagener USP-Blatt frühzeitig vorausgesehen; es hatte deshalb die Genossen in den einzelnen Gemeinden aufgefordert, keine „zu großen Wehren“ zu bilden, und weiter vorgeschlagen: „Je nach der Gefahrenzone können

[die Mitglieder der] Wehren in größerer Zahl, in kleinen Orten alle, ihrem Beruf nachgehen, nur bei Notfällen werden sie alarmiert.“²⁰ In Remscheid rief das Aktionskomitee nach der Vertreibung von Reichswehr und Sipo auf zur Bildung einer „ständigen aktiven Wehr“ und einer „Reserve, die nur in der Stunde der Gefahr aufgeboten wird.“²¹ Um die finanziellen Schwierigkeiten noch weiter zu vermindern, verfielen viele Vollzugsräte auf einen Ausweg: die teilweise Wiederbeschäftigung der kommunalen Polizei, für die ja in den Gemeindehaushalten Gelder vorgesehen waren. Dieser Gedanke lag umso näher, als in dem Maße, in dem sich das Kampfgeschehen aus dem Industriegebiet heraus verlagerte, die Aufgaben der Arbeiterwehren sich auf polizeiliche Tätigkeiten reduzierten. Bedenklich daran war, daß die Polizei seit jeher in Krisensituationen und offenen Klassenauseinandersetzungen als Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klassen eingesetzt worden war und so auch jetzt wieder in einer Reihe von Städten Demonstrationen unterdrückt oder an der Seite von Reichswehr und Sipo gekämpft hatte. Was das bedeutete, erfuhr der Vollzugsrat von Duisburg, als er am 23. März beschloß, die Polizei wieder Dienst tun zu lassen, und zwar bewaffnet, allerdings ohne den bisher üblichen Karabiner;²² als am nächsten Morgen die ersten bewaffneten Polizisten auf den Straßen erschienen, wurden sie von patrouillierenden Arbeitern entwapfnet.²³ Ähnlich in Dortmund, wo der Vollzugsrat am 20. März von Mitgliedern der Arbeiterwehr gezwungen wurde, die Wiederezulassung bewaffneter Polizei noch am selben Tag zu widerrufen.²⁴ Der Dortmunder Vollzugsrat machte etwas später einen neuen Versuch, indem er ab dem 26. März die „älteren erfahrenen Beamten“ wieder „Innendienst“ (d. h. Bürodienst) tun ließ.²⁵ Das fand keinen Widerstand. In Essen ließ der Vollzugsrat die Polizei ab dem 27. März wieder Ordnungsdienst tun, und zwar in Uniform, jedoch ohne Waffen.²⁶ Im Gegensatz dazu beschloß der Vollzugsrat Mülheim am 27. März, die Polizei nur in Zivil wieder zum Straßendienst zuzulassen.²⁷

Anders gingen die Aktionsausschüsse von Barmen und Elberfeld vor; sie nutzten den Sieg der Arbeiter für personalpolitische Veränderungen. Sie setzten die Polizeizeuzernenten der beiden Städte ab, die dafür verantwortlich waren, daß die Polizei an der Seite der Reichswehr gegen die Arbeiter eingesetzt worden war, und ernannten Nachfolger. In Barmen war das der USP-Stadtverordnete Kunze, von Beruf Bürogehilfe; in Elberfeld der Polizeikommissar Will, der vor einiger Zeit in Remscheid von den drei Arbeiterparteien zum Polizeinspektor gewählt, dort aber noch nicht bestätigt worden war. Im übrigen verfuhrten die beiden Aktionsausschüsse sehr unterschiedlich. In Barmen wurde die gesamte Polizei bis auf weiteres ihres Dienstes enthoben und durch die Arbeiterwehr ersetzt; an die Spitze der 7 Polizeibezirke traten Arbeiter als „Volks-Polizeikommissare“. Der Elberfelder Aktionsausschuß demgegenüber begnügte sich damit, dem neuen Polizeizeuzernenten einen Beirat aus den drei Arbeiterparteien beizugeben, der die Polizei von den Elementen säubern sollte, die bisher „versteckt oder offen gegen die Arbeiter gearbeitet hätten“.²⁸

Von vornherein anders lagen die Verhältnisse in den Orten, in denen es nicht zu Kämpfen gekommen war: hier wurde die Polizei nach dem Abzug von Reichswehr und Sipo nicht entwapfnet, sondern nur durch eine Arbeiterwehr ergänzt. Konkret

bedeutete das, daß die Polizisten auf ihren Patrouillengängen von bewaffneten Arbeitern begleitet, also kontrolliert wurden. (Beispiele: Recklinghausen, Sterkrade, Vohwinkel)²⁹

*

Der Bewaffnung der Arbeiter (Rote Armee und Arbeiterwehren) entsprach die *Entwapfung der Bourgeoisie*. Alle Vollzugsräte erließen Aufrufe zur Abgabe von Waffen und Munition, gerichtet vor allem an die Mitglieder der Einwohnerwehren.³⁰ Um in diesem Punkt auf jeden Fall sicherzugehen, schrieb der Zentralrat den Vollzugsräten den Erlaß eines solchen Aufrufs noch einmal verbindlich vor. Dabei nahm er einen Gedanken auf, den bisher nur der Vollzugsrat Dortmund gehabt hatte: auch alle Waffenscheine, die nicht von den Vollzugsräten ausgestellt waren, abliefern zu lassen.³¹ — Viele Vollzugsräte, die den Eindruck hatten, daß sich auch nach den gesetzten Terminen noch Waffen und Munition in der Hand von Personen außerhalb der Arbeiterwehren befänden, wiederholten ihre erste Aufforderung, der Vollzugsrat Essen z. B. noch einmal am 31. März.³² In diesen Wiederholungsaufrufen wurde in drei Städten die Todesstrafe für Hinterziehung von Waffen und Munition angedroht: in Mülheim und Marl generell, in Recklinghausen für schwere Fälle; ³³ jedoch ist kein Fall bekannt, in dem diese Drohung ausgeführt worden wäre. — Nach Ablauf der gesetzten Fristen wurden Hausdurchsuchungen nach Waffen gemacht. Dabei kam es in Essen zu Mißständen. Wiederholt wurden Personen auch dann verhaftet, wenn bei ihnen keine Waffen gefunden wurden (unter dem Verdacht sonstiger konterrevolutionärer Betätigung); in einem Falle raubten vier Bewaffnete, die am späten Abend des 20. März unter dem Vorwand, nach Waffen suchen zu wollen, in eine Wohnung eindringen, Schmuck- und Wertsachen. So ordnete der Vollzugsrat an, daß Hausdurchsuchungen in Zukunft ausschließlich der Suche nach Waffen zu gelten und daß sie nur zwischen 9 und 18 Uhr stattzufinden hätten.³⁴

Gegenüber der Bourgeoisie waren die Vollzugsräte auch daran interessiert, die fehlere Unterdrückung der Arbeiter durch namentlich bekannte Konterrevolutionäre zu untersuchen. Die *Verhaftungen* erfolgten gleich in den ersten Tagen. Verhaftet wurden vor allem Mitglieder der Einwohnerwehren, so in Essen und Mülheim; ³⁵ in Remscheid Mitglieder des Zeitfreiwilligen-Korps, das sich so besonders brutal am Kampf gegen die Arbeiter beteiligt hatte (I, Seite 258, 261).³⁶ In Hagen waren, die in Hauptmann Lichtschlags Kommandeurkiste gefunden worden waren (Seite 200).³⁷ Drei Punkte sind für einen Vergleich mit dem späteren Terror der Reichswehr festzuhalten.

Auffällig ist zum einen die insgesamt sehr geringe Zahl von Verhaftungen. In den meisten Städten wurde offenbar überhaupt niemand verhaftet, obwohl sicherlich überall alte „Rechnungen“ zu begleichen gewesen wären. Dort, wo verhaftet wurde, fanden sich die Vollzugsräte schnell zu Zugeständnissen bereit. Als z. B. in Mülheim die Direktion der Maschinenfabrik Thyssen beim Vollzugsrat dagegen protestierte, daß leitende Angestellte der Firma, die der Einwohnerwehr

angehört hatten, verhaftet worden waren, antwortete der Vollzugsrat, er wolle in Zukunft vor einer Verhaftung die Anschuldigungen mit der Direktion durchsprechen und prüfen.³⁸ In Essen sagte der Vollzugsrat am 22. März der Stadtverwaltung zu, in Zukunft Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und dergleichen Begehren die Freigabe von Verhafteten in Zusammenarbeit mit einem städtischen Beigeordneten zu regeln.³⁹ Das alles stand in stärkstem Widerspruch zu den Gerüchten, die im Bürgertum kursierten. Am 20. März erließ der Vollzugsrat Dortmund folgende Bekanntmachung (Bekanntmachungen desselben Inhalts sind aus Essen, Hagen und Mülheim überliefert):

*„Gerüchte, wonach der Vollzugsrat Verhaftungen jeglicher Art beabsichtigt, sind unbegründet. Ebenso haben Angehörige der früheren Bürger- und Sicherheitswehr, sowie die Polizei keinen Grund zur Beunruhigung; es droht ihnen keine Gefährdung.“*⁴⁰

Doch sprachen solche Gerüchte offenbar eine zu tiefe Wahrheit über die eigene Praxis des Bürgertums unter seiner Herrschaft aus, als daß sie mit Fakten und Dementis aus der Welt geschafft werden konnten. Am 23. März wurde in Mülheim das Gerücht verbreitet, die Mitglieder der früheren Einwohnerwehr „würden verhaftet bzw. zwangsweise eingezogen und ... zur Front der Roten Armee geschickt.“⁴¹ Hier offenbarte das Bürgertum, welche Auffassung es selbst vom Militär hatte und welche Funktion im Klassenkampf das Militär während des Weltkriegs gehabt hatte, wo mißliebige Arbeiter in der Tat an die Front geschickt worden waren. Schade, daß der Vollzugsrat Mülheim wiederum nur mit einem trockenen Dementi antwortete⁴² und nicht in einer sarkastischen Glosse fragte, wie die Arbeiter das, was da gerüchelt wurde, erwarteten, wohl realisierten sollten! Der zweite Punkt, der festzuhalten ist: Im ganzen Ruhrgebiet wurden nur zwei Verhaftete während des Abtransports bei einem Fluchtversuch erschossen. Beide Fälle ereigneten sich in Mülheim. Am 20. März zog ein verhafteter ehemaliger Vizefeldwebel des Freikorps Schulz plötzlich eine Pistole, schoß auf seine Bewacher und floh; einer der Bewacher schoß ihn nieder. Beim zweiten Fall, der sich am 21. März ereignete, handelte es sich um einen 19jährigen, früher Mitglied eines nicht näher genannten Reichswehr-Regiments. In beiden Fällen steht der Fluchtversuch selbst zweifelsfrei fest.⁴³ Das muß man gegen die — gelegentlich offen eingestandene — Methode der Reichswehr halten, die willkürliche Erschießung von Arbeitern in eine „Erschießung auf der Flucht“ umzulügen.

Drittens ist die kurze Dauer der Haft hervorzuheben. In Mülheim z.B. wurden die leitenden Angestellten der Maschinenfabrik Thyssen, Mitglieder der früheren Einwohnerwehr, meist nach wenigen Stunden wieder freigelassen.⁴⁴ In Essen gab der Vollzugsrat schon am dritten Tag seiner Herrschaft die „unverzügliche“ Freilassung der verhafteten Mitglieder der Einwohnerwehr bekannt.⁴⁵ Die längste Haftzeit betrug eine Woche: in Remscheid begann der Aktionsausschuß am 25. März, die verhafteten Mitglieder des Zeitfreiwilligen-Korps freizulassen, und kündigte dabei an, sie würden „für die Versorgung der Familien der gefallenen Revolutionskämpfer ... in erster Linie herangezogen.“⁴⁶

Natürlich war es dem Bürgertum gegenüber nicht mit Entwarnung und vorübergehenden Verhaftungen getan. Tausende von Fäden liefen von den Nutznießern und Anhängern der alten Ordnung zu den Zentren der Konterrevolution außerhalb des Ruhrgebiets. Zwar ließ sich nicht mehr klären, ob die Batterie Hasenclever in Wetter auf telefonische Bitte eines Fabrikanten erschienen war (1. Seite 163), aber am 14. März z. B. war in Herne ein Telegramm abgefangen worden, in dem der Generaldirektor der Zeche „Mont-Cenis“ in Sodingen das Wehrkreis-kommando Münster um Entsendung von Truppen bat.⁴⁷ In erster Linie galt es also, den *Telefon- und Telegrafverkehr zu kontrollieren*, und zwar nicht nur das öffentliche Netz, sondern auch das der Eisenbahndienststellen.⁴⁸ Wie das im einzelnen geschah, darüber sind wir in einem Fall, nämlich Essen, genauer unterrichtet. Der 30jährige Walter Sinibaldi, Schwachstromtechniker, beschäftigt im Spezialbetrieb für Fernsprech- und Signalbau bei Krupp, wurde vom Vollzugsrat mit der Überwachung des Fernsprech- und Telegrafenamts im ersten Stock der Hauptpost beauftragt. Mit sechs Mann machte er sich an die Arbeit. Er richtete im Amt ein eigenes Büro ein. Die Beamten wurden bei der Arbeit überwacht, alle verdächtigen Gespräche mußten sie sofort den Überwachungsleuten übergeben. Unter dem Dach der Hauptpost befand sich die Funkstation. Hier wurden die Funkprüche der Reichswehr aufgefangen. — Alles Verdächtige wurde von den verschiedenen Kontrolleuren gesammelt und regelmäßig am Abend dem Vollzugsrat auf den Tisch gelegt — jedesmal ein ansehnlicher Stapel. — Eins wurde sehr schnell klar: man plante, die Arbeiter des Ruhrgebiets auszuhungern. Mit nicht sehr komplizierten Deckwörtern — „Klaviers“ z. B. bedeuteten Kartoffeln — wurde mitgeteilt, was alles an Lebensmitteln nicht geliefert würde, was an bestimmte Kreise geschmuggelt werden sollte usw.⁴⁹

Die Kontrolle des Telefonnetzes war jedoch nicht vollständig. Der Essener Oberbürgermeister Luther berichtet in seinen Erinnerungen, es sei „gelungen, bevor die Revolutionäre das Postamt ganz in der Hand hatten, eine besondere Leitung abzuzweigen und mit der von der Stadtmitte abgelegenen Wohnung des Beigeordneten Helm in Verbindung zu bringen.“ Über diese Leitung stand Luther in ständiger Verbindung mit Berlin.⁵⁰ Der Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, v. Wedelstaedt, verfügte über eine ähnliche Leitung.⁵¹ Auch den Eisenbahndienststellen gelang es (vor allem nachts), unbewachte Telefongespräche miteinander zu führen.⁵² In Düsseldorf machte der Vollzugsrat offenbar nicht einmal den Versuch, die Telefonverbindungen des Regierungspräsidiums zu kontrollieren oder zu unterbrechen. Dabei war dies die wichtigste Staatsbehörde, die im Machtbereich der Aufstandsbewegung lag (die Regierungspräsidien von Arnsberg und Münster waren außer Reichweite). So konnte das Präsidium auch in der angespanntesten Situation in der zweiten Phase des Aufstands mit wichtigen Stadtverwaltungen des Regierungsbezirks — Essen, Mülheim, Elberfeld, Barmen — telefonieren und Informationen über die Lage einholen, was eine mangelhafte Kontrolle der Vollzugsräte auch in diesen Städten beweist; nur der Bürgermeister von Sterkrade meldete, er könne keine Auskunft geben, da er überwacht werde. Die — mehr oder minder verleumderten — Auskünfte gab das Regierungspräsidium gesammelt telefonisch weiter ans preussische Handelsministerium in Berlin.⁵³

Die Konterrevolution außerhalb des Ruhrgebiets verfügte außer den Informanten, die am anderen Ende von geheimen oder öffentlichen Telefonleitungen saßen, über ihre direkten Spitzel. In einem Erinnerungsbericht aus Kamen heißt es zum Beispiel, daß einige Spitzel des Militärs in einem Hotel der Stadt, später — weil weniger auffällig — in Privathäusern wohnten. „Sie mischten sich in Zivil mit Schlägermützen und bunten Halstüchern unters Volk, horchten hier und da und merkten sich die Anführer. Nach dem Einmarsch . . . der Reichswehr . . . bedurfte es keiner Angeber mehr.“⁵⁴ Nicht nur die militärischen Zentralen in Münster und Wesel hatten ihre Agenten im Ruhrgebiet,⁵⁵ sondern auch das Reichswehrministerium in Berlin.⁵⁶ Dagegen entwickelte die Aufstandsbewegung die *Anfänge einer Spionageabwehr*. In der roten Frontstadt Dinslaken wurde ein „Kriminalamt“ aufgebaut, das von einem Düsseldorf-Lithographen namens Stark geleitet wurde. Der Bürgermeister der Stadt berichtete später, daß Stark „ständig Verhaftungen und Vernehmungen vornahm, um angeblichen Spionen auf die Spur zu kommen.“⁵⁷ Nach einem anderen Bericht ließ sich Stark zum Schein mit einem Reichwehrspitzel ein, kassierte für angebotene Dienste 3.000 Mark und ließ dann nichts mehr von sich hören. Allerdings entkam der Spitzel auf diese Weise.⁵⁸ Man wird annehmen dürfen, daß Stark geglaubt hat, mit seinen Kenntnissen und Erfahrungen aus Militär- und Kriegsdienst der Sache der Arbeiter zu nützen, doch ist offensichtlich, daß ein solches Kopieren des Gegners sehr bedenkliche Seiten hatte: Überwuchern der Spitzelfurcht und Verschwinden der politischen Dimensionen.

Genaugenommen gehört die Dinslakener Spionageabwehr in die Analyse der Roten Armee; im nächsten Abschnitt werden wir sehen, daß die Rote Armee generell in der Gefahr stand, den militärischen Gegner übermäßig zu kopieren. Im Industriegebiet versuchte man, die Spitzel mit den traditionellen Mitteln der Arbeiterbewegung zu entlarven. So waren z. B. in Barmen die Arbeiterführer schon seit einiger Zeit auf einen jungen Mann namens Langenstein aufmerksam geworden, der wegen Spitzeleverdachts aus der KPD ausgeschlossen worden war und auffällig häufig das Parteibüro der USP besuchte. Während des Aufstands wurde er verhaftet, als er versuchte, auf der Straße ein Telegramm, das ein Genosse soeben erhalten hatte, mitzulesen. Man fand bei ihm 3 Patronen mit angefeilten Spitzen* und einen ausführlichen Bericht über die jüngsten Kämpfe der Arbeiter gegen Reichswehr und Sipo mit genauer Angabe von Adressen einzelner Personen. In einer Vernehmung durch einen USP-Führer gab Langenstein zu, in bezahltem Auftrag des „Bürgerrats“ zu stehen, einer in der Revolutionszeit gegründeten bürgerlichen Vereinigung, die sich mit der Ausspionierung der Arbeiterbewegung befaßte.⁵⁹ — Leichter fiel — das entsprach den Erfahrungen der Arbeiterbewegung — die Entlarvung von Agenten, die sich nicht auf Beobachtung beschränkten, sondern sich als Provokateure betätigten. In Dortmund wurde ein Mann verhaftet, der auf öffentlichen Plätzen besonders aufpeitschende Reden zum Kampf ge-

* Sogenannte Dum-Dum-Geschosse, die besonders schwere Wunden verursachen und völkerrrechtlich geächtet sind. Solche Geschosse waren bereits u. a. von den Arbeitern in Hamburg nach ihrem Sieg am 20. März beim Adjutanten der örtlichen Einwohnerwehr gefunden worden. Man bedauerte, welches Licht auf die Gegner der Aufstandsbewegung fällt: die Propaganda der Reichswehr behauptete immer wieder, um die hinterhältige Kampfesweise der Roten Armee zu betonen, diese verwende Dum-Dum-Geschosse.

gen die Reichswehr hielt. Man fand bei ihm einen Ausweis einer militärischen Stelle.⁶⁰

Die Aufstandsbewegung mußte nicht nur die Tätigkeit von Agenten, sondern auch die *Propaganda des Gegners abwehren*. Diese wurde organisiert von der „Zentrale für Heimatdienst“, einer Informations- und Propagandaorganisation der Regierung, die in den wichtigsten Städten ganz Deutschlands Büros hatte. Die im Ruhrgebiet liegenden Büros wurden nach dem Sieg der Arbeiter von den Vollzugsräten besetzt und geschlossen.⁶¹ Am längsten konnte sich das Büro in Dortmund halten: noch mindestens zwei Tage nach der Einnahme der Stadt durch die revolutionären Arbeiter konnte es, bewacht von christlichen Gewerkschaftlern, eine telefonische Berichterstattung nach außerhalb fortsetzen, bis der Vollzugsrat dahinterkam, was es mit dieser Organisation auf sich hatte.⁶² Die führenden Leute waren überall schon vor der Schließung der Büros untergetaucht; sie begaben sich zum großen Teil nach Münster,⁶³ wo sie in Zusammenarbeit mit Severing und Watter die Propaganda gegen die Aufstandsbewegung in die Hand nahmen.⁶⁴ Ihr erstes Werk war die Herstellung von 250.000 kleinen Flugzetteln folgenden Inhalts:

„Die Kapp-Regierung ist gestürzt,
die Reaktion von rechts besiegt!

Die Reaktion von links führt zur Hungersnot!
Nieder mit der linksreaktionären Gewalt Herrschaft!

Was bedeutet die Verlängerung der gegenwärtigen Unruhen?
Fremdenjoch oder Hungersnot?
Arbeiter, willst du das?

Wer bezahlt die rote Armee?
Der Arbeiter und Bürger,
der durch sie unterdrückt wird.“

Die Flugzettel wurden durch etwa 50 Kurier ins Ruhrgebiet gebracht und sollten dort in Straßen- und Eisenbahnwagen, in Wirtshäusern und Cafés, an Straßenecken und Schaufensterscheiben angeklebt werden. Eine Anzahl der Kurier wurde jedoch von den Arbeitern entdeckt und festgenommen, und in der Gegend von Remscheid hatten die Kurier solche Angst, daß sie in den Eisenbahnzügen die Flugzettel nicht anklebten, sondern packenweise aus den Fenstern warfen.⁶⁵ Trotzdem waren die in Münster sitzenden Drahtzieher zufrieden. Sie berichteten nach Berlin, die Kommunisten im Ruhrgebiet seien durch die Aktion beunruhigt, da sie in ihr die propagandistische Vorbereitung eines militärischen Einmarsches sähen. „Die Unruhe führt natürlich zu Übergriffen der sog. Bourgeoisie gegenüber“, heißt es in

diesem Bericht weiter; dadurch entstehe wachsende Erbitterung gegen die Bolschewisten. Damit rücke der Zeitpunkt für ein Eingreifen der Reichswehr näher mit dem Ziel, „die Bevölkerung des Ruhrgebietes von ihren Qualen zu erlösen.“⁶⁶ Nach dem hier sichtbar werdenden Konzept führen die Propagandisten der Konterrevolution fort. So warfen am 21. März Flugzeuge 600.000 vom SPD-Landtagsabgeordneten Woldt verfaßte Flugblätter über dem Ruhrgebiet ab, in denen es hieß:

*„Der Hunger siegt!
Nun nimmt die Räte-Diktatur ... ihr gräßliches Ende. Stärker wie die furchtbare
Waffe des Bürgerkrieges ist die Gewalt des Hungers ...
Der Vormarsch ist zum Stehen gebracht. Die kommunistische Garde weiß genau,
wenn sie ihre besetzten Städte im Rücken läßt, daß die Verzweiflung der Bevölkerung,
durch den Hunger aufgepeitscht, in einem neuen Blutvergießen der Herrschaft der Räte-Diktatur ein Ende bereiten wird.
Arbeiter und Bürger!*

*So liegen die Dinge. Die Tage der Herrschaft der Kommunisten sind gezählt ...
Deshalb schießt Euch selbst für Ruhe und Ordnung. Wehrt
Euch dagegen, daß etwa durch Plünderungen der letzte Laden an Lebensmitteln
ausgeräumt wird ... Wir werden und müssen wieder zur Ruhe und Ordnung
zurückkehren, denn die harten wirtschaftlichen Tatsachen sind stärker als die
fantastischen Träume.“⁶⁷*

Mit dem Anlaß des Flugblatts und dem, was die Aufstandsbewegung darauf erwiderte, werden wir uns noch beschäftigen.

Ein anderes Flugblatt, das in 100.000 Exemplaren per Eisenbahn ins Ruhrgebiet transportiert wurde, hatte zum Ziel, zumindest die SPD-Anhänger aus der Roten Armee herauszubringen. „Arbeiter! Volksgenossen!“ war es überschrieben und erklärte, wer jetzt noch in der Roten Armee kämpfe, werde irreführt — der Kampf gehe nicht mehr gegen die Kappisten, da die rechtmäßige Regierung wieder im Besitz der Gewalt sei. Was die Rote Armee „will und blutig erstrebt, ist die Räterediktatur nach bolschewistischem Muster“. Die unausbleibliche Folge sei Bürgerkrieg, Chaos und Not. In Dortmund, Essen, Elberfeld, Duisburg, Mülheim „usw.“ seien die Unabhängigen und Mehrheitssozialisten aus den Vollzugsausschüssen ausgetreten, „weil sie die Verantwortung für den bolschewistischen Wahnsinn, der getrieben werden soll, nicht übernehmen wollen“. * Wer sich und seine Familie retten wolle, für den heiße es: „Heraus aus der Roten Armee!“⁶⁸ — Ein Erfolg war das Flugblatt offenbar nicht, denn der Vollzugsrat von Duisburg z.B. — paritätisch zusammengesetzt aus Vertretern der KPD, USP und SPD — erklärte am 24. März den Inhalt für Hochverrat und drohte für die Verbreitung standrechtliche Aburteilung an.⁶⁹ Es bedurfte, wie wir sehen werden, stärkerer Mittel, um die Aufstandsbewegung auseinanderzusprengen.

* Zum Zeitpunkt, als das Flugblatt geschrieben wurde, stimmte die Behauptung bezüglich der USP nicht für Dortmund, Essen, Elberfeld, Mülheim, bezüglich der SPD nicht für Elberfeld. Am 23. März traten in Duisburg SPD und USP in den Vollzugsrat wieder ein. Das „usw.“ zeigte die Verlegenheit der Verfasser, weitere Beispiele zu nennen — es gab keine.

Bei der Herstellung und Verbreitung der Klebezettel hatte sich die „Zentrale für Heimatdienst“ in Münster ausdrücklich den antisemitischen „Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund“ zum Vorbild genommen, der seit längerem mit diesem Agitationsmittel arbeitete.⁷⁰ Diese Organisation war im Februar 1919 als Ableger des Alldeutschen Verbandes gegründet worden;⁷¹ ihr Hauptgeschäftsführer, Alfred Roth, war als Sozialsekretär bei den Rheinischen Stahlwerken in Duisburg-Meiderich angestellt.⁷² Jetzt, nach dem Sieg der Arbeiter, tauchten wiederum heimlich an Schaufenstern, in Wirtshäusern und Cafés angeklebte kleine Zettel auf, die die Juden verleumdeten und zu Pogromen hetzten. Der Vollzugsrat von Bottrop erließ eine öffentliche Erklärung, er erblicke „in dieser schmutzigen Kampfesweise nicht allein eine Hetze gegen die Juden, sondern vor allen Dingen eine solche gegen den Sozialismus“; er ordnete an, die Zettel überall sofort zu entfernen und die Verbreiter anzuzeigen, damit sie vor das Revolutionstribunal gestellt würden.⁷³

In Hamborn verüsteten Arbeiter ein jüdisches Kaufhaus, als das Gerücht aufkam, der Besitzer habe aus dem Gebäude heraus auf sie geschossen.⁷⁴ Dieser Vorfall war vermutlich der Anlaß für folgenden Aufruf des Vollzugsrats Hamborn vom 24. März:

*„Die alldeutschen reaktionären Elemente haben es verstanden, mit lügenhaften Worten, Schriften und Plakaten die Volksseele zu vergiften. Sie senden gekaufte Hetzer unter die Arbeiter, um diese irrezuführen.
Genossen, hört nicht auf diese Lügen! Die reaktionären Elemente ... möchten*

Euch gerne zu Pogromen gegen die Juden verleiten, um wieder im Trieben fischen zu können. Was ihnen bisher trotz aller Mühe nicht gelungen ist, wollen sie jetzt, wo die Volksseele erregt ist, durchführen.

Genossen, die Juden sind nicht Arbeiterfeinde, aber die, welche Euch gegen die Juden aufwiegeln. Die Juden sind von jeher von dieser Richtung ebenso unterdrückt worden, wie wir Arbeiter! Die böswillig verbreiteten Gerüchte, daß die Juden aus ihren Häusern auf die Arbeiter geschossen haben, und daß sie Maschinengewehre und Waffen in ihren Häusern verbergen, haben sich nach stattgefundenen scharfen Untersuchungen auch alle als unwahr erwiesen ...“⁷⁵

Der Aufruf setzt vollkommen richtig die Verfemung der Juden in Parallele zur Unterdrückung der Arbeiter, und er deckt auf, daß der Zweck der antisemitischen Parolen ist, den Kampfwillen der Arbeiter auf ein falsches Ziel zu lenken — eins der klarste Dokumente, die die Märzrevolution im Ruhrgebiet hervorgebracht hat.

*

Das industrielle Ballungsgebiet an Rhein und Ruhr ist auf ständige Lebensmittelzufuhren angewiesen. Eine Aufstandsbewegung wäre auch in Zeiten einer normalen Wirtschaftslage Gefahr gelaufen, in eine Versorgungskrise zu geraten. Im März 1920 war die Versorgungslage jedoch alles andere als normal: die arbeitenden Klassen waren seit den Kriegsjahren ausgehungert und unterernährt, und die Kommunalverwaltungen waren froh, wenn sie wenigstens für einige Wochen Vorräte an Grundnahrungsmitteln hatten.

Wie schlecht die Ausgangsposition der Aufstandsbewegung war, wird aus einem Telegramm klar, das Regierungspräsident König, Arnsberg, am 16. März an Reichskanzler Bauer in Stuttgart sandte: „Regierungsbezirk Arnsberg ist nur noch auf 2 Tage mit Mehl versorgt, Reserven an Mehl und Nährmitteln nicht vorhanden, ebensowenig Kartoffeln, Fleischlieferung durchaus ungenügend. Aufrechterhaltung der Lebensmittellieferungen aus den östlichen Provinzen daher unerlässlich.“⁶⁷

Die Versorgungslage verschlechterte sich in der ersten Woche nach dem Putsch noch weiter — teils weil die ostelbischen Junker die radikalen Großstädte und Industriebezirke bewußt aushungern wollten, teils weil die Bauern in den übrigen Provinzen angesichts der unsicheren Verhältnisse zögerten, ihren Lieferungsverpflichtungen nachzukommen, teils weil Generalstreik und Bürgerkrieg die Transporte ins Stocken geraten ließen. So mußte Regierungspräsident König in der zweiten Woche nach dem Putsch die wöchentliche Brotration von 4 auf 2 Pfund herabsetzen.⁶⁷ In einer günstigeren Lage war der Regierungsbezirk Düsseldorf; hier brauchte der Regierungspräsident die Ration „nur“ auf 3 Pfund zu senken.⁶⁸ Wie klein die Rationen der übrigen Lebensmittel waren, möge je eine Stadt aus beiden Regierungsbezirken zeigen, deren Lebensmittelvorräte durchschnittlich groß waren. In Hagen gab es in dieser Woche für jeden Erwachsenen: 100 g Margarine, 125 g Reis, 200 g Bohnen, 150 g Haferflocken, 2 Pakete Süßspeise;⁶⁹ in Essen: 100 g Rinderfett, 250 g Ackerbohnen, 125 g Linsen, 250 g braune Bohnen (als Kartoffelersatz), 125 g Marmelade.⁶⁹

Es war also selbstverständlich, daß die Vollzugsräte überall das bestehende Rationierungswesen bestätigten, genauer: daß sie das zu verwirklichen suchten, was der kapitalistische Staat bisher als Ziel nur vorgegeben und auch nicht im entferntesten erreicht hatte: die gleiche Versorgung aller. Als Beispiel möge folgende Bekanntmachung dienen, die der Vollzugsrat Essen — nach einigem Zögern — am 25. März erließ:

„Alle Lebensmittel sind beschlagnahmt. Die Geschäfte sind verpflichtet, nur die rationierten Mengen abzugeben. Einzelhaushaltungen, die über mehr als ihre rationierten Anteile verfügen, sind verpflichtet, dies beim Vollzugsrat . . . anzumelden. Alle die, welche der Bekanntmachung zuwiderhandeln, werden strengstens bestraft; der Bekanntmachung nicht nachkommende Geschäfte werden geschlossen. Haussuchungen nach Lebensmitteln dürfen nur von dafür Beauftragten und sich als solche Legitimierenden vorgenommen werden. Diese Bekanntmachung ist in allen Lebensmittelgeschäften öffentlich auszuhängen.“⁶⁸

Auffällig ist nun folgendes. Die Kommunalverwaltungen hatten in der Zeit vor dem Putsch unterschiedlich gut eingekauft. Während Mülheim als Extremfall auf der einen Seite Vorräte für mindestens 4 Wochen hatte,⁶⁸ konnte in Dortmund bereits nach einer Woche an Brot nicht einmal mehr die vom Regierungspräsidium verordnete 2-Pfund-Ration, sondern überhaupt nichts mehr ausgegeben werden.⁶⁸ — Für die bürgerlichen Kommunalverwaltungen war es ganz natürlich, daß sie versuchten, mit ihren jeweiligen Vorräten so lange wie möglich auszureichen, daß z.B. die Stadtverwaltung von Hagen die „Freizügigkeit der Brotmarken“ aufhob, d.h. Abgabe von Brot nur noch gegen Marken des Kreises Hagen zuließ,⁶⁴ eine

fundamentale Schwäche der Aufstandsbewegung war es jedoch, daß die Vollzugsräte in demselben lokal begrenzten Denken steckenblieben⁶⁵ und nicht daran dachten, einen Ausgleich der Vorräte untereinander vorzunehmen.

In einem Fall hatte das eine besonders schlimme Folge. Meinberg in Dortmund versuchte angesichts der verzweifelten Ernährungslage der Stadt bei Severing in Münster zu erkunden, unter welchen Bedingungen Dortmund mit Lebensmitteln beliefert werden könne. Man muß diesen Vorgang, wie aus dem vorher Gesagten hervorgeht, in erster Linie der Gesamtbewegung zur Last legen. Die Anfrage war anscheinend für Meinberg ein Fehlschlag (über den Einzelheiten liegt Dunkel), für Severing dagegen war sie ein Triumph, den er propagandistisch ausschlachtetete.⁶⁶ Das Flugblatt „Der Hunger siegt!“, das wir oben zitierten (Seite 18), wurde anscheinend auf Meinbergs Fühlungnahme hin geschrieben, und außer dem, was wir daraus wiedergaben, enthielt es noch folgenden Passus:

„Der Kommunist Meinberg, der sich ein paar Stunden in Dortmund als ‚Sieger‘ der Stadt fühlte, muß nun versuchen, zu Verhandlungen mit den Vertretern der Regierung zu kommen, um das Schlimmste von der Stadt Dortmund abzuwenden. Er erklärt jetzt mit einem Male, daß er auf dem Boden der Verfassung steht . . . Meinberg erklärt sich nun außerstande, die Regierung nieder zu kämpfen, weil er weiß, daß der Rücktritt der bisherigen Regierung das Ende auch seiner Herrschaft bedeuten würde . . .“⁶⁷

Das Flugblatt wurde am 21. März u.a. über Dortmund abgeworfen. Am folgenden Tag erwiderte der Vollzugsausschuß darauf mit einem Leitartikel im „Generalanzeiger“. Darin bestritt er zu Unrecht, daß Meinberg zu verhandeln versucht habe, vermutlich ebenfalls zu Unrecht, daß er je erklärt habe, „auf dem Boden der Verfassung“ zu stehen. In der Hauptfrage machte der Vollzugsausschuß einen fundierten Gegenangriff. Waren, so fragte er, nicht schon vor dem Putsch die Aussichten auf die nächste Ernte sehr schlecht gewesen? Und was hatte man an Fleisch und Milch bekommen? „Sind die Kinder nicht unter der ‚Fürsorge‘ halb oder dreiviertel verhungert?“ Für die Zukunft dagegen gab sich der Vollzugsausschuß optimistisch:

„Das ganze Industriegebiet ist im Besitze des revolutionären Proletariats . . . Damit sind die Kohlenvorräte Deutschlands in seinem Besitze . . . Es ist vorge-schlagen worden, für jede Tonne Kohle, die [ins Ausland] geht, ein bestimmtes Quantum Lebensmittel als Gegenlieferung einzutauschen. Dieses Angebot ist sehr günstig aufgenommen worden und wird sicher zum Abschluß kommen. Der Industriebezirk wird also keinen Hunger leiden, weil er das beste Zahlungsmittel der Welt besitzt: die Kohle . . .“

Der Vollzugsausschuß schloß:

„Unsere Bevölkerung aber darf beruhigt sein, wo das Proletariat sich ausbreitet, da herrscht, wenn die ersten Sturmtruppen der neuen Organisation überwinden sind, das Recht und die Freiheit“. Dagegen „Sabotage, Zerstörung der Eisenbahnen, blutige Straßenkämpfe von Mann gegen Mann, Haus für Haus werden die unvermeidlichen Folgen eines Angriffs auf das Ruhrgebiet sein. Wer dafür die Verantwortung übernehmen will, mag es sich überlegen . . .“⁶⁸

Die Auseinandersetzung erinnerte an einen Vorgang, der ein Jahr zurücklag, als

nämlich die Reichsregierung die Proklamation des Generalstreiks der Bergarbeiter mit einer Hungerblockade beantwortet hatte (I, Seite 48). Das Mittel hatte damals keineswegs die Streikenden niedergezwungen, sondern nur deren Erbitterung gesteigert, und auch diesmal würde es, so war aus der Nähe leicht zu erkennen, diese Wirkung haben. So richtete der geschäftsführende Ausschuß der (rechtsbürgerlichen) DVP im Wahlkreis Arnberg an die Reichsregierung die dringende Bitte, „jeden Versuch“ zu unterlassen, „eine Änderung der politischen Verhältnisse im Ruhrrevier durch Absperrung der Lebensmittelzufuhren . . . zu erzwingen . . . Ein derartiger Versuch . . . müsse unabsehbare Folgen für das ganze Wirtschaftsleben und für alle Bevölkerungskreise haben, ohne den erhofften Erfolg zu erzielen. Im Gegenteil müsse die möglichst rasche und starke Zuführung von Lebensmitteln in den Ruhrbezirk als aussichtsreichstes Mittel zur Änderung der Lage bezeichnet werden.“⁸⁹ — Die von der SPD geführte Reichsregierung war, wie wir sehen werden, anderer Ansicht.

Die Hoffnung, im Ausland Kohle gegen Lebensmittel tauschen zu können, tauchte nicht nur in Dortmund, sondern auch in anderen Städten auf.⁹⁰ Als der Aktionsausschuß von Horst den Generalstreik abbrach, tat er das mit dem Hinweis, nun müßten Kohlen zum Austausch gegen holländische Lebensmittel gefördert werden.⁹¹ Am 29. März versuchte der Vollzugsrat von Dortmund, Kurier nach Holland zu schicken, die mit Hilfe dortiger Genossen von der Regierung ein derartiges Tauschgeschäft erreichen sollten. Die Pässe wurden zwar von der Stadtverwaltung ausgestellt, doch zerschlug sich das Vorhaben: ein Sichtvermerk der Dortmunder Polizei genügte nicht; für die legale Einreise wäre ein Visum des holländischen Konsulats erforderlich gewesen, das nicht zu beschaffen war.⁹² Nicht auf dem Wege über die holländische Regierung, sondern auf dem eher Erfolg versprechenden Wege privater Handelsgeschäfte versuchte der Aktionsausschuß des Amtes Wattenscheid, zum Ziel zu kommen; auch begann er mit seinem Versuch frühzeitiger als die Dortmunder. Am 22. März wurde im Aktionsausschuß mitgeteilt, eine holländische Firma habe angeboten, gegen wöchentlich 2.800 Tonnen Kohlen, Speck, Margarine, Reis, Erbsen, Bohnen, Weizenmehl und Kartoffeln zu liefern; zur Sicherheit bot die Firma 100 000 Mark Kautions. Der Aktionsausschuß beschloß, das Angebot anzunehmen, und beauftragte den Beigeordneten der Amtsverwaltung Wagener (SPD), sich zur Beschaffung der Kohlen mit Direktion und Betriebsrat der Zeche „Engelsburg“, die im Bereich der Amtsverwaltung lag, in Verbindung zu setzen. Den Transport dachte man sich so, daß „die Kohlenzüge . . . bewaffnet an die holländische Grenze und die Lebensmittelzüge ebenso zurückgeleitet“ werden sollten. Die Lösung des Problems, daß die Züge durch Reichwehr-Gebiet rollen würden, stellte man sich damit jedoch offenbar zu einfach vor.

Die Direktion der Zeche weigerte sich, wie Wagener am 26. März im Aktionsausschuß berichtete, Kohlen freizugeben, und verwies an das Kohlsyndikat in Essen; das Kohlsyndikat verwies Wagener weiter an den „Lebensmittelbeschaffungsausschuß“ der rheinisch-westfälischen Städte. Dieser war, wie gleich noch näher ausgeführt wird, vor wenigen Tagen ebenfalls zu dem Zweck gegründet worden, Kohle gegen Lebensmittel zu tauschen, jedoch — ein wesentlicher

Unterschied zum Wattenscheider Versuch — von Kommunalverwaltungen, also von gesetzlich anerkannten Körperschaften, und auf zentraler Ebene, d. h. von einer Vielzahl von Städten. Der Ausschuß erklärte Wagener gegenüber, er untersage „jeder Behörde, selbständige Einkäufe zu machen“, und wies ferner darauf hin, „daß Holland ein Ausfuhrverbot für Kartoffeln und Mehl erlassen habe“ und daß ein Abtransport von Lebensmitteln gegenwärtig wegen eines Transportarbeiterstreiks in Holland „unmöglich“ sei. — Ergänzend berichtete Betriebsrat Geisler von der Zeche „Engelsburg“, man habe sich diese Hinweise zunutze gemacht, indem man in Verhandlungen mit einem belgischen Kaufmann aus Antwerpen getreten sei; dieser sei zur Lieferung von Lebensmitteln gegen Kohle „Zug um Zug“ bei Zahlung einer Kautions bis 500 000 Mark bereit. Ein Geschäftsabschluß mit einem belgischen Partner statt mit einem holländischen bedeute einen anderen Transportweg (über Duisburg) und damit Wegfall von Komplikationen mit der Reichswehr; so seien mit dem Vollzugsrat von Duisburg „feste Vereinbarungen getroffen worden, daß [die Kohle] . . . anstandslos bis zum Hafen gebracht werden könne“ und von dort „auf dem Wasserwege weiterbefördert“ werde. Die entladenen Schiffe sollten dann mit den Lebensmitteln zurückkommen. — Über das problematische Verhältnis Einzelzeche/Kohlsyndikat, auf das Wagener gestoßen war, informierte Geisler den Aktionsausschuß dahin, daß die in ordentlichen Schichten geförderte Kohle dem Kohlsyndikat gehöre, die Zeche also nicht über sie verfügen könne; nur die Kohle aus Übersichten sei „freies Eigentum der Zeche“. Er schlage vor, daß eine Übersicht für die Versorgung der Belegschaft, eine weitere für die der übrigen Bevölkerung verfahren werden solle. Gebe die Direktion die geförderte Kohle nicht freiwillig heraus, so müsse diese „unter Gesetzesbruch beschlagnahmt werden“. Die Situation — allgemeine Notlage einerseits, einführbereite Lebensmittel andererseits — würde diese Maßnahme rechtfertigen. Ein weiterer Kampf gegen die Reichswehr sei ohne Lebensmittel verloren; Kohlsyndikat und zentraler Beschaffungsausschuß in Füssen unterlägen nicht der Kontrolle der Arbeiter, und von den preußischen Junkern seien keine Lebensmittel zu erwarten. — Der Aktionsausschuß begrüßte die Vorschläge und Vereinbarungen und stellte fest, daß nun noch für Eisenbahnwagen und Lokomotiven gesorgt werden müsse.

In einer weiteren Sitzung des Aktionsausschusses am 29. März waren die Betriebsräte nicht nur von „Engelsburg“, sondern von neun weiteren Zechen der Nachbargemeinden anwesend, ferner zwei Kaufleute aus Antwerpen. Grimberg (USP) vom Arbeiterrat Wattenscheid stellte zu Beginn fest, das Verfahren von Übersichten sei zu langwierig, man müsse Kohlen aus normalen Schichten nehmen. Betriebsrat Geisler: Das wäre „eine zu große Härte“. (Die Frage, warum er bei diesem Standpunkt nicht inzwischen die Belegschaft für das Verfahren von Übersichten gewonnen habe, wurde ihm nicht gestellt.) Dann wurden die Anwesenden mit zwei weiteren Problemen konfrontiert. Einmal habe es sich, so wurde mitgeteilt, als voreerst unmöglich erwiesen, Eisenbahnzüge für den Transport zu besorgen. Zum zweiten hatte in Duisburg inzwischen ein Exekutivkomitee den bisherigen Vollzugsrat abgelöst, das den Lokalpatriotismus der Vollzugsräte auf die Spitze trieb; durchlaufende Sendungen waren in Gefahr, vom Exekutivkomitee

beschlagnahmt und für dessen eigenen Machtbereich verwandt zu werden. Die Konferenz erachtete diese Gefahr für so erheblich, daß sie sofort eine Kommission nach Duisburg schickte, die vom dortigen Exekutivkomitee eine schriftliche Erklärung einholen sollte, daß es den Ab- und Antransport über den Duisburger Hafen nicht behindern werde.⁹³ Das war die letzte Maßnahme, die der Aktionsausschuß des Amtes Wattenscheid in der Angelegenheit traf — die Zerschlagung des Ruhraufstands setzte weiteren Schritten ein Ende.

Klar ist damit, daß das, was der Vollzugsausschuß Dortmund auf das Flugblatt „Der Hunger siegt!“ entgegnet hatte, Zweckoptimismus gewesen war. Die Wattenscheider waren auf entscheidende Probleme gestoßen: Der Monopolbildung auf Seiten des Kapitals und der Verwaltung (Kohlensyndikat und Beschaffungsausschuß) hatten die Arbeiter nur lokale Initiativen entgegenzusetzen, und überdies wurden diese Initiativen durch den Lokalpatriotismus in den eigenen Reihen zwar nicht unmöglich gemacht, aber doch stark erschwert und verlangsamt.

Wie weit kamen die bürgerlichen Kommunalverwaltungen mit der Beschaffung von Lebensmitteln? Diese Frage war für die Aufstandsbewegung von größter Wichtigkeit. Von vornherein stand ja fest, daß die Kommunalverwaltungen im Ausland gekaufte Lebensmittel nicht etwa bevorzugt an die Gegner der Aufstandsbewegung verteilen konnten: falls der Versuch dazu gemacht worden wäre, hätten die Vollzugsräte die Macht gehabt, eine gleichmäßige Verteilung zu erzwingen. Insofern war es auch gleichgültig, ob Organe der Aufstandsbewegung (z. B. der Aktionsausschuß des Amtes Wattenscheid) oder die Kommunalverwaltungen erfolgreiche Auslandsgeschäfte machten.

In einer Konferenz von Verwaltungsvertretern zahlreicher Stadt- und Landkreise des Ruhrgebiets am 18. März in Essen stand die kritische Versorgungslage als wichtigster Gegenstand auf der Tagesordnung. Man gründete den schon erwähnten „Lebensmittelbeschaffungsausschuß“, abgekürzt LEBa, der mit dem Kohlensyndikat einerseits, mit der holländischen Regierung andererseits verhandeln sollte, um ein Abkommen zur Lieferung von Kohle gegen Lebensmittel zustandezubringen. Zum Vorsitzenden des LEBa wurde der Essener Oberbürgermeister Luther gewählt. Dieser ernannte später den Kreissyndikus von Recklinghausen, Siebrecht, der zugleich Vorstandsmitglied des Köln-Neuessener Bergwerkvereins war, zum Geschäftsführer.⁹⁴

Einen Tag nach der Konferenz wurde Essen von den bewaffneten Arbeitern erobert; ein revolutionärer Vollzugsrat übernahm die Gewalt in der Stadt (19. März). Der Vollzugsrat zeigte natürlich sofort größtes Interesse für die Tätigkeit des LEBa. Schon am Vormittag des 20. März wurde die Frage in einer Konferenz zwischen Vollzugsrat und Stadtverwaltung angesprochen. Dabei teilte die Stadtverwaltung mit, mit den Banken und dem Kohlensyndikat sei zur Beschaffung der notwendigen Devisen „Verbindung hergestellt“.⁹⁵ Am Nachmittag entsand der Vollzugsrat mehrere Beobachter in eine große Konferenz: Verwaltungsvertreter aus dem ganzen Ruhrgebiet versammelten sich erneut in Essen, diesmal mit Vertretern der Großbanken, um über den Fortgang des Einkaufsprojekts zu ver-

handeln. Zwei große Schwierigkeiten kristallisierten sich in dieser Konferenz heraus. Einmal die Höhe der erforderlichen Devisen: allein für die monatliche Brotversorgung des Reviers im bisherigen Umfang wurde ein Betrag von 400 Millionen Mark errechnet, während nur 120 Millionen Mark Devisen aus Kohlenlieferungen aus Ausland vorhanden waren. Zum zweiten standen diese 120 Millionen nicht ohne weiteres zur Verfügung: dem Reich stand gesetzlich ein bestimmter Anteil an den Devisen zu, die durch Ausfuhr von Kohlen entstanden; die Reichsregierung mußte also auf diesen Anteil verzichten, bevor man die Devisen für Lebensmittelleistungen verwenden konnte. Die Konferenz beschloß, die Reichsregierung um die Freigabe zu bitten. Mit dem Nachtschnellzug fuhr Oberbürgermeister Luther (Essen), Oberbürgermeister Cuno (Hagen) und drei Vertreter des Essener Vollzugsrats — Düwell (KPD) und zwei Unabhängige — nach Berlin.⁹⁶

Etwas gleichzeitig mit dieser Delegation traf in Berlin, von Münster kommend, der SPD-Landtagsabgeordnete Schludmann ein. Er unterbreitete der Reichsregierung die Konzeption von Reichskommissariat (Severing, Mehlich) und Zentrale für Heimatdienst, die bereits hinter dem Flugblatt „Der Hunger siegt!“ sichtbar geworden war. Die Aufstandsbewegung im Ruhrgebiet, so teilte er mit, sei vorläufig „militärisch . . . nicht niederzuwerfen“. So müsse ein anderer Weg beschritten werden: man müsse die Bewegung „in sich selbst ausbrennen lassen“. Durch aufklärende Flugblätter, Zeitungen usw. sollten die Arbeiter, die noch glaubten, gegen kappistische Truppen zu kämpfen, aus der Bewegung herausgelöst werden; im übrigen könne man Gewehr bei Fuß abwarten, bis der kommunistische Kern der Bewegung vor dem unlösbaren Problem der Lebensmittelversorgung kapituliere.⁹⁷

So wurde die Reichsregierung am 21. März mit zwei Möglichkeiten, sich zum Hunger im Ruhrgebiet einzustellen, konfrontiert. Zu ihrer bisherigen Politik — unaufhörliche Truppentransporte nach Westfalen — paßte es, wofür sie sich entschied: sie weigerte sich, die Devisen freizugeben. Die Essener Delegation bekam in mehreren Unterredungen mit Reichskanzler Bauer und verschiedenen Ministern zu hören, der holländische Gesandte habe bereits erklärt, sein Land werde keine Lebensmittel an eine Räterepublik liefern. Auf die Versicherung der Delegation, im Ruhrgebiet bestehe doch überhaupt keine Räterepublik, wurde erwidert, unter Räterepublik verstehe die holländische Regierung jeden Zustand außerhalb der Verfassung. Daher müßten zuerst alle Aktionsausschüsse und Vollzugsräte ihre Tätigkeit einstellen, alle verfassungsmäßigen Behörden wieder ungehindert arbeiten. Im übrigen seien die Vertreter der Alliierten (Frankreich, England, Italien, USA) äußerst ungehalten über die großen Mengen von Waffen, die jetzt überall aufgetaucht seien, und verlangten die sofortige Waffenabgabe der Arbeiter. Vor allem müsse die Rote Armee in der neutralen Zone verschwinden; die Alliierten drohten bereits, das Ruhrgebiet zu besetzen, falls die deutsche Regierung dort nicht unverzüglich „Ordnung“ schaffe. — Die Haltung der holländischen Regierung war damit zutreffend wiedergegeben; allerdings war bisher auch kein Versuch gemacht worden, sie zu ändern. Die Auskünfte über die Haltung der Alliierten dagegen waren mehr oder minder Zweckklügen.* Oberbürger-

* Bereits am 19. März hatte die Reichsregierung in einem Aufruf aus Stuttgart, in dem sie zum Abbruch

meister Cuno gab noch nicht nach. „Mit solcher Gleichgültigkeit gegen das Schicksal des Industriebezirks“, erklärte er, „wird die Lage nicht gebessert... Ein großer Teil der Kämpfer gegen das Militär waren organisierte Arbeiter, die nur den Kapp-Putsch bekämpfen wollten. Sie sind nur durch die Kommunistenwege mitgerissen worden. Sie wollen auf den Boden der Verfassung zurück.“ Er bitte die Regierung dringend, mit der Bewegung in politische Verhandlungen zu treten. — Wie die Minister diesen Vorschlag aufnahmen, soll in anderem Zusammenhang gezeigt werden; in der Lebensmittelfrage blieben sie hart: die Devisen gaben sie nicht frei.⁹⁸

Im Anschluß an die Besprechungen in der Reichskanzlei nahmen die drei Delegierten des Vollzugsrats noch Kontakt mit ihren Genossen in Berlin auf.⁹⁹ Düwll er schien am Abend in der Zentralstreikleitung von Groß-Berlin, die sich mit der Frage: Abbruch oder Weiterführung des Generalstreiks befaßte. Für die Zentrale der KPD, die in der Zentralstreikleitung vertreten war, war dies der erste Kontakt, den sie mit der Aufstandsbewegung im Ruhrgebiet erhielt. Düwll berichtete, die Lebensmittelvorräte im Ruhrgebiet reichten nur noch für wenige Tage, und es sei zu befürchten, daß es zu einer Katastrophe komme; von Berlin aus müsse unverzüglich etwas geschehen. Die Zentralstreikleitung geriet in eine Diskussion darüber, mit wem man wegen Lebensmittelführern für das Ruhrgebiet zu verhandeln habe; kaum hatte sie sich geeinigt, daß Legien, der Vorsitzende des ADGB, der richtige Adressat sei, wurde das Problem aufgerollt, wie man sich zu Legiens Idee einer neuen Reichsregierung aus SPD und USP stellen solle. Am Ende konnte Düwll nur den Auftrag mitnehmen, er solle nach seiner Rückkehr dafür eintreten, daß das Ruhrgebiet „unter allen Umständen“ solange weiterkämpfe, bis in Berlin die Frage: Abbruch oder Weiterführung des Generalstreiks entschieden sei.¹⁰⁰ — Oberbürgermeister Luther muß das Gefühl gehabt haben, sich mit der Ergebnislosigkeit der Berliner Besprechungen einfach nicht zufriedengeben zu können. Jedenfalls reisten am 23. März vier Herren — u. a. Dr. Helm, Beigeordneter der Stadt Essen, und Otto Hue, SPD-Landtagsabgeordneter und Vorstandsmitglied des freien Bergarbeiterverbandes — im Auftrag des LEBA nach Den Haag, um wenigstens das Möglichste zu versuchen.¹⁰¹ Die Lage wurde in der Tat verzweifelt: am 23. März kamen kaum noch Lebensmittelzüge aus Holland an, am 25. März hörten sie vollständig auf.¹⁰² Die Gründe sind unklar; sei es daß die holländische Regierung wirklich, wie die Minister in Berlin mitgeteilt hatten, keine „Räterepublik“ beliefern wollte, sei es wegen eines Streiks der holländischen Transportarbeiter.

des Generalstreiks aufgefordert hatte, mitgeteilt; der englische Geschäftsträger in Berlin habe soeben erklärt, daß die Gewährung von Lebensmitteln, Kohlen und Kredit nur möglich wäre, wenn im Innern Deutschlands verfassungsmäßige Zustände herrschen und die Ruhe und Ordnung weder von Rechts noch von links gestört würden“. In einer WTB-Meldung war das zu der Behauptung gesteigert worden, der Geschäftsträger habe Vizekanzler Schiffer eine Note überreicht, die einen förmlichen Beschluß des Obersten Rats der Alliierten in diesem Sinne enthalte. In Wirklichkeit hatte der Geschäftsträger Schiffer gegenüber nur seine persönliche Ansicht ausgedrückt (nach seiner Meinung würden die Alliierten Lebensmittel, Rohstoffe und Kredite nur einem Deutschland unter einer verfassungsmäßigen Regierung gewähren), woraufhin Schiffer dringend darum gebeten hatte, die alliierten Regierungen möchten eine offizielle Erklärung in diesem Sinne abgeben. Das war dieselbe Taktik wie 1918/19, als die SPD-Führer in ihrem Kampf gegen die Arbeiter- und Soldatenräte vorgehen hatten, die Alliierten würden ein „bolschewistisches“ Deutschland nicht beliefern. Nur die Regierung der USA, die im eigenen Land einen extrem antisozialistischen Kurs verfolgte, ließ der Reichsregierung — auf deren Ersuchen! — ein Memorandum überreichen, in dem sie die Unterdrückung der „Kräfte der Anarchie“ begrüßte und erklärte, „jede Störung des Wirtschaftslebens“ in Deutschland „würde Unterstützungsmaßnahmen ausschließen und die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen erschweren“.

ter. Da auch die Lieferungen aus dem Münsterland versiegten¹⁰³ — was die Bauern noch lieferten, ließ die Reichswehr nicht mehr passieren —, konnte z. B. vom 26. März an in Buer keine Milch mehr ausgegeben werden, nicht einmal mehr für Säuglinge.¹⁰⁴ Am 25. März klagten Gruppen von Frauen auf den Straßen von Duisburg, „daß man während des ganzen Krieges nicht so habe Hunger leiden müssen wie jetzt“.¹⁰⁵

Das KPD-Blatt von Essen meldete: „Im Haag ist eine Abordnung aus dem Ruhrrevier eingetroffen, um in Holland Abschlüsse über Lebensmittellieferungen, in Austausch gegen Kohlen, mit holländischen Firmen abzuschließen. Es darf daher wohl mit dem baldigen Eingang größerer Mengen von Lebensmitteln gerechnet werden.“¹⁰⁶ Das war wieder der für die Aufstandsbewegung so schädliche Zweckoptimismus, den wir schon in Dortmund beobachteten. Denn die Situation, die die LEBA-Delegation in Holland vorfand und die ihr vom deutschen Gesandten in Den Haag erläutert wurde, war äußerst schwierig. In antikommunistischer Hysterie berichteten die holländischen Zeitungen die haarsträubendsten Dinge über die Zustände im Ruhrgebiet, und entsprechend wurde die Ankunft der Delegation gemeldet: es handle sich, so wurde berichtet, u. a. um Vertreter der Roten Armee, die mit der Regierung verhandeln wollten, bei Hue gar um einen Führer der Roten Armee, dessen Ernennung zum Reichskanzler bevorstehe. Selbst der KP-Abgeordnete Wijnkoop war so uninformiert, daß er am selben Tag eine Interpellation im Parlament einbrachte, die die Regierung aufforderte, mit den deutschen Rätevertretern als den faktischen Inhabern der Gewalt im Ruhrgebiet zu verhandeln. Das Außenministerium, das ein Überspringen des roten Bazillus befürchtete, teilte der Delegation mit, es habe soeben verordnet, daß Deutsche nur mit besonderer Genehmigung das Land betreten dürften, die Delegation habe daher am nächsten Morgen wieder abzureisen. Hue nahm Kontakt mit zwei führenden Vertretern der holländischen Sozialdemokratie, Troelstra und van den Tempel, auf. Diese erreichten bei der Regierung, daß für Hue die Ausweisung zurückgenommen wurde. Ferner konnten sie der Delegation mitteilen, daß in ein seit längerer Zeit vorbereitetes Kreditabkommen zwischen Holland und Deutschland* ein Passus aufgenommen sei, nach dem Holland sich zur Lieferung von Lebensmitteln bis zu 60 Millionen Gulden auf Kredit bereitkläre. Die Regierung habe vertraulich erklärt, sie sei trotz Bedenken bereit, nach Verständigung mit der deutschen Regierung sofort Lebensmittel ins Ruhrgebiet abrollen zu lassen. Dem deutschen Gesandten schließlich schienen die Transportprobleme wegen des gegenwärtigen Streiks zwar groß, aber nicht unüberwindlich. So reiste Dr. Helm, einer der Essener Delegierten, am 25. März nach Berlin, um Reichskanzler Bauer die gewonnenen Informationen mitzuteilen und ein bestimmtes Vorgehen abseits der langwierigen diplomatischen Kanäle zu empfehlen.¹⁰⁷

In den folgenden Tagen gelang es dem LEBA, für 20 Millionen Mark Lebensmittel zu kaufen, die mit Devisen aus deutschen Kohlenexporten bezahlt werden sollten.¹⁰⁸ Doch inzwischen hatte die deutsche Regierung bereits im innerdeutschen

* Dieses Abkommen sah vor, daß Holland einen Kredit von 200 Millionen Gulden gewähre, den Deutschland nach und nach durch Kohlenlieferungen abtragen sollte. Frankreich stand dem Abkommen mißtrauisch gegenüber, da es eine Beeinträchtigung der deutschen Reparationslieferungen befürchtete.

Warenverkehr eine Blockade über das Ruhrgebiet verhängt¹⁰⁹ (der Hinweis auf den holländischen Antikommunismus hatte also nur die eigenen Absichten tarnen sollen), und 26. März beschloß sie ausdrücklich, Lebensmittelkäufe in Holland zu monopolisieren, um erst dann das Ruhrgebiet zu beliefern, „wenn die Rote Armee die Waffen gestreckt“ habe.¹¹⁰ Dementsprechend weigerte sie sich jetzt erneut, die Devisen freizugeben, und erklärte sich nur bereit, die Kaufverträge des LEBÄ zu übernehmen. Auf diese Weise konnte sie die Blockade fortsetzen — erst nach der Zerschlagung des Aufstands gab sie die holländischen Lebensmittel für das Ruhrgebiet frei.¹¹¹

Abgeschnitten von allen Zufuhren, konnten die Vollzugsräte wenig mehr tun, als für mehr Gleichheit zu sorgen. Eine Reihe von ihnen verbot, um die luxuriöse Verwendung von Mehl zu verhindern, das Kuchenbacken.¹¹² Im übrigen wurden *Hamster- und Schieberwaren beschlagnahmt*. Dabei ergab sich ein Unterschied: nach Schieberwaren konnte systematisch — auf den Transportwegen, vor allem den Bahnhöfen — gefahndet werden, nicht jedoch nach Hamstervorräten in privaten Haushalten. In Essen, wo es versucht wurde, machte der Vollzugsrat schlechte Erfahrungen: dunkle Elemente drangen unter dem Vorwand, eventuelle Hamstervorräte feststellen zu wollen, in Wohnungen ein und nahmen Wertsachen mit; nach vergeblichen Bemühungen, des Gesindels Herr zu werden, mußte der Vollzugsrat die Haussuchungen generell abbrechen.¹¹³ Hamstervorräte wurden also nur gelegentlich beschlagnahmt.

Was geschah mit den beschlagnahmten Waren? Der Vollzugsausschuß Herne gab bekannt, die Schieberwaren seien an die Krankenhäuser, das Waisenhaus, das evangelische Kinderheim und das Armenhaus verteilt worden,¹¹⁴ der Vollzugsrat Lennep, er habe ein geschlachtetes Schwein nach der Beschlagnahme für die Verpflegung der 2.- und 3.-Klasse-Patienten des Krankenhauses bestimmt.¹¹⁵ In Bottrop und Recklinghausen wurde Schieberware an die Arbeiterschaft verteilt.¹¹⁶ In einigen Orten bestand die Neigung, außer Hamster- und Schieberwaren auch reguläre durchlaufende Lebensmittelsendungen zu beschlagnahmen. Hiergegen erließ die Zentralstelle Hagen einen sehr eindringlichen Aufruf,¹¹⁷ der anscheinend seine Wirkung nicht verfehlte. Jedenfalls wurden nur aus Duisburg, Dortmund, Oberhausen und Altenessen solche Beschlagnahmen bekannt.¹¹⁸ Das Exekutivkomitee von Duisburg ist ein Sonderfall in der Bewegung.* In Dortmund, dessen extreme Notsituation wir kennengelernt haben, beschlagnahmte eine Kompanie der Arbeiterwehr auf einem Güterbahnhof ab dem 23. März verschiedene Lebensmittelsendungen, die dann teils an die Arbeiterschaft verteilt, teils verkauft wurden — der Menge nach nur ein Tropfen auf den heißen Stein.¹¹⁹ Der Vollzugsrat Oberhausen beschlagnahmte erstmalig am 24. März 19 Eisenbahnwaggons mit 200.000 Eiern, Fischen, Butter usw. und verkaufte die Waren zu niedrigen Preisen in der Stadt.¹²⁰ Da die Eier für Aachen, also eine Stadt außerhalb des Ruhrgebiets, bestimmt waren,¹²¹ wurde die Bewegung unmittelbar-materiell nicht ge-

* Das wird im 3. Band dargestellt.

schädigt. Das hätte ein Argument sein können — die ungleichmäßige politische Entwicklung in den verschiedenen Regionen eines Landes ist immer ein Grundproblem revolutionärer Bewegungen —, aber für den Vollzugsrat Oberhausen war dies offenbar nicht das Kriterium gewesen. Einige Tage später beschlagnahmte er nämlich 11 Fischwaggons, die für Mülheim bestimmt waren.¹²² Ähnlich verfuhr man in Altenessen.¹²³ Hier wird noch einmal der Lokalpatriotismus sichtbar, der in der Bewegung steckt;¹²⁴ ein teilweises Unvermögen, sich als Gesamtbewegung zu verstehen, stellten wir bereits an der Tatsache fest, daß die Vollzugsräte ihre Lebensmittelvorräte nicht untereinander ausglich. Man muß aber natürlich sehen, daß die Fälle, in denen reguläre Lebensmittelsendungen beschlagnahmt wurden, vereinzelt blieben: den Vollzugsräten von Duisburg, Dortmund, Oberhausen und Altenessen standen die vielen anderen gegenüber, die alle regulären Lebensmittel-sendungen passieren ließen.

Bemerkenswert ist, wie wenige Vollzugsräte der Bevölkerung erklärten, daß das Zusammenschrupfen der Bestände kein unbegreifliches Schicksal war, sondern ein Kampfmittel konkreter Kräfte, denen es zur Niederzwingung der Aufstandsbewegung dienen sollte. Ansatzweise gab der Arbeiterrat Wattenscheid eine solche Erklärung, ohne jedoch die Regierung als Urheber der Hungersnot zu nennen:

„Ist der Putsch von rechts beendet? Nein, denn welchen Zweck hätte es sonst, die Lebensmittelzufuhr zu erschweren oder gar zu verhindern? Der Proletarier soll klein gemacht werden, und da ist jedes Mittel recht, auch die Hungerpeitsche. Die Selbsthilfe, Koble gegen Lebensmittel zu tauschen, und eiserne Disziplin müssen über die kurze Zeit helfen. Für die Freiheit schmeckt die Steckrübe besser wie für die Kriegsjurie von 1916.“¹²⁵

Wie gesagt, gibt es von solchen Aufrufen nur ganz wenige. Die meisten Vollzugsräte schwiegen, auch als schon auf den Straßen Klagen über den Hunger laut wurden; einige verbreiteten sogar Zweckoptimismus. Das sticht ab von dem Fleiß, mit dem Bekanntmachungen und Regelungen produziert wurden. So zeigt die Herrschaft der Vollzugsräte gewisse Züge von Bürokratismus einerseits, politischer Führungslosigkeit andererseits.

*

Die Aufstandsbewegung hatte von vornherein damit gerechnet, daß die Lebensmittelversorgung ein zentrales Problem werden würde. Daß ihr von der Reichshauptstadt aus auch die *Versorgung mit Zahlungsmitteln* gesperrt werden könnte, kam für die Bewegung unerwartet. Dabei war 1919 dieses Mittel schon einmal gegen die Räterepublik Bremen angewandt worden.¹²⁶

Als die Zechen am 23. März die fälligen Löhne auszahlen wollten, erklärten die Banken des Ruhrgebiets, nicht genügend Zahlungsmittel zur Verfügung zu haben, da Berlin keine mehr schicke. Auf eine Anfrage der Reichsbankstelle Essen teilte die Reichsbankhauptstelle in Berlin mit, sie habe zwar Zahlungsmittel für das Ruhrgebiet bereitgestellt, aber die Post lehne den Transport „bei der Unsicherheit der Verkehrslage“ ab.¹²⁷ Der Bergbau-Verein (Verband der Zechenunternehmen), dem dieses Argument offenbar nicht durchschlagend erschien, sandte am 26. März dem Reichskanzler Bauer folgendes Telegramm:

„Durch die Knappheit an Zahlungsmitteln haben die Bergleute bei der letzten Lohnzahlung nur einen kleinen Bruchteil ihres Lohnes erhalten können. Dasselbe ist bei den Lohnzahlungsterminen in den nächsten Tagen zu befürchten, wenn nicht auf schnellstem Wege Zahlungsmittel in genügender Menge ins Revier gebracht werden. Hierdurch hat sich der Bergarbeiterschatz eine Erregung bemächtigt, die zu den allerernstesten Befürchtungen Anlaß gibt... Bitten deshalb dringend, alles aufzubieten, um den Geldmangel im hiesigen Bezirk so schnell wie möglich zu beheben.“¹²⁸

Wir beobachten hier dasselbe wie bei der Entschließung der DVP im Wahlkreis Arnberg, die gegen die Aushungerung des Ruhrgebiets Stellung nahm (s. oben Seite 22): die regionale Bourgeoisie befürchtete für sich das Schlimmste, falls man sich in Berlin für die Strategie der Abwägung entscheide. — Berlin setzte sich hierüber auch in diesem Fall hinweg. 20 Millionen Mark Papiergeld, die schon abgeschickt waren, wurden unterwegs in Magdeburg zurückgehalten — wegen angeblicher „Unsicherheit der Lage im Ruhrrevier“.¹²⁹ In Essen, wo die Zahlungsmittelschwierigkeiten anscheinend am größten waren, hatte der Vollzugsrat sofort Gegenmaßnahmen getroffen. In Verhandlungen mit der Stadtverwaltung vereinbarte er, erstens den Arbeitern gegen Gutscheine den geldlosen Bezug von Lebensmitteln zu ermöglichen, zweitens Notgeld zu drucken, drittens die Firma Krupp zu bitten, dies auch ihrerseits zu tun.¹³⁰ Die Firma Krupp löhnte in der letzten Märzwoche ihre Arbeiter mit Scheinen, die auf 20 bzw. 50 Mark lauteten und mit einem Aufdruck versehen waren, daß die Firma sich zur Einlösung bis zum 15. Mai verpflichte.¹³¹ — Vollzugsrat und Stadtverwaltung ließen für 30 Millionen Mark Notgeld herstellen, das am 1. und 2. April in Umlauf gesetzt werden sollte.¹³² Ob es dazu — während des Einmarsches der Reichswehr — noch kam, ist nicht mehr zu ermitteln.

So führte die Zahlungsmittelblockade durch die Reichsregierung schließlich dazu, daß sich das Ruhrgebiet ansatzweise autonom machte. Aufschlußreich ist, daß dies keine Klassenfrage war, sondern daß die Firma Krupp und die Essener Stadtverwaltung ebenso wie der Vollzugsrat am Funktionieren der Zirkulation interessiert waren.

Am Schluß dieses Abschnitts müssen noch zwei Maßnahmen behandelt werden, die uns heute nicht unbedingt als vorrangig erscheinen, die jedoch von den Vollzugsräten so empfunden wurden. Das ist einmal das *Verbot des Ausschanks von Alkohol*, das überall sofort nach dem Umsturz erlassen wurde. Der Kampf gegen den Alkohol gehörte seit langem zur Arbeiterbewegung, nicht nur zur deutschen. Dort wo die Arbeiter, die eigenen Interessen solidarisch wahrnehmend, sich für einen Augenblick vom Arbeitszwang befreien — bei einem Streik, einer Demonstration —, sehen wir, wie die Arbeiterführer dringend auffordern, die Aktion nicht im Alkoholrausch enden zu lassen. Je drückender die Verhältnisse, z. B. in Rußland, um so auffälliger ist dieses Moment der Arbeiterbewegung. So auch jetzt im Ruhrgebiet, mit dem wichtigen Unterschied, daß nun die Vollzugsräte die

Machtmittel hatten, den Gastwirten den Ausschank von Alkohol einfach zu verbieten. Das generelle Verbot der ersten Tage wurde später gelockert. In den „Frontstädten“ wie Dorsten mit seinen Bergarbeitervororten wurde nur der Ausschank von Bier gestattet,¹³³ während im „Hinterland“ das Verbot in manchen Fällen gänzlich aufgehoben und andernorts erheblich eingeschränkt wurde. In Bottrop z. B. wurde der Alkoholausschank tagsüber erlaubt und blieb nur ab 19 Uhr verboten.¹³⁴ In Barmen waren die Arbeiter darüber verstimmt, daß der Aktionsausschuß nicht die Weinlokale geschlossen hatte, so daß, wie sie sagten, ihnen zwar der Schnaps verboten sei, „Kapitalisten und Schieber“ jedoch „ruhig weiter schlucken und saufen“ könnten; die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse zogen daraus die Konsequenz, das Alkoholverbot aufzuheben.¹³⁵ Gegen so weitgehende Lockerungen wandte sich der Zentralrat Essen mit einer Verordnung, die im ganzen Aufstandsgebiet nur den Ausschank von Bier zuließ und die Vollzugsräte aufforderte, den Ausschank aller übrigen Alkoholika strengstens zu unterbinden.¹³⁶

Zweitens enthielten die ersten Aufrufe der Vollzugsräte überall die dringende *Warnung vor Plünderungen* (die ja in einem Augenblick, wo die alte Ordnung zusammengebrochen und die neue noch nicht errichtet war, sehr wahrscheinlich waren). Strenge Strafen wurden angedroht, mancherorts die Todesstrafe. Im Bezirk Hagen wurden die bewaffneten Arbeiter angewiesen, „sofort gegen Plünderer von der Waffe Gebrauch zu machen“¹³⁷ in Dortmund und Bottrop wurde Plünderern Aburteilung durch ein „Revolutionstribunal“ und anschließende Erschießung angedroht.¹³⁸ Im allgemeinen genügten die Androhungen; mindestens zwei Fälle sind jedoch sicher, in denen tatsächlich Plünderer standrechtlich erschossen wurden (in Weimar bei Bodum zwei, in Essen einer).¹³⁹ Das alles hat freilich die bürgerliche Geschichtsschreibung, besonders während der Nazizeit, nicht an der Verleumdung gehindert, die ganze Rote Armee oder mindestens ein erheblicher Teil von ihr habe aus Plünderern, ja aus Raubmördern bestanden.

Beide Maßnahmen — das Alkoholverbot und die scharfen Strafandrohungen gegen Plünderungen — scheinen auf den ersten Blick einen gewissen Puritanismus bzw. die Verhaftung in bürgerlichen Wertvorstellungen zu verraten. Doch ist von heute aus sehr schwer zu entscheiden, wieweit dieser Eindruck zutrifft, wieweit andererseits die getroffenen Maßnahmen sachlich notwendig waren. Auf jeden Fall scheint jedoch hinter ihnen die Einsicht zu stehen, daß es gerade jetzt, nach den großen Anfangserfolgen, auf die Anspannung aller Kräfte ankam und daß man sich vor politisch gefährlichen Bundesgenossen schützen mußte.

b) Weiterreichende Maßnahmen und die Ansätze einer neuen Gesellschaftsordnung

Bis hierhin haben wir die Maßnahmen analysiert, die unmittelbar notwendig waren — sei es zur Führung des bewaffneten Kampfes, sei es zur Stabilisierung der neuen Ordnung. Es wäre nicht weiter überraschend, wenn die Aufstandsbewegung dabei stehengeblieben wäre. Das aber war nun nicht der Fall. Vielmehr

stößt man in den Quellen auf Maßnahmen, die weitreichende Ansätze enthalten und zum Teil in Umrissen eine neue Gesellschaftsordnung sichtbar werden lassen. Sie sollen im folgenden analysiert werden, wobei sich auch die Schranken der Aufstandsbewegung zeigen werden. Ferner soll in diesem Abschnitt nach Veränderungen im Bewußtsein der Arbeiterklasse und im subjektiven Verhältnis der Klassen zueinander gefragt werden (Material dazu enthält bereits der vorige Abschnitt). — Insgesamt muß man bei der Analyse dreierlei im Auge behalten: einmal daß die Arbeiter, je nach Ort und Gebiet, nur zwei bis drei Wochen Zeit hatten, um ihre Herrschaft auszubauen; zum zweiten daß sie ohne Theorie des revolutionären Aufstands handelten; zum dritten daß sie, da ein Bündnis mit anderen Schichten nicht vorbereitet war, im wesentlichen auf sich allein gestellt waren. —

Schon während des Kampfes gegen das Militär hatten die Aktionsausschüsse *wichtige Hoberrechte übernommen*. In Hagen zum Beispiel besetzte der Aktionsausschuß einige Räume des Rathauses und stellte vor dem Rathaus bewaffnete Posten, im Eingang des Gebäudes ein MG auf; mit einem eigenen Stempel — Text: „Aktionsausschuß — Märzrevolution 1920“ — verfügte er die Beschlagnahme von Autos, Benzin und Lebensmitteln; er veranstaltete Haussuchungen nach Waffen, beschlagnahmte Waffen und erließ einen öffentlichen Aufruf zur Waffenabgabe; er verhaftete, ohne die Polizei zu fragen, stadtbekannte Einwohner, die auf Hauptmann Lichtschlags Kontaktmännerlisten verzeichnet waren, und vernahm sie selbst. Am Abend des 17. März — der Kampf gegen Lichtschlag in Dortmund war gerade beendet — stellte Oberbürgermeister Cuno die Hagenener Arbeiterführer zur Rede und verlangte die ungestörte *Weiterarbeit der Stadtverwaltung*. Das Ergebnis der Aussprache war folgende Bekanntmachung, die dann in anderen Orten übernommen wurde:

„Die politische Gewalt im Stadt- und Landkreise Hagen übt der Aktions-Ausschuß aus... Die Geschäfte der Verwaltungsbehörden bleiben in Händen der hierzu bestimmten Organe.“¹⁴⁰

Anders verliefen die Dinge zum Beispiel in Essen, wo der Vollzugsrat nicht schon während der Kämpfe, sondern erst nach dem Sieg der bewaffneten Arbeiter zur Herrschaft gelangte. Der erste Aufruf des Vollzugsrats begann: „Das revolutionäre Proletariat ist im Besitze der Stadt. Die vollziehende Gewalt übernimmt der Vollzugsrat, dem sich alle Behörden zu unterstellen haben.“¹⁴¹ Am Tag nach dem Umsturz (20. März) kam es zu einer prinzipiellen Aussprache zwischen dem Vollzugsrat und der Stadtverwaltung; hinzugezogen wurde der alte „Vollzugsausschuß“, den die SPD mit der bürgerlichen Mitte gegen die radikale Linke gebildet hatte (I, Seite 135) und dessen Bestehen eigentlich mit dem Sieg der Arbeiter erledigt war. Man vereinbarte, daß die Behörden „auf Grundlage der Gesetze“ an weiterarbeiten sollten und daß auch in Zukunft der alte „Vollzugsausschuß“ an den Besprechungen zwischen Vollzugsrat und Stadtverwaltung teilnehmen solle, und zwar als „Sachverständigenkommission“ mit beratender Stimme.¹⁴² Hier wird ein Problem sichtbar, vor dem viele Vollzugsräte standen: der Mangel an Verwaltungsfachleuten — ein Mangel, der in Essen besonders fühlbar wurde, weil die SPD sich mit der bürgerlichen Mitte verbündet hatte und daher von der

Beteiligung am Vollzugsrat ausgeschlossen wurde. Am 21. März machte der Vollzugsrat Essen bekannt: „... alle Dienststellen der städtischen und staatlichen Behörden [haben] ihre Geschäfte fortzusetzen. An die Bevölkerung Essens ergeht das dringende Ersuchen, den Beamten in der Ausübung ihrer Tätigkeit keine Schwierigkeiten zu bereiten.“¹⁴³ Offenbar gab es darüber Unmut unter den Arbeitern, denn am folgenden Tage sagte Stern (USP) in einem Referat vor den in den Betrieben gewählten Arbeiterräten: „Ein Pakt mit den bisherigen Machthabern der Stadt... sei nicht geschlossen worden. Man brauche aber die Beamten, da wir die nötigen Kräfte als Ersatz für die bisher tätigen Beamten nicht haben. Die bürgerlichen Kreise sind zwar im Kampf mit den Waffen zunächst niedergeschlagen. Sie... vermögen [aber] noch ihre ausgedehnten Fachkenntnisse gegen uns ins Feld zu führen.“¹⁴⁴ Das System der regelmäßigen Besprechungen zwischen Vollzugsrat, Stadtverwaltung und altem „Vollzugsausschuß“ funktionierte etwa eine Woche lang.¹⁴⁵

Die beiderseitige Interessenslage ist klar: einerseits der Wunsch der Vollzugsräte, Exekutivgewalt nicht nur zu beanspruchen, sondern auch auszuüben, andererseits der Wunsch der Verwaltung, ungestört weiterzuarbeiten. Der Kompromiß, auf den sich die Vollzugsräte bei ihrem Mangel an Verwaltungsfachleuten mehr oder weniger freiwillig einließen, lautete wie 1918/19: *Beaufsichtigung der Verwaltung durch politische Kontrolleure*.

Der Vollzugsrat Mülheim war wohl derjenige unter allen Vollzugsräten, der in der Beziehung zur bisherigen Exekutivgewalt von vornherein die weitestgehende Zielsetzung hatte. Er bezeichnete es als seine Aufgabe, „den alten reaktionären Beamtenapparat zu reorganisieren“;¹⁴⁶ dementsprechend sollten die Vertreter der Betriebsbelegschaften nur solche Genossen in den Vollzugsrat wählen, die in den Unterkommissionen „ihre Posten ausfüllen“ könnten „und sich durchzusetzen verständen.“¹⁴⁷ Die große Zahl von Kommissionen, die der Vollzugsrat bildete — für die städtischen Betriebe, für die Schulen, für das Wohnungs-, Gesundheits- und Wohlfahrtswesen, eine Sozialabteilung mit einer Unterkommission für den Nachweis von Arbeitsstellen, eine Kommission für Polizeifragen¹⁴⁸ — deutete darauf hin, wie umfassend er seine Aufgabe verstand. Aber manche dieser Kommissionen hatten, wenn sie vielleicht auch das geforderte Durchsetzungsvermögen bewußten, doch keine rechte Vorstellung von ihrer Aufgabe. So erschien der Beauftragte für das Schulwesen an einem der ersten Tage im städtischen Schulamt und stellte sich vor; „bei dieser Vorstellung“, so berichtete später das Amt, „ist es geblieben.“¹⁴⁹

Ein extremes Gegenbeispiel ist Düsseldorf. Hier wurde das Verhältnis zwischen Vollzugsrat und Stadtverwaltung schriftlich geregelt; darauf hatte die Stadtverwaltung gedrängt, und zwar auf Grund der Erfahrungen mit der Räterediktatur im Januar und Februar 1919, wo es zu stärkeren Eingriffen in die Verwaltung und in deren Gefolge zu teilweise chaotischen Zuständen gekommen war. Nach der Vereinbarung sollte die Kontrolle der Verwaltung so erfolgen, „daß den Anregungen und Beschwerden der Kontrolleure nach Möglichkeit Rechnung getragen werde; lediglich der Beauftragte des Vollzugsrats bei der Polizei erhielt von vornherein „weitreichendste“ Mitwirkungsbefugnis. Grundsätzlich sollte kein städti-

scher Beamter oder Angestellter auf Grund seiner politischen Gesinnung entlassen werden dürfen; Vorwürfe „in dienstlicher Hinsicht“ sollten auf dem Verhandlungswege geklärt werden.¹⁵⁰

Im Durchschnitt ergab sich, wie gesagt, eine Regelung wie 1918/19: Weiterarbeit der Verwaltung, jedoch unter politischer Kontrolle von Beauftragten der Arbeiterschaft. Allerdings dürfte die Kontrolle schärfer als damals ausgeübt worden sein, wie auch umgekehrt die Umgehung der Kontrolle nicht mehr so leicht gewagt wurde — immerhin stand man jetzt in einem offenen Bürgerkrieg. Zum Beispiel kam es nicht mehr vor, daß eine Verwaltungsstelle Bekanntmachungen erließ, ohne sie vorher den Kontrollleuten zur Genehmigung vorzulegen.

Daß der Wind diesmal schärfer wehte, zeigte sich auch an der Zahl der Absetzungen von reaktionären Beamten. In der mehrmonatigen Revolutionszeit von 1918/19 waren im ganzen Ruhrgebiet nur zwei reaktionäre Oberbürgermeister (in Gelsenkirchen und Düsseldorf) von den Arbeiterräten abgesetzt worden; die SPD-Führung hatte mit dem ständigen Alarmruf: „Die Verwaltung bricht zusammen!“ fast jede personelle Veränderung der Verwaltungsbürokratie verhindern können. Diesmal wurden gleich nach dem Sieg der Arbeiter in Remscheid Oberbürgermeister Hartmann und der Beigeordnete Zurlhellen für abgesetzt erklärt.¹⁵¹ In Mülheim befürchtete Oberbürgermeister Lembke beim Umsturz für sich das schlimmste — er war an erster Stelle verantwortlich für die feudale Verfilzung der Verwaltung mit den Interessen der Oberschicht in dieser Stadt der Millionäre, und erst am letzten Tage der Regierung Kapps hatte er sich ein Bekenntnis für die Verfassung abringen lassen.¹⁵² Er verließ die Stadt zunächst mit dem Freikorps Schulz, kehrte am nächsten Morgen zurück und versteckte sich bei reichen Freunden, erklärte schriftlich aus dem Versteck, er werde sein Amt weiterführen, wenn der Aktionsausschuß ihm volle Bewegungsfreiheit garantierte, und floh dann, als der Aktionsausschuß dazu nicht bereit war und nach ihm zu fahnden begann, aus der Stadt — zunächst nach Düsseldorf, dann aufs belgisch besetzte linke Rheinufer nach Krefeld. Der Aktionsausschuß Mülheim erklärte ihn offiziell für abgesetzt; seine Geschäfte wurden vom Beigeordneten Schmidt übernommen.¹⁵³ Von der Absetzung des Beigeordneten Wilms als Leiter der Mülheimer Straßenbahn wird noch die Rede sein. In Oberhausen machte der Vollzugsrat am Tag nach dem Umsturz einen schüchternen Versuch, Oberbürgermeister Havenstein abzusetzen, indem er zunächst den Beigeordneten Lerch fragte, ob er bereit sei, die Geschäfte des Oberbürgermeisters zu übernehmen; man nahm jedoch von dem Vorhaben wieder Abstand, als dieser ablehnte und auch die übrigen Beigeordneten sich mit Havenstein solidarisierten.¹⁵⁴ Vier Tage später machte der Vollzugsrat einen neuen Vorstoß. Diesmal deutete er an, selbst unter dem Druck der örtlichen Leitung der „Roten Armee“ zu stehen; er denke jedoch, setze er hinzu, nicht an eine Absetzung Havensteins, sondern nur an eine Beurlaubung, d. h. „an ein vorläufiges Niederlegen der Amtsgeschäfte“. Die Beigeordneten erklärten sich unter dem Druck der Verhältnisse zur Übernahme der Geschäfte bereit, unter der Voraussetzung, daß „der Vollzugsrat keine weiteren Eingriffe in die Verwaltung vornehme“. Der Vollzugsrat garantierte in einem schriftlichen Protokoll „das Leben und die Sicherheit des Oberbürgermeisters, seiner Familie und der Beigeordneten“.¹⁵⁵

In Vohwinkel wurde der Landrat des Kreises Mettmann, zur Nieden, von den Aktionsausschüssen „bis auf weiteres beurlaubt“.¹⁵⁶ Ein höherer Verwaltungsbeamter, der Dezernent für das Wucheram, wurde in Elberfeld abgesetzt und durch den SPD-Bezirkssekretär Dröner ersetzt.¹⁵⁷ In Lennep wurden zwei Angestellte der Stadtverwaltung — zuständig für Kohlenversorgung und Lebensmittelverteilung — entlassen und ersetzt.¹⁵⁸ — Die allgemeine respektvolle Ängstlichkeit gegenüber der Verwaltungsbürokratie, 1918/19 für die SPD-Führung ein Mittel zur Einschüchterung der Arbeiterräte, war also, so läßt sich zusammenfassend feststellen, zum guten Teil verschwunden.

Über die Gemeindeparlamente wurden nur in wenigen Orten Bestimmungen getroffen. In der schon erwähnten schriftlichen Vereinbarung von Düsseldorf hieß es: „Die Rechte der Stadtverordneten-Versammlung blieben unverändert bestehen“.¹⁵⁹ Der Vollzugsrat von Hervest-Dorsten und Holsterhausen verordnete für den Bereich des Amtes Wulfen, daß die Gemeindevertretungen bestehenbleiben sollten, jedoch nur unter Hinzuziehung des örtlichen Aktionsausschusses tagen dürften; dieser könne mit beratender Stimme in die Verhandlungen eingreifen. Beschlüsse seien nur gültig, wenn der Aktionsausschuß keinen Einspruch erhebe.¹⁶⁰ — Solche Bestimmungen waren ziemlich bedeutungslos, da nur ganz wenige Gemeindeparlamente — so z. B. die Stadtverordnetenversammlung von Hagen — während des Aufstandes zusammentraten.

Die Kassen der Stadtverwaltungen mußten im allgemeinen — genau wie 1918/19 — die Tagesschädigungen für die Mitglieder der Vollzugsräte zahlen (Ausnahmen: Mülheim und Oberhausen, wo die Unternehmer für die aus ihren Betrieben kommenden Vollzugsratsmitglieder zahlen mußten¹⁶¹). Der Tagessatz betrug z. B. in Lüben 40 Mark, in Bottrop und Buer 50 Mark.¹⁶² In Duisburg erhielten die vom Vollzugsrat angestellten männlichen Personen 40 Mark, die weiblichen Personen 30 Mark pro Tag.¹⁶³

Eingriffe der Vollzugsräte in Einzelbereiche der städtischen Verwaltung blieben sporadisch; relativ am weitesten gingen sie im *Wohnungswesen*, das noch vom Kriege her der öffentlichen Verwaltung unterlag. Eine vom Vollzugsrat Dortmund gebildete Wohnungskommission setzte sich zwei Ziele: einmal die Bildung von Mieterräten,¹⁶⁴ zum anderen die Rationierung von Wohnraum bei den Wohlhabenden. Das letztere Ziel hatte auch der Vollzugsrat Mülheim. In beiden Städten wurde es jedoch so spät in Angriff genommen, daß es im Zusammenbruch des Aufstandes nicht mehr verwirklicht werden konnte.¹⁶⁵ Bekannt ist nur, daß die Rationierungskommission des Vollzugsrats Mülheim versuchte, einen Lehrer, dem kürzlich seine Mietwohnung gekündigt worden war, in die Wohnung des geflohenen Oberbürgermeisters Lembke zu setzen.¹⁶⁶ — Der Beauftragte des Vollzugsrats Mülheim für Wohnungswesen hatte weiterhin die Idee, in der Kaserne des Freikorps Schulz durch die Stadt Wohnungen einrichten zu lassen.¹⁶⁷ In Kaiserswerth, wo große Wohnungsnot herrschte, beschlagnahmte der Vollzugsrat die Luftschiffkaserne in Lohausen und forderte Interessenten auf, sich für eine Einquartierung zu melden.¹⁶⁸ — Der Vollzugsrat Wellinghofen entschied Mietstreitigkeiten

zugunsten der Mieter. In einem Fall hob er eine Kündigung auf, die ein Landwirt gegenüber seinem Mieter, einem Bergmann, ausgesprochen hatte; in einem anderen Fall wies er einen Vermieter an, unverzüglich das elektrische Licht in einer Mietwohnung zu reparieren.¹⁶⁹ In Mülheim dagegen kapitulierte der Vollzugsrat bei dem Versuch, Zutritt zu den Sitzungen des städtischen Mieteinigungsamtes zu erhalten, vor dem Widerstand eines städtischen Beigeordneten; dieser erklärte, die Sitzungen seien nicht öffentlich, und er werde diese vertagen, sobald eine der beiden streitenden Parteien gegen die Anwesenheit eines Vollzugsvertreters Einspruch erhebe.¹⁷⁰

Einige Vollzugsräte bemühten sich, die Interessen der *Kriegsbeschädigten* zur Geltung zu bringen. Der Vollzugsrat Oberhausen plante, aus dem Beirat der städtischen Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte alle Unternehmervertreter zu entfernen und durch Personen aus seiner Umgebung zu ersetzen.¹⁷¹ In Mülheim führte die bloße Existenz des Vollzugsrats zu einem anderen Verhalten der Kriegsbeschädigten. Die Beamten des städtischen Fürsorgeamtes klagten später, die Kriegsbeschädigten seien während des Aufstandes sehr selbstbewußt aufgetreten und hätten geglaubt, nun ihre Entschuldigungsansprüche durchsetzen zu können.¹⁷² Das ist von dem Gewicht her, das dieser Bereich heute im allgemeinen Bewußtsein gewonnen hat, auffällig, jedoch von der Psychologie der damaligen Arbeiterbewegung her verständlich. Daß der Beauftragte des Vollzugsrats Mülheim sich im städtischen Schulamt nur einmal blicken ließ, um sich vorzustellen, erwähnten wir schon. Der Aktionsausschuß von Elberfeld und Barmen verpflichtete nach dem Sieg der Arbeiter über General Gilhaussen die Lehrer, „bildende Unterhaltungen für die freien Nachmittage zu arrangieren (Theater, Kinovorstellungen, Spiele usw.)“.¹⁷³ Das war alles.*

Die *Gefängnisse und Zuchthäuser* lagen sofort im Blick der Arbeiter. Viele ihrer Genossen und Kollegen waren in der Zeit der Konterrevolution zu Freiheitsstrafen verurteilt worden, und als die Nachrichten vom Putsch in Berlin eintrafen, wurde überall die eine Forderung erhoben: Freilassung der politischen Gefangenen! Der Sieg im bewaffneten Kampf machte die Befreiung möglich, und man gewinnt den Eindruck, daß der erste Gedanke, den die Arbeiter nach dem Sieg hatten, war: Sofort zu den Gefängnissen! Bei einer solchen spontanen und meist sehr turbulent verlaufenden Aktion ließ sich die Beschränkung auf die politischen Gefangenen nicht leicht einhalten, und es muß eigentlich Wunder nehmen, daß nur in drei Fällen — in der Strafanstalt Bendahl in Elberfeld, im Haumannshof in Essen und im Amtsgericht Mülheim — auch nicht-politische Gefangene** befreit wur-

* Von heute aus könnte man sich etwa eine Aktion vorstellen, in der die Arbeiterkinder in allen Schulen die Bilder und Symbole der Kaiserzeit entfernt hätten; sie hätte auch über den Aufstand hinaus politische Wirkungen gehabt.

** Wir vermeiden absichtlich den Begriff „Kriminelle“, einmal weil er bestimmte Abwehrreaktionen hervorruft, in denen der gesellschaftliche Zusammenhang der geahndeten Taten verdrängt wird; zum zweiten weil beim „politischen“ Gefangenen der Freiheitsentzug ja gerade bedeutet, daß seine Gesinnung und die aus ihr folgenden Taten für kriminell erklärt worden sind.

den bzw. Gelegenheit erhielten, sich selbst zu befreien.¹⁷⁴ Man kann annehmen, daß lumpenproletarische Gruppen, die sich unter die Demonstranten gemischt hatten, dabei ihre Hand im Spiel hatten. Und noch andere hatten ein Interesse daran, daß nicht-politische Gefangene befreit wurden. Das zeigte sich beim Zuchthaus Werden: kaum war die Sipo nach dem Fall Essens aus Werden abgezogen, überwältigten die Zuchthausinsassen ihre Wärter und schossen aus allen Fenstern und Lüken des Gebäudes; woher sie die Waffen hatten, war zunächst rätselhaft. Bewaffnete Arbeiter Werdens und der umliegenden Orte umringten das Gebäude; schließlich stürmten sie es (sie hatten dabei zwei Tote) und überwältigten die Gefangenen. Dabei erfuhren sie des Rätsels Lösung: die Sipos hatten vor ihrem Abzug die Gefangenen bewaffnet und sie ermahnt, sich mit allen Kräften zu wehren — „die Spartakisten von Velbert kämen und schnitten ihnen die Kehle ab“.¹⁷⁵ Stellt man diesem Vorgang die folgende Schilderung Spethmanns — von den Aktionen der Arbeiter in Essen — gegenüber, so erhält man einen Eindruck von der offenbar bewußt verleumderten Darstellung dieses Apologeten des Zuckenkapitals. Spethmann schreibt: „Sofort ging man auch daran, die Strafgefängnisse zu öffnen. Einem Teil der Gefangenen steckte man bereits beim Verlassen der Strafanstalten Waffen und Munition zu. Mit Gewehren in der Hand und Handgranaten im Strick, der das Koppel ersetzen muß, ziehen sie — es sind im ganzen an die Tausend — schleunigst ins Innere der Stadt, vielfach noch in Strümpfkleidern, an der Spitze die zweimal zum Tode verurteilten Raubmörder Gebrüder Fleischer“.¹⁷⁶ In der Literatur der Nazizeit findet sich dann immer wieder die stereotype Behauptung, die Reihen der Roten Armee seien durch zahllose freigelassene Verbrecher aufgefüllt worden.¹⁷⁷

In Wirklichkeit bedauerten die Vollzugsräte offiziell, daß in den drei genannten Strafanstalten nicht-politische Gefangene freigekommen waren, und machten die größten Anstrengungen, sie wieder einzufangen; damit hatten sie auch im wesentlichen Erfolg.¹⁷⁸ Überall wurden die Strafanstalten von bewaffneten Arbeitern scharf bewacht. — Das städtische Lumpenproletariat auf der anderen Seite hatte weiterhin Interesse an einer Befreiung der nicht-politischen Gefangenen. In mehreren Städten wurden Versuche gemacht, Gefängnisse zu stürmen. In Recklinghausen (25. März) und Essen (28. März abends) waren sie erfolgreich,¹⁷⁹ in Düsseldorf dagegen konnten die Arbeiter mehrere Angriffe abweisen.¹⁸⁰ Auch ein Sturm auf das Dortmunder Gerichtsgefängnis in der Nacht zum 4. April — zu einem Zeitpunkt also, wo die Angreifer (rund 100 Bewaffnete)* sich angesichts des Zusammenbruchs der proletarischen Machtordnung eine Erfolgschance ausrechnen konnten — wurde von den Arbeitern abgeschlagen.¹⁸¹ — Die beim Umsturz befreiten politischen Gefangenen dagegen — die bei Spethmann überhaupt nicht erwähnt werden — nahmen selbstverständlich zum Teil an den Kämpfen der Arbeiter teil, so 64 im Zuchthaus Lüttringhausen Befreite am Kampf um Essen.¹⁸²

Für die politischen Gefangenen, gleichgültig, ob sie schon früher entlassen oder erst jetzt befreit worden waren, sorgte der Vollzugsrat Mülheim materiell, indem er

* Der Waffenbesitz war keineswegs lückenlos zu kontrollieren, besonders in einer Stadt wie Dortmund nicht, die von auswärtigen Arbeitern erobert worden war: nach dem Ende des Kampfes hatten viele von den Verteidigern weggeworfene Waffen herumgelegen, die jeder, der wollte, sich hatte nehmen können.

am 25. März verordnete, „daß alle diejenigen Arbeiter und Angestellten, welche nach dem 9. November 1918 wegen rein politischer Sachen inhaftiert waren, ganz gleich, ob Schutzhaft, Untersuchungshaft oder Strafhaft, von demjenigen Betrieb und Arbeitgeber für entgangenen Verdienst entschädigt werden, wo sie zur Zeit der Verhaftung beschäftigt waren“. Die Entschädigung sollte für die Zeit bis Ende 1919 werktäglich 20 Mark betragen, danach einen „Betrag in Höhe des jeweils geltenden Lohnsatzes des betreffenden Berufes“. ¹⁸³ Diese Verordnung, die am folgenden Tag vom Vollzugsrat Oberhausen übernommen wurde, ¹⁸⁴ kostete z.B. die Maschinenfabrik Thyssen in Mülheim allein für die Schutzhaft-Gefangenen des Zuchthauses Werl von 1919 59.000 Mark, ¹⁸⁵ das Stahl- und Walzwerk Thyssen mußte knapp 52.000 Mark für ehemalige politische Gefangene zahlen. ¹⁸⁶ — In Essen wurde am 22. März in der Vollversammlung der Arbeiterräte beantragt, daß die Unternehmer den ehemaligen politischen Gefangenen einen Monatslohn zahlen sollten. Auf den Hinweis des Versammlungsleiters und Vollzugsratsvorsitzenden Harbrink, das gehe über den Rahmen der Befugnisse der Vollzugsrats hinaus, wurde der Antrag abgelehnt. ¹⁸⁷

Die Arbeiter hatten nicht nur Gefangene befreit, sondern ihrerseits auch Gefangene gemacht. Die im Kampf gefangenen Reichwehrsoldaten, Sipos usw. wurden nicht überall in Gefängnissen inhaftiert: in Hörde zum Beispiel hielt man sie in einem Tanzsaal gefangen, in Hagen die Offiziere im Rathaus, die Unteroffiziere und Mannschaften in einer Turnhalle. ¹⁸⁸ Bezeichnend sind wiederum die Gerüchte, die alsbald kursierten: die Gefangenen seien furchtbar mißhandelt und ausgeplündert worden, sie würden betont schlecht gepflegt usw. ¹⁸⁹ Wie die Wirklichkeit aussah, haben wir im 1. Band schon an einigen Stellen erwähnt: Mißhandlungen durch die bewaffneten Arbeiter kamen nur in wenigen Fällen im Moment der Gefangennahme vor, und zwar dann, wenn die Besiegten besonders brutal oder hinterhältig gekämpft hatten; dabei taten die Führer der Arbeiter ihr Äußerstes, um Ausschreitungen zu verhindern. Weiter drohten den Gefangenen nach der Gefangennahme Mißhandlungen seitens der erregten unbewaffneten Menge; zu ihrem Schutz wurden sie deshalb rasch abgeführt, in einigen Fällen in eine andere Stadt. ¹⁹⁰ Gegen die verleumdenden Gerüchte versuchten einige Vollzugsräte mit Verordnungen oder Presseerklärungen vorzugehen. ¹⁹¹ Bald erhielten die Vollzugsräte jedoch ein weit wirksameres Mittel: in zahlreichen Orten gaben die Gefangenen selbst Erklärungen ab, in denen sie die Gerüchte Lügen straften. Wir beschränken uns auf zwei Beispiele. Die in Remscheid gefangenen Soldaten, denen von der Truppenführung gesagt worden war, sie würden nach der Gefangennahme von den Roten „an die Wand gestellt, in der scheußlichsten Weise verstümmelt und massakriert“, waren sehr darüber verwundert, wie gut sie behandelt wurden, ¹⁹² bei ihrer Entlassung erklärten sie schriftlich:

„Wir sprechen der Leitung der vereinigten sozialdemokratischen Parteien (d. h. der drei Arbeiterparteien) Remscheids unseren herzlichsten Dank für die fürsor-

* Es gibt übrigens keinen einzigen Erinnerungsbericht, auch nicht aus der Nazizeit, nach dem die Gefangenen von ihren Bewachern geschlagen worden wären — ein bezeichnender Unterschied zur Praxis des Gegners.

gende und humane Behandlung während unserer Gefangenschaft aus. Bezüglich Verpflegung und Unterkunft wurde den Verhältnissen entsprechend das Mögliche geleistet. Ebenso herzlichen Dank den Wachmannschaften für ihr menschliches und kameradschaftliches Verhalten uns gegenüber.“ ¹⁹³

Wenn die Soldaten, die diese Erklärung abgaben, betonten, daß sie dies freiwillig täten, so könnte man dahinter ein Fragezeichen setzen — sie wollten eben, so könnte man denken, ihre Freilassung nicht im letzten Moment gefährden. In dieser Beziehung unanfechtbar ist unser zweites Beispiel. Leutnant Gelander vom Freikorps Schulz, der mit etwa 50 anderen Gefangenen im Polizeigefängnis von Hamborn untergebracht gewesen war, veröffentlichte am 11. April — er war zu diesem Zeitpunkt seit etwa einer Woche wieder in Freiheit — im Duisburger SPD-Blatt folgende Erklärung:

„Wir wurden, den Verhältnissen nach, gut verpflegt und behandelt. Die Führer des Vollzugsrates duldeten keinerlei Mißhandlungen und überzeugten sich täglich von der Innehaltung ihrer Anordnungen. Obiges habe ich sämtlichen Mitgefangenen vorgelesen, die sich mit meinen Worten einverstanden erklärt haben.“ ¹⁹⁴

Eine mutige Erklärung, denn sie erfolgte zu einem Zeitpunkt, wo kein Vorteil mehr von ihr zu erwarten war, wo sie im Gegenteil der Propaganda des siegreichen Militärs ins Gesicht schlug, die behauptete, alle während des Aufstands abgegebenen Erklärungen der Gefangenen seien erpreßt worden. Beide Beispiele stammen übrigens aus Städten (Remscheid, Hamborn), in denen besonders scharfe Kämpfe getobt hatten. — In Lennep versicherte ein Gefangener nach seiner Freilassung, er habe während der Haft „niemals ein schroffes Wort gehört.“ ¹⁹⁵ Auch als die Reichswehr wieder vorrückte und dabei furchtbare Greuelthaten beging, kamen die Gefangenen der Aufständischen keinen Augenblick in Gefahr, es zu entgelten. Am 31. März sagte der Vorsitzende des Vollzugsrats Bottrop, Rhone, in einer öffentlichen Versammlung grundsätzlich: „Wenn von unseren Gegnern Nachrichten kommen über grausame Gefangenenbehandlung . . . , so wollen wir nicht mit den gleichen Mitteln arbeiten, sondern unsere Gegner immer menschlich behandeln.“

Mit Gewalt kann man einem Menschen keine Gesinnung beibringen.“ ¹⁹⁶ Eins allerdings scheint manchen Reichwehrsoldaten die Gefangenschaft sauer gemacht zu haben: die Auswirkung der Lebensmittelblockade. Ein Soldat der Batterie Hasenclever, der in Münster geblieben war, schrieb am 23. März an einen Freund: „Die Gefangenen, die die Spartakisten in Wetter von uns gemacht haben, sind schon so ziemlich alle . . . zurückgekehrt. Sie sind alle froh, daß sie wieder hier sind, denn die Kohldampfschieberei dahinten im Industriegebiet hat ihnen doch nicht gefallen. Wir bekommen hier noch sehr gute Verpflegung.“ ¹⁹⁷

In Lennep hatte man nach dem Abzug der Reichswehr deren Quartier, das Heim der Kammgarnspinnerei, übel zugerichtet vorgefunden. Der Vollzugsrat ließ die Räume durch die Gefangenen aufräumen und säubern; sie sollten, teilte er im Lokaltblatt mit, „einmal wirkliche Arbeit leisten.“ ¹⁹⁸

Zwei Vollzugsräte stießen zu Ansätzen einer Reform des Gefängniswesens überhaupt vor. In Duisburg besuchte am 20. März — also unmittelbar nach der Umwälzung — ein Mitglied des Vollzugsrats das Gerichtgefängnis. Sein „Wunsch, einer größeren Anzahl von Strafgefangenen eine Unterbrechung des Strafvollzuges

zu gewähren“ (offenbar zur Bewährung), mußte nach einem Bericht, der in der Presse veröffentlicht wurde, aufgegeben werden, weil „die meisten wegen entehrten Handlungen, schweren Diebstählen usw., bestraft“ worden seien — und auch bei voller Würdigung der „sozialen Ursachen“ ihrer Taten könne es nicht verantwortet werden, „solche Elemente auf die im Aufbau befindliche kommunistische Gesellschaft loszulassen“. Jedoch wolle der Vollzugsrat „den materiellen und geistigen Bedürfnissen der Gefangenen möglichst gerecht“ werden. Das bedeutete im einzelnen: Ausdehnung des täglichen Spaziergangs auf eine Stunde; Erlaubnis zum Rauchen während des Spaziergangs (wegen Feuergefahr nicht auch während des Aufenthalts in den Zellen möglich); Bereitstellung von „zeitgemäßer Literatur“ in „vorsichtiger Auswahl“; Vorträge über „Kunst, Literatur, Ethik und andere Wissensgebiete“. Außerdem habe die Gefängnisverwaltung die Bildung von „Gefangenenräten“ zugestanden, die „die materiellen und geistigen Interessen der Gefangenen vertreten“ sollten.¹⁹⁹ — Was hier sichtbar wird, ist eine seltene Mischung materialistischer und idealistischer Überlegungen. Handfester war der Vollzugsrat Essen, dessen Gefängniskommission am 22. März den Haumannshof besuchte und sich, wie sie berichtete, zunächst „von der einwandfreien Behandlung der Gefangenen überzeugte“. Sie habe, berichtete die Kommission weiter, den Gefangenen „alle möglichen Erleichterungen verschafft“; die Gefangenen hätten „Lese-, Schreib- und Raucherlaubnis“ erhalten und befänden sich „tagsüber in Gemeinschaftszellen“.²⁰⁰ — Es ist gut möglich, daß auch in anderen Städten ähnliche Reformmaßnahmen getroffen wurden, von denen wir nur durch den Mangel schriftlicher Quellen nichts mehr wissen.

Zur Reform der Justiz hatten die Vollzugsräte keine Vorstellungen. Die einzige Ausnahme ist der Vollzugsrat Lennep, der bekanntgab, daß die Verhandlungen des Schöffengerichts künftig unter seiner „Kontrolle“ stattfinden würden; er werde „Urteile, die dem Volksempfinden widersprechen, für ungültig erklären“.²⁰¹ Es war ein keinem Vollzugsrat angehörender Außenseiter, der das unveränderte Weiterbestehen der Justiz als großes Problem empfand: der 39jährige Rechtsanwalt Bernhard Lamp in Elberfeld. Ein Mann von hervorragenden Fachkenntnissen, hatte Lamp bis 1914 bereits eine beachtliche Karriere gemacht, als ihn das Erlebnis des Krieges aus dem Rahmen bürgerlicher Lebensanschauungen geworfen hatte. Nach der Revolution von 1918 hatte er sich zunächst bei den Kommunisten organisiert, doch als ausgeprägten Einzelgänger mit hochfliegenden Zielen, dabei ziemlich exaltiert und gefühlsbetont, hatte es ihn dort nicht lange gehalten.²⁰² Seine große Stunde kam nach dem harterungenen Sieg der Arbeiter über die Streitmacht General v. Gillhaussens. Wir haben im 1. Band geschildert (S. 254 f.), wie der Aktionsausschuß am Tag nach dem Sieg die Arbeiter in bürokratischer Manier wieder zur Arbeit kommandierte, wie diese zu seiner Überraschung und Verwirrung sich dagegen auflehnten, wie es zu improvisierten Versammlungen kam und wie die Arbeiter schließlich zwei Tage länger den Betrieben fernblieben, als der Aktionsausschuß es gewünscht hatte. In dieser Situation fand Lamp genügend Anhänger, um gegen die Justiz vorzugehen. Am Morgen nach dem Waffensieg (18. März) ließ er die Zugänge zum Landgericht und zum Amtsgericht durch Drahtverhaue sperren, besetzte mit einigen Leuten die beiden Gebäude und forder-

te alle anwesenden Beamten auf, sich zu entfernen; nur die in den Gebäuden Wohnenden (Pförtner, Heizer) dürften bleiben. Die Empörung Lamps und seiner Anhänger richtete sich zunächst dagegen, daß die Gerichtsbeamten die Aufforderung, sich dem Generalstreik gegen die Kapp-Putschisten anzuschließen, nicht befolgt hatten, daß vielmehr noch zu einem Zeitpunkt, als der Kampf um die Stadt entbrannte, eine Gerichtssitzung stattgefunden hatte; Lamps eigentliche Absicht war, den Gerichtsbetrieb eine Weile stillzulegen und in dieser Zeit die Arbeiter über seine Neugestaltung beraten und beschließen zu lassen. Mit einem Vertreter der 300 Gerichtsbeamten verhandelte er über die Zahlung eines Gehaltsvorschusses für diese Zeit. — Am Morgen des folgenden Tages, als die Arbeiter ihren Widerstand gegen die vom Aktionsausschuß angeordnete Arbeitsaufnahme ausdrückten, ließ sich Lamp von einer Massenversammlung zum „Volksbeauftragten für die Sozialisierung der Rechtspflege“ ernennen. Unterdes fanden sich in den Gerichtsgebäuden die Justizbeamten ein; sie beriefen sich auf den Aktionsausschuß, der ebenfalls ihre Arbeitsaufnahme wünsche.²⁰³ Lamp erklärte sie für erlaubt. An den Türen der Gerichtsgebäude ließ er ein Manifest anschlagen, in dem er in schwungvollen Worten seine Vorstellungen einer neuen Rechtsprechung entwickelte.²⁰⁴ Der Text ist leider nirgends festgehalten, doch läßt er sich noch andeutungsweise erschließen. Am selben Tag schrieb Lamp nämlich für eine von ihm geplante kleine Tageszeitung, „daß unsere Gesetze mehr nach den Interessen der Rechtspredenden als nach denen der Rechtssuchenden gemacht worden sind... Nicht nur Ehesachen und Streitigkeiten um Mein und Dein sind so eingerichtet, daß man, obwohl man recht hat, zu seinem Recht nicht kommen kann, oder doch erst so spät, daß es eigentlich zu spät ist... Auch die Strafrechtspflege hat einen solchen Stoff von Erbitterung und Empörung geschaffen, daß der Funke, der jetzt hineingefallen ist, die bisherige Strafrechtspflege forsprengt. Der Erziehungsgedanke hat an die Stelle des Strafgedankens zu treten. Die gedankenlose Einsperrung armer schwacher Menschen, die den rechten Weg nicht kannten oder sich darauf nicht halten konnten, in Zuchthäusern und Gefängnissen widerspricht der Menschenwürde, ebenso natürlich die Todesstrafe“. „Eine Volksversammlung“, schrieb Lamp weiter, „muß nun darüber beschließen, was weiter geschehen soll. Auf ein paar Tage bis zur Einberufung dieser Volksversammlung kommt es nicht an, da ein Stillstand der Rechtspflege geradezu ein Idealzustand ist gegenüber der Rechtspflege, wie wir sie bisher gehabt haben“.²⁰⁵

Der Aktionsausschuß einschließlich der Kommunisten distanzierte sich „auf das entschiedenste“ von Lamp und stellte fest, daß dieser keiner der drei Arbeiterparteien angehöre.²⁰⁶ Lamp, der einen offenen Konflikt mit dem Aktionsausschuß vermeiden wollte, brach seine Aktion ab.²⁰⁷ Das Elberfelder USP-Blatt kommentierte:

„Wir zweifeln nicht daran, daß er [Lamp] es gut meint, wenn er mit einem Ruck die ganze Rechtspflege aus den Angeln heben, wenn er die in Jahrbunderten verankerte Gerichtsbarkeit und den Strafvollzug, die gewiß einer gründlichen Umgestaltung bedürfen, nun mit einem Male ganz nach seinem persönlichen Geschmack umwandeln will“. Jedoch muß „mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß seine Kapriolen die Sache der Revolution schwer schädigen. Sozialis-

mus bedeutet Gemeinschaftlichkeit. Gemeinsames Streben, gemeinsames Handeln nach einem festen Plane tut heute dem Proletariat mehr not, wie jemals. Wohin sollte es kommen, wenn... jeder einzelne der Millionen seinen Traum der Weltbeglückung nun auf eigene Faust durchführen wollte?¹⁹⁸

Das war eine völlig zutreffende Kritik, nur zeugte sie ihrerseits davon, daß eine weiterreichende Strategie für den revolutionären Umsturz in der Organisation nicht entwickelt worden war. So entsprachen und bedingten sie einander: die Funktionäre, die die von ihnen propagierte Organisation inhaltlich nicht zu füllen vermochten, und der Einzelgänger, der sich nicht zu organisieren wußte und dessen Auftreten wie ein Strohfeuer war — kaum waren seine Vorstellungen aufgetaucht, waren sie schon zur Wirkungslosigkeit verurteilt.

Die Untätigkeit der Vollzugsräte gegenüber der Justiz fällt besonders auf, wenn folgendes zuverlässig berichtet wird: im Landgericht Dortmund erschienen an mehreren Tagen bewaffnete Arbeiter und forderten die Herausgabe der Straakten von Meinberg und zwei anderen Kommunisten. Die Gefängnisverwaltung verweigerte das jedesmal, und jedesmal zogen die Arbeiter unverrichteter Dinge wieder ab.¹⁹⁹ Das Verhalten der Gefängnisverwaltung provozierte also nicht etwa ein energischeres Vorgehen der Arbeiter, das doch dringend erforderlich gewesen wäre; man kann sich das wohl kaum anders erklären als mit einem tiefverwurzelten Respekt vor dem Justizapparat.

Anders die Einstellung zum Büttel der Justiz, zur Kriminalpolizei. Ihre Entwaffnung war überall eine der ersten Maßnahmen nach der Umwälzung, und meist wurde anschließend die Fortführung ihrer bisherigen Tätigkeit unterbunden. Nach einigen Tagen durfte sie dann zum Beispiel in Mülheim wieder Bürodienst tun, ²⁰⁰ während in Dortmund bestimmt wurde, daß sie sogar Verhaftungen vornehmen durfte, jedoch nur auf Anordnung oder mindestens mit Zustimmung des Vollzugsausschusses und in Anwesenheit eines bewaffneten Arbeiters.²⁰¹ Weiter ging wieder Rechtsanwalt Lamp in Elberfeld, der die Arbeiter davor warnte, „auch nur einen einzigen früheren Polizeibeamten wieder in seine Macht einzusetzen“. In einem von ihm herausgegebenen Blatt schrieb Lamp: „Denkt an die Empörung der traurigen Opfer der Kriminalpolizei. Mit welcher unsagbaren Niedertracht hat sich die in der ganzen Welt berühmte Kriminalpolizei der besitzenden Ausbeuter gegen das Volk gerichtet. Nur durch Spitzel konnten diese Beamten... irgend etwas herausbringen... Über Tränen und Verzweiflung gingen sie mit einem angenehmen Grausamkeits-Lustgefühl hinweg.“²⁰²

Blieben die Vollzugsräte gegenüber der bisherigen Justiz auch untätig, so entwickelten sie immerhin die Anfänge einer eigenen Justiz. Daß in manchen Orten Plünderern die Aburteilung durch ein „Revolutionstribunal“ angedroht wurde, erwähnten wir schon; ebenfalls, daß ein solches Tribunal in Sterkrade wirklich zwei Plünderer zum Tode verurteilte. Am 26. März wurde in Essen bekanntgegeben, das Revolutionstribunal habe „seine Tätigkeit aufgenommen“. In seine Zuständigkeit werde künftig unter anderem fallen: „Spionage, Bedrohung und Angriff auf Posten, Wachen und Truppen, Plünderung in jeder Form“.²⁰³ Urteile dieses Gerichts sind leider nicht bekannt. — Der Aktionsausschuß Wattenscheid gab nach dem Umsturz bekannt, er habe den Sipo-Hauptmann Westphal zu

dessen „eigener Sicherheit in Schutzhaft genommen“.²⁰⁴ Dieser Begriff, mit dem die bürgerliche Justiz und das Militär in unzähligen Fällen ungesetzliche Freiheitsberaubungen verschleierte hatten, war hier berechtigt angesichts der großen Erregung, die das brutale Vorgehen der Sipo unter Westphals Kommando hervorgerufen hatte. Nach einigen Tagen dankte Westphal in einer öffentlichen Erklärung für den tatkräftigen Schutz, den er durch die Führer der Arbeiter erfahren habe.²⁰⁵

In einem Fall verübten Arbeiter Selbstjustiz. Das Opfer war jener Spitzel namens Langensiepen, der in Barmen entlarvt worden war (s. oben Seite 16). Zu seinem Schutz war Langensiepen nach seiner Vernehmung nach Essen transportiert und als auf frischer Tat ertappter Plünderer ins dortige Gefängnis eingeliefert worden. Der wahre Grund seiner Verhaftung sicherte jedoch durch. In der Nacht vom 3. zum 4. April — in einer Situation äußerster Spannung, als der Einmarsch der Reichswehr ins Ruhrgebiet bereits begonnen hatte — wurde Langensiepen von übrigen Arbeitern ohne Urteil erschossen.²⁰⁶ Die Herrschaft des Vollzugsrats Essen war zu diesem Zeitpunkt bereits nahezu zusammengebrochen, und die Nachrichten von den Greueln der vorrückenden Reichswehr drangen ins Revier. Es blieb der einzige derartige Fall.

Kommen wir zum Zentrum des kapitalistischen Gesellschaftssystems: den Betrieben. Um verstehen und einordnen zu können, was hier vorging, müssen wir zunächst die Frage klären, wie sich das Verhältnis zwischen den Vollzugsräten und den Belegschaften entwickelte.

Gleich zu Beginn des Widerstandes gegen den Kapp-Putsch, also noch vor dem Sieg über Militär und Sipo, hatten die Aktionsausschüsse in Bodum und Mülheim die Arbeiter aufgefordert, beim Einsetzen des Generalstreiks am Montag, dem 15. März, in den Betrieben Betriebsräte zu wählen.²⁰⁷ Weitere Aktionsausschüsse waren gefolgt: auf ihre Aufforderung hatten die Arbeiter in Düsseldorf am 16., in Remscheid am 18. März, in Lennep während der ganzen Woche (nach den einzelnen Betrieben unterschiedlich) Betriebsräte gewählt.²⁰⁸ Über das Ziel dieser Wahl liegen keine Äußerungen vor, doch liegt es auf der Hand: die bisherigen Vertreter der Belegschaften waren vor dem Putsch gewählt worden, drückten also nicht den politischen Willen der Arbeiter aus, der sich in der Reaktion auf den Putsch bildete. Die reaktionären Militärbefehlshaber fürchteten diese neue politische Kraft. In Remscheid ließ Major Lützwow am 18. März eine Reihe von Betrieben militärisch besetzen, um die Wahl zu verhindern;²⁰⁹ in Düsseldorf genehmigte Major v. Rudorff zunächst den Zusammenritt der Betriebsräte zu einer Vollversammlung, ließ diese dann aber plötzlich durch Polizei sprengen.²¹⁰ Auffällig ist jedoch, daß auch dort, wo es solche Unterdrückungsmaßnahmen nicht gab, die neugewählten Betriebsräte so gut wie keine Führungsbefugnisse von den Aktionsausschüssen erhielten oder selbständig für sich beanspruchten. So waren es selbst in Mülheim, der Stadt mit der stärksten syndikalistischen — also gegen die Gewerkschaften gerichteten — Tradition, nicht sie, sondern die Vertrauensmänner

der verschiedenen Gewerkschaften, die am 17. März den Abbruch des Generalstreiks beschlossen.²²¹

Die KPD hatte von vornherein mehr im Auge als das Ziel, den politischen Willen der Belegschaften nach dem Putsch zum Ausdruck kommen zu lassen. Im Aufruf der KPD-Bezirksleitung vom 13. März hieß es: „Wählt sofort in jedem Betrieb, in jeder Werkstätte euren Arbeiterrat. Wählt die Besten und Tüchtigsten. Wählt nur Arbeiter, die auf dem Boden der Diktatur des Proletariats stehen. Die Arbeiterräte treten sofort zur Vollversammlung zusammen, die dann die gesamte Macht übernehmen muß . . . Euer Arbeiterrat hat zuerst die Bewaffnung des Proletariats, die Entwaffnung der Bourgeoisie auszuführen.“²²² Die KPD-Bezirksleitung rief also dazu auf, innerhalb der Abwehrbewegung gegen den Kapp-Putsch die Demokratie von der Basis her frei zu entfalten und in der revolutionären Machtergreifung gipfeln zu lassen.

In Essen, wo sie über einen starken politischen Einfluß verfügten, versuchten die Kommunisten, dieses Konzept durchzuführen. Im 1. Band haben wir geschildert, wie sie die USP-Führer dafür zu gewinnen vermochten (Seite 132 f.). Am 15. März, zu Beginn des Generalstreiks, wurden in den meisten Betrieben die Räte gewählt; wenn die Wahlen nicht überall durchgeführt werden konnten, lag das vor allem an den Sozialdemokraten und christlichen Gewerkschaftlern, die die Arbeiter aufgerufen hatten, sich nicht an der Wahl zu beteiligen.²²³ Für 16 Uhr war die Vollversammlung der Räte angesetzt.²²⁴ Aber nun zeigte sich sehr schnell, daß die Konzeption der Kommunisten eine abstrakte Idealvorstellung war, die die realen Machtverhältnisse nicht berücksichtigte und daher in eine Sackgasse führte. Sipo und Einwohnerwehr verhinderten zwar nicht den Zusammentritt der Vollversammlung, besetzten jedoch die öffentlichen Gebäude. Wie sollte die Vollversammlung die ihr zugewiesene Aufgabe — Übernahme der politischen Macht — ausführen? Diese Aufgabe setzte ja die Niederwerfung von Sipo und Einwohnerwehr voraus, konnte also nur von der Arbeiterklasse selbst, nicht von einem noch so demokratisch zustande gekommenen Vertretungsgremium gelöst werden. Der Ausweg, den die Versammlung nahm, war bezeichnenderweise die Flucht in den Organisationsfetischismus: sie wählte einen 33köpfigen Ausschuß; dieser wiederum sollte einen Siebenausschuß „zur Übernahme der öffentlichen Gewalt“ wählen.²²⁵ Von beiden Ausschüssen hörte man in den folgenden Tagen nichts mehr. — Am 17. März beschlossen die Betriebsräte der Firma Krupp mit 150 gegen 91 Stimmen, den Generalstreik abzubrechen.²²⁶

Am Fiasco der Essener Kommunisten wird deutlich, daß erst nach dem Sieg im bewaffneten Kampf die Demokratie von der Basis her frei entfaltet werden konnte. Als die Arbeiter Militär und Sipo aus dem Ruhrgebiet vertrieben hatten, war die Möglichkeit allgemein gegeben. Jedoch nur in zwei Städten wurde sie ergriffen. Wenige Stunden nach dem Umsturz in Dortmund am 17. März erklärte Meinberg gegenüber einem Pressevertreter: „Um die gesamte Arbeiterschaft zusammenzufassen, gibt es nur eine Möglichkeit: die Schaffung von Arbeiterräten. Es finden in den Betrieben Wahlen zu Betriebsräten statt . . . , dann treten die Gewählten zu einer Vollversammlung zusammen und wählen dort einen Arbeiterrat. Über den Wahlmodus wird noch beraten.“²²⁷ Die Wahl in den Betrieben

wurde vom Vollzugsrat zunächst auf den 22. März angesetzt,²²⁸ dann aber um einige Tage verschoben.²²⁹ Am 29. März trat die Vollversammlung zusammen und wählte einen neuen Vollzugsrat. Dabei machte sie den Versuch, die SPD, die vor einer Woche die Zusammenarbeit mit der radikalen Linken öffentlich aufgekündigt hatte, wieder zur gemeinsamen Führung heranzuholen; darüber hinaus sollten auch DDP und Zentrum ersucht werden, sich am Vollzugsrat zu beteiligen.²³⁰ — Die Kommunisten in Essen nahmen nach der Vertreibung der Sipo ihr ursprüngliches Konzept nicht wieder auf; warum nicht, ist unklar. Die Betriebsräte traten zwar zweimal zu einer Vollversammlung zusammen,²³¹ jedoch nur zur Diskussion verschiedener wichtiger Fragen, nicht zur Wahl eines örtlichen Vollzugsrats, der den am Tage des Umsturzes gebildeten Vollzugsrat abgelöst hätte. Sie hatten lediglich die Befugnis, ausgeschiedene Vollzugsratsmitglieder zu ersetzen. Und zwar fraktionsweise: schieden z.B. USP-Mitglieder aus dem Vollzugsrat aus, wurden Ersatzleute von der USP-Fraktion der Vollversammlung der Betriebsräte benannt.²³² — In Duisburg kündigten die KPD-Führer an, nach der Wahl der revolutionären Betriebsräte würden diese über die Zusammensetzung des Vollzugsrats entscheiden.²³³ Aus Gründen, die später geschildert werden, kam es dazu jedoch nicht.

Anders in Mülheim. Hier war die syndikalistische Tradition so stark, daß sich das Konzept der Basisdemokratie wie selbstverständlich und auch ohne das in Dortmund beobachtete Zögern durchsetzte. Der linksradikale Aktionsausschuß, der nach dem Abzug des Freikorps Schulz die Macht übernahm, bezeichnete sich in einer seiner ersten Bekanntmachungen vom 20. März als vorläufig. Er werde „die diktatorische Macht nur solange ausüben, bis aus den Reihen der revolutionären, auf dem Boden der proletarischen Diktatur stehenden Betriebsräte ein endgültiger Arbeiterrat gewählt ist. Den revolutionären Obkleuten der Betriebe“, hieß es in der unbürokratischen Manier der Syndikalisten am Schluß, „bleibt es überlassen, den Wahlmodus usw. festzulegen.“²³⁴ Am 22. und 23. März wurden die Wahlen in den Betrieben durchgeführt,²³⁵ und bereits am 24. März wählten die Betriebsräte den endgültigen Vollzugsrat von insgesamt 25 Mann: fast ausschließlich Syndikalisten und Kommunisten, zwei Unabhängige und einen Sozialdemokraten.²³⁶ — Das extreme Gegenbeispiel ist der Aktionsausschuß von Elberfeld und Barmen, der, zum großen Teil aus Partei- und Gewerkschaftsfunktionären zusammengesetzt, keinen Augenblick daran dachte, einem von den Betriebsräten gebildeten Vollzugsrat Platz zu machen. Er rief zwar nach dem Sieg über Militär und Sipo zur Wahl von revolutionären Betriebsräten auf,²³⁷ benutzte diese aber nur als vermittelnde Instanz zwischen sich und der Arbeiterschaft.

Damit ist die Vorfrage geklärt: Welche organisatorische Verbindung bestand zwischen den Vollzugsräten und den Belegschaften, genauer: den gewählten Vertretern der Belegschaften? Das Ergebnis: Zwar sorgten viele Vollzugsräte dafür, daß der politische Wille der Belegschaften nach dem Putsch durch Neuwahl von Betriebsräten zum Ausdruck kam; nur in zwei Fällen jedoch — Dortmund und Mülheim — waren sie bereit, die Betriebsräte als oberstes politisches Organ der Arbeiterschaft anzuerkennen und ihnen auch die Befugnis zuzugestehen, die Zusammensetzung des Vollzugsrats endgültig zu bestimmen.²³⁸ Wir können nun

die Frage stellen: Was ging in den Betrieben vor, wie entwickelte sich das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit?

Eins dürfte aus dem bisher Gesagten bereits deutlich geworden sein: der Aufstand kostete die Kapitalisten etwas. In vielen Orten mußten die Mitglieder der Belegschaften gelöhnt werden, die jetzt in den Arbeiterwehren oder in der Roten Armee unter Waffen standen, in Mülheim und Oberhausen mußten außerdem die ehemaligen politischen Gefangenen entschädigt werden. Besonders fühlbar wurde, daß der durch den Generalstreik entstandene Lohnausfall bezahlt werden mußte.²³⁰ Meist erließen die Vollzugsräte entsprechende Verordnungen, denen sie nur in Ausnahmefällen eine Begründung gaben. So verfügte der Vollzugsrat Lennep, den Generalstreik müßten „die Drahtzieher . . . bezahlen, die die Masse des arbeitenden Volkes dazu gewungen“ hätten;²³⁰ der Vollzugausschuß Dortmund erklärte in seiner Bekanntmachung, die vom Vollzugsrat Datteln übernommen wurde, daß „eine Gemeinschaft konterrevolutionärer Kapitalisten mit monarchistischen Staatsrechtlern festgestellt worden“ sei.²³¹ In einigen Orten, so in Elberfeld, Barmen und Remscheid, schloß der Aktionsausschuß ein förmliches Abkommen mit dem örtlichen Arbeitgeberverband, um eine allgemeine einheitliche Bezahlung der Streiktag sicherzustellen.²³² Mancherorts sträubten sich die Unternehmer mit dem Argument, der Generalstreik sei ein politischer Streik gewesen,²³³ sie mußten sich aber fügen.

So einheitlich die Vollzugsräte in dieser Frage vorgehen, so unterschiedlich war ihre Meinung darüber, ob die Machtverschiebung zugunsten der Arbeiterklasse, die der Sieg im bewaffneten Kampf gebracht hatte, zur Neuordnung der Machtverhältnisse in den Betrieben ausgenutzt werden solle. Drei Antworten auf diese Grundsatfrage greifen wir heraus, die als beispielhaft gelten können. Sie sollen zunächst analysiert werden, dann nehmen wir zu ihnen Stellung.

Am 17. März erließ das USP-Blatt in Hagen folgenden Aufruf „An alle Arbeiter und Beamte“:

„Macht nicht aus Vorwitz in Betrieben Eingriffe ohne reifliches Überlegen, stört die Produktion auf keinen Fall, sichert euch eure Macht, nur dann können Hand- und Kopfarbeiter gewinnen; jetzt müssen wir leben, um stark zu werden für unser Ziel: den Sozialismus.“²³⁴

Auf einer wichtigen regionalen Konferenz in Hagen am 20. März, die von 145 Vertretern der drei Arbeiterparteien besucht war, erklärte Ludwig (USP) in einem Grundsatzreferat, in den Betrieben dürften keinerlei Experimente vorgenommen werden.²³⁵ Die Begründung, die Ludwig gab, ist aus den Berichten von der Konferenz nicht genau zu erkennen, sie ist jedoch einem Flugblattaufdruck vom 21. März zu entnehmen, der von Hagen aus verbreitet wurde und der von Ludwig und den Hagener Ortsvorsitzenden der SPD und KPD unterzeichnet war: Erst müsse, hieß es da, die Auflösung der Reichswehr, die Auslieferung aller Waffen an die organisierten Arbeiter, die allgemeine Bildung von Volkswehren erreicht sein, bevor man an die Verwirklichung des Endziels, die Errichtung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung, gehen könne. Wörtlich hieß es in dem Aufruf: *„Planmäßig muß vorgegangen werden, um die Sozialisierung durchzuführen. Jeder Sozialist weiß, daß eine lange Zeitdauer notwendig ist, um uns bessere Zustände*

zu verschaffen. Die Gewißheit aber, daß Freiheit, Glück und Wohlergehen in der Zukunft gesichert sind, bringt Arbeitslust und Eifer.“²³⁶

Hier wird der reibungslose Fortgang der Produktion als derart vorrangig angesehen — im Interesse der weiteren Führung des bewaffneten Kampfes —, daß jeder Versuch, das Verhältnis zum Kapital in den Betrieben neu zu gestalten, im Grunde als Fehler bezeichnet wird. Erst nach dem Sieg im bewaffneten Kampf, so lautet die These, kann die Sozialisierung in Angriff genommen werden, und zwar muß dies behutsam und zentral geschehen (das steckt hinter dem Wort „planmäßig“).

In Essen hatten die Kommunisten, wie wir sahen, die Wahl von Betriebsräten propagiert und auch durchgesetzt. Es sollte sich dabei — und das ist nun ein sehr wichtiger Punkt — um „politische“ Arbeiterräte handeln, d.h. um solche, die politische Fragen wie das Verhältnis zur Kommunalverwaltung, die Organisation des bewaffneten Kampfes usw. erörtern und entsprechende Aufgaben wahrnehmen sollten — nicht um „wirtschaftliche“ Arbeiterräte, deren Tätigkeitsfeld in den Betrieben liege. Die Kommunisten trennten also auch jetzt noch, in einer revolutionären Situation, zwischen „Politik“ und „Wirtschaft“. Was das bedeutete, kam zutage, als die in den Betrieben gewählten Arbeiterräte am 22. März zur ersten Vollversammlung nach dem Umsturz zusammentraten. Reinirkes (USP), Mitglied des Vollzugsrats, teilte mit, der Vollzugsrat habe eine strenge Trennung beschlossen: die Vollversammlung der politischen Arbeiterräte sei „der Träger der politischen Gewalt“ in der Stadt, und der Vollzugsrat fungiere als von ihr beauftragter ständiger Ausschuß; als wirtschaftliche Arbeiterräte sollten zunächst die bisherigen Arbeiter- und Angestelltenausschüsse in den Betrieben weiterbestehen. Eine Neuwahl der wirtschaftlichen Arbeiterräte werde ins Auge gefaßt, wobei man sich nicht an die Schranken des reformistischen Betriebsrätegesetzes halten werde, das soeben von SPD und bürgerlicher Mitte im Parlament verabschiedet worden war: nicht nur in den Großbetrieben, sondern auch in den Kleinbetrieben sollten wirtschaftliche Arbeiterräte gewählt werden, und anders als das Gesetz es vorsehe, sollten Arbeiter und Angestellte gemeinsame Vertreter wählen. Auch sollten die Befugnisse der wirtschaftlichen Arbeiterräte weiter als im Gesetz gezogen werden. Doch das alles — und nun kam der springende Punkt — müsse vorläufig Zukunftsprogramm bleiben: „Jetzt sei keine Zeit zu Experimenten“. Die wichtigste Aufgabe der Arbeiterräte sei gegenwärtig, die Produktion aufrechtzuerhalten.

Eine radikale Minderheit der Vollversammlung wandte sich gegen die Trennung von politischen und wirtschaftlichen Arbeiterräten: die in der gegenwärtigen Vollversammlung versammelten Arbeiterräte müßten auch in den Betrieben als Vertreter der Arbeiter auftreten; die bisherigen Arbeiter- und Angestelltenausschüsse in den Betrieben sollten daher für aufgelöst erklärt werden. Die Mehrheit folgte dem Vollzugsrat insofern, als sie die Trennung der beiden Bereiche akzeptierte; sie nahm jedoch einen Antrag an, der den Vollzugsrat beauftragte, „noch im Laufe dieser Woche“ die Neuwahl der wirtschaftlichen Arbeiterräte anzuberaumen und dafür Richtlinien zu erarbeiten.²³⁷ — Der Vollzugsrat führte diesen Aufruf nicht aus.

Als die Arbeiterräte am 30. März zu einer weiteren Vollversammlung zusammentraten, zeigte sich, daß die Mehrheit sich inzwischen radikalisiert hatte. Sie stellte sich zwar noch nicht auf den Standpunkt der Minderheit der vorigen Versammlung, beanspruchte aber immerhin das Recht, „in Gemeinschaft“ mit den bisherigen Arbeiter- und Angestelltenausschüssen „voll und ganz in den Betrieben mitzubestimmen“. Trotz der Warnung von Reinirkens vom Vollzugsrat beschloß die Versammlung in diesem Sinne. Daraufhin erklärte Reinirkens, der Vollzugsrat werde über diesen Beschluß hinweggehen. Damit war die abermalige Mißachtung der Arbeiterräte durch den Vollzugsrat offen angekündigt. Trotzdem kamen die Arbeiterräte nicht auf den Gedanken, nunmehr nach Mülheimer oder Dortmunder Vorbild von sich aus einen neuen Vollzugsrat zu wählen.²⁴⁸ — Der Essener Vollzugsrat stand also praktisch auf demselben Standpunkt wie die Hagener USP-Führer: Eingriffe in die Führung der Betriebe sollten möglichst vermieden werden. Im Unterschied zu den Hagener USP-Führern traf er jedoch auf den Widerstand der in den Betrieben gewählten Arbeiterräte.

Ganz anders als in Hagen und Essen dachte man in *Mülheim*. In einem Aufruf des provisorischen Aktionsausschusses „An alle revolutionären, freiheitlich gesinnten Hand- und Kopfarbeiter!“, der am 24. März veröffentlicht wurde, hieß es:

„Die erste notwendige Forderung und Aufgabe ist: sofortige Wahl revolutionärer Betriebsräte. Diese haben die Sozialisierung der Betriebe zu organisieren, die Produktion fruchtbar zu gestalten und zu überwatchen. Sie bilden die Keimzelle zukünftiger Gestaltung.“

Aus den Betriebsräten heraus und durch diese müssen die Kommunalvollzugsräte gebildet werden. Letztere haben den alten reaktionären Beamtenapparat zu reorganisieren.²⁴⁹

Hier wurden die Betriebsräte also in einen Doppelbezug gestellt, wobei der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit dort liegen sollte, wo sie gewählt worden waren: in den Betrieben.

Der Aufstand dauerte nicht lang genug, als daß die neugewählten Betriebsräte die große ihnen zugewiesene Aufgabe — Sozialisierung der Produktion — hätten erfüllen können. Doch machten die Mülheimer in einem Betrieb praktisch sichtbar, in welche Richtung ihre Zielvorstellungen gingen: bei der städtischen Straßenbahn. Der Direktor der Straßenbahn, der städtische Beigeordnete Wilms, fand sich nicht bereit, den neuen Betriebsrat der Straßenbahn anzuerkennen, geschweige mit ihm zusammenzuarbeiten. Daraufhin setzte der Betriebsrat Wilms am 23. März ab — durch Einsparung seines großen Gehalts könne das Defizit des Betriebes verringert werden, wurde hinzugefügt — und erklärte sich selbst zur neuen kollektiven Leitung des Betriebes; der Betriebsinspektor Paasch wurde zum Geschäftsführer ernannt.²⁵⁰

Damit können wir die Stellung der drei wichtigsten politischen Richtungen, die den Aufstand trugen, zusammenfassen: die der USP, die in Hagen, der KPD, die in Essen, und der Syndikalisten, die in Mülheim geistig bestimmend waren. Die Trennungslinie verläuft nicht zwischen der USP und der KPD, sondern zwischen diesen beiden auf der einen, den Syndikalisten auf der anderen Seite. Während USP und KPD glaubten, grundlegende Eingriffe in die Führung der

Betriebe erst dann verantworten zu können, wenn der endgültige Sieg des Aufstands errungen sei, waren die Syndikalisten genau gegenteiliger Ansicht. — Die Haltung der Syndikalisten erinnert an die der syndikalistischen Land- und Industriearbeiter im spanischen Bürgerkrieg, die unmittelbar nach der Abwehr des Militärschusses in den von ihnen beherrschten Provinzen darangingen, die Produktion zu kollektivieren — was sich übrigens teilweise schon dadurch nahelegte, daß viele Großgrundbesitzer und Unternehmer in das von Franco beherrschte Gebiet geflohen waren.²⁵¹

Die Gründe für dieses Verhalten der Syndikalisten können hier nur angedeutet werden. Erstens: Dreh- und Angelpunkt der syndikalistischen Theorie — und zwar seit ihrer Verschmelzung mit dem Anarchismus von Proudhon, Bakunin u. a. zum Anarchosyndikalismus — ist das Ziel der Herrschaftslosigkeit. Zweitens: die Syndikalisten wollen den revolutionären Kampf ausschließlich auf der wirtschaftlichen Ebene, in der unmittelbaren Auseinandersetzung mit dem Kapital führen. Die Konsequenz aus beidem in einer Situation, in der eine revolutionäre Bewegung ihre ersten Siege erfochten hat, liegt auf der Hand: diese Siege bieten eine hervorragende Gelegenheit, um Herrschaft abzubauen bzw. zu beseitigen, und die Syndikalisten nehmen diese Gelegenheit in dem Bereich wahr, den sie für den einzig entscheidenden halten: in den Betrieben.

Es soll nicht verhehlt werden, daß wir in dieser Grundsatzfrage — ob gleich nach Beginn des Aufstands die Sozialisierung der Betriebe vorangetrieben werden sollte oder nicht — auf der Seite der Syndikalisten stehen. Die Argumentation der USP und der KPD, daß Veränderungen in den Betrieben die Lebensmittellieferung gefährden könnten und daß daher Sozialisierungsmaßnahmen erst erfolgen dürften, wenn die Erfolge des Aufstands im Reichsmaßstab gesichert seien, kann nicht überzeugen. In Wirklichkeit war, wie wir sahen, die Versorgung von etwas ganz anderem abhängig, nämlich davon, ob es gelang, die von der Regierung über das Industriegebiet verhängte Blockade zu durchbrechen. Auch ist nicht einzusehen, wieso der Kampf der bewaffneten Arbeiter etwa durch Schritte zur Sozialisierung der Betriebe hätte geschwächt werden können. Daß alle Arbeiter bewaffnet wurden, war ohnehin nicht möglich; die Mehrzahl arbeitete weiterhin in den Betrieben und konnte jetzt konkret zeigen, daß die Produktion nicht absinken mußte, wenn sie nicht mehr von den Kapitalisten und ihren Beauftragten geleitet wurde. Das Hauptargument der Syndikalisten dagegen, das im spanischen Bürgerkrieg ausgesprochen wurde, leuchtet unmittelbar ein: die Kollektivierungsmaßnahmen, weit entfernt, den bewaffneten Kampf zu gefährden, geben ihm im Gegenteil erst recht Rückhalt und Basis — sie steigern die Kampffreudigkeit der Aufständischen, und sie treiben die politische Auseinandersetzung vorwärts, indem sie jedermann die konkreten Ziele des Kampfes zeigen. —

In Mülheim und Hamborn, einem weiteren Zentrum der Syndikalisten, lagen die Riesenterre von Thyssen. Die Mitglieder der Familie Thyssen waren bei der Niederlage der Reichswehr aufs linke Rheinufer geflohen.* Die Lücken in der

* Es kann sein, daß dies ein allgemeines Phänomen war, d. h. daß auch Mitglieder anderer Unternehmerfamilien das Aufstandsgebiet verließen. Die Direktoren der Betriebe blieben jedoch überall auf ihrem Platz.

Leitung der Betriebe wurden von den Betriebsräten gefüllt, und zwar mit einer solchen planvollen Überlegenheit, daß ein Mitglied der Familie Thyssen in Den Haag gegenüber einem Vertreter der englischen Botschaft daraus den Schluß zog, der ganze Aufstand müsse von den „Spartakisten“ von langer Hand gründlich vorbereitet gewesen sein.²⁸²

Wenn die Syndikalistinnen an anderen Orten sich auch nicht an die Führung der Betriebe herantrauten, so waren sie doch überall führend, wo wichtige Änderungen in den Betrieben durchgesetzt wurden. In der ersten Schicht nach Beendigung des Generalstreiks setzten einige Belegschaften von Zechen — so von „Brasserie“ in Marl und von „Adolf von Hansemann“ in Dortmund-Mengede — in direkter Aktion die alte Forderung der 6-Stunden-Schicht durch, d. h. sie führten nach 6 Stunden wieder aus.²⁸³ Der Vollzugsrat Oberhausen, der von dem Syndikalistin Spaniol geführt wurde, verpflichtete die Werkleitungen, alle Arbeitssuchenden „im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung . . . zu beschäftigen“,²⁸⁴ möglicherweise war diese Maßnahme der Grund, warum der Vollzugsrat Oberhausen plante, den städtischen Arbeitsnachweis aufzulösen.²⁸⁵ Der neugewählte Betriebsrat der städtischen Arbeiter in Oberhausen überreichte der Stadtverwaltung am 23. März eine Liste von Lohnforderungen, die rückwirkend ab Beginn des Monats gelten sollte. Ferner sollten bei der Straßenbahn Wagenführer und Schaffner künftig gleichgestellt sein; das weibliche Personal sollte 3/4 der für das männliche Personal geforderten Sätze erhalten (das war mehr als bisher). Die Stadtverwaltung lehnte ab; daraufhin schaltete sich der Vollzugsrat ein und wies sie auf dem Wege der Verordnung an, die neuen Lohnsätze zu bewilligen. Als die Stadtverwaltung auf die Verpflichtung zu einheitlichen Lohnsätzen innerhalb der „Arbeitsgemeinschaft der rheinisch-westfälischen Städte“ hinwies, erklärte der Vollzugsrat diese Verpflichtung für aufgehoben; außerdem drohte er, falls die Stadtverwaltung nicht nachgäbe, den städtischen Beigeordneten, der als ihr Vertreter die Verhandlungen führte, abzusetzen. Im Widerspruch zu diesem energischen Eingreifen akzeptierte der Vollzugsrat schließlich eine unbefriedigende Kompromißlösung: Anhebung der Löhne, jedoch nicht auf die ursprünglich geforderte Höhe; zur Erzielung von Mehreinnahmen erhöhte die Straßenbahn die Tarife. Am Monatsende wurden die neuen Löhne ausgezahlt.²⁸⁶

Außerst zahlreich waren allgemein die kleineren Eingriffe in die Verfügungsgewalt des Kapitals über Produktionsmittel und sonstiges Eigentum der Werke. Von den Beschlagnahmungen durch die Rote Armee wird im nächsten Abschnitt die Rede sein; hier nur zwei beispielhafte Vorgänge, bei denen eine arbeitende Belegschaft aktiv wurde. Auf der Zeche „Westende“ in Duisburg wurde die Direktion gezwungen, 353 Zentner Erbsen zu einem Preis, der weit unter dem Einkaufspreis lag, zu verkaufen.²⁸⁷ Auf „Kaiserstuhl II“ in Dortmund mußten auf Anordnung des Vollzugsrats zwei im vergangenen Monat entlassene Belegschaftsmitglieder wieder eingestellt werden.²⁸⁸

Besonders erwähnt werden müssen die Eisenbahner. Sie präsentierten die Rechnung für den Streik, den sie im Januar geführt hatten und der brutal unterdrückt worden war (I, Seite 52 f.). Die Eisenbahner in Hagen — die anscheinend besonders aktiv wurden — setzten, als sie den Generalstreik gegen den Militärputsch

beendeten, gegenüber ihrer Direktion folgendes durch: Wiedereinstellung der nach dem Streik im Januar entlassenen Kollegen; Mitbestimmung der Arbeiterausschüsse über die Arbeitsbedingungen, Befragung „bei allen Vorkommnissen wie Entlassungen und Einstellungen“; Entlassung der reaktionären Beamten. Außerdem wurde, wie bei den Privatbetrieben, die Bezahlung der Streiktage erreicht.²⁸⁹ In Recklinghausen forderte der Vollzugausschuß gegen Ende des Aufstands die Dienststellen-Vorsteher der Eisenbahn auf, sofort alle Eisenbahner, die im Januar entlassen worden waren, wieder einzustellen.²⁹⁰ In Essen wurde Eisenbahnpräsident Jahn, der sich kaum verhüllt für Kapp erklärt hatte (I, Seite 111), nach dem Umsturz aufgefordert, sich von den Dienstgeschäften fernzuhalten.²⁹¹

In Recklinghausen forderte eine der gedrücktesten Schichten der Arbeiterklasse Lohn erhöhungen: die Zeitungsboten. Als die Zeitungsverleger ablehnten, wandten sich die Zeitungsboten am 31. März an den Vollzugsrat. Dieser verhinderte am folgenden Tage die Auslieferung der Zeitungen mit Waffengewalt; nach einiger Zeit machte er diese Maßnahme jedoch wieder rückgängig, wohl weil er erkannte, daß angesichts der vorrückenden Reichswehr — am Abend desselben Tages wurde Recklinghausen besetzt — ein Lohnzugeständnis nicht mehr wirksam werden würde.²⁹²

Gab es Widerstand seitens der Kapitalisten und ihrer Beauftragten in den Betrieben? Hier muß man unterscheiden. Natürlich gab es Widerspruch gegen die besprochenen Maßnahmen der Vollzugsräte und der Belegschaften, aber dieser Widerspruch blieb, so wie die Machtverhältnisse lagen, wirkungslos. Gefährlich für die Arbeiter waren die Fäden, die von den Kapitalisten zur Regierung, zum Staatsapparat, zum Militär usw. liefen; davon werden wir später noch einen näheren Eindruck vermitteln. Eine Widerstandsaktion besonderer Art unternahm jenes Mitglied der Familie Thyssen in Den Haag, das wir oben schon einmal erwähnten. Am 21. März schilderte Baron Thyssen dem Militärrattaché der englischen Botschaft, wie gründlich der Aufstand im Ruhrgebiet vorbereitet gewesen sei und wie gutorganisiert er durchgeführt werde. Die drohende Gefahr könne kaum übertrieben werden. Der Aufstand sei zwar von einer Minderheit bekommen worden, und gegenwärtig seien noch nicht sehr viele Arbeiter bewaffnet, aber unzweifelhaft werde die Bewegung „sehr schnell wachsen, wenn man sie sich selbst überlasse“. Daher müsse sie sofort, d. h. im Anfangsstadium unterdrückt werden. Er, Thyssen, bezweifle, ob dafür eine ausreichende Zahl von zuverlässigen Reichswehrtruppen verfügbar sei, da der Kapp-Putsch die Reichsregierung geschwächt habe — er denke also an den Einsatz alliierter Truppen. Sollte das nicht möglich sein, so empfehle er eine Lebensmittelblockade: das Ruhrgebiet könne sich nicht selbst ernähren und erhalte den größten Teil seiner Lebensmittelzufuhren aus dem westlichen Ausland, einen kleinen, unerheblichen Teil aus Ostdeutschland. Wenn die englischen Behörden in Köln und die Holländer alle Lebensmitteltransporte ins Ruhrgebiet anhalten würden, könnten die „Spartakisten“ im Ruhrgebiet keine Anhänger mehr gewinnen, und der Aufstand würde in sich zusammenbrechen.²⁹³

Man sieht, zu welchen Mitteln ein führender Vertreter der Kapitalistenklasse greift, wenn das System, das seine Klasse hervorgebracht hat, in Frage gestellt

wird. — Baron Thyssen hatte keinen Erfolg: der britische Militärattaché berichtete seinem Botschafter, und dieser berichtete dem Außenministerium in London — mit der Empfehlung, die Sache zu den Akten zu legen.²⁶⁴ Man muß hierbei in Betracht ziehen, daß die Kapitalverflechtung zwischen Deutschland und Westeuropa, gemessen an heutigen Verhältnissen, erst in den Anfängen steckte.

Ganz anders als der Widerstand der Kapitalisten und Betriebsdirektoren war der *Widerstand des Kleinbürgertums*. Den Gemütszustand, in den diese Klasse geriet, als die Arbeiter die Herrschaft übernahmen, kann man erahnen, wenn man sich die folgenden Szenen vergegenwärtigt. In dem Bergarbeiterdorf Herringen bei Hamm bildete sich auf die Nachrichten vom Putsch ein Arbeiterrat, der die Leitung der Gemeinde übernahm. Am folgenden Tag begannen die Bergarbeiter, sich Waffen zu holen. Eine Abordnung ging zum evangelischen Pastor Heuermann, von dem man wußte, daß er ein Gewehr in der Wohnung stehen hatte. Es war Sonntag, kurz vor Beginn des Gottesdienstes. Frau Pastor schrie aus einem Fenster um Hilfe — es nützte nichts, ihr Mann mußte das Gewehr herausgeben. Ein Presbyter — ein alter Bauer — schimpfte in starken Worten über das Vorgehen der Arbeiter und rief, er werde sein Gewehr keinesfalls herausgeben; die Arbeiter nahmen ihn fest und führten ihn auf seinen Hof, um auch bei ihm nach Waffen zu suchen. Pastor Heuermann ließ — zur „Strafe“ — den Gottesdienst ausfallen. — Der Rektor der Dorfschule, Haase, dem wir diese Schilderung verdanken, notierte zwei Tage später in seinem Tagebuch: „Ich fürchte, daß niemand in der Gemeinde instande ist, die schroffen Gegensätze auszugleichen. Die rechts stehenden Parteien“ — Rektor Haase nennt als einen ihrer profilierten Vertreter Pastor Heuermann — „sehen die Arbeiter als Bürger zweiten Grades an und verabscheuen sie . . . Die Arbeiter hassen die Landwirte als die Wucherer. Die Unabhängigen . . . meinen, die Räterepublik jetzt einführen zu können.“²⁶⁵

Der offene Ausbruch von Klassenhaß beim Kleinbürgertum ging über in ohnmächtige Wut, als die Arbeiter einen bewaffneten Kampf nach dem anderen gewannen und schließlich das ganze Ruhrgebiet beherrschten. Das führte zu typischen Formen unpolitischen Widerstandes, gegen den die Vollzugsräte teilweise vorgehen; wir geben einige Beispiele. In Lennep wurden Plakate mit Bekanntmachungen des Vollzugsrats abgerissen; der Vollzugsrat drohte an, wer in Zukunft dabei erwischt werde, werde eingesperrt.²⁶⁶ Vor allem Verleumdungen und Beleidigungen der bewaffneten Arbeiter wurden nicht hingenommen; besonders im westfälischen Teil des Ruhrgebiets verstand man in diesem Punkt keinen Spaß. Wiederm eine plastische Szene: In Kamen, wo die Arbeiter die Husaren aus Paderborn geschlagen hatten, machte ein Pastor Besuche im Krankenhaus. Am Bett verwundeter Husaren sprach er lobend von ihrem „heldenhaften Kampfe gegen die Staatsfeinde“. Dann trat er ans Bett eines verwundeten Arbeiters und hielt ihm das Gebot „Du sollst nicht töten“ vor. Ein Mitglied der Arbeiterwehr nahm ihn fest und führte ihn zur Aburteilung nach Bergkamen. Auf Bitten verschiedener Einwohner ließ ihn der Lehrer Lehnemann, Leiter der dortigen Arbeiterwehr, wieder frei, unter der Bedingung, daß er im Hagener USP-Blatt seine Beleidigung

zurücknehme und die „Rechtmäßigkeit“ der Arbeiterwehr anerkenne.²⁶⁷ — In Homburg wurde für Beleidigung der bewaffneten Arbeiter „Wagenwaschen auf öffentlichen Plätzen“ angedroht.²⁶⁸ Als in Vorhalle bei Hagen der Leiter des Lebensmittelamtes äußerte, „er müsse jetzt auch noch für Spartakisten Essen kochen“ (die Arbeiterwehr wurde aus der öffentlichen Volksküche verpflegt), zog man ihn zur Rechenschaft; er zahlte 300 Mark und nahm seine Äußerung zurück.²⁶⁹ Rauen humor bewies der Arbeiterrat von Hagen, der einer Geschäftsfrau, die die bewaffneten Arbeiter als faul bezeichnet hatte, folgendes Schreiben sandte:

„Die unterzeichnete Korporation bittet Sie freundlichst, morgen . . . von 8 bis 9 Uhr in der Küche Neue Schulstraße, wo für die kämpfenden Arbeiter Verpflegung bereitgehalten wird, beim Aufwaschen und Zubereitung des Essens helfen zu wollen. Wir erwarten, daß Sie pünktlich 8 Uhr aus Ihrem Hause gehen; sollte das nicht zutreffen, würden Sie uns gestatten, Sie durch einen dieser Arbeiter, die Sie als faul bezeichneten, abholen zu lassen.“

Mit aller Ehrerbietung: Der Arbeiterrat.²⁷⁰
Der Vollzugsrat Lennep erließ folgende Bekanntmachung:

„Die schwarz-weiß-roten Fabnen, das Symbol der blutbefleckten Reaktion, werden mit dem heutigen Tage restlos konfisziert. Diejenigen, die derartige Fabnen im Besitz haben, werden aufgefordert, diese sofort an den Vollzugsrat abzuliefern. Das Tuch der Fabnen wird zu Erbstlingswäsche umgearbeitet und an bedürftige Familien abgegeben.“²⁷¹

Diese 'Umfunktionalisierung' eines wichtigen Symbols des Klassengegners scheint ins Schwarze getroffen zu haben; das geht aus der großen Beachtung hervor, die die bürgerlichen Zeitungen im ganzen Ruhrgebiet und darüber hinaus dieser Bekanntmachung gaben.

Wie vollzogen sich die Klassenaueinandersetzungen auf der politischen Ebene, wie entwickelte sich das *politische Leben*? Wir schildern zunächst das *Pressewesen*, wobei wir an die Bedeutung von Zeitungen in einer Zeit ohne Rundfunk und Fernsehen nur zu erinnern brauchen.

Rund 70 bürgerliche Blätter erschienen im Aufstansgebiet — überwiegend parteipolitisch gebunden, d. h. an einer der vier bürgerlichen Parteien orientiert; eine Minderzahl — meist „Generalanzeiger“ genannt — gab sich überparteilich, war unpolitischer aufgemacht als die erste Gruppe und wurde nicht nur vom Kleinbürgertum, sondern auch von unpolitischen Arbeitern gelesen. Sie alle waren natürlich gegen den Aufstand eingestellt, und so hätte man erwarten können, daß sie von den Vollzugsräten kurzerhand verboten wurden. Das geschah jedoch nicht, und zwar aus mehreren Gründen: einmal war die Pressefreiheit ein altes Ziel der Arbeiterbewegung; zum zweiten basierte die Aufstansbewegung, wie die Zusammensetzung der meisten Vollzugsräte zeigte, auf einem Bündnis der drei Arbeiterparteien, und die SPD hätte zweifellos bei einem generellen Verbot der bürgerlichen Zeitungen ihre Vertreter aus allen Vollzugsräten zurückgezogen; schließlich hätte, wie man aus früheren Spannungszeiten wußte, das Fehlen von Zeitungen die Bildung wilder, meist stark desorganisierender Gerüchte begün-

stigt — eine Erfahrung, die sich jetzt wieder im Wuppertal bestätigt hatte, wo die Buchdrucker kurz vor dem Putsch in Streik getreten waren (vgl. I, Seite 57).²⁷¹ Die Vollzugsräte verboten die bürgerlichen Zeitungen also nicht, sondern verhängten die *Vorzensur*. Ähnlich hatte der bürgerliche Staat während des Krieges verlangt, daß alle Zeitungen vor dem Druck bei der Militärbehörde zur Genehmigung vorgelegt wurden. Damals hatte sich gezeigt, daß der imperialistische Krieg zugleich schärfste Unterdrückung der Arbeiterbewegung im Innern, also latenter Bürgerkrieg ist. — Jetzt herrschte offener Bürgerkrieg.

Die Zensoren, die in den wichtigsten Städten des eigentlichen Ruhrgebiets eingesetzt wurden, sind bekannt. Mustert man ihre Liste, so ist der Schluß unvermeidlich, daß die Aufstandsbewegung offenbar Schwierigkeiten hatte, geeignete Leute zu finden. Hier wird deutlich, was es bedeutete, daß sich in Deutschland seit jeher nur eine hauchdünne Schicht von Intellektuellen auf die Seite der kämpfenden Arbeiterklasse stellte. Im Ruhrgebiet war diese Isolierung der Arbeiterklasse besonders kraß. Nur in Essen und Hagen leuchtet die Besetzung der Zensorstelle ohne weiteres ein: in Essen wurde der Oberlehrer Dr. Siemsen (USP), Leiter des Bildungsausschusses der drei Arbeiterparteien und der Freien Gewerkschaften, zum Zensor ernannt,²⁷² in Hagen Dr. Dang, Redakteur des SPD-Blatts.²⁷³ Die übrigen Zensoren kamen entweder aus der Arbeiterbewegung, hatten aber wenig oder keine Beziehung zum Pressewesen, oder umgekehrt, es waren Schriftsteller und Journalisten mit geringer oder gar keiner Beziehung zur Arbeiterbewegung (was natürlich weit kritischer zu beurteilen ist). Zur ersten Gruppe gehörten der 36jährige Maurer Reuß in Mülheim, der wohl bekannteste und geachtete Syndikalist der Stadt, wie viele Syndikalistenführer ein belesener Mann,²⁷⁵ und der ehemalige Sekretär der freien Bergarbeitergewerkschaft und jetzige USP-Funktionär Otter in Bochum.²⁷⁶ Der zweiten Gruppe zuzurechnen ist zunächst der Schriftsteller Hornig in Dortmund, vermutlich ein Mitglied der KPD, jedoch bestenfalls ein Salonkommunist, der während des Aufstands einen verstiegen-expressionistischen Erguß über die nun vergangene Herrschaft des „Moloch Kapital“ und die kommende Zeit des „Kommunismus in Liebe und Tat“ zu Papier brachte.²⁷⁷ In Bochum zensierte zeitweilig neben dem genannten USP-Funktionär Otter der 28jährige Hugo Delmes die Zeitungen,²⁷⁸ ein seit einiger Zeit von der „Bergarbeiterunion“ angestellter Rechtsberater für Arbeiter. Trotz seiner Jugend hatte er bereits eine sehr bewegte Vergangenheit, die ihn als Opportunisten erwies; sie wurde jedoch erst während des Aufstands bekannt, worauf Delmes seinen Sitz im Arbeiterrat und damit auch seine Zensorstelle verlor.²⁷⁹ Zensor in Duisburg wurde der parteilose Redakteur Burgardt, Schriftleiter des hauptsächlich vom Kleinbürgertum und von unpolitischen Arbeitern gelesten „Duisburger General-Anzeigers“; wie dieses Blatt bekanntgab, verdankte Burgardt die Ernennung „seiner Popularität in Arbeiterkreisen“.²⁸⁰ Politisch ein ausgesprochener „Wanderer zwischen zwei Welten“ war der in Oberhausen eingesetzte Zensor, der Chefredakteur der rechtsbürgerlichen „Oberhausener Zeitung“ Staymann, 1919 auf einer Kandidatenliste der Kriegsbeschädigten ins Stadtparlament gewählt. Am 13. März hatte er in einer Sondersitzung des Stadtparlaments öffentliche Sympathie mit den Putschisten bekundet, da die bisherige Regierung die Verfassung gebrochen

habe, gleichzeitig jedoch das gewaltsame Vorgehen der Putschisten mißbilligt.²⁸¹ Nach dem Sieg der Arbeiter stellte er sich dem Vollzugsrat zur Verfügung und half beim Verfassen mehrerer Aufrufe und Plakate.²⁸²

Wie wurde zensiert? Darüber sprach sich einigermaßen ausführlich nur der Vollzugsrat Essen aus. Er machte am Tage des Umsturzes (19. März) bekannt:

„Das Erscheinen der Rheinisch-Westfälischen Zeitung ist bis auf weiteres verboten.* Die übrigen Tageszeitungen dürfen weiter erscheinen unter folgenden Bedingungen: Die Anordnungen des Vollzugsrats dürfen nicht bekämpft werden.“

Die Veröffentlichung nationalistscher, monarchistscher, antisozialistscher, das Weiten der Räte-diktatur befördernder Artikel und Notizen ist nicht gestattet.

Sämtliche Pressezeugnisse können von einem Beauftragten des Vollzugsrats vorzensiert werden.

Die Bekanntmachungen des Vollzugsrats sind an erster Stelle zu veröffentlichen.²⁸³

Was hier als Kann-Bestimmung erscheint, wurde bald zur Verpflichtung: überall mußten die Zeitungen zur Vorzensur vorgelegt werden. Der Zensor strich heraus, was nicht veröffentlicht werden sollte, und so erschienen die Zeitungen mit mehr oder minder großen weißen Flecken. Das war, verglichen mit der Zensur des Klasesengegners während des Krieges, milder gegenüber den Redakteuren und offener gegenüber den Zeitungslesern: die Zensoren im kriegführenden Deutschland hatten verlangt — übrigens im Gegensatz zu ihren Kollegen in Frankreich und England —, daß die Lücken mit anderem Text gefüllt wurden, damit die Tatsache der Zensur nicht sichtbar wurde — eine Vorschrift, die den Redakteuren oft das Leben zur Hölle gemacht hatte.²⁸⁴ — Die roten Zensoren änderten in manchen Fällen auch nur einzelne Worte im vorgelegten Text.²⁸⁵ Insgesamt fanden sie nicht etwa lediglich etwas zu beanstanden, und manche Zeitungen erschienen während der ganzen Zeit des Aufstandes ohne eine einzige Zensurlücke.²⁸⁶ Trotzdem war es jedermann bekannt, daß Zensur ausgeübt wurde: viele Zeitungen teilten nach dem Umsturz in einer Erklärung an der Spitze des Blattes mit, daß sie künftig unter Vorzensur des Vollzugsrats ständen; manche Blätter nahmen einen ständigen Hinweis dieser Art in den Titelkopf auf.²⁸⁷

Was die Zensoren im einzelnen herausstrichen, ist naturgemäß schwer zu sagen. Vielfach kann man es aus dem Zusammenhang ungefähr erschließen. Exakte Aussagen sind nur in Einzelfällen möglich: Manche Zeitungen teilten nach dem Ende der Aufstandsbewegung mit, was ihnen gestrichen worden war. In wenigen Fällen liegt der originale Text noch vor, dann nämlich, wenn es sich um Meldungen oder Artikel handelt, die außerhalb des Aufstandsgebietes entstanden. In einem Fall schließlich — Hörde — gelang es der Redaktion des Lokalblatts an zwei Tagen, einen Teil der Auflage unzensiert zu verbreiten, und durch Zufall sind heute noch je eine zensierte und eine unzensierte Nummer vorhanden.²⁸⁸ — Aus zahlreichen Einzelbeobachtungen schälen sich vier Gruppen von Meldungen und Artikeln heraus, die bevorzugt gestrichen wurden: 1. solche, die den Zensoren als Schwundmeldungen erschienen, 2. solche, die die Aufstandsbewegung herabsetzen oder verleumdeten, 3. solche, die für die Führung des Kampfes schädlich sein konnten,

* Vergleiche hierzu I, Seite 113.

und 4. solche, die die Aussichten der Aufstandsbewegung in einem ungünstigen Licht erscheinen ließen oder allgemein beunruhigend wirken konnten.

Zur ersten Gruppe gehörten vor allem die Meldungen des halbamtlichen Wolffschen Telegraphenbureaus (WTB).²⁹⁹ Sie wurden mit besonderem Mißtrauen betrachtet, da sich das WTB zum Sprachrohr Kapps gemacht und dessen sämtliche Schwindelmeldungen kommentarlos verbreitet hatte. In Hagen gab das USP-Blatt bekannt, wahrscheinlich werde die Zensur über die Zeitungen überhaupt nur so lange dauern, bis dem WTB das Handwerk gelegt sei.²⁹⁹ Wo das WTB Zweigstellen besaß, wie z. B. in Essen und Hagen, wurden diese direkt unter Kontrolle gestellt.²⁹¹ — Zur zweiten Gruppe²⁹² zählen vor allem die Front- und Kampfberichte der Gegenseite, die besonders häufig Opfer des Rotstifts wurden.²⁹³ In einem (seltenen) Fall, in dem der Zensor einen solchen Bericht ohne größere Streichungen durchgehen ließ, beanstandete er, daß die bewaffneten Arbeiter als „Spartakisten“ und „Bolschewisten“ bezeichnet wurden — das wurde als verleumdend empfunden, wie es von der Propaganda der Gegenseite auch gemeint war.²⁹⁴ Oder der Zensor strich die pauschale Bezeichnung „Kommunisten“ für die bewaffneten Arbeiter,²⁹⁵ sie war tatsächlich unzutreffend. — In die dritte Gruppe fallen Berichte bürgerlicher Journalisten, denen es gelungen war, die Genehmigung zum Besuch der roten Front zu erhalten. Ihre Berichte wurden daraufhin geprüft, ob sie dem militärischen Gegner einen zu weitgehenden Einblick gewährten.²⁹⁶ — Zur vierten Gruppe²⁹⁷ gehörten die schon erwähnten Front- und Kampfberichte der Gegenseite, vor allem aber Meldungen über die ungünstige, ja verzweifelte Lage der Nahrungsmittelversorgung im Aufstandsgebiet.²⁹⁸ Dies ist wohl der kritischste Punkt der roten Zensur. Die Tatsache, daß die Versorgungslage ungünstig war, war ja unbestreitbar. Möglich ist, daß die Zensoren Diskussionen über etwas vermeiden wollten, was ohnehin vorerst unabänderlich war. Aber so entstand der Eindruck, als wollten die Vollzugsräte die Tatsache selbst vertuschen, und das war natürlich weit gefährlicher.

Die Zensur richtete sich nicht nur gegen die bürgerlichen Zeitungen. In zwei Fällen erschienen auch SPD-Zeitungen mit einer Zensurlücke (was gestrichen worden war, läßt sich nicht sagen).²⁹⁸

Von der Praxis der Vollzugsräte, Zeitungen nicht zu verbieten, gab es zwei Ausnahmen, und zwar bei bürgerlichen Blättern, die offen für Kapp eingetreten waren. Das „Westfälische Tageblatt“ in Hagen (vgl. I, Seite 154) wurde am 15. März verboten; nach drei Tagen durfte es auf Betreiben des USP-Führers Ludwig wieder erscheinen, jedoch nur als reines Nachrichtenblatt ohne jede Stellungnahme der Redaktion. Ludwig war auch gegen diese Beschränkung, da er eine kritische öffentliche Auseinandersetzung wünschte; er konnte sich aber nicht durchsetzen.³⁰⁰ Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ in Essen wurde am Tage des Umsturzes verboten (s. oben Seite 55); auch hier dauerte das Verbot drei Tage. Bei Wiedererscheinen kündigte die Zeitung an, sie werde aus eigenem Entschluß „bis auf weiteres als reines Nachrichtenblatt herauskommen.“³⁰¹ Die Nachrichten, die sie dann brachte, waren freilich auch noch der Art, daß der Zensor große Lücken in den Text riß. — In anderen Städten wurden die Zeitungen, die für Kapp eingetreten waren, nicht verboten.³⁰² — Am 21. März wurden in Mülheim

die „Westdeutschen Neuesten Nachrichten“ „bis auf weiteres“ verboten. Was der genaue Anlaß war, läßt sich nicht mehr ermitteln. Der Vollzugsrat gab bekannt, die letzte Nummer des Blattes habe „eine große Erregung“ gegen den Redakteur erzeugt, und daher müsse er diesen für einen Tag in Schutzhaft nehmen.³⁰³ Möglicherweise hatte er grob abfällig über die Aufständischen geschrieben.

Im Problem bildeten die Zeitungen, die außerhalb des Aufstandsgebiets erschienen. In Duisburg und Oberhausen wurden Bestimmungen erlassen, daß sie vor dem Verkauf zur Prüfung vorgelegt werden mußten,³⁰⁴ und das dürfe auch in den übrigen Städten die stillschweigende Praxis gewesen sein. In Hagen wurde am 22. März die „Kölnische Zeitung“ verboten,³⁰⁵ vermutlich weil sie gemeldet hatte, die Alliierten hätten der Reichsregierung das linksrheinische Gebiet zum militärischen Aufmarsch gegen das Ruhrgebiet freigegeben (eine Falschmeldung), wodurch eine große Aufregung entstanden war.³⁰⁶

Das *Erscheinungsbild der Zeitungen* war stark verändert. An der Spitze standen in Fettdruck die Bekanntmachungen und Anordnungen des örtlichen Vollzugsrats. Der redaktionelle Teil enthielt nur noch unkommentierte Nachrichten; die meisten Blätter verzichteten, ohne daß dies etwa von der roten Zensur gefordert worden wäre,³⁰⁷ auf die Äußerung einer eigenen Meinung. Eine Ausnahme machte etwa das *Füssener Zentrumsblatt*, das noch Leitartikel brachte, allerdings nur zu Ereignissen in Berlin, während es sich einer Kommentierung der lokalen und regionalen Ereignisse enthielt.³⁰⁸ Ein einziges bürgerliches Blatt, der „General-Anzeiger für Dortmund und die Provinz Westfalen“, paßte sich in der Berichterstattung den neuen Verhältnissen im positiven Sinne an — nur leicht, aber immerhin merklich. Dieser Klassenverrat wurde in Münster prompt registriert und mit einem Flugblatt, das über dem Ruhrgebiet abgeworfen wurde, angeprangert.³⁰⁹

Die Tatsache, daß jetzt bürgerliche Zeitungen an der Spitze Bekanntmachungen und Anordnungen verbreiten mußten, die der Sache der Arbeiter dienten, wurde bei vier Zeitungen auf Veranlassung von Arbeitern bzw. Vollzugsräten durch Änderungen im Titelkopf hervorgehoben. In *Dortmund* veranlaßten radikale syndikalistische Arbeiter³¹⁰ nach dem Umsturz, daß der „General-Anzeiger“ am folgenden Tage (18. März) mit dem Titel „Publikations-Organ des revolutionären Volkes (Dortmunder General-Anzeiger)“ erschien. Die nächste Nummer trug wieder den alten Titel und brachte an der Spitze eine Erklärung des Vollzugsausschusses, in der dieser sich von der Aktion des Vortages distanzierte und „die Eigenmächtigkeit unverantwortlicher Heißsporne“ bedauerte.³¹¹ Jedoch die Arbeiter machten einen schwachen Versuch der Wiederholung: in der Abendausgabe vom 20. März war über dem normalen Titelkopf zu lesen: „Auf Anordnung: Publikations-Organ des revolutionären Volkes.“³¹² Bei den drei anderen Zeitungen stand der Vollzugsrat selbst hinter den Titeländerungen. Der „*Mülheimer General-Anzeiger*“ erschien ab dem 21. März mit dem Untertitel „Zugleich Publikationsorgan des revolutionären Aktionsausschusses“. Das „*Lenneper Kreisblatt*“ erschien nach einwöchiger Pause (wegen des Generalstreiks) erstmalig wieder am 22. März, und zwar mit dem Titel „Nachrichtenblatt des Lenneper Vollzugsrates (vormals

„Lenneper Kreisblatt“. Die nächste Nummer trug wieder den alten Titel, jedoch mit dem Untertitel „Publikationsorgan des Vollzugsrates“. Die erste Nummer der „*Botroper Volkszeitung*“, die nach dem Umsturz erschien, hatte den Untertitel „Publikationsorgan der revolutionären Arbeiterschaft“. In den Nummern vom 22. und 23. März stand über dem Titelkopf zu lesen: „Die Botroper Volkszeitung erscheint mit Genehmigung des Vollzugsrats der revolutionären Arbeiterschaft“. — Bei den beiden zuletzt genannten Zeitungen handelte es sich um die einzigen Blätter, die am jeweiligen Ort erschienen; bei den beiden erstgenannten um überparteiliche „Generalanzeiger“, die auch von unpolitischen Arbeitern gelesen wurden und wohl auch objektiv den Arbeitern näher standen als die übrigen bürgerlichen Blätter am Ort.³¹³

Diese Umbenennungen, so unwesentlich sie zunächst erscheinen mögen, geben einen wichtigen Einblick in den politischen Reifegrad der Bewegung. In der Revolutionszeit von 1918/19 hatten — im Ruhrgebiet, in Berlin und anderswo — radikale Arbeiter im Anschluß an Demonstrationen bürgerliche Zeitungen besetzt und sie gezwungen, unter neuem Titel zu erscheinen. Diese neuen Titel waren anderer Art gewesen als die jetzt, 1920, gewählten: „Die Rote Fahne“ (bisher „Mülheimer General-Anzeiger“), „Rote Fahne vom Niederrhein“ (bisher „Düsseldorfer Nachrichten“), „Freiheit“ (bisher „Büersche Zeitung“). Diese Titel hatten das Ziel ausgedrückt, die besetzten Zeitungen in Organe der Arbeiterschaft umzuwandeln. Das war ein wenn nicht irrealer, so doch in seinem politischen Wert höchst zweifelhaftes Ziel, wie sich herausgestellt hatte, als man konkret daran gegangen war, den redaktionellen Teil der Zeitungen in diesem Sinne umzugestalten: im Falle der „Düsseldorfer Nachrichten“ etwa hatte man den Abdruck des von Rosa Luxemburg verfaßten Spartakusprogramms erzwungen, für den übrigen Teil der schon gesetzten Nummer jedoch keinen Ersatz gewußt, mit dem Ergebnis, daß der Anspruch des neuen Titels — „Rote Fahne vom Niederrhein“ — durch den Inhalt überhaupt nicht eingelöst wurde. So war der Versuch, bürgerliche Zeitungen in Organe der Arbeiterschaft umzuwandeln, jedesmal gescheitert und bei den Aktionen im Ruhrgebiet nach einem Tag wieder aufgegeben worden.³¹⁴ Im März aufstand 1920 wurde eine derartige Aktion nirgends mehr unternommen³¹⁵ — ein Zeichen, daß die Arbeiterklasse aus ihren Erfahrungen gelernt hatte. Die jetzt — auch nur vereinzelt — vorgenommenen Umbenennungen drückten nicht ein utopisches oder politisch zweifelhaftes Ziel, sondern eine Tatsache aus: daß nämlich die bürgerlichen Zeitungen den Beauftragten der Arbeiterklasse, den Vollzugsräten, als Publikationsmittel dienen mußten.

In Mülheim und Dortmund brachten bürgerliche Zeitungen auch Artikel aus der Feder der Zensoren. Reuß veröffentlichte zwei oder drei Artikel im „Mülheimer General-Anzeiger“ und in der „Mülheimer Zeitung“,³¹⁶ Hornig einen Artikel im Dortmundener „General-Anzeiger“.³¹⁷ Obwohl einige linke Zeitungen seit dem Sieg der Arbeiter wieder erscheinen konnten,³¹⁸ bestand noch immer ein Mißverhältnis zwischen den 20 Tageszeitungs-

³¹³ Zwei im folgenden zu schildernde Versuche in Dortmund und Elberfeld, die von kleinen Aktivisten-

gruppen unternommen wurden, wurden von den Vollzugsräten abgebrochen.
³¹⁴ Das USP-Blatt von Buer war schon in der Zeit vor dem Kapp-Putsch verboten gewesen; nach dem Putsch war das USP-Blatt von Essen durch General v. Watter, das von Kemscheid durch Major v. Lützwor verboten worden.

von der drei Arbeiterparteien (11 SPD-, 7 USP-, 2 KPD-Zeitungen) und den rund 70 bürgerlichen Zeitungen, die im Ruhrgebiet erschienen. In zwei Städten — Dortmund und Elberfeld — wurden Versuche gemacht, dieses Verhältnis zu verbessern.

In Dortmund versuchte zunächst eine radikale Gruppe, die „Dortmunder Zeitung“, die für Kapp eingetreten war, zu einem linksradikalen Blatt umzugestalten. Meinberg und Behrs vom Vollzugsrat traten dem entgegen und setzten einen Kompromiß durch: Weiterscheinen der Zeitung, jedoch nur als reines Nachrichtenblatt.³¹⁹ Am 23. März erschien dann die erste Nummer eines neuen linksradikalen Blatts, der „Dortmunder kommunistischen Zeitung“, in einer Auflage von 10 bis 15.000 Stück, hergestellt in der Druckerei der „Dortmunder Zeitung“, herausgegeben von der Pressekommission des Vollzugsrats und vertrieben vom KPD-Parteisekretariat.³²⁰ In der Vorankündigung des Blattes hieß es, es werde wegen Papiermangels abwechselnd in fünf verschiedenen Zeitungsdruckereien hergestellt werden.³²¹ Aber auch damit gab es anscheinend Schwierigkeiten: obwohl eine Tageszeitung beabsichtigt war, erschien die dritte Nummer — Titel: „Die Rote Fahne“ — erst am 27. März.³²² In der Nacht vom 28. zum 29. März beschlagnahmten Bewaffnete bei der örtlichen SPD-Zeitung Zeitungspapier. Meinberg, der darüber sehr ungehalten war, stellte daraufhin den Geschäfts- und Redaktionsbetrieb der SPD-Zeitung unter den Schutz des Vollzugsrats.³²³

In Elberfeld erschien am 21. März die erste Nummer eines neuen KPD-Organs, „Die Rote Fahne“.³²⁴ Mindestens eine weitere Nummer des Blattes ist nachweisbar.³²⁵ Vorher war bereits Rechtsanwalt Lamp aktiv geworden, und zwar gegenüber der „Bergisch-Märkischen Zeitung“, die für Kapp eingetreten war (I, Seite 113). Nach Lamps Meinung durfte dieses Blatt auf keinen Fall in der bisherigen Form weiterscheinen. Am Morgen des 19. März schlug er den Arbeitern der Zeitung vor, „eine Rätezeitung herauszugeben“, und entfernte mit ihrer Unterstützung die Angestellten aus dem Gebäude der Zeitung (etwas später wurden sie wieder zugelassen). Lamp bezeichnete sich als „Volksbeauftragter für die Sozialisierung der Presse“, ein Titel, den er sich in einer Massenversammlung bestätigen ließ und dessen Ausfüllung er sich so dachte: Herausgabe einer Tageszeitung unter inhaltlicher Mitbestimmung der Druckereiarbeiter, bei freier unbezahlter Mitarbeit von jedermann; Sammlung von Erfahrungen in dem so sozialisierten Betrieb, die dann allmählich auf die übrigen Zeitungsdruckereien übertragen werden sollten. Lamp verfaßte die erste Nummer, die er „Die direkte Aktion im Westen“ betitelte; damit wollte er den gegenwärtigen Aufstand im Industriegebiet charakterisieren: als große spontane direkte Aktion. Doch der Aktionsausbruch von Elberfeld griff ein und stellte sich gegen Lamp; dieser räumte freiwillig das Feld. Immerhin erreichte er, daß die „Direkte Aktion“ doch noch gedruckt wurde und zusammen mit einem weiteren Blatt, betitelt „Die Brandung“, am 23. März erscheinen konnte.³²⁶ Am 28. März erschien unter Mitarbeit von Lamp „Die Schöpfung, Kulturpolitische Tageszeitung für das sozialistische Neuland“, herausgegeben von der Freien Arbeiter-Union (FAU) in Elberfeld und Barmen.³²⁷ Zwei weitere Nummern folgten.³²⁸

³¹⁹ Dieser Titel sollte nach Lamp besagen, daß jetzt „gegen die Mauer aller Kirchen und Kanzleien eine Revolution schlägt, die sie . . . verzehren wird“.

Was war von diesen neuen Zeitungen zu halten? Von Lamps „Schöpfung“ distanzierte sich die KPD-Bezirksleitung in einer Presseerklärung aufs schärfste und forderte die Kommunisten in der FAU auf, entweder die „irrsinnige Redaktion“ sofort abzusetzen oder aus der FAU auszutreten.³²⁹ Soweit man nach dem einzigen überlieferten Ausschnitt aus der Zeitung³³⁰ urteilen kann, war diese scharfe Kritik berechtigt. — Die beiden neuen KPD-Organe in Dortmund und Elberfeld waren politisch kein großer Gewinn.³³¹ Vielleicht das Beste an ihnen war noch, daß die Dortmund-„Rote Fahne“ in Fortsetzungen Lenins Schrift „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ abdruckte.

Wichtiger als die Schaffung neuer Zeitungen war für die aktuelle Situation der Versuch, durch *eigene Nachrichten* den Propagandaelagen, die außerhalb des Aufstandsgebiets verbreitet wurden, entgegenzuwirken. Solche Nachrichten wurden man außerdem daran, durch Funk mit den russischen Genossen in Verbindung zu treten. Als man in der Funkstation im Dachgeschoß der Hauptpost entdeckte, daß von dort nur über Mittel- und Kurzwelle gefunkt werden konnte, wurde Simin baldi, der uns bereits als Kontrolleur des Essener Fernsprech- und Telegrafenamts begegnet ist, beauftragt, eine Zusatzanlage für Langwelle zu besorgen. Er erinnert sich, eine solche in Hagen demontiert und nach Essen gebracht zu haben; der Aufwand dauerte jedoch nicht lang genug, als daß noch eine Verbindung zu den russischen Genossen zustandegekommen wäre.³³² Ein Kölner Blatt freilich wußte — zum Schrecken des Bürgertums — zu melden, der Zentralrat stehe seit dem 26. März „in funkentelegraphischer Verbindung mit dem Moskauer Zentralrat und mit der Oberleitung der russischen Roten Armee“.³³³

*

Wie entwickelte sich das *politische Leben*? Eine öffentliche politische Auseinandersetzung des Bürgertums mit der Arbeiterklasse fand nicht statt. Das lag an der Inaktivität der *bürgerlichen Parteien*, nicht etwa an den Beschränkungen, denen sie unterworfen wurden. Zwar durften sie im allgemeinen keine Plakate ankleben und keine Flugblätter verbreiten,³³⁴ aber ihre Versammlungsfreiheit wurde nur wenig eingeschränkt, nicht etwa unterdrückt. So forderte der Vollzugsrat Oberhausen zum Beispiel, daß Versammlungen schriftlich bei ihm beantragt würden.³³⁵ Der Arbeiterrat Hörde proklamierte den Grundsatz „völliger Versammlungsfreiheit“, von dem nur die beiden Rechtsparteien DVP und DNVP „vorläufig“ ausgenommen sein sollten.³³⁶ Selbst in einer „Frontstadt“ wie Dorsten waren nur Versammlungen unter freiem Himmel verboten, Versammlungen in geschlossenen Räumen dagegen nur von der Genehmigung des Aktionsausschusses abhängig.³³⁷ Aber alle diese Bestimmungen waren im Grunde überflüssig, da die bürgerlichen Parteien während des Aufstands in keinem einzigen Ort eine öffentliche Versammlung durchführten. Ihre Aktivität beschränkte sich auf Beschlüsse der Parteivorstände. Ein Beispiel, die Warnung der DVP im Wahlkreis Arnsberg vor einer Lebensmittelblockade, haben wir kennengelernt; von Beschlüssen, die die Mitarbeit in den Vollzugsräten betrafen, wird später die Rede sein. Das bestätigt das Bild vom unpolitischen deutschen Bürgertum. Überraschend aber ist es nun, daß auch *die Arbeiterorganisationen* fast keine allgemein zugänglichen

Versammlungen organisierten, d. h. solche, die nicht auf einen festen Kreis wie die Betriebsräte beschränkt waren. In insgesamt sieben Städten fand in der ganzen Zeit des Aufstands je eine solche Versammlung statt, und das Quellenmaterial ist in diesem Punkt sicherlich nicht besonders lückenhaft.³³⁸ Das heißt: ein Versammlungsleben der Arbeiterorganisationen fehlte fast völlig — mitten in einem Aufstand, der für Deutschland eine einmalige Dimension erreichte und in dem der Stoff für öffentliche Diskussionen, für den Klärungsprozeß innerhalb der Arbeiterklasse förmlich auf der Straße lag! Drei Beispiele: In Dortmund hatten die SPD-Führer mit ihrem kompromißloser politischen Verhalten gegenüber dem Freikorps Lichtschlag eine beispiellose politische Niederlage erlitten. Keine einzige Versammlung der linksradikalen Organisationen wurde einberufen, in der diese Niederlage dargestellt und die Konsequenzen daraus gezogen worden wären; lediglich bei der Beerdigung der Arbeiter, die beim Kampf um die Stadt gefallen waren, klagte Meinberg die SPD-Führer des „Doppelspiels“ und des Hin- und Herschwankens an.³³⁹ In Elberfeld und Barmen hatten die christlichen Gewerkschaften den Generalstreik gegen Kapp sabotiert, angeblich weil sie unter der Parole „Diktatur des Proletariats“ nicht mitmachen könnten (I, Seite 128). Die in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter, die darüber aufs äußerste empört waren, versuchten, die christlich organisierten Arbeiter zum Übertritt in die freien Gewerkschaften zu zwingen, u. a. mit der Drohung, andernfalls würden sie aus den Betrieben entfernt werden.³⁴⁰ Aber anstatt öffentliche Versammlungen über die hier aufgeworfenen Fragen zu organisieren, ermahnten die Funktionäre die Arbeiter zu Toleranz und zum Respekt vor abweichenden Meinungen. Wenn der USP-Funktionär Wichelhaus in einer Versammlung der Betriebsausschüsse und Vertrauensleute in Barmen ausrief, „Terrorismus sei das ungeeignetste Mittel, Andersdenkende zu überzeugen“, so hätte er sich eigentlich fragen müssen, ob er nicht gerade aus dieser Überzeugung heraus den Arbeitern andere Möglichkeiten des Verhaltens angeben müsse.³⁴¹ Im Hagener Bezirk überlegten USP-Mitglieder, ob die Konsequenz aus dem gemeinsamen Vorgehen der Arbeiter gegen das putschistische Militär nicht sein müsse, daß sich USP und SPD vereinigen, und teilten das ihrer Bezirksleitung in Hagen mit. Sie erhielten folgende Antwort: „Wir ersuchen unsere Genossen, in den einzelnen Orten keine Abmachungen zu treffen. Die bezügliche zentrale Verhandlung können erst erfolgen, wenn die schweren Kämpfe etwas zur Ruhe kommen.“³⁴² Dabei hätten öffentliche Diskussionen über den Standort der USP, aber auch aller anderen Arbeiterorganisationen für den Bewußtseinsprozeß nur förderlich sein können. — Ein positives Gegenbeispiel: Am 24. März versammelten sich in Datteln die Angestellten der Zeche „Emscher-Lippe“. Der Referent stellte fest, daß es ein politischer Irrtum gewesen sei, wenn eine Angestelltenversammlung in Recklinghausen sich als Antwort auf den Kapp-Putsch für die Regierung Ebert-Bauer erklärt habe. Mittlerweile habe „sich herausgestellt, daß die alte Regierung nicht schuldlos dastreht, sondern viel Blut unserer Brüder gleichen Standes auf ihre Schultern geladen hat“. Die Konsequenzen müßten sein: Übernahme der Regierung durch Männer, „die die Rechte der Angestellten, Arbeiter und Bürger vertreten“; vollständige Entwaffnung der Reichswehr und ihre Ersetzung durch eine „republikanische Volkswehr“.³⁴³

Denkbar wären auch prozeßförmige öffentliche Versammlungen gewesen, in denen untersucht worden wäre, wie es zum Kapp-Putsch hatte kommen können und welchen Beitrag das Noske-System dazu geleistet hatte. Beispielsweise hätte man den Polizeichef von Dortmund, Hauptmann v. Heeringen, der nach dem Sieg der Arbeiter in Dortmund inhaftiert worden war,³⁴⁴ in einer Massenversammlung von Arbeitern öffentlich verhören und ihm etwa folgende Fragen stellen können: Wie stehen Sie zum ehemaligen Kaiser? Von wem wurden Sie als Polizeichef an gestellt? Unter welchen politischen Bedingungen geschah das? Den zuhörenden Arbeitern hätte das vermutlich konkretere politische Einsichten vermittelt als ein Dutzend Agitationsreden.

Zusammengefaßt: Die Praxis der Arbeiterorganisationen, die Erfahrungen im Kampf gegen die putschistischen Truppen, die nächsten Schritte, die Einschätzung des Aufstands — das waren geradezu Lebensfragen, die ausgiebig hätten diskutiert werden müssen. Das aber geschah nicht. Sucht man nach Gründen, so stößt man auf folgende Momente. Die Führer der Arbeiterorganisationen waren durch die Schule der alten Sozialdemokratie gegangen, in der die Tätigkeit der Funktionäre nicht die lebendige politische Diskussion bestimmend gewesen war, und so ließen sie sich jetzt von den Aufgaben absorbieren, die in den Vollzugsräten anfielen. Von den Arbeitern andererseits waren keine Wunder zu erwarten. Die Lebensbedingungen, die Schul- und Arbeitsausbildung der Arbeiter laufen darauf hinaus, sie unfähig zu machen zu systematischer Reflexion, auch und gerade zur Reflexion der eigenen Lebenserfahrung und der eigenen Praxis. Nur in einer revolutionären Arbeiterbewegung können sich die Arbeiter zu solcher Reflexion erziehen. Die Praxis des Aufstands konnte nicht ersetzen, was in Jahrzehnten zuvor gefehlt hatte. —

Aus der Fülle der Beobachtungen seien abschließend drei besonders wichtige Momente herausgegriffen und noch einmal unterstrichen.

1. Während die Vollzugsräte sofort und wie selbstverständlich in den Betrieb der Rathäuser eingriffen, blieb das *Regierungspräsidium* in Düsseldorf unangewandt; während Vorstellungen zur Reform des *Gefängniswesens* entwickelt wurden, blieben die Vollzugsräte gegenüber der *Justiz* passiv. Das Fehlen einer konkreten Revolutionsstrategie hatte zur Folge, daß die Veränderungen, die während des Aufstands in Angriff genommen wurden, auf diejenigen Institutionen beschränkt blieben, die dem Erfahrungsbereich der Arbeiter am nächsten lagen.

2. Vor Veränderungen in den Betrieben schreckte nicht nur die USP, sondern auch die KPD zurück — aus der Ansicht heraus, daß dadurch die Lebensmittellversorgung gefährdet werden könnte; Eingriffe in die Produktion dürften daher erst vorgenommen werden, wenn die Erfolge des Aufstands im Reichsmaßstab gesichert seien. Nur die Syndikalisten waren hier grundsätzlich anderer Ansicht; sie nahmen ihr Ziel, den „freiheitlichen“ Kommunismus, von den Betrieben her in Angriff.

3. Es kamen keine großen öffentlichen Diskussionen innerhalb der Arbeiterklasse in Gang. Die ungeheuer wichtigen Themen, die gerade jetzt, anhand der konkreten Erfahrungen, aufzuarbeiten gewesen wären, blieben unerörtert. Hier lastete das Gewicht der langen sozialdemokratischen Tradition, so scheint es, am verhängnisvollsten.

2. Die Rote Armee

Bei den bewaffneten Arbeitern muß man unterscheiden zwischen den Mitgliedern der örtlichen Arbeiterwehren, die Sicherheitsaufgaben wahrnahmen, und denjenigen, die Militär und Sipo von Ort zu Ort verfolgten, sie zum Kampf stellten und die schließlich das ganze Ruhrgebiet eroberten. Die letzteren wurden damals meist „*Rotgardisten*“ genannt (Mitglieder der Roten Garde); diesem Sprachgebrauch wollen wir uns anschließen. Die Rotgardisten in ihrer Gesamtheit sowie die Organisation, die sie entwickelten, bezeichnete man als „*Rote Armee*“. Das ist ziemlich irreführend, da der Begriff „*Armee*“ an einen Truppenkörper des herkömmlichen Militärs denken läßt; Meinberg spricht deshalb von „zentralen Arbeiterehren“. ¹ Trotzdem müssen wir auch den Ausdruck „*Rote Armee*“ übernehmen, weil er von den Zeitgenossen gebraucht wurde und sich dann auch in der Literatur eingebürgert hat.

Die Rote Armee ist wohl dasjenige Phänomen des Ruhraufstands, das sich heute, über einen Abstand von 50 Jahren hinweg, am schwersten fassen läßt. Verschaftern wir uns einen ersten Eindruck, indem wir die Beobachtungen von zwei Journalisten wiedergeben.

*

Buer, 22. März. Seit zwei Tagen strömen von auswärts bewaffnete Arbeiter in die Stadt. Sie wollen nach Norden, über die Lippe, der Reichswehr und Sipo entgegen. An diesem Tag sind es besonders viele. Paul Kessels, Chefredakteur der bürgerlichen „*Buerschen Zeitung*“, beschreibt, was er sieht:

„In den ersten Nachmittagsstunden langten zahlreiche Bewaffnete, mit der Straßenbahn vom Bochum kommend, in Buer an, biwakierten auf den Anlagen vor dem Rathaus und warteten auf neue Transportmöglichkeit, nach Dorsten zu kommen. Meist junge Leute aus dem Ruhrbezirk waren es . . . Durchweg sind es gediente Soldaten, die wieder die Gewohnheiten angenommen haben, die ihnen aus dem Feldleben noch geläufig sind. Hier und da sieht man Gewehrpyramiden; dort liegen junge Burschen, die die alte feldgraue Uniform wieder hervorgesucht haben — neben dem Gewehr übrigens ihre einzige militärische Ausrüstung — die Zigarette im Munde auf dem Bauch im Rasen. Andere stärken sich in den umliegenden Cafés und Restaurants. Seltsame Bilder sieht man hier. Am kleinen Café-Marmortischchen sitzt ein Rotgardist, die Schürmütze weit ins Gesicht gezogen, das Gewehr im Arm, mit nägelbeslagenen Schuhen neben einem Fräulein in beide und Lackschühchen, das zum gewohnten Nachmittags-Kaffee gekommen ist und recht wenig erbaut davon zu sein scheint, daß neben ihr . . . irgendein Rotgardist sich niedergelassen hat. Nebenan sitzt ein hungriger bewaffneter Bursche mit wirrem, schwarzem Haar, der ein Stück Kuchen nach dem anderen vertilgt und neben dem Kuchenteller die — Handgranate stehen hat. Ein Pfiff draußen.

Lastautos rasseln polternd heran.

Die Soldaten in ihrem Gemisch von Zivil- und Militärkleidung springen auf, klettern über die hohe Wehr der Lastwagen und bald faucht ein vollgepflöpftes Auto nach dem anderen ab . . .“²

Kessels will wissen, wie es an der roten Front aussieht. Auf seine Bitte stellt ihm der Aktionsausschuß von Buer die erforderlichen Papiere aus. Am nächsten Tag (23. März) steigt er in ein Auto der Roten Armee, das einen Rotgardisten, einige Rote-Kreuz-Schwester und einen Depeschboten nach Dorsten bringt. Der Tag ist hell und sonnig, und an den Bäumen und Sträuchern zeigt sich schon das erste Grün — der Frühling hat in diesem Jahr ungewöhnlich früh eingesetzt, ein Vorteil für die Arbeiter, die keine warme Kampfkleidung haben wie ihre Gegner. — Am selben Tag fährt auch Adolf Ende, Redakteur des USP-Blatts von Buer, zur roten Front nach Dorsten. Kessels und Ende besuchen nacheinander im wesentlichen dieselben Stationen, aber sie beobachten und akzentuieren unterschiedlich. Wir lassen sie daher in ihren Berichten abwechselnd zu Wort kommen.

Ankunft in Dorsten, der malerischen Kleinstadt aus der Zeit des Mittelalters und der Hanse, am südlichen Ufer der Lippe gelegen, die Bevölkerung fromm katholisch (die radikalen Arbeitersiedlungen Hervest und Holsterhausen liegen draußen vor der Stadt, auf der anderen Seite der Lippe). Kessels schreibt:

„Rote Fahnen wehen aus manchen Fenstern. Bewaffnete stehen vor den Schaufenstern oder ziehen als Wachtposten auf und ab, und auf dem alten, schönen Marktplatz . . . ist ein buntes Durcheinander . . . 'Halt!' tönt es uns von allen Seiten entgegen, und als unser Wagenlenker nicht schnell genug das Auto zum Stehen bringen kann, fallen Ubereilige schon die Gewehre und dringen mit lautem Hallo auf uns ein.“ Man fragt Kessels, wer er ist und was er hier will, seine Papiere aus Buer werden als ausreichend befunden, doch soll er vorläufig nicht weiterfahren, sondern in Dorsten bleiben. Kessels schreibt weiter:

„Das Hotel Eschershaus, in dem bis vor kurzem noch Major Friderici* sein Büro hatte, ist jetzt das Hauptquartier der Roten Armee. Die Räume des Hotels . . . [sind] jetzt gespickt voll von roten Truppen. Die Getränke sind rar geworden und vor allem gehen die Zigaretten zur Neige.“ Draußen „ist eine beständige Bewegung in diesem wirren Haufen Bewaffneter. Matrosen, Zivilisten fast ohne jedes militärische Abzeichen, Bewaffnete in Uniformen oder 'zivilisierten' Militärkleidern, mit Mützen, Hüten oder mit bloßem Kopf, mit Karabinern, Gewehren, Handgranaten . . ., das alles quirlt durcheinander wie in einem Ameisenhaufen. Ständig kommen neue Autos mit Bewaffneten an, von anderer Seite marschieren rote Soldaten zu Fuß ein, singend, an der Spitze ein Mann mit der Ziehharmonika. Irgendwo ordnet sich eine Mannschaft. Eins, zwei, drei, vier — eins, zwei, drei, vier . . . Nach vorn! Von vorn kommen Verwundete, oder abgekämpfte Rotgardisten. Das ist ein Fragen, Rufen und Schreien! Und zwischendurch bewegen sich die Dorstener Bürger, mit mürrischen Gesichtern zwar, aber sie gehen ihren Geschäften nach, als sei dieser Dienstag wie alle anderen Tage. Ein Bauer kommt mit Langholz gefahren, und die Rotgardisten packen mit an, damit das unbeholmene Gefährt glücklich um die Marktrecke in die enge Straße hineinkommt. Die Geschäfte sind meistens geöffnet, aber die Lebensmittelläden sind gänzlich ausverkauft . . . Hin und wieder tritt irgendein Führer aus dem Hotel und ruft irgend etwas in die Menge hinein. Mancherm sieht man den ehemaligen Offizier auf den ersten Blick an.“

* Zu Friderici siehe I, S. 69, 277 f., 303 f.

Ende wird, anders als der bürgerliche Kessels, im Hotel zum Stabsquartier vorgehen lassen. Er schreibt:

„Im Konferenzzimmer, wo die Führer und Gefechtsleiter zum Teil zusammenstanden, um die Karten zu studieren, hatte ich Gelegenheit, mich über die Leitung der Kampfhandlungen zu orientieren. Bekannte führende Genossen, die . . . die Feder . . . mit der Waffe vertauscht hatten, erkannte ich wieder. Aber auch mancher bekannte Kumpel . . . hatte sich vor den großen Karten eingefunden, um mit dem Kampfleiter die Lage oder die nächsten Handlungen zu besprechen. Viele nahen übernächtig bleich aus und nur die Augen leuchteten in einem fiebrigen Feuer. Die meisten hatten seit den ersten Kampftagen kein Auge zugemacht und pendelten täglich zwischen der Front und der Kampfleitung. Selbst der stupideste Mensch mußte in diesem jagenden Kommandoapparat mitgerissen werden. Da wucht keinen Augenblick die Türe still; Ordonnanzknaben kommen und übermitteln chiffrierte Nachrichten, das Telefon klingelt jeden Augenblick und verlangt den Kampfleiter, der sofort seine Befehle erteilt, Truppenverschiebungen dirigiert oder Kuriere nach der Front sendet. Dazwischendurch bewegt sich in aller Ruhe der Verpflegungsleiter, weist den einzelnen Verbänden ihre Suppe zu, wird bestürmt von allen Seiten — bleibt aber immer in gemächlicher Ruhe. Wie geschaffen ist er für diesen Posten . . . An diesem Tage wurden nicht weniger als 6.000 Mann in Dorsten verpflegt.“

Nun wieder Kessels: „Endlich, nachdem die 'Paßrevision' beendet ist, kann unser 'Vormarsch' fortgesetzt werden. Die Lippe-Brücke in Dorsten, die zu einem sehr wichtigen strategischen Punkt geworden ist, wird besonders streng bewacht. Jenseits der Lippe, in der Herrlichkeit Lembeck, stößt man, so in der Gegend von Holsterhausen, auf die ersten Zeichen des Kampfes: Häuser, die durch Artillerie- und Gewehrfeuer Schaden gelitten haben. Die Fahrt geht weiter in nordöstlicher Richtung auf die Haardhöhe zu. Hier herrscht reges Leben und Treiben. Beinahe glaubt man, auf den Gefechtsstand eines Abschnittskommandeurs zu kommen. Feldtelefonleitungen werden gelegt, Melder kommen von allen Seiten.“

Ende wird vom Dorstener Kampfleiter selbst zu dieser Stelle gefahren. „An allen Wegkreuzungen standen Doppelposten, die den Kraftwagen anhielten, aber auf den Zuruf 'Gefechtsleitung' beiseite sprangen. Größere und kleinere Truppenkolonnen zogen singend nach vorne. Oft hielt dann unser Wagen an und mein Begleiter gab den Führern Wegweisung oder erkundigte sich nach der Marschrichtung. Wieder Posten und singende Trupps mit Maschinengewehren und Minenwerfern. Alte vertraute Soldatenweisen, aber auch oft Proletarierlieder erklangen an unser Ohr . . .“

In einem scharfen Bogen erreichten wir die Haardhöhe und hielten vor dem Gefechtsstand. Auf dem Platz davor lagerten die Stoßtruppen, spielten Karten oder nahmen eine Gewehrreinigung vor. Eine Ziehharmonika ließ flotte Weisen ertönen . . . Während hinten hauptsächlich jüngere Mannschaften vertreten waren, erblickte ich vorne viele ältere Genossen, die bereits in Dortmund, Essen und Duisburg mitgekämpft hatten. Nur mit einer Knarre, einem Leibgurt, ein paar Handgranaten und dem Kochgeschirr ausgerüstet, ist ihr Aussehen zwar wenig preußisch-soldatisch, dafür steckt aber eine glühende Begeisterung in ihnen, die ihre beste Waffe

darstellt. Ein rotes Band oder Schleifchen trägt jeder als Abzeichen seiner Zugehörigkeit zur Roten Armee.“

Zur Kampfplage erfährt Ende folgendes: „Nachdem bisher mit Dinslaken keine Führung genommen werden konnte, war es am Mittag geglückt, die Verbindung herzustellen. Noch am Abend wurde die Verbindung befestigt und mit einigen tausend Mann, die mit Kraftwagen nach vorne gebracht wurden, besetzt. Somit besteht jetzt eine befestigte Linie zwischen Dinslaken und Haltern. Die Vorposten selbst sind weiter vorgeschoben und halten die Lippe beiderseitig besetzt. Mit dem Fernglas konnte man die Posten ganz in der Ferne erkennen, die bis zu 6 Kilometer nach Wesel zu vorgeschoben sind. Die Türme von Wesel waren bei dem klaren Wetter deutlich zu erkennen.“ Auf der Haardhöhe sind Geschütze positioniert; sie sind, „wie mir der Artillerieführer erklärte, schußbereit auf die Stadt gerichtet. Da von hier aus eine vorzügliche Bestreung der ganzen Gegend . . . möglich ist, hat man schwere und leichte Maschinengewehre eingebaut . . . In weitem Umkreise erkannte ich Schützengräben und Schanzen, aus denen schwarze Punkte, die Köpfe der Besatzung, hervorstecken.“ — Ergänzend hierzu aus dem Bericht von Kessels, dem etwa dasselbe erklärt wird: „Der Führer der Roten Truppen . . . fürchtet durchaus nicht, Geheimnisse auszulaulern, da er weiß, daß die 6 Flugzeuge der Regierungstruppen, die jeden Morgen und Abend die Linie überfliegen, mehr sehen, als den Roten lieb ist . . . Heute ist die Gefechtsstärke gering. Nur ab und zu knallt ein Schuß. Der Führer der Roten teilt uns mit, daß Mittwoch morgen [d. h. am nächsten Tag] der allgemeine Vormarsch begonnen werde . . . Die Führer der Roten Armee wissen sehr wohl, daß ihre Stellung sehr gefährlich ist, da sie die Lippe im Rücken haben und nur bei Dorsten und Haltern Übergangsmöglichkeiten vorhanden sind. Es soll daher noch in der Nacht an verschiedenen Stellen mit dem Bau von Notbrücken über die Lippe begonnen werden.“

Ende: „Als wir wieder auf das Gehöft kamen, war gerade Appell. Ein ehemaliger Feldwebel versieht hier wieder sein Amt in neuer Fassung. Er ließ die einzelnen Kompanien in zwei Gliedern aufstellen, machte, nachdem er alle verlesen hatte, die Parole bekannt und zahlte die Löhnung aus. Jeder kämpfende Mann erhält 40 Mark Tageslohn (in der Stellung 8 Mark Kampfzulage), während die hinter der Front beschäftigten Mannschaften (Etappe) nur 30 Mark erhalten. In zwei großen Kesseln war das Abendessen zubereitet (Kartoffelsuppe mit Schweinefleisch), das nun von drei Rote-Kreuz-Schwestern verteilt wurde.“ Kessels: „Da nur die wenigsten der Leute Eßgeschirre besitzen, müssen die Teller und Näpfe ‘umschichtig’ benutzt werden. Die roten Truppen werden aus den Vorräten ernährt, die sich im Lande vorfinden. Manches Schwein . . . hat schon dran glauben müssen.“

Ende: „Im Gehöft selbst hatte ich Gelegenheit, die Verbandsstation zu besichtigen, die unter Leitung eines felderprobten Sanitäters steht. Überhaupt konnte man die Wahrnehmung machen, daß nicht nur die Führer sich die Erfahrungen ihres derzeitigen Feldaufenthaltes zunutze gemacht haben, sondern auch manche andere (Journalführer, Telefonisten, Sappenposten, Geschützfürher und Maschinengewehrschützen) eine ihnen vertraut gewordene Beschäftigung wieder aufnahmen. Da war ein regelrechtes Geschäftszimmer, eine Telefonzentrale und ein Gefechtssturm. Auch hier hatte der Führer kaum Zeit, sein Essen einzunehmen. Boten kommen von vor-

ne und von der Kampfleitung; da gilt es dann sofort den Wünschen der Oberbefehlsstelle nachzukommen . . .

Nachdem auch ich meinen Hunger an der ausgezeichneten Suppe stillen durfte, führen wir — mein Begleiter und ich — zum rechten Frontabschnitt. Als noch gerade kurz vor unserer Abfahrt den Truppen mitgeteilt wurde, daß es bereits am kommenden Morgen weiter vorgehen sollte, weckte das eine stürmische Begeisterung . . . Je mehr wir uns Haltern näherten, desto deutlicher wurden Gewehrsalven hörbar . . . Auch hier standen überall Kettenposten, die uns die Parole abfragten oder Meldungen erstatteten . . . Kurz vor Haltern besichtigten wir noch eine vorgeschobene befestigte Stellung, wo wir auch einen Genossen von der Oberbefehlsstelle trafen. Danach bestätigt es sich . . . daß von Münster aus versucht werden soll, den rechten Flügel umfassend anzugreifen. Noch in der Nacht sind starke Truppenverbände (Hagener und Gelsenkirchener Arbeiter) nach diesem Frontabschnitt geworfen worden, die mit Maschinengewehren und leichten Geschützen gut ausgerüstet sind . . . Im ganzen halten auf dem Frontabschnitt Haardhöhe-Haltern 12.000 Mann die befestigte Stellung. Durch eine genügende Anzahl Lastwagen und einen gutfunktionierenden Befehlsapparat ist es möglich, in aller Geschwindigkeit Truppenverschiebungen vorzunehmen oder Verstärkung heranzuholen.“

In der Dämmerung fährt Ende wieder nach Dorsten zurück, unterwegs den Abtransport einiger Reichwehrsoldaten überholend, die von den Arbeitern in einem kleineren Gefecht gefangengenommen worden sind. — Kessels, der die Stellung bei Haltern nicht besichtigt hat, ist schon nach Dorsten zurückgekehrt. Hier ist inzwischen, berichtet er, „das Leben eher reger als ruhiger geworden. Immer neue Verstärkungen der Roten Truppen ziehen ein. Wir treffen auf Bueraner, die . . . die Köpfe schon hängen [lassen]. Gestern waren sie vor Kirhhellen im Gefecht, und jetzt müssen sie zwei tote Kameraden nach rückwärts bringen . . . Es dunkelt schon. Die Bürger beschleunigen ihre Schritte, um schneller unter das schützende Dach zu kommen.“ Und schließlich noch einmal Ende: „In Dorsten war gerade Brotausgabe, als wir auf dem Marktplatz anlangten. Aus den Quartieren erklangen lustige Melodien.“⁶³

Vergleicht man das, was hier geschildert wird, mit der hoffnungslos scheinenden Ausgangsposition der Arbeiter, aus der heraus sie sich in Wetter zu ihrem ersten Kampf gegen das Militär gestellt hatten, so kann man ermessen, welche Machtstellung die Arbeiter sich erobert hatten. Zugleich wird die große organisatorische Leistung sichtbar, die sie vollbracht hatten. Sie soll nun untersucht werden.

Die Arbeitermassen, die im Industriegebiet von Ort zu Ort zogen und schließlich die Front an der Lippe aufbauten, waren von Anfang an kein ungeordneter Haufen, sondern gliederten sich in *kleine Einheiten* von Arbeitern, die sich gegenseitig kannten. „Die Fabrikgemeinschaft, der Parteidistrikt, für die kleineren Ortschaften der persönliche Bekannntkreis waren die gegebenen Grundlagen für eine organisatorische Kampfgemeinschaft“, schreibt ein Beobachter,⁶⁴ den Wohnbezirk und besonders die für den Bergbau typischen Junggesellenheime mußte man hinzunehmen. In Hagen gingen die acht Parteizeirke der USP nach den ersten Siegen darauf, „selbständige Kompagnien zu gliedern.“ und sie mit den eroberten Waffen und

Bagagen „feldmarschmäßig auszurüsten.“⁵ In Duisburg und Hamborn trat die „Freie Arbeiter-Union“ geschlossen der Roten Armee bei.⁶ Nicht mehr so unmittelbar aus bestehenden persönlichen oder politischen Beziehungen heraus kamen später die Einheiten zustande, die von den sogenannten „Werbebüros der Roten Armee“ aufgestellt wurden (Aufnahmestellen, die in fast allen Städten von den Vollzugräten oder direkt von der Roten Armee gebildet wurden); aber man kann annehmen, daß die Arbeiter sich bei diesen Aufnahmestellen in Gruppen meldeten und darauf sahen, möglichst mit ihren Freunden und Bekannten zusammenzubleiben. — In einem Bericht aus Gelsenkirchen heißt es: „Vor den Werbebüros staute sich die Menge. Aber alles ging in musterhafter Ruhe . . . vor sich. Die Ausgabe der Waffen erfolgte an anderer Stelle, wohin anscheinend die erbeuteten Waffen zusammengeführt waren. Die erste Löhnung wurde bei der Anwerbung gezahlt . . . Die Appellplätze, Einteilung der Truppen, Waffenausgabe, Gewehrrevisionen durch den Waffenmeister und dergleichen, die Brotausgabe, der Abmarsch der Abteilungen boten das gleiche Bild wie bei der Mobilmachung 1914. Geordnete Trupps in Kolonnen zu Vieren mit einem Führer voraus marschierten in größter Disziplin durch die Straßen.“⁷

Die Stärke der Einheiten war ziemlich unterschiedlich. Nach der Niederschlagung des Aufstands stellte die Reichswehr aus Papieren der Roten Armee, die ihr in die Hand gefallen waren, in einer Liste 110 solcher Einheiten zusammen, unter denen sie bei 80 die Stärke angeben konnte. Nimmt man die Radfahrer und Sanitäter aus dieser Liste heraus, bleiben 78 kämpfende Einheiten, von denen die kleinste 15, die stärkste 347 Mann zählte. Der Durchschnitt war 70 Mann pro Einheit.⁸ Das paßt zu den Beobachtungen des Bürgermeisters von Dinslaken, der die Rote Armee in Gruppen von 60 bis 100 Mann einrückten sah.⁹ 70 Mann war auch zum Beispiel die Stärke, in der das Werbebüro der Roten Armee in Gelsenkirchen neue Einheiten zusammenstellte.¹⁰

Jede dieser Einheiten hatte einen *Führer*. Wie ein solcher Führer zu seiner Stellung kam, ist zwar quellenmäßig nicht mehr zu ermitteln, läßt sich aber unschwer vermuten. Er mußte das Vertrauen der Einheit erworben haben — entweder durch seine Tätigkeit vor dem Aufstand oder durch sein Verhalten während des Kampfes, meist wohl durch beides zusammen. Aktivität für die Sache der Arbeiterklasse, Kriegserfahrung und gewisse Führereigenschaften zeichneten wohl in der Regel den Führer einer Einheit aus. So war z. B. der Bergmann Granek 1918 nach der Rückkehr aus dem Felde in Osterfeld Mitglied des Soldatenrats und Führer der Sicherheitswehr gewesen,¹¹ im Januar 1919 war er an die Spitze des Arbeiter- und Soldatenrats getreten.¹² Später war er vorübergehend nach Oberschlesien gegangen; nach dem Kapp-Putsch wurde er Führer einer Einheit der Roten Ruhrarmee.¹³

Aufschlußreich sind in diesem Zusammenhang die Aufnahmebedingungen für die Rote Armee, die in der Phase der Konsolidierung nach den Straßenschlachten festgesetzt wurden. In Oberhausen mußte der sich Meldende mindestens eine halbjährige Mitgliedschaft in einer linken Partei oder Gewerkschaft und eine einjährige militärische Ausbildung nachweisen, durfte nicht jünger als 22 und nicht älter als 45 Jahre sein und keine Vorstrafen „wegen ehrloser Verbrechen“ haben.¹⁴ In Gelsenkirchen mußte er die Mitgliedschaft in einer Freien Gewerkschaft oder einer der

drei Arbeiterparteien sowie militärische Ausbildung mit mindestens halbjähriger Fronterfahrung nachweisen.¹⁵ In anderen Orten dagegen wurde nur Zugehörigkeit zu einer sozialistischen Arbeiterorganisation verlangt: in Hamborn mindestens zweijährige Mitgliedschaft in einer Partei oder Gewerkschaft, in Essen einjährige Mitgliedschaft in USP oder KPD; in Horst rief der Aktionsausschuß „alle Arbeiter, welche auf dem Boden der Diktatur des Proletariats stehen“, zum Eintritt in die Rote Armee auf. Das hatte zur Folge, daß auch Jugendliche ein Gewehr erhielten, die nicht damit umzugehen verstanden — ein Mißstand, der immerhin zeigt, daß auf das politische Bewußtsein das Schwergewicht gelegt wurde.¹⁶

Die lockere Gliederung der Roten Armee in Basiseinheiten konnte natürlich den Anforderungen des Kampfes nicht genügen, und die Arbeiterführer versuchten, darüber hinauszukommen. In einem Aufruf, den die Vorsitzenden der drei Arbeiterparteien in Hagen am 21. März erließen, hieß es zum Beispiel:

„In allen Gemeinden sind die Wehren streng militärisch zu organisieren. Bei der Gruppe ist anzufangen, es folgt Zug — Kompanie — Bataillon. Die Organisation wird gemeinde- und kreisweise zusammengefaßt. Alle Orte haben der Zentrale in Hagen sofort die Anzahl der Gewehre, MG, Artillerie und sonstiger Waffen anzugeben, desgleichen Munition. Fahrzeuge, Feldküchen usw. sind fahrbereit zu machen. Die Ausbildung ist mit größter Schnelligkeit zu betreiben.“¹⁷

Die in diesem Aufruf genannte „Zentrale“ bestand aus zwei Kommissionen, die der Hagenen Aktionsausschuß am Tag nach den siegreichen Kämpfen in Dortmund und Elberfeld gebildet hatte: der „Verteidigungs-Kommission“ mit dem Sitz im Arbeitersekretariat der Freien Gewerkschaften, und einer Kommission für Fahrzeuge und Bagage, die ihren Sitz in der Baugenossenschaft „Arbeiterheim“ im Vorort Wehringhausen genommen hatte.¹⁸ Die wichtigere erste der beiden Kommissionen wurde geleitet von dem 37jährigen Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft *Josef Ernst* (USP). In der Revolution von 1918 war Ernst kurze Zeit Vorsitzender des Soldatenrats Krefeld gewesen, bis ihn seine Parteifreunde nach Hagen, seine alte Wirkungsstätte, zurückholten, und als Soldatenratsvertreter hatte er auch am ersten allgemeinen Rätekongreß in Berlin teilgenommen.¹⁹ Die von Ernst geleitete Kommission nannte sich später „Zentraler Verteidigungsausschuß“,²⁰ und zwar weil sie die Oberleitung über die ganze Rote Armee beanspruchte; wie weit ihr Einfluß tatsächlich reichte, werden wir später sehen.

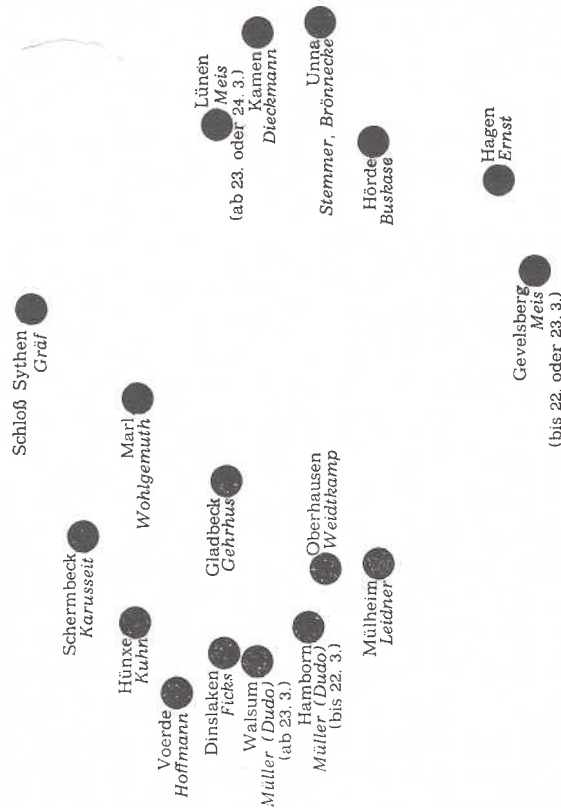
Ähnliche Kommissionen bildeten fast alle Aktionsausschüsse und Vollzugsräte.²¹ Eine bedeutende Kampfzentrale entwickelte der Vollzugsrat Essen im Zentrum des Industriegebiets. Der Berichterstatter der liberalen „Frankfurter Zeitung“ durfte sie betreten; er schrieb:

„Den höheren Kommandostellen stehen Autos, die man bei ihren Vorbesitzern requiriert hat, Telefon und andere Nachrichtenmittel, Meldereiter und Motorfahrer reichlich zur Verfügung. Vor dem Rathaus in Essen, wo das Abschnittskommando seinen Sitz aufgeschlagen hat, herrscht ein Leben und Treiben, wie man's draußen im Feld vor den großen Stabsquartieren zu sehen gewohnt war. Mächtige Lastautos bringen frische Mannschaften zur Front. In drei großen Motoromnibussen harrt eine Sanitätskolonne des Abmarschbefehls, meist junge Arbeiterinnen in der kleidsamen Kopftracht des Arbeitersamariterbundes. Weiter

unten wird Proviant geladen. Daneben stehen vier von den abziehenden Truppen zurückgelassene Geschütze, für die die Bespannung erst noch requiriert werden muß. Und zwischendurch ein ununterbrochenes Kommen und Gehen von Ordnanzen und Führern.

Zwei Zimmer der Stadtverwaltung beherbergen das Abschnittskommando. Im Vorzimmer, in dem sich gleichzeitig auch eines der Werbebüros für die Rote Armee befindet, wird fieberhaft gearbeitet. Hier wird Munition angefordert, Autos sollen beschafft werden, ein Kompanieführer verlangt für seine Leute Schuhzeug, ein anderer klagt über schlechte Verpflegung, ein dritter sucht den Nachweis zu führen, daß er für seine Tätigkeit unbedingt eines Pferdes bedarf. Er hat auch bereits eines ausfindig gemacht und braucht nur noch einen Requisitionsschein, um in seinen Besitz zu gelangen. Der aber wird ihm verweigert . . .
 Ins Allerheiligste, wo die beiden Abschnittskommandeure sitzen, wird man nur mit besonderem Ausweis eingelassen. Das Kommando liegt in den Händen zweier einfacher Männer aus dem Volke. Draußen im Felde hatten sie's nur zu Unteroffizieren gebracht. Hier leiten sie die Operationen einer Truppe, deren Stärke der einer kriegsstarke Division nahekommen dürfte. Daß sie der Aufgabe gewachsen sind, zeigen die unleugbaren Erfolge, die die Rote Armee davongetragen . . . Inmitten ihres Stabes nehmen sie Meldungen entgegen, verfolgen an Hand der telephonisch eingehenden Gefechtsnachrichten auf einer über einen Tisch ausgebreiteten Karte den Gang der Operationen, geben Befehle und Weisungen, kurz und bestimmt, wie Generale der alten Schule.²²

DIE NAMENTLICH BEKANNTEN KAMPFLEITER DER ROTEN ARMEE



Wichtig ist nun folgendes. Je größer das Arbeiterheer wird, umso weniger sind es die Vollzugsräte, die eine höhere Organisation der Roten Armee ausbilden, umso mehr entsteht diese Organisation aus der Roten Armee selbst heraus. In Oberhausen erklärte sich nach dem Einmarsch der Roten Armee in der Nacht vom 19. zum 20. März (I, Seite 298) der 32-jährige Schlosser *Herrmann Weidtkamp* aus Mülheim-Styrum zum Stadtkommandanten und richtete sich im Gebäude einer ehemaligen Polizeiwache ein. Seinem Stab gehörten außer einem Adjutanten ein ehemaliger Polizeibeamter aus Mülheim sowie vier Arbeiter aus Oberhausen an, von denen einer, de Longueville, bereits in der Revolutionszeit von 1918/19 hervorgetreten war.²³ Weidtkamp, 1918 einer der revolutionären Matrosen, war im April 1919 vom Freikorps Schulz verhaftet worden, weil er, wie Major Schulz der Presse mitteilte, „in öffentlichen Versammlungen gegen die Regierung gehetzt und die Arbeiter zum Eintritt in den Streik aufgefordert“ habe.²⁴ — Am Nachmittag des 20. März, als in den Vororten Hamborns der Straßenkampf zwischen den Arbeitern und dem Reichswehr-Regiment 61 tobte (I, Seite 302), bildete der 35-jährige Straßenbahner *August Müller*, ebenfalls aus Mülheim-Styrum, im Rathaus von *Hamborn* eine Kampfleitung; als Mitarbeiter stellte sich ihm der Unabhängige Hauschild, Mitglied des Hamborner Aktionsausschusses, zur Seite.²⁵ Müller war in der Novemberrevolution erstmals am 25. Januar 1919 hervorgetreten: an diesem Tag hatte die Mülheimer Arbeiterschaft mit einer eintägigen Arbeitsruhe gegen die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht protestiert, und unter Müllers Führung war die Straßenbahn stillgelegt worden.²⁶ Am 2. März 1919 war er auf der KPD-USP-Liste ins Mülheimer Stadtparlament gewählt worden;²⁷ dieses Mandat übte er jedoch wie die ganze KPD-Fraktion, die durchweg auf dem linken Flügel der Partei stand, nicht mehr aus. Am 30. März 1919 in den Mülheimer Arbeiterrat gewählt,²⁸ hatte Müller am 8. April mit 16 linksradikalen Genossen einen Antrag an einen gerade in Berlin tagenden Rätekongreß gerichtet, der diesen zur sofortigen Ausrufung der Räterepublik aufforderte; daraufhin war er mit anderen vom Freikorps Schulz verhaftet und nach Wesel gebracht worden.²⁹ Ob und zu welcher Strafe das Kriegsgericht Wesel ihn verurteilt hatte, ist nicht bekannt.

Müller, der es im preussischen Heer bis zum Unteroffizier gebracht hatte,³⁰ leitete vom Rathaus Hamborn aus die zehntägige Belagerung von Dinslaken. Am Morgen nach dem Abzug der Reichswehr setzte er einen Stadtkommandanten von *Dinslaken* ein, zunächst einen Arbeiter aus dem benachbarten Wehofen, dann endgültig den 29-jährigen *Hans Ficks* aus Düsseldorf.³¹ Ficks, von Beruf Maschinenbauer,³² war 1918/19 Mitglied des General-Soldatenrats in Münster (I, Seite 42) gewesen,³³ er hatte im Juli und August 1919 zusammen mit 21 anderen vor Gericht gestanden, angeklagt des schweren Landfriedensbruchs wegen der bewaffneten Aktion gegen Bottrop im Februar (I, Seite 44), war jedoch wegen erwiesener Nichtteilnahme freigesprochen worden;³⁴ im Dezember 1919 war er Bezirksleiter der KPD geworden.³⁵ Politisch stand er wie Müller auf dem linken Flügel der KPD (er war gegen die Beteiligung an Parlamentswahlen, für den Austritt aus den Gewerkschaften, für ein freundliches Verhältnis zu den Syndikalistern).³⁶ — Nach seiner Ernennung zum Stadtkommandanten von Dinslaken besetzte Ficks die wichtigsten Posten mit Düsseldorfern: die Kampfleitung, die

zunächst im Rathaus aufgebaut wurde, dann in die Realschule verlegt wurde, so wie die Leitung der örtlichen Sicherheitswehr.³⁷ Von einem dieser Männer, dem Lithographen Stark, der sich vor allem mit Spionageabwehr befaßte, ist bekannt, daß er wie Ficks Linkskommunist war.³⁸

Müller war mit Ficks nicht durchweg zufrieden. Am 26. März verfügte er, daß Ficks nur von ihm, Müller, gegengezeichnete Anweisungen treffen dürfe.³⁹ Als er hörte, daß in Dinslaken Rotgardisten auf eigene Faust Beschlagnahmen vorgenommen hätten, machte er Ficks dafür verantwortlich und ließ am 27. März öffentlich bekanntmachen, daß Ficks und seine Stellvertreter abgesetzt seien. Noch am selben Tag widerrief er das jedoch, angeblich weil die Düsseldorf-er Rotgardisten mit ihrem Abzug von der Front gedroht hatten.⁴⁰

Seinen eigenen Stab hatte Müller nach der Einnahme Dinslakens vom Rathaus Hornborn in die Gaststätte „Vier Linden“ in *Walsum* verlegt.⁴¹ Das war wiederum so weit hinter der Front, wie es für die Kommandozentrale angemessen war. In einem Papier vom 26. März, gerichtet an die Truppen und Kommandeure, bezeichnete Müller die von ihm geleitete Kampffront — vom Rhein bis Hünxe südlich und Peddenberg nördlich der Lippe — und unterteilte sie in drei Abschnitte. Von den fünf Kommandeuren dieser Abschnitte bzw. ihren Stellvertretern, die Müller nennt,⁴² sind zwei etwas näher bekannt. *Friedrich Hoffmann*, Kampfleiter in *Voerde*, war ein Arbeiter aus Oberhausen.⁴³ *Kuhn*, Kampfleiter in *Hünxe*, wird als etwa 40 Jahre alter draufgängerischer Haudegen beschrieben. Er war mit den ersten Einheiten, die am 23. März Hünxe besetzten, aus Richtung Lohberg gekommen und hatte seinen Stab im Bürgermeisterrat eingerichtet.⁴⁴ Am folgenden Tag hatte er den Führern der sich ihm unterstellenden Einheiten grundlegende Instruktionen gegeben.⁴⁵ Näher bekannt ist auch der Kommandant der Artillerie in diesem Kampfabschnitt, der junge *Theodor Lorenz*. Sohn eines Tischlermeisters in Bremen, war er an der Spitze einer Rotgardisten-Einheit von Wattenscheid aus zu den Belagerten von Wesel gestoßen, bevor er mit der Führung der Artillerie betraut wurde.⁴⁶

Das Verhältnis zwischen den Abschnittsführern und den Basiseinheiten beschrieb ein bürgerlicher Journalist, der am 25. oder 26. März die Front vor Wesel besuchen durfte: „Jeder Abschnittsführer, der an einer geschützten Stelle genau wie im Felde eine Gefechtsleitung eingerichtet hat, hat eine gewisse Zahl Gruppen unter sich. Da findet man die Gruppe Bergisches Land, Lennep, Segeroth, Duisburg, Essen, Hamborn usw. Eine klare Übersicht hat niemand.“⁴⁷ Müllers Befehlsbereich reichte faktisch bis Hünxe, wo Kuhn operierte; das von ihm beanspruchte Kommando über Peddenberg stand nur auf dem Papier. Die Lippe erwies sich für die Belagerer von Wesel als schweres Hindernis, das sie nur für kurze Zeit überwinden konnten. So wurden die nördlich der Lippe stehenden Einheiten der Roten Armee von einem ganz anderen Punkt aus zentralisiert: von *Marl*.

Marl war am 20. März von auswärts von der Herrschaft des Militärs befreit worden; als erste waren Rotgardisten aus Bochum eingetroffen.⁴⁸ Die Arbeiter von Marl — darunter die Belegschaft der Zeche „Brassert“, die radikalste in weitem Umkreis — traten zu einer öffentlichen Versammlung zusammen und schlossen die Vertreter der SPD und der freien Bergarbeitergewerkschaft aus dem

örtlichen Aktionsausschuß aus, da sie keine Revolutionäre seien.⁴⁹ Der Aktionsausschuß (vermutlich durch neue linksradikale Mitglieder ergänzt) benannte sich um in „Vollzugsrat“⁵⁰ und erklärte sich zur „Zentralleitung der Roten Armee“. Vorsitzender war *Karl Wohlgemuth* (USP). Sitz der Zentralleitung war das Gemeindegasthaus. Ihre Verfügungen versah die Zentralleitung mit dem Stempel der USP-Ortsgruppe und dem der Amtsverwaltung Marl.⁵¹ — Am 21. März überschritten in Marl gebildete Rotgardisten-Einheiten an der Seite der aus den Revierstädten gekommenen Arbeiter bei Haltern die Lippe und besetzten nach Kämpfen mit der Reichswehr das *Schloß Sythen*. Ihr Führer war der Bergmann *Felix Gräf*, Mitglied des Vollzugsrats Marl.⁵² Haltern war der nächste östlich Marl gelegene Lippe-Übergang. Der nächste westlich gelegene war Dorsten. Die Kampfleitung in *Dorsten*, die sich in der Nacht vom 21. zum 22. März im Hotel Eschershaus bildete⁵³ — einen Eindruck von ihr vermittelte der Bericht von Adolf Ende —, bestand anscheinend vor allem aus Gelsenkirchenern.⁵⁴ Ein Gelsenkirchener war auch der Führer der Rotgardisten, die von Dorsten aus nördlich der Lippe gegen Wesel vorstießen, *Gottfried Karusseit*.⁵⁵ Am 24. März wurde zwischen Dorsten und Marl eine Zentralisierung der Befehlsverhältnisse vorgenommen. Gräf erhielt das „Oberkommando für den Abschnitt Ost“, Karusseit das für den „Abschnitt West“; beide unterstanden der „Zentralleitung“ in Marl.⁵⁶

Weitere Kampfzentralen bildeten sich im Nordosten und Osten des Industriegebiets. Die erste entstand in *Kamen*; sie wurde geleitet von dem Metallarbeiter *Wilhelm Dieckmann* aus Dortmund.⁵⁷ Am 23. oder 24. März übernahm der USP-Parteisekretär *Walter Meis* aus Gevelsberg das Kommando der Roten Armee in *Lünen*,⁵⁸ anscheinend auf Bitte des Lehrers Stemmer.⁵⁹ Meis, bis dahin Führer der Kampfleitung Gevelsberg,⁶⁰ war eng mit dem „Zentralen Verteidigungsausschuß“ in Hagen verbunden, der von seinem Parteifreund Ernst geleitet wurde. Wie dieser war er 1918 Soldatenrat gewesen,⁶¹ seit März 1919 saß er im Gevelsberger Stadtparlament;⁶² er war Mitglied der USP-Bezirksleitung in Hagen; im Januar 1920 war er bei Bildung der „Räte-Zentrale für das westliche Westfalen“ in Hagen in den Vorstand gewählt worden.⁶³ — Die dritte Kampfleitung — neben Kamen und Lünen — in diesem Raum entstand in *Unna*. Sie nannte sich „Hauptkampfleitung Ost“ und richtete sich im Hotel Niemeyer ein; ihr gehörten u. a. der Lehrer *Stemmer* und ein Führer der Rotgardisten aus Witten, *Brönnecke*, an.⁶⁴ Da Stemmer aus Bommern bei Witten kam, kannten sich beide wahrscheinlich schon seit längerem. Wann genau sich diese Kampfleitung bildete, ist unbekannt, doch kann man annehmen, daß es geschah, als immer mehr bayrische und württembergische Reichswehrgruppen östlich des Industriegebiets ausgeladen wurden (siehe I, Seite 272). Die Kampfleitung in Unna stand ebenfalls in enger Verbindung mit der Zentrale in Hagen,⁶⁵ während die in Kamen mehr eine Filiale des Vollzugsrats in Dortmund war.

Werfen wir hier nebenbei einen Blick auf die Gebäude und Räumlichkeiten, die die Rote Armee benutzte, und vervollständigen wir das Bild, das wir bereits darüber gewonnen haben. Wir finden

³⁷ Zu Stemmer vgl. I, Seite 160, 173, 196, 284, 288.

1. Gebäude des vertriebenen Militärs und der Sipo. Sitz der Kampfleitung Elberfeld wurde zum Beispiel das ehemalige Abschnittskommando von General v. Gillhausen am Mäuerchen, Sitz der Kampfleitung Mülheim die Kaserne des Freikorps Schulz; die Meldestelle für die Rote Armee in Essen wurde in den Kruppischen Baracken im Segeroth-Viertel eingerichtet.⁶⁶
2. Rathäuser als Sitz von Kampfleitungen (in wenigen Fällen).⁶⁷ Diese Möglichkeit wurde offenbar nicht als ideal empfunden, da z. B. Müller in Hamborn und Ficks in Dinslaken nur vorübergehend in einem Rathaus blieben.
3. Schulen als Sitz von Kampfleitungen und als Küchen. Die Turnhallen waren beliebt als Quartier der Kampfleinheiten.⁶⁸
4. Gaststätten und Hotels als Sitz von Kampfleitungen, als Meldestelle für den Eintritt in die Rote Armee, als Quartier und — vorn an der Front, z. B. in Hünxe — als Lazarett.⁶⁹
5. Die Junggesellenheime der Zechen wurden vor allem als Verpflegungsstationen benutzt.⁷⁰ Das Junggesellenheim in Lohberg diente ferner als Quartier, als Munitionsdepot und als Lazarett für leichter Verwundete (Schwererwundete kamen in die Krankenhäuser von Dinslaken).⁷¹

Mit dem bisher geschilderten Aufbau von Kampfzentralen hatte es nicht sein Bewenden; es gab Bestrebungen, eine darüber hinausgehende Zentralisierung zu erreichen. Ein Ansatzpunkt ergab sich daraus, daß Müller in Hamborn bzw. Walsum und Weidtkamp in Oberhausen Mülheimer waren. Man kann annehmen, daß beide von Anfang an in enger Verbindung mit der Kampfleitung *Mülheim* standen, zumal diese von einem Mann ihres politischen Standpunkts geleitet wurde: dem 33jährigen *Karl Leidner*. Leidner, von Beruf Dekorationsmaler,⁷² war 1918/19 führendes Mitglied des Soldatenrats Mülheim,⁷³ dann auch des General-Soldatenrats Münster gewesen;⁷⁴ in den Kämpfen dieser Zeit hatte er sich Ansehen erworben als militärischer Organisator, der seine Kenntnisse, Einblicke und Erfahrungen in den Dienst des revolutionären Proletariats stellte. Dieses Ansehen hatte sich noch verstärkt, als er am 2. März 1919 wegen des bewaffneten Unternehmens gegen Bottrup verhaftet⁷⁵ und in monatelanger Untersuchungshaft gehalten wurde; am Ende der fünfwöchigen Gerichtsverhandlung war er am 23. August — wie Ficks — freigesprochen worden, da sich erwiesen hatte, daß er das Unternehmen mißbilligt hatte.⁷⁶ So war Leidner jetzt wie selbstverständlich an die Spitze der Kampfleitung Mülheim gelangt.⁷⁷ — Am 26. März kamen die Kampfleiter des westlichen Frontabschnitts in Mülheim zusammen und gaben sich eine dreiköpfige Oberleitung, gebildet aus Leidner, Weidtkamp und einem nicht näher bekannten Mann namens Bovensiepen, der vermutlich ebenfalls Mülheimer war. Weidtkamp sollte die Oberleitung gegenüber den Fronttruppen vertreten und außerdem das Kommando über einen Teil des Frontabschnitts innehaben; das Kommando über den anderen Teil fiel Müller zu.* Leidner und Bovensiepen in Mülheim hatten demgegenüber die operative Planung und Organisationsaufgaben wahrzunehmen. In Mülheim herausgegebene Verfügungen wurden

*In diesem Zusammenhang lassen sich vermutlich auch die Decknamen entschlüsseln, die sich Weidtkamp und Müller gaben — Weidtkamp nannte sich Saldo, Müller Dudo —, nämlich: Saldo = Stabs-Adjutant Links der Oberleitung, Dudo = Der Unterkommandierende der Oberleitung.

gestempelt „Hauptquartier R. A. D. d. P.“,⁷⁸ d. h. „Hauptquartier Rote Armee Diktatur des Proletariats“.

Es ist aufschlußreich, welche Traditionen sich hier durchgesetzt hatten. Mülheim war im Kaiserreich die einzige Garnisonstadt im eigentlichen Ruhrgebiet; 1918 war die Stadt daher ein Zentrum der revolutionären Bewegung der Soldaten gewesen. Im Soldatenrat Mülheim war dann wohl unter allen Soldatenräten des Reviers die Erkenntnis am lebendigsten gewesen, daß die Bestrebungen und Aktionen des Proletariats durch eine bewaffnete Macht abgesichert werden müßten — eine Erkenntnis, die sich unter der brutalen Unterdrückung durch das Freikorps Schulz im Kreis um Leidner erst recht befestigt hatte.

Die Oberleitung Mülheim verstand sich als Kommandozentrale der gesamten Roten Armee — ein Anspruch, der weit entfernt von der Realität war, den die Oberleitung jedoch auszufüllen bestrebt war. Auf einer Konferenz in Marl am 30. März, zu der Weidtkamp als Vertreter von Mülheim fuhr, erkannten die versammelten Kampfleiter dieses Abschnitts einschließlich der Zentralleitung Marl Mülheim als übergeordnete Befehlszentrale an. Für die Verbindung zwischen Marl und Mülheim wurde eine Brieftaubenpost eingerichtet sowie ein Kurier ernannt.⁷⁹

Wenn im Protokoll dieser Konferenz der bisher von Marl geleitete Kampfabschnitt nunmehr als „Abschnitt Ost“ bezeichnet wird, so zeigt das, daß die Mülheimer ihrem Anspruch nur teilweise gerecht werden konnten. Die wirklich im Osten liegenden Kampfleitungen — Lünen, Kamen, Unna — konnten sie ihrem Einfluß nicht unterwerfen. Das bedeutet nicht, daß diese Kampfleitungen für sich operiert hätten, im Gegenteil: politische und persönliche Verbindungen liefen von ihnen nach Marl,⁸⁰ nur wurden diese Verbindungen nicht von Mülheim kontrolliert. Andererseits konnte die Zentrale in Hagen erst recht nicht ihren Anspruch auf das Kommando über die gesamte Rote Armee verwirklichen — schon aus dem Grunde nicht, weil die Hauptmasse der Roten Armee vor Wesel konzentriert war und Mülheim daher automatisch ein Übergewicht hatte. So ist der Feststellung von Colm zuzustimmen, daß „eine regelrechte dauernde Fühlung zwischen dem rheinischen und dem westfälischen Abschnitt fast nie bestanden“ habe.⁸¹

Wie sind *Führung, Organisation und Aufbau der Roten Armee* zu beurteilen? General Kabisch, der Kommandant von Wesel, schrieb während der Belagerung der Stadt durch die Rote Armee: „Wenn ich in meinem Stabe sitze und das Zusammenarbeiten all der geschulten Kräfte beobachte, sage ich mir immer von neuem: Es kann ja drüben gar nicht klappen. Die Einzelheiten, die verstehen sie natürlich: Schützengräben bauen, Minenwerfer einrichten, Maschinengewehre bedienen, auch einzelne Geschütze einrichten — das klappt schon. Nur wird aus lauter Einzelheiten noch kein Ganzes.“⁸² Ein nationalsozialistischer Historiker hob in einer 1936 erschienenen Geschichte der Freikorps hervor, daß es unter der Arbeiterschaft des Ruhrgebiets „Tausende von Leuten“ gab, „die während des Krieges als Unteroffiziere, Feldwebel oder Offizier-Stellvertreter Gelegenheit genug gehabt hatten, vorübergehend kleinere Verbände zu führen und die

sich überdies auch auf gewisse organisatorische Fragen des militärischen Bereiches verstanden.“⁸³ Die Kritik, die in diesen Worten angedeutet ist, wurde von den nationalsozialistischen Militärgeschichtlern, die den Ruhraufstand untersuchten (siehe I, Seite 15 f.), ausgesprochen: „Wohl fehlte es nicht an fähigen Köpfen und rücksichtslosen Männern aus dem ehemaligen Unteroffiziers- und Mannschaftsstande. Ihre Führerfähigkeiten beschränkten sich aber auf den engsten kriegerischen Rahmen und kleine Verhältnisse.“⁸⁴ Die Militärgeschichtler bemängelten ferner den organisatorischen Aufbau der Roten Armee: „Wo größere Verbände entstanden, waren sie nach Landsmannschaften, nach Orten und Kreisen gegliedert und bezeichnet.“ Die „Gliederung“ der Roten Armee blieb „äußerst verworren und unsicher. Zudem war sie dauernden Änderungen unterworfen. Gemischte Regimenter oder Divisionen gab es nicht. Der ganze Aufbau war vielmehr rein örtlich bedingt und daher plump und starr.“⁸⁵

Man darf diese Äußerungen nicht einfach beiseiteschieben: die Beobachtungen sind zum großen Teil richtig. Trotzdem ist diese Kritik unangemessen, weil sie den Maßstab des herkömmlichen Militärs zugrundelegt. Wobei die Kritiker übergehen, daß dieser Maßstab mindestens zum Teil in der Wirklichkeit widerlegt war. Konkreter: die Kritiker stellen sich nicht die Frage, warum Militär und Sipo trotz generalstabsmäßiger Führung und durchgebildeter Organisation die Straßenschlachten gegen die Arbeiter, die beides nicht hatten, verloren hatten. Die Überlegenheit der Roten Armee basierte zu einem wesentlichen Teil darauf, daß ihre Organisation grundverschieden von der des Militärs und der Polizei war: bei Militär und Polizei das Kommando der Wenigen über die gehorchenden Vielen — bei der Roten Armee der bewußte Entschluß der Vielen zur solidarischen Aktion. Dieser Unterschied führt zu einem weiteren, noch grundlegenden: dort das Ziel, die unterdrückte Klasse weiter in der Unterdrückung zu halten — hier das Ziel, die Unterdrücker zu vertreiben.

Der einheitliche Wille der Arbeiter — also das *Prinzip der Freiwilligkeit* — war und blieb die Grundlage der Roten Armee. Was das bedeutete, wurde in seiner ganzen Tragweite sichtbar, als der Straßenkampf in den Städten in einen Stellungskrieg entlang der Lippe überging. Im 1. Band wurde bereits kurz darauf hingewiesen (S. 304), daß der Stellungskrieg fast immer einen Vorteil für das Militär der Konterrevolution, einen Nachteil für die revolutionären Kämpfer bedeutet. Diese Erfahrung wurde erst im chinesischen Bürgerkrieg gewonnen, und zwar erst in jahrelangen Kämpfen. Die Ruhrarbeiter konnten sie 1920 in der kurzen ihnen zur Verfügung stehenden Zeit nicht machen (und aus früheren Revolutionen war sie nicht überliefert). Viele Rotgardisten erfaßten jedoch intuitiv den Sachverhalt, besonders als sich der Stellungskrieg immer länger hinzog, und zogen individuell die Konsequenz: sie verließen einzeln oder in Gruppen die Front. Sie machten anscheinend keine Versuche, auf die Strategie ihrer Führer einzuwirken und für eine gemeinsame Rückkehr in die Städte einzutreten. — Ein Remscheider Arbeiter drückte seinen Unmut über den Stellungskrieg vor Wesel so aus: „Remscheid, das war eine Sache. Straßenkämpfe sind doch etwas ganz anderes. Da haben wir mit den Grünen aufgeräumt.“⁸⁶ Auch andere Gründe für das Verlassen der Front wurden von den Rotgardisten geäußert. Ein bürgerlicher

Journalist, der am 25. März die Front vor Wesel besuchen durfte, hörte in einer Kampfleitung, die in einer ausgeräumten Bauernstube eingerichtet war, folgende Dialoge: „Was willst Du?“ — „Nach rückwärts, schlafen, liege schon vier Tage ohne Schlaf im Graben.“ — „Schön, hier hast Du Deinen Schein“ (ohne Schein kommt keiner durch die vielen Absperrewachen an den Straßen nach rückwärts). — „Und Du?“ — „Ich möchte nach Hause!“ — „Warum?“ — „Mein Kamerad ist heute gefallen!“ — „Und da hast Du keine Lust mehr? Gut, dann sollst Du nach Hause. Hier ist Dein Schein. Leg Deine Sachen, vor allem Dein Gewehr, ab und schieb los!“⁸⁷

Der letzte Satz zeigt, welches die Beschränkung war, die die Kampfleiter den zurückgehenden Arbeitern auferlegten: die Abgabe der Waffen. Hierzu der Bericht eines zweiten bürgerlichen Journalisten, der am 25. oder 26. März die Front vor Wesel besuchte: „Viele, die schon vier Tage draußen lagen, sind es leid und kommen zurück, ohne jemanden zu fragen. Daher darf jetzt niemand ohne Bescheinigung zurück; ein Zwang wird jedoch nicht ausgeübt. Die Bescheinigung erhält jeder, der es wünscht, doch muß er Waffenschein, Binde und Waffen abgeben. Man ist zu dieser Maßnahme übergegangen, weil viele Arbeiter, die ihr Gewehr zu Hause in Sicherheit gebracht hatten, nicht wiederkamen.“⁸⁸

Diese beiden Berichte werden bestätigt durch Verfügungen von Kommandoführern der Roten Armee. In Instruktionen Kuhns vom 24. März heißt es: „Der Ernst unserer Lage zwingt uns, darauf zu sehen, daß sämtliche Gewehre an der Front bleiben. Ich bin daher gezwungen, denjenigen Leuten, die nach Hause fahren wollen, die Gewehre samt Munition abnehmen zu lassen. Um Mißverständnisse zu verhüten, bitte ich die Herren Kompanieführer, solchen Leuten, die sich nur auf kurze Zeit von der Front entfernen, Ausweise auszustellen. Ich werde der Polizeikompanie* Hünxe den strengsten Befehl zugeben lassen, allen Leuten, die sich von der Front entfernen, Ausweise abzuverlangen.“⁸⁹ In einer Verfügung vom 26. März, gerichtet an die Truppen und Kommandeure, schrieb Müller: „Sämtliche von der Front zurückkehrenden Mannschaften haben einen Ausweis ihres Kompanie- bzw. Zugführers vorzuweisen. Die von mir eingerichtete Feldgendarmarie hat die Anweisung erhalten, alle Mannschaften, welche sich eigenmächtig aus der Front zurückbegeben, zu entwaffnen und nach ihrer Heimatstadt zu senden. Selbstredend wird ihnen der Waffenschein entzogen.“⁹⁰

Eine ähnliche Regelung ist aus dem Abschnitt Marl bekannt.⁹¹

Das Problem ist klar: Die Rote Armee ist und bleibt eine Organisation selbstständig und frei entscheidender Individuen, und so kann ein Zusammenwirken der Einzelnen immer wieder nur zustandekommen aus der Überzeugung von der Notwendigkeit solidarischer Aktion. Damit erhebt sich die wichtige Frage nach der politischen Führung innerhalb der Roten Armee.

Gerade an diesem Punkt versagen die Möglichkeiten des Historikers, der von dem Geschehen durch den Abstand von 50 Jahren getrennt ist. Wir wissen nicht, was in den Einheiten der Roten Armee gesprochen wurde, etwa über die Ziele des Aufstands, über das weitere Vorgehen, wir wissen nicht, wie die höheren

⁸⁷ Nicht etwa die alte Polizei, sondern die von den Kampfleitern der Roten Armee eingerichteten Absperrewachen, die zugleich Plünderungen zu verhindern hatten.

Kommandoführer auftraten usw. Nur einen gewissen Anhalt liefern zwei Dokumente, die von der Reichswehr gefunden wurden.

In den schon zitierten Instruktionen Kuhns vom 24. März heißt es:

Die einzelnen Einheiten „müssen sich verpflichten, gegen Unterschrift, daß sie für unsere ideale Sache bis zum letzten Atemzug einstehen und die Front ohne Erlaubnis oder Befehl nicht verlassen . . . Viele Leute sind sich der ernsten Lage noch gar nicht bewußt. Unseren gefallenen Kameraden, die ihr bestes, was sie hatten, ihr Leben, für unsere ideale Sache hingaben, schon allein sind wir es schuldig, den Kampf mit dem Kapitalismus bis zum Ende durchzuführen. Es gibt ein altes Sprichwort, das heißt: Einigkeit macht stark. Darum müssen wir einig sein, um zum Ziele zu kommen. Unsere Parole heißt: Siegen oder sterben. [. . .] Die Mannschaften sind berechtigt, ihre Führer selbst zu wählen, und zwar wird dieses vorgenommen, wenn die einzelnen Kompagnien abgelöst [sind] und in Ruhe kommen.“⁹²

In Marl erließen die Abschnittskommandeure Gräf und Karusseit und die „Zentralleitung“ folgendes Dienstreglement (vermutlich ebenfalls am 24. März):

„Zum Kampf gegen eine reguläre Truppe gehört eine Armee mit strenger Disziplin und Manneszucht. Da uns ernste Kämpfe noch bevorstehen, und uns die Erfahrungen gelehrt haben, daß wir nur durch straffe Haltung der Mannschaften aktionsfähig sein können, sollen unsere Truppen auf folgender Grundlage vereinigt werden:

§ 1

Jedermann, welcher der Roten Armee beigetreten ist, hat sich auf den Boden des revolutionären Proletariats gestellt. Wem nachgewiesen wird, daß es nur aus unläuterer Absichten, die unsere heilige Sache schädigen könnte, wird mit der strengsten Strafe vorgegangen.“ (Todesstrafe.)

§ 2

Die Truppen haben den Befehlen ihrer Führer strengsten Gehorsam zu leisten. Wer den Befehlen ihrer Führer nicht nachkommt, wird entwaffnet und streng bestraft.

§ 3

Feigheit vor dem Feinde wird strikte mit dem Tode bestraft, ebenso wenn Rauben, Stehlen und Plündern nachgewiesen wird; sowie eigenes Beutemachen . . .“

Die Rotgardisten sollten einen regelrechten Eid ablegen, und zwar nach folgender Eidesformel:

„Ich schwöre auf dem Programm der revolutionären Arbeiterschaft, daß ich die hohen, heiligen Ideale für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mit meinem Herzblut erkämpfen will. Die mir vorgelesenen Paragraphen des Reglements sollen mir stets als Richtschnur meines Handelns dienen. Es lebe Sozialismus!

Menschenrecht, wer Menschenanilitz trägt!“⁹³

Beide Dokumente stimmen bedenklich. Sie zeigen eine starke Übernahme von

* Der Satz ist sprachlich mißglückt; was er sagen will ist klar. An dieser Stelle möchten wir uns nachdrücklich von Spothmann distanzieren, der sich zwischen den Zeilen über das mangelhafte Deutsch und die fehlerhafte Rechtschreibung der Arbeiter lustig macht.

Denkweise und Führungsmethoden des Militärs. Dabei ergeben sich gewisse Unterschiede, wenn man die beiden Dokumente vergleicht: während bei Kuhn die geschwollene Sprache auffällt („unsere ideale Sache“), benutzen die Marler den typisch militärischen Begriff „Feigheit vor dem Feinde“, der jedes Zurückgehen im Kampf von vornherein als schimpflich bezeichnet und damit das Durchhalten zum Wert an sich verselbständigt. Oder während Kuhn eine schriftliche Verpflichtung der Rotgardisten verlangt, nehmen die Marler Führer einen Eid ab und drohen für Feigheit vor dem Feinde die Todesstrafe an. — Weniger bedeutungsvoll ist, daß Kuhn die Wahl der Führer durch die Mannschaften zugesteht — das war 1918 ein zentraler Punkt der revolutionären Soldatenbewegung gewesen —, während bei den Marlern davon nicht die Rede ist; die Führer der Rotgardisten besaßen von den Straßenkämpfen her ohnehin das Vertrauen ihrer Einheiten.

Verwunderlich ist diese geistige Abhängigkeit vom Militär freilich nicht. Den Führern der Roten Armee standen nur die Kenntnisse zur Verfügung, die sie beim Militär erworben hatten, und auch persönlich waren sie tief vom Militär geprägt.⁹⁴ Allerdings muß man feststellen, daß in den Arbeiterorganisationen kaum Anstrengungen gemacht worden waren, um die beim Militär eingeschulften Denk- und Verhaltensweisen abzubauen.

Wichtig sind die beiden zitierten Dokumente auch durch das, was sie als Ziele des Kampfes bezeichnen: Kampf gegen den Kapitalismus (so Kuhn); Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.* Sozialismus als Programm der revolutionären Arbeiterschaft (so die Führer in Marl). Ergänzend sei ein in Gelsenkirchen erlassener Aufruf zum Eintritt in die Rote Armee herangezogen, in dem es heißt:

„Arbeiter, Gesinnungsgenossen . . . , wollt Ihr frei sein von dem Joche des Sklaventums, in welchem Ihr Jahrzehnte verbannt gewesen seid, wollt Ihr das hohe Ideal der Menschheit: Frieden, Freiheit und Recht erkämpfen, so tretet ein in die 'Rote Armee' zur Sicherung der Errungenschaften, die Eure Brüder der 'Roten Armee' für Euch bis jetzt erkämpft haben. Jetzt oder nie. Arbeiter seid einig, Arbeiter seid stark! Nur die Geschlossenheit des Proletariats führt zum Siege.“⁹⁵

Oder der erste Aufruf, den der Vollzugsrat Lohberg nach der Vertreibung des Militärs aus der Zechenkolonie erließ:

„Kameraden, in der augenblicklichen Lage steht unsere ganze Existenz auf dem Spiele. Wir kämpfen nicht für die Interessen einzelner Personen, sondern für die Interessen der Kopf- und Handarbeiterschaft in ihrer kompakten Masse. Nicht Ruhm noch Ehre, nicht Orden und Ehrenzeichen sollen die Triebfeder unserer Aktion sein, sondern die Sicherstellung unserer Daseinsberechtigung als Mensch . . . Hinweg mit der modernen Sklaverei . . . Wir wollen nicht im Staube kriechen vor denjenigen, die durch den Zufall ihrer Geburt sich ein von Oben-herab-blickenden unmaßes dürfen. Wir wollen nicht weiterhin besitzlose Proletarier sein, sondern wir verlangen Miteigentumsrecht an den Produktionsmitteln. Wir verlangen Eigentumsverteilungsrecht an der von uns erzeugten Produktion. Wir verlangen Eigentums-

* Diese Aufnahme der Ideale der französischen Revolution ist aufschlußreich. Hier kommt wahrscheinlich das tiefe Solidaritätsgefühl zum Ausdruck, das die Mitglieder der Roten Ruhrarmee ohne Zweifel erfüllt hat.

recht an den Schätzen, die sich auf und unter der Erde vorfinden. Wir verlangen das Paradies auf Erden und lassen uns nicht mehr länger mit der Hoffnung auf ein besseres Jenseits abspeisen. Auch wollen wir kein zweites Berlin, kein zweites Bayern, kein zweites Ungarn. Und, um das zu verhindern, müssen wir siegen und sollen wir bis zur letzten Konsequenz kämpfen müssen. Denkt an Rosa! Denkt an Karl! ... Darum der Appell an Euch, ihr Brüder an der Front, bedenkt, daß wir Sieger bleiben oder sterben müssen.“⁹⁶

Was ferner auffällt, ist die Grundeinstellung: Kampf „bis zum Ende“, „siegen oder sterben“ (bei Kuhn und im Lohberger Aufruf), „jetzt oder nie“ (im Gelsenkirchener Aufruf). Es scheint, daß dies genau der Einstellung bzw. Einschätzung der Lage entsprach, mit der die Rotgardisten in den Kampf zogen. Ein Foto aus dem Aufstand, aufgenommen in Dinslaken, zeigt fünf Arbeiter hinter einem Geschütz, auf das mit Kreide geschrieben ist: „für Tod und Leben“.⁹⁷ Siegen oder sterben! stand über dem Eingang eines Lazarets der Roten Armee in Oberhausen zu lesen.⁹⁸ Ein Flugblatt, das nach dem Sieg über Militär und Sipo verteilt wurde, beschrieb, wie die Arbeiter in den Kampf gezogen waren: „ohne äußere Disziplin, nur von dem Willen beseelt, zu siegen oder zu sterben“.⁹⁹ Ein bürgerlicher Journalist, der am 25. März vor dem Rathaus in Duisburg auf einen Lastwagen mit Rotgardisten kletterte und mit ihnen zur Front fuhr, berichtete: „Die Stimmung ... gipfelt in einem fanatischen Haß gegen alles, was Reichswehr heißt. 'Noske' ist der Gattungsnamen für die Reichswehrtruppen, und diese Reichswehrtruppen sind, nach ihrer Meinung, zu allem fähig. Unentwegt erzählen die Rotgardisten die schneußlichsten Greuelthaten, die sie durch Photographien belegen wollen, und der ganze Haufe Schwerebewaffneter, in den wir eingekeilt auf dem Kraftwagen stehen, ist ein einziger Schrei nach Rache ... Hinter Hamburg werden die zur Front fahrenden Rotgardisten ... ganz Kampfeslust in Erinnerung wie Erwartung. Die Gefechtschilderungen lösen einander ab, wobei alles, was Reichswehr heißt, 'Noske' ist, alles was zur Roten Armee gehört, 'Jonges' heißt“.¹⁰⁰

So entspricht dem kollektiven Haß auf die Reichswehr ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das in dem Wort „Jonges“ zum Ausdruck kommt. Und noch etwas anderes spielte eine Rolle in den Gefühlen der Arbeiter: die verpflichtende Erinnerung an die Führer des revolutionären Proletariats. Sie kommt vor allem in dem beliebtesten Lied der Roten Armee zum Ausdruck, einem umgedichteten Soldatenlied aus dem Weltkrieg („Auf, auf zum Kampf, zum Kampf sind wir geboren“), dessen Refrain „Dem Kaiser Wilhelm haben wir's geschworen, dem Kaiser Wilhelm reichen wir die Hand“ umgeändert ist in „Dem Karl Liebknecht haben wir's geschworen, der Rosa Luxemburg reichen wir die Hand“.¹⁰¹ Aufschlußreich ist auch, welche Namen sich manche Rotgardisten-Einheiten gaben. Von den 110 Einheiten, die die Reichswehr später ermittelte, nannten sich sechs „Rosa Luxemburg“ oder einfach „Rosa“, zwei „Liebknecht“. Andere Einheiten nannten sich nach drei anderen deutschen Arbeiterführern, die sich so als lebendig erwiesen: nach Hugo Haase, dem 1919 an den Folgen eines Attentats von rechts gestorbenen Vorsitzenden der USP, nach Kurt Eisner, dem führenden Kopf der Revolutionszeit 1918/19 in Bayern, 1919 von einem monarchistischen Attentäter erschossen, und nach August Bebel. Das gewaltsame Ende von Haase und Eisner könnte der wesentliche Grund

gewesen sein, warum ihre beiden Namen gewählt wurden, und so mag auch hier ein tiefwurzelnder Haß gegen die bewaffnete Reaktion zum Ausdruck kommen. Der einzige Name, der nicht aus der deutschen Arbeiterbewegung genommen wurde, war der von Trotzki; möglicherweise war er als Schöpfer der russischen Roten Armee den Kämpfenden stärker im Bewußtsein als Lenin, nach dem sich anscheinend keine Einheit nannte.¹⁰²

Alle diese Namen zeigen, daß es den bewaffneten Arbeitern um mehr ging als um die Zerschlagung des Militärs. Aber dieses Mehr konkret und genau anzugeben, wäre ihnen vermutlich, hätte man sie danach gefragt, schwergefallen. Das ist jedoch nicht weiter zu verwundern. Wenn die Arbeiterführer, die im „Hinterland“ in den Vollzugsräten saßen, so zögernd und unsicher eine antikapitalistische Umgestaltung in die Wege leiteten, wie wir es beobachtet haben, wieviel weniger konnte man von den kämpfenden Arbeitern erwarten, daß sie genaue Vorstellungen davon hatten, wie sich ihr antimilitaristischer Kampf mit antikapitalistischen Zielen verknüpfen ließe.

*

Über die *Zusammensetzung der Roten Armee* ist wenig Zuverlässiges bekannt. Fest steht zweierlei: einen großen Anteil der Roten Armee stellten junge Arbeiter; Arbeiterfrauen und Arbeitermädchen begleiteten die kämpfenden Männer.

Die zahlreichen *jungen Arbeiter* fielen mehreren bürgerlichen Beobachtern auf. Einer glaubte an der Front vor Wesel feststellen zu können, daß die Hälfte der Rotgardisten 23 bis 25 Jahre alt sei; er setzte — zu Recht, wie wir sehen werden — hinzu, daß „aber auch ebensoviele ältere Leute, denen man den Familienvater ansieht“, dabei seien.¹⁰³ Ein USP-Redakteur aus Berlin, der die großen Kämpfe bei Hagen und im Bergischen Land erlebte, rühmte die proletarische Jugend, die, wie er schrieb, „mit einem Feuereifer in den Kampf ging, der einfach nicht zu überbieten war.“¹⁰⁴

Die Teilnahme der *Arbeiterfrauen und Arbeitermädchen* am Kampf der Männer ergab sich zunächst beim Aufbau des Sanitätswesens. Ein Arbeitermädchen aus Mülheim, Mitglied der Freien Sozialistischen Jugend, erinnerte sich später, daß die Arbeiter-Samariter Schnellkurse durchführten. „Sie lehrten, wie man Verwundete transportiert werden müssen. Verbandsstoff war besorgt worden. Unsere Mütter waren an ihre kargen Wäschebehälter gegangen und fertigten aus Wäsche Binden an. Eine Frau bügelte den Stoff aus, damit er steril würde, eine andere Frau rollte die Binden. Diese wurden in saubere Pappschachteln gelegt und an die Front gebracht“.¹⁰⁵ Über die Arbeiter-Samariterinnen an der Front vor Wesel schrieb ein bürgerlicher Journalist: „Ihr Mut und ihre Aufopferung verdienen rückhaltlose Bewunderung. In der vordersten Feuerlinie sieht man angegraute Arbeiterfrauen und kaum erwachsene junge Mädchen, die ungeachtet des Kugelregens tapfer ihr Liebeswerk vollbringen“.¹⁰⁶

Viele Arbeitermädchen kletterten aber auch ohne Sanitätserkenntnisse mit auf die Lastwagen und zogen mit zur Front. Auch das geschah wie so vieles in diesem Arbeiteraufstand spontan und naturwüchsig. Um es in seinen Zusammenhängen zu verstehen, müssen wir etwas ausholen.

Die Emanzipation der Frau war bis 1914 nicht als grundsätzliches und wichtiges Ziel im Bewußtsein der Arbeiterbewegung. Anstrengungen, innerhalb der Arbeiterorganisationen zu einem neuen Verhältnis zwischen Männern und Frauen zu kommen, wurden kaum gemacht oder versakten nach kurzem Aufschwung. Der Weltkrieg brachte dann eine gewisse Umwälzung. Viele Arbeiterfrauen standen plötzlich vor der Notwendigkeit, sich und ihre Kinder zu ernähren, und nahmen Arbeit in den Betrieben. Ein Teil von ihnen brachte es soweit, auch qualifizierte Arbeit zu verrichten. Die Folge war, daß das Selbstbewußtsein der Arbeiterfrauen stieg. Es gab wohl keine Stadt in Deutschland, in der es nicht irgendwann einmal zu Auseinandersetzungen zwischen Frauen, die nach Lebensmitteln Schlange standen, und Polizisten gekommen wäre, und erstmals machten die Frauen auch selbständig Demonstrationen (gegen die winzigen Lebensmittelrationen, gegen die niedrigen Löhne usw.). Die Arbeiterorganisationen verarbeiteten jedoch die sich vollziehende Veränderung kaum; nach dem Ende des Krieges bestand ihr Hauptinteresse darin, die Arbeitsplätze wieder für die heimkehrenden Soldaten freizumachen.¹⁰⁷ Dazu paßt, daß auch nach dem Sieg der Ruhrarbeiter 1920, unter der Herrschaft der Vollzugsräte, die Minderbezahlung der Frau gegenüber dem Mann bei gleicher Arbeit offenbar selbstverständlich war (S. 35, 50). Auch die bekannte Scheinlösung, die darin besteht, daß man die Dominanz der Männer durch eine „Renommierfrau“ beschönigt, findet sich bei den Vollzugsräten: als in Mühlheim die Vollversammlung der Betriebsräte den Vollzugsrat der Stadt gewählt hatte, stellte man fest, daß nur Männer gewählt waren, und die Versammlung beschloß, der Vollzugsrat solle selbständig noch eine Frau hinzuwählen.¹⁰⁸ Angesichts dieses Verhaltens der Arbeiter gegenüber den Frauen ist es umso auffälliger, wie die Arbeitermädchen überall wie selbstverständlich aktiv werden und mit den Männern gehen, die in den Kampf ziehen — mit dem Freund, dem Verlobten, dem Ehemann, andere aber auch ganz selbständig. Allerdings brauchten sie dafür anscheinend eine Selbstrechtfertigung, denn sie alle bezeichneten sich als Krankenschwestern, gleichgültig ob sie eine entsprechende Ausbildung hatten oder nicht.

Ihr Anblick mitten unter den Rotgardisten erregte beim Bürgertum das größte Aufsehen.¹⁰⁹ Hinter diesem Aufsehen stand (neben anderem) sicherlich Sexualneid. Selbstverständlich kam es zwischen beiden Geschlechtern in der Roten Armee auch zum sexuellen Verkehr.

Mehrere Kampfleiter waren über die Anwesenheit der Frauen nicht glücklich und versuchten, sie aus den KampfEinheiten zu entfernen. Die Gründe erschienen nicht einheitlich und nicht immer deutlich. Der Abschnittskommandant Gröf fand das Sanitätspersonal einfach zu zahlreich, wenn auf nur zwei Rotgardisten ein Sanitäter — männlich oder weiblich — kam, und beantragte bei der Zentralleitung Marl, alle Krankenschwestern in die Etappe abzuschicken.¹¹⁰ Daraufhin befahl die Zentralleitung am 31. März alle Krankenschwestern von den Verbänden und Sammelplätzen nach Marl, wo man entscheiden werde, was weiter mit ihnen geschehen solle. Die Begründung: „Es ist unmöglich, auf die Dauer einen solchen gewaltigen Schwesternapparat zu überwachen, zu verpflegen und zu löhnen.“¹¹¹ — Der Kampfleiter Kuhn forderte die Führer seiner Einheiten am 24. März auf,

ihm „verheiratete Schwestern unter 21 Jahren und unverheiratete unter 25 Jahren... vorzuführen zur Entlassung.“¹¹² Leidner in Mülheim verfügte am 31. März für die gesamte Rote Armee: „Sämtliches weibliches Sanitätspersonal, mit Ausnahme der Berufsschwwestern, ist unverzüglich nach seiner Heimatstation zu entlassen.“¹¹³ Vermutlich sahen Kuhn und Leidner in der Anwesenheit der Frauen eine Beeinträchtigung der Kampfkraft. Das wäre ein erneutes Zeichen für das Verhaftensein der Führer der Roten Armee an die Denkweise des Militärs: die erzwungene Enthaltsamkeit einerseits, der Drill andererseits ist wesentliche Grundlage für die „Funktionsfähigkeit“ des Soldaten, während der Arbeiter, der im Bürgerkrieg für seine Befreiung kämpft, freiwillig und bewußt handelt und sich durch den sexuellen Verkehr nicht vom Kampf abhalten läßt. Und ganz konkret: sein Kampf betrifft auch die Frauen — warum sollten sie nicht dabei sein?

Offen antisexuell äußerte sich der Stadtkommandant von Duisburg, Münzberg, der sich gegenüber dem Mitarbeiter eines Berliner Boulevardblatts damit brüstete, daß er mit seinem Auto zur Front jage, sobald ihm gemeldet werde, „in den Schützengräben lungern die sogenannten Karbolmäuschen herum“, und daß er dann „mit dem Revolver in der einen, der Taschenlampe in der anderen Hand“ die Gräben abschiere. Münzberg weiter: „Ich werde einen Befehl herausgeben, daß Liebe an der Front mit dem Tode bestraft wird. So etwas entwürdigt unsere heilige Sache.“¹¹⁴ Der Vollzugsrat Duisburg witterte gar die Anwesenheit von Hurern und verordnete: „Wer sich unbefugt hinter der Front herumtreibt, wird erschossen; dies gilt auch für... weibliche Personen zweifelhaften Charakters... Wer Kenntnis von solchen demoralisierenden Umtrieben in der Roten Armee erhält, ist verpflichtet, Anzeige zu erstatten.“¹¹⁵

Die Propaganda der Gegenseite stürzte sich sofort auf die Anwesenheit der Frauen und Mädchen in der Roten Armee. Als Beleg nur zwei Beispiele. Ein Spion des Reichswehrministeriums, Major Mittelberger, meldete am 27. März aus Duisburg nach Berlin: „Die Bordellinsassen sind als Rote Kreuzschwwestern in Dienst gestellt.“¹¹⁶ Am 30. März bekamen Pressevertreter aus Münster beim Stab des Freikorps Schulz vor Wesel folgendes zu hören (und genauso werden die Offiziere den Soldaten vorgetragen haben): „Charakteristisch für den Geist und den moralischen Tiefstand der roten Truppe ist die Indienstellung der sogenannten Rote-Kreuz-Schwwestern. Diese Sanitätshilfe rekrutiert sich ausschließlich aus Dirnen, besonders aus Oberhausen.“¹¹⁷

„Besonders aus Oberhausen“ — das war eine Anspielung auf die Oberhausener Eintrachtstraße, eine über die Grenzen der Stadt hinaus bekannte Bordellstraße. Gerade an diesem Beispiel wird die Infamie der militärischen Propaganda besonders deutlich. Die Oberhausener Eintrachtstraße war wirklich geräumt worden. Schon 1918 hatte der Oberhausener Arbeiter- und Soldatenrat sie auflösen wollen, war damit aber bei den vorgesetzten Arbeiter- und Soldatenstellen nicht durchgedrungen.¹¹⁸ Jetzt machte der Vollzugsrat Oberhausen zunächst bekannt, die Eintrachtstraße sei „für den Verkehr vorläufig gesperrt“,¹¹⁹ und verordnete dann am 25. März:

„Die Insassen der Eintrachtstraße werden aufgefordert, innerhalb drei Tagen für ihre nötige Unterkunft und Beschäftigung zu sorgen. Nach Ablauf dieser Frist

wird *zwangsweise Räumung* erfolgen. *Sämtliche Insassen haben bis zum 29. März 1920, nachmittags 6 Uhr, den Nachweis für ihre spätere Wohnung und Beschäftigung auf dem Büro des Vollzugsrates zu erbringen. Die Häuser der Eintrachtstraße müssen bis zum 1. April . . . , vormittags 12 Uhr geräumt sein. Die Straße heißt vom 1. April ab Flaßhofstraße. Die Besitzer der fraglichen Häuser haben bis zum 1. April . . . den Nachweis zu erbringen, daß die Häuser zu Wohnzwecken vermietet sind, andernfalls Enteignung eintreten wird¹²⁰.* Am 31. März meldete ein Oberhausener Blatt, die Verordnung habe gewirkt: die Prostituierten seien „zum Teil bereits abgezogen, zum anderen Teil [hätten] sie . . . ihr Bündel zur Abreise geschnürt“.¹²¹

Auf die — höchst anfechtbare — Maßnahme des Vollzugsrats Oberhausen soll hier nicht eingegangen werden. Wir wollen vielmehr auf den Grad der Verleumdung aufmerksam machen, der darin lag, daß das Militär die zwei Dinge miteinander in Verbindung brachte: die Räumung der Oberhausener Eintrachtstraße, die das Ziel hatte, die Prostituierten aus der Stadt abzuschieben, und die Anwesenheit von Frauen und Mädchen in der Roten Armee. Und noch etwas anderes ist hervorzuheben: die bürgerlichen Blätter außerhalb des Aufstandsgebiets, die die Meldungen des Militärs — die Roten haben die Prostituierten als Krankenschwestern in Dienst gestellt — weitergaben, taten das in einem so hämischen und entwürsteten Ton, daß man fühlt, wie hier eine dem Bürgertum eigene irrationale Hurenverachtung mobilisiert wird und damit die Frauen der Roten Armee praktisch für vogelfrei erklärt werden. Viele dieser Frauen wurden später tatsächlich von Reichswehr und Polizei erschossen.* Die vielgerühmte Pressefreiheit des republikanischen Deutschland, die für die radikale Linke immer nur auf dem Papier stand, erwies sich nach rechts als Freibrief für Schreiberstücker.

*

Die *Ausrüstung* der Roten Armee war natürlich während der Straßenkämpfe vollkommen improvisiert. In ihrer normalen Kleidung hatten sich die Arbeiter in den Kampf geworfen (nicht in Arbeitskleidern, da sich die Kämpfe aus dem Generalstreik heraus entwickelt hatten). Eine Minderheit hatte irgendein Überbleibsel aus der Kriegszeit, z. B. Wickelgamaschen, anlegen können; nur ganz wenige besaßen noch eine vollständige Uniform vom alten Heer oder der Marine. Erst bei der Besetzung von Kasernen (z. B. in Mülheim) wurden Stahlhelme erbeutet. Einheitlich war nur das allgemeine Erkennungszeichen: eine rote Binde am Arm oder eine rote Schleife am Hut oder an der Mütze.¹²²

Außerst unterschiedlich war auch die Bewaffnung. In der Endphase des Aufstands gaben Massen von Rotgardisten, die vor der Reichswehr ins Wuppertal flohen, in Barmen ihre Waffen ab. In der Waffensammelstelle waren nach einem Bericht „der alte Vorderlader und der Revolver von anno dazumal neben dem modernsten Infanteriegewehr, ferner Hieb- und Stichwaffen aller Systeme“ zu sehen.¹²³ Revolver, Handgranaten und Patronentaschen trugen die Rotgardisten meist an einem um den Leib gebundenen Strick; nur eine Minderheit besaß einen Ledergurt¹²⁴ (Leder war teure Mangelware, und das Koppel aus der Kriegszeit war, wenn

* Darüber im 3. Band.

1918 nicht abgegeben, in der Regel längst zur Ausbesserung der Schuhe verwertet).

An schweren Waffen hatten die Arbeiter anscheinend ziemlich viele Maschinengewehre erbeuten können. Dagegen fehlte es ihnen an Geschützen; außer denen, die sie beim Sieg über die Batterie Hasenclever in Wetter erbeutet hatten, hatten sie dem Militär und der Sipo kaum noch weitere abnehmen können.¹²⁵ Das schwerste Kaliber, das ihnen vor Wesel zur Verfügung stand, war eine schwere Feldhaubitze (15 cm).¹²⁶ Noch schlechter stand es mit Flugzeugen. Soweit nachweisbar, hatten die Arbeiter nur drei in ihren Besitz bringen können.¹²⁷ Eines davon stürzte am 1. April bei Wattenscheid ab.¹²⁸ Das Militär konnte dagegen von Münster aus Flugzeuge der Sipo einsetzen (vgl. I, Seite 268), vor allem zur Erhaltung der Verbindung mit dem belagerten Wesel, zur Luftaufklärung und zum Abwurf von Flugblättern.¹²⁹ Gelegentlich schossen Sipo-Flugzeuge auch im Tiefflug mit Maschinengewehren auf Rotgardisten,¹³⁰ und am 31. März zerstörte ein Sipo-Flugzeug auf diese Weise bei Oberhausen eines der roten Flugzeuge am Boden, wobei der Sipo-Schütze mit seinem MG-Feuer keinerlei Rücksicht auf in der Nähe spielende Kinder nahm.¹³¹

Die Rote Armee litt schon bald an Munitionsmangel.¹³² Um dessen Folgen zu mildern, versuchten die höheren Kommandoführer, die vorhandene Munition zu zentralisieren. Das tat z. B. schon frühzeitig die Kampfzentrale Hagen.¹³³ Die Zentralleitung Marl beauftragte am 28. März einen LKW-Fahrer, „sämtliche auffindbare Artillerie-, Infanterie-, Minenwerfermunition unverzüglich nach . . . Marl zu bringen“.¹³⁴ Für die Front vor Wesel wurde ein zentrales Munitionsdepot in der Gaststätte „Vier Linden“ in Walsum eingerichtet, in der auch die Kommandozentrale von Müller untergebracht war.¹³⁵ Eine durchgreifende Abhilfe hätte aber natürlich nur die Produktion von Munition bringen können. Am 28. März verpflichtete der Zentralrat Essen „alle Vollzugsräte, in deren Bereich . . . die Möglichkeit der Munitionsherstellung gegeben“ sei, ihm dies sofort zu melden, damit der dringend notwendige Nachschub von Munition für die Front gesichert werden könne.¹³⁶ Schon am 25. März hatte das Wehrkreiskommando in Münster gemeldet, seit zwei Tagen werde bei Krupp in Essen Munition für die Rote Armee hergestellt (bürgerliche Blätter in Berlin und Hannover machten daraus: Munition und Waffen). Das war eine Falschmeldung; die produktionstechnischen Einrichtungen bestanden nicht mehr infolge der Deutschland auferlegten Friedensbedingungen.¹³⁷ Sie wiederherzustellen, schaffte weder der Zentralrat noch einer der Vollzugsräte.¹³⁸

Damit werden erstmals die *Nachschub- und Versorgungsprobleme* sichtbar, die die Rote Armee aufwarf, und zugleich deutet sich an, daß hier — von den unmittelbaren Erfordernissen des Bürgerkriegs her — ein vorrangiger Aufgabenbereich der Vollzugsräte lag. Wir konkretisieren das durch die Probleme, die mit der Beschaffung von Transportmitteln, Verpflegung und Lohnungsgeldern zusammenhängen.

Das Bedürfnis der Roten Armee nach *Transportmitteln* aller Art zum schnellen Manövrieren ist evident, und aus den bisherigen Schilderungen ist denn auch hervorgegangen, daß die Arbeiter vor allem Lastwagen und Straßenbahnen, aber auch

Fahrräder, Pferde, Motorräder, Personenautos, Busse und die Eisenbahn benutzten¹³⁹ (die meisten mußten sich freilich zu Fuß bewegen). Im Drange der Kämpfe wurden diese Transportmittel in der Regel ihren Besitzern kurzerhand weggenommen. Kaum waren die Kämpfe beendet, versuchten die Vollzugsräte, geordnetere Verhältnisse herbeizuführen; zu diesem Zweck bildeten die Vollzugsräte der größeren Städte einen eigenen Ausschuss für das Verkehrswesen. In Hagen und Dortmund z. B. wurden den bewaffneten Arbeitern Freifahrtscheine für die Straßenbahn ausgestellt.¹⁴⁰ Wildes Beschlagnahmen privater Transportmittel wurde überall untersagt; Beschlagnahmen durften nur noch auf schriftliche Anweisung der Vollzugsräte bzw. deren Verkehrsausschüsse erfolgen.¹⁴¹ So wurden nun bei Firmen, bei Kapitalisten bzw. Betriebsdirektoren und bei wohlhabenden Bürgern Transportmittel, vor allem Autos und Motorräder, sowie Benzin und Öl gegen Scheine der Vollzugsräte beschlagnahmt¹⁴² (damals sagte man „requiriert“; das war der aus der Kriegszeit geläufige Ausdruck). — Sehr detailliert und genau war die Regelung, die man in Essen traf, wo der Verkehrsausschuss des Vollzugsrats von dem Besitzer eines Garagenbetriebes, Julius Dachwitz, geleitet wurde:

„Der Autopark des Vollzugsrats befindet sich im Schulhof der evangelischen Schule an der Alfreidstraße. Sämtliche Kraftwagenführer, die für den Vollzugsrat fahren, haben sich nach jeder Fahrt sofort mit ihrem Fahrzeug zum Parken zu begeben. . . Kraftwagenführer, die ohne Kontrolle des Verkehrsamtes fahren, verlieren jeden Anspruch auf nachträgliche Bezahlung. Die Arbeiterräte der Essener Reparaturanstalten haben unverzüglich dem Verkehrsamte eine Liste der bei ihnen sich in Reparatur befindlichen Wagen vorzulegen.“¹⁴³

Weiter vorn in Richtung Front lag das Verkehrswesen natürlich in der Hand der Führer der Roten Armee. In Oberhausen machte Weidtkamp bekannt, daß die Besitzer von Fahrzeugen aller Art diese bei ihm zu melden hätten; reparaturbedürftige Fahrzeuge mußten binnen drei Tage fahrbar gemacht werden, andernfalls würden sie enteignet.¹⁴⁴ Im Schlachthof von Hamborn wurde ein zentrales Benzin- und Öllager eingerichtet.¹⁴⁵ Entscheidend war das Zusammenspiel von Front und Etappe. Hierzu heißt es in einem Papier von Müller:

„Die einzelnen Städte, welche Last- sowie Personenautos zur Front senden, haben, soweit Vorrat vorhanden, Betriebsmaterial mitzusenden, mindestens aber genügend Betriebsstoff bis zur Front. . . Die Städte Mülheim, Essen, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld, Barmen, Solingen, Remscheid, Oberhausen und Hamborn stellen je ein Transportauto dem Hauptquartier zur Verfügung. Truppentransporte bis Wirtschaft Waldschlößchen Walsum haben die einzelnen Städte selbst zu übernehmen. Der Transport von und zur Front bis Walsum ist dem Kommando des Kampfabchnittes unterstellt. Es sind [ist] von den angegebenen Städten entweder ein Kurier mit Auto oder mit Motorrad für den Kurierdienst [von der Gaststätte] Vier Linden [= Müllers Hauptquartier] zu den einzelnen Städten . . . zu stellen.“¹⁴⁶

Weitaus schwieriger als das Problem des Transportwesens war das der Verpflegung zu lösen. Über die Stärke der Roten Armee gibt es naturgemäß keine auch nur annähernd genauen Zahlen, aber die Schätzungen der Zeitgenossen — 50.000 bis 60.000 Mann auf dem Höhepunkt — dürften einigermaßen zutreffen.¹⁴⁷ Die Re-

gelungen, die getroffen wurden, waren ganz ähnlich denen, die wir beim Transportwesen beobachteten. Die Vollzugsräte untersagten den Rotgardisten das Beschlagnahmen auf eigene Faust und wiesen die Geschäftsinhaber an, Waren nur auf schriftliche Aufforderung hin herauszugeben. Die Anweisungsscheine mußten in der Regel von einem der Vollzugsratsvorsitzenden unterzeichnet sein, in einigen Städten (so in Elberfeld, Recklinghausen und Bottrop) außerdem von einem Mitglied des Magistrats. Der Aktionsausschuß Wanne bestimmte, daß die Vorlage eines Anweisungsscheins nicht genüge, sondern daß eines seiner Mitglieder bei Herausgabe von Lebensmitteln zugegen sein müsse.¹⁴⁸ Der Vollzugsrat Oberhausen, der zunächst wie die anderen Vollzugsräte verfahren war, traf nach einigen Tagen eine Sonderregelung: er bestellte Lebensmittellieferungen beim städtischen Wirtschaftsamt und wies die Geschäftsinhaber an, Waren nur noch auf dessen Verfügung auszuhändigen.¹⁴⁹ — Außer den privaten Geschäftsinhabern mußten auch die städtischen Lebensmittelläger Verpflegung herausgeben.¹⁵⁰ In wichtigen Etappenstädten wurden für durchziehende Arbeitertruppen zentrale Verpflegungsstellen eingerichtet, so in Buer und Essen, wobei man in Essen auf die noch aus der Kriegszeit bestehende öffentliche „Kriegsküche“ im Schlachthof zurückgriff.¹⁵¹

Um die Beschlagnahmen möglichst gering zu halten, riefen die Vollzugsräte von Recklinghausen und Kamen zu freiwilligen Spenden für die Arbeiter an der Front auf, wobei in Recklinghausen nicht nur um Lebensmittel, sondern auch um Rauchwaren gebeten wurde.¹⁵² In Unna, das gegen Ende des Aufstands zur „Frontstadt“ wurde, richtete der Vollzugsrat im Gemeindehaus eine Verpflegungsstelle für die Rotgardisten ein und bat in einem Aufruf um Spenden von Emailleschüsseln, Löffeln und anderen Eßgeschirren.¹⁵³

An der Front vor Wesel, wo sich die Rote Armee massierte, wurde die Versorgungslage in den ersten Tagen kritisch. Dann setzten jedoch einigermaßen regelmäßige Lebensmitteltransporte aus den Revierstädten ein.¹⁵⁴ Sie wurden im zentralen Lebensmitteldepot in der Evangelischen Schule von Walsum aufgenommen und von dort zu den Fronttruppen gebracht;¹⁵⁵ die in den vorderen Stellungen bei Hünxe liegenden Truppen wurden allerdings zu keinem Zeitpunkt von ihnen erreicht.¹⁵⁶ Erinnern wir uns an die katastrophale Versorgungslage im Revier, die durch die von der Regierung verhängte Blockade verursacht wurde, so läßt sich ermesen, was die Versorgung der Front für die Vollzugsräte bedeutete. Ein Schlaglicht auf die sich türmenden Probleme wirft eine Bekanntmachung des Vollzugsrats Bottrop: die Arbeiterfamilien, von denen Angehörige an der Front kämpften, wurden aufgefordert, deren Lebensmittelmarken abzugeben.¹⁵⁷ — Das Zusammenspiel von Front, Etappe und Hinterland versuchte der Zentralrat Essen mit folgender Verordnung vom 27. März zu regeln:

„Den Truppen, die sich an der Front, auf dem Marsche von oder nach der Front befinden und 24 Stunden von Hause abwesend sind, haben die Gemeinden Verpflegung in natura zu gewähren. Dieser Verpflichtung unterliegen die Gemeinden, die von den Transporten berührt werden und in denen die Truppen in Kampfbereichschaft liegen. Die Wohngemeinden der Truppen haben den verpflegenden Gemeinden Ersatz zu leisten.“¹⁵⁸

Als die Rote Armee hinter Dinslaken, Dorsten und Haltern in ländliches Gebiet vorstieß, verschaffte sie sich einen erheblichen Teil ihrer Verpflegung durch Beschlagnahmungen bei den Bauern (vor allem Schlachtrindvieh), und zwar stellten die Führer — wie die Vollzugsräte im Revier — gestempelte und unterscriebene Anweisungsscheine aus.¹⁵⁰ Dieses Vorgehen war von der Versorgungslage her notwendig, politisch aber sehr schädlich. Denn die Bauern waren niemals von sozialistischer Agitation erreicht worden, und entsprechend verstanden sie nicht, warum die Arbeiter nach dem Zusammenbruch des Putsches in Berlin noch weiterkämpften; sie sahen in den Arbeitern im günstigsten Fall einen heuschreckenartigen Schwarm von Hungerleidern und Hamsterern, besonders fürchtertwerkend nicht nur wegen ihrer Zahl, sondern auch weil sie bewaffnet waren.¹⁵⁰ Da half wenig, daß die Führer der Rotgardisten die Verpflegung in erster Linie aus den Lebensmittelägern der Gemeinden zu bestreiten suchten;¹⁵¹ auch nicht, daß sie harte Strafen für Plündern verhängten, in Marl, wie wir sahen, sogar die Todesstrafe. Hier wird von einer anderen Seite her deutlich, welcher Fehler der Übergang zum Stellungskrieg entlang der Lippe war.

Die Beschlagnahmeregulation, die Vollzugsräte und Führer der Roten Armee entwickelten, ist bemerkenswert. Für die Betroffenen — den Geschäftsinhaber, dem seine Waren, dem Autobesitzer, dem sein Fahrzeug, den Bauern, dem Vieh, dem Apotheker, dem Verbandszeug und Medikamente weggenommen wurden — war es zwar im Augenblick ziemlich gleichgültig, ob sie dafür einen gestempelten und unterscriebenen Schein erhielten oder nicht. Aber für die Aufständischen war dieser Unterschied wichtig: sie drückten damit aus, daß sie keine anarchische Aktion unternahmen, in der jeder auf seinen Vorteil sehen konnte, und die ausgestellten Scheine bedeuteten ganz konkret die Selbstverpflichtung, das Weggenommene nach siegreicher Beendigung des Aufstands zu ersetzen.¹⁵² Trotzdem stempelten Regierung, Militär und bürgerliche Presse außerhalb des Aufstandsgebiets die Rote Armee als eine Horde von Plünderern ab.¹⁵³

Das Militär seinerseits machte es sich beim Requirieren leichter als die Arbeiter: Kaum waren am 13. März in Berlin die Putschisten einmarschiert, sah man, wie Offiziere sich auf den Straßen Autos „besorgten“, indem sie den Besitzern einen Revolver vorhielten¹⁵⁴ — nicht für ihren politischen Kampf (das Militär hatte reichlich Autos zur Verfügung), sondern zu privatem Gebrauch. (Selbstverständlich wurde später kein einziger von ihnen dafür gerichtlich belangt.) Ähnlich dürften die Offiziere es im Kriege gemacht haben, und so kann man feststellen, daß sich die Aufständischen in diesem Punkt stillschweigend von dem distanzieren, was sie im Kriege gesehen und „gelernt“ hatten.¹⁵⁵ Einmal sprachen sie es sogar aus: als im Datteln Beschlagnahmungen auf eigene Faust vorgekommen waren, bezeichnete der Vollzugsrat diese Vorfälle als „eine Folge der militärischen Kriegsmoral“ und warnte die Arbeiter dann vor Wiederholungen: „Das Schlagwort 'requirieren' ist genügend bekannt und es hat auch im Auslande die größte Erbitterung während des Krieges gegen uns hervorgerufen.“¹⁵⁶

Kommen wir zum dritten Punkt im Versorgungssystem der Roten Armee, der Beschaffung von *Lohnungsgeldern*. Warum, so muß man zunächst fragen, nahmen die Arbeiterführer zu allem, was

obnehin bewältigt werden mußte, auch noch das ungeheure Problem auf sich, für ein Arbeiterheer von rund 50.000 Mann Löhnung zu beschaffen? Charakteristisch für diesen Aufstand ist, daß dieses Problem — wie manche anderen — anscheinend nirgendwo ausdrücklich diskutiert und entschieden wurde. Soweit ersichtlich, war der Ausgangspunkt der, daß die örtlichen Arbeiterwehren, die polizeiliche Sicherheitsaufgaben wahrnahmen, dafür entschädigt wurden, daß ihnen der normale Arbeitsverdienst im Betrieb entging (vgl. oben Seite 10—11). Wenn aber die Mitglieder der Arbeiterwehren entlohnt wurden — so folgerte man offenbar wie selbstverständlich —, einen wieviel größeren Anspruch darauf hatten die Mitglieder der Roten Armee!

Hätte man das Problem ausdrücklich diskutiert, so hätte der Unterschied auffallen können, der zwischen den örtlichen Arbeiterwehren und der Roten Armee bestand. Die Mitglieder der Arbeiterwehren blieben in ihren Heimatorten, lebten also weiterhin in ihren Familien, die Rotgardisten dagegen hatten sich von ihren Familien getrennt. Die sich daraus ergebende Frage hätte gelautet: Wer braucht das Lohnungsgeld — die Rotgardisten oder ihre Familien? Die Antwort: Die unmittelbaren Bedürfnisse der Rotgardisten (Verpflegung, Unterkunft) werden in der Roten Armee befriedigt; die Familien dagegen brauchen Geld zur Bezahlung der Nahrungsmittel, der Miete usw. Die Vollzugsräte hätten das Geld also am besten an die Familien ausgezahlt, und zwar nicht in den Wohnungen, sondern an einer zentralen Stelle, um die Familien vor möglichen Denunzianten zu sichern. — Doch solche Überlegungen wurden offenbar nicht angestellt. Man brachte das Lohnungsgeld zu den kämpfenden Einheiten und zahlte es dort aus, ohne Rücksicht darauf, daß die Rotgardisten es dort gar nicht brauchen konnten, und auf die Gefahr, daß es bei den Kämpfen überhaupt verlorengehe. Lohnungsgeld kam nun einmal seit alters in die Hand der Männer — nach den vorordringlichen Bedürfnissen wurde nicht gefragt. Die Familien dagegen kamen in die Gefahr, nicht nur beim Kaufmann anschreiben, sondern auch die Miete stunden lassen zu müssen — mit dem Ergebnis, daß damit die Hausbesitzer — vielfach die Firmen — genau wußten, wer bei der Roten Armee war.

Die Höhe der Löhnung wurde nicht einheitlich festgesetzt — ein weiteres bedenkliches Moment. Aus dem Bericht von Adolf Ende über seine Fahrt zur Front bei Dorsten wissen wir, daß dort die Fronttruppen täglich 40 Mark erhielten, dazu in der Stellung 8 Mark Kampfzulage, die hinter der Front liegenden Mannschaften 30 Mark. In Remscheid wurden 32 Mark festgesetzt.¹⁵⁷ Unsicher sind die Quellen, nach denen der Vollzugsrat Gladbeck bis zu 65 Mark, der Vollzugsrat Dortmund sogar durchschnittlich 74 Mark pro Tag zahlte.¹⁵⁸ Jedenfalls war die Summe unterschiedlich — ein Anlaß zur Bildung von Gerüchten, die dem Aufstand schädlich zu werden drohten. Am 1. April trat deshalb die Mülheimer Kampfzentrale diesen Gerüchten entgegen und erklärte: „Die Löhnung für Angehörige der Roten Armee vom obersten Befehlshaber bis zu jedem kämpfenden Genossen ist einheitlich 35 Mark pro Tag.“¹⁵⁹ Das war die Erklärung einer Absicht, nicht jedoch schon die Realität, da die Mülheimer Kampfzentrale ihren Anspruch auf Oberleitung über die gesamte Rote Armee, wie wir wissen, nicht verwirklichen konnte.

Wie wurden die Lohnungsgelder beschafft? Die in der Regel ins Auge gefaßte Lösung war die, daß die Unternehmer die Belegschaftsmitglieder, die in der Roten Armee kämpften, weiterlöhnen sollten. So geschah es auch in einer Reihe von Orten.¹⁷⁰ Ein Fall ist genau bekannt: auf der Zeche „König Ludwig“ bei Recklinghausen beauftragte Generaldirektor Hollaender das Betriebsratsmitglied Bölger von Schacht 4/5, die Rotgardisten aus der Belegschaft listenmäßig zu führen. Ende März fuhr Bölger mit den Lohnungsgeldern zur Auszahlung an die Front.¹⁷¹ Viele Unternehmer machten jedoch Schwierigkeiten. So erklärte die Direktion der Zeche „Victor“ in Rauxel, zwar für die Mitglieder der örtlichen Arbeiterwehr zahlen zu wollen, nicht jedoch für die Mitglieder der Roten Armee. (Die Begründung dürfte wie die der Stadtverwaltung von Essen gewesen sein, die dieselbe Haltung einnahm: man bezahle nicht die Kämpfe gegen Regierungstruppen.) Die Arbeiterräte von Rauxel und Ickern nahmen diese Weigerung hin.¹⁷² Anders der Kommandoführer der Roten Armee in Lohberg; er beschlagnahmte auf der Zeche „Lohberg“ zusammen mit dem neuen Betriebsrat den Kassenbestand, als die Direktion sich zu zahlen weigerte.¹⁷³ Der Zentralrat Essen erließ am 27. März eine zentrale Verfügung, daß die Löhne für die Mitglieder der Roten Armee von den großen Unternehmen weitergezahlt werden müßten.¹⁷⁴ Auf die Meldung aus mehreren Orten, daß Zechenverwaltungen die Weiterzahlung der Löhne verweigerten, wandte sich der Zentralrat an den Dachverband der Ruhrzechen, den Bergbau-Verein, und ersuchte ihn, für die Durchführung der Verordnung zu sorgen; andernfalls müsse er, der Zentralrat, „die Vollzugsräte anweisen, Zwangsmaßnahmen gegen die Zechenverwaltungen zu ergreifen“.¹⁷⁵

Diese Initiative des Zentralrats dürfte zu spät gekommen sein, um noch etwas bewirken zu können. Die meisten Vollzugsräte hatten sich jedoch ohnehin längst nach anderen Geldquellen umgesehen. In Witten, Hörde und Aplerbeck kamen die Arbeiterführer auf den Einfall, die Pferde, die bei der Zerschlagung des Freikorps Lichtschlag erbeutet worden waren, Fuhrunternehmern und Landwirten zu verkaufen oder gegen Hinterlegung eines Pfandgeldes zu leihen.¹⁷⁶ In Essen und Kamen wurden Sammlungen veranstaltet; in Bottrop kamen auf Initiative eines Kaufmanns 16.000 Mark zusammen.¹⁷⁷ Die Bürger, die Geldbeträge spendeten, taten das nicht zuletzt aus einem unmittelbaren materiellen Interesse heraus: die Erregung der Fronttruppen über das Ausbleiben der Lohnungsgelder sprach sich herum, und die Befürchtung kam auf, bei Auflösung der Roten Armee könne es zu Plünderungen kommen. Diesen Zusammenhang sprach der Aktionsausschuß von Horst selbst aus, indem er am 30. März das Bürgertum des Ortes aufforderte, bis zum nächsten Tag eine Anleihe von 1000 Mark zu zeichnen, und hinzufügte: „Beim Nichtnachkommen . . . kann keine Garantie für Plünderungen usw. übernommen werden.“¹⁷⁸ In dem überwiegend ländlichen Kirchhellen kam auf Druck der örtlichen Leitung der Roten Armee ein Beschluß der Steuerkommission des Amtes zustande, nach dem alle Landwirte mit mehr als 15.000 Mark Kapitalvermögen zur Lohnung der Roten Armee beitragen sollten.¹⁷⁹ Einen anderen Weg gingen die Betriebsräte von Remscheid. Am 24. März beschlossen sie, daß „neben den Kosten, die von den Besitzenden aufzubringen“ seien, „alle Arbeiter und Angestellten, die am Generalstreik [gegen den Kapp-Putsch] teilgenommen“ hät-

ten, „einen Tagesverdienst an das Aktionskomitee abführen“ sollten. „Diejenigen Arbeiter und Angestellten“, bestimmte der Beschluß weiter, „die sich am Generalstreik nicht beteiligt haben, werden verpflichtet, ihren vollen Verdienst dem Aktionskomitee zu übermitteln“.¹⁸⁰

Freiwillige Spenden, Anleihen oder die Abführung eines Tagesverdienstes waren natürlich nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Mehr gaben schon die Kassen der Stadtverwaltungen her. Besonders stark wurde die Stadtkasse von Dortmund beansprucht; vom 20. bis 27. März mußte sie insgesamt 630.000 Mark auszahlen.¹⁸¹ Eine durchschlagende Lösung war aber auch das nicht. In Essen z. B. hatte Oberbürgermeister Luther die Stadtkasse bereits weitgehend geleert, indem er den Beamten das Gehalt auf längere Zeit im voraus gezahlt hatte,¹⁸² und das dürfte nicht der einzige derartige Fall gewesen sein. Angesichts des gigantischen Geldbedarfs der Roten Armee, den sie irgendwie befriedigen mußten, griffen die Vollzugsräte nach den Banken. Daß die Banken erst auf diese Weise ins Blickfeld der Vollzugsräte gerieten, ist ein weiteres Zeichen dafür, daß der Aufstand sich nicht von Anfang an gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem richtete, sondern erst durch seine inneren Zwangsläufigkeiten stärkere antikapitalistische Züge gewann.

Die Banken hatten zum Teil auf dieselbe Art wie Oberbürgermeister Luther vorgesorgt, indem sie nach dem Sieg der Roten Armee alle demnächst fälligen Lohngelder an die Firmen ausgezahlt hatten.¹⁸³ Die von Berlin aus über das Ruhrgebiet verhängte Zahlungsmittelsperre tat ein übriges, so daß die Vertreter der Vollzugsräte, als sie bei den Banken erschienen, in der Regel nur noch stark verringerte Barbestände vorfanden. Ein anderer Weg, den z. B. die Reichsbank in Mülheim beschritt, war, einen Beamten zu beurlauben und mit den Tresorschlüsseln nach auswärts zu schicken. Der Vollzugsrat Mülheim drohte jedoch einem Direktor der Bank Erschießung an, falls die Schlüssel nicht binnen weniger Stunden wieder herbeigeschafft seien. Mit einem Auto holten Bankbeamte, begleitet von einem bewaffneten Arbeiter, einen der Schlüssel aus Essen.¹⁸⁴ Anders in Essen, wo der Vorstand der Reichsbank zwei Buchhalter beauftragte hatte, mit den Tresorschlüsseln „gegebenenfalls augenblicklich zu verschwinden und sich außer[halb] der Dienstzeit unauffindbar zu machen, auch des nachts nicht zu Hause zu schlafen“. Am 30. März kapitulierte der Vollzugsrat Essen, der 200.000 Mark verlangte, vor der Tatsache, daß die Schlüssel nicht da wären.¹⁸⁵ Am 1. April öffnete die Bank noch einmal für den größeren Geldverkehr am Quartalssschluß, wobei der Tresor mit äußerster Vorsicht nur eine Viertelstunde lang geöffnet wurde; außerdem schaffte die Bank knapp 3,5 Millionen Mark, die bei der Post lagen, weg, teils indem sie Schecks ihrer Kunden bestätigte und die Kunden dann zur Post schickte, wo sie die gewünschten Beträge bekamen, teils indem sie selbst das Geld zu Lohnzahlungen an die Zechen überwies. Anschließend versteckte sich der Bankdirektor mit einem der Tresorschlüssel sechs Tage lang außerhalb der Stadt, bis die Reichswehr einmarschierte.¹⁸⁶

Die Bankdirektoren verlangten, wenn die Vertreter der Vollzugsräte auftauchten — meist begleitet von bewaffneten Rotgardisten, die energisch auf die Auszahlung der Lohngelder drängten —, die Vorlage eines Schecks. Die Reaktion der Voll-

zugratsvertreter war bezeichnenderweise jedesmal die, an die Stadtverwaltungen heranzutreten; in keinem Fall kamen sie auf den Gedanken, große Firmen zur Ausstellung eines Schecks zu zwingen. Da die Stadtverwaltungen sich in der Regel weigerten, einen Scheck auszustellen, bedurfte es der Androhung von Gewalt, um eine Auszahlung zu erreichen; schließlich kapitulierten entweder die Stadtverwaltungen (indem sie einen Scheck ausstellten) oder die Bankdirektoren (indem sie ohne Scheck zahlten). Auf diese Weise zahlten die Reichsbankstellen verschiedener Städte folgende Summen: in Duisburg am 27. März 1 Million Mark (verlangt worden waren 3 Millionen), in Dortmund am 30. März 750.000 und am 3. April 921.000 Mark, in Gelsenkirchen am 1. April 150.000 Mark (verlangt worden waren 300.000 Mark), in Mülheim am 3. April 500.000 Mark. Die Zahlungen in Dortmund und Mülheim am 3. April erfolgten unter dem massiven Druck großer Mengen von Rotgardisten, die auf der Flucht vor der vorrückenden Reichswehr in die Städte geflutet waren.¹⁸⁷ In Essen beschlagnahmten Rotgardisten am 3. April auf der Hauptpost 120.000 Mark, die mit Hilfe der Reichsbank nicht mehr hatten weggeschafft werden können.¹⁸⁸

Eine Beurteilung gerade dieser letzten Lohnungen wird erst an späterer Stelle möglich sein. Festzuhalten ist, daß die Arbeiter zu keinem Zeitpunkt, auch nicht gegen Ende des Aufstands, wegen der Aussicht auf Löhnung in die Rote Armee eintraten: die Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet war gering, und die Höhe der Löhnung entsprach dem Durchschnittsverdienst. Andere Gründe kamen hinzu. Die Teilnahme an den Straßenkämpfen war ungeheuer strapazios; mancher Arbeiter zog dabei quer durch das ganze Ruhrgebiet.¹⁸⁹ Ein USP-Redakteur aus Berlin, der die Straßenkämpfe beobachtet hatte, schrieb später: „Trotz schlechter Bekleidung, schlechtem Schuhwerk und äußerst mangelhafter Verpflegung haben sie [die Arbeiter] tagelang gekämpft, sich kaum eine Stunde Schlaf gegönnt, sind von einem Ort zum anderen gezogen, um überall dort zu helfen, wo ihre Arbeitsbrüder in Not und Bedrängnis waren.“¹⁹⁰ Am 22. März kamen mehrere Rotgardisten von der Front bei Dorsten nach Buer zurück; sie könnten nicht mehr, sagten sie, „sie hätten seit drei Tagen und drei Nächten nicht einen Augenblick Zeit zum Schlafen gefunden.“¹⁹¹ Auch die Kleidung der Arbeiter wurde stark beansprucht, und zwar beim Stellungskrieg noch mehr als während der Straßenkämpfe,¹⁹² als die Rote Armee schließlich vor der Reichswehr ins Ruhrgebiet zurückflutete, hatten sich viele Arbeiter Anzug und Schuhe — oft die einzigen — ruiniert.

Greifen wir zum Abschluß noch einmal zwei grundsätzliche Probleme auf, die im vorigen angeschnitten wurden: *das Verhältnis zwischen Vollzugsräten und Roter Armee* und *das Operieren der Roten Armee in ländlichem Gebiet*.

Ein bürgerlicher Journalist hörte am 25. März an der Front vor Wesel Klagen über die Etappe, „die alles wegfräse“, und über die Vollzugsräte, die zuviel redeten und nicht genug für die kämpfende Truppe täten. Das war, wie der Journalist hinzufügte, ganz ähnlich wie im Kriege¹⁹³ — kein gutes Zeichen für den Aufstand. Die Klagen waren in dieser Allgemeinheit falsch; richtig war, daß

einzelne Vollzugsräte ein distanzierteres Verhältnis zur Roten Armee hatten. Es gab Vollzugsräte, die sich mehr den Gemeindefinanzen verpflichtet fühlten und die materiellen Aufwendungen, die der Kampf erforderte, möglichst gering zu halten suchten. Der Vollzugsrat von Sterkrade z. B. gab von 80.000 Mark, die der Hauptausschuß des Stadtparlaments für die Besoldung der Arbeiterwehr bewilligte, nur 45.000 Mark aus; nach der Niederschlagung des Aufstands schrieb die Stadtverwaltung das vor allem dem Vollzugsrats-Mitglied Kleine (SPD) zu und sprach ihm ein besonderes Lob aus.¹⁹⁴ In Oberhausen verbrauchte der Finanzverwalter des Vollzugsrats Feldermann von 5.000 Mark, die er am Tag nach dem Umsturz aus der Stadtkasse erhalten hatte, nur 500 Mark; den Rest bewahrte er mit seinem Ausschneiden aus dem Vollzugsrat am 31. März bei sich zu Hause auf.¹⁹⁵ Anzeichen solcher „Sparsamkeit“, wenn auch nicht in dieser extremen Form, gab auch der Vollzugsrat Lünen zu erkennen, weshalb er das Mißtrauen der Rotgardisten auf sich zog.¹⁹⁶ In Dortmund kam es innerhalb des Vollzugsrats zu Spannungen zwischen der Mehrheit und dem Finanzverwalter Frank (USP), der die Anforderungen an die Stadtkasse reduzieren wollte, die allerdings in dieser Stadt auch besonders hoch waren.¹⁹⁷

Die Mehrzahl der Vollzugsräte unterstützte jedoch die Rote Armee mit allen Kräften. Das kam nicht nur bei den Finanzen zum Ausdruck. In Dortmund gab Meinberg am 24. März den Auftrag, Generalstabskarten der Gegend zwischen der Lippe und Münster zu kaufen.¹⁹⁸ Die in den Essener Betrieben gewählten Arbeiter beschloßen am 22. März, daß die Zechen die Essener Straßenbahn mit Kohlen beliefern sollten, damit diese den kämpfenden Genossen „ausreichend Beförderungsmöglichkeiten bieten“ könne.¹⁹⁹ Auch auf die schon erwähnten Auftrufe von Vollzugsräten zum Eintritt in die Rote Armee ist hier erneut hinzuweisen. An diesem Punkt muß man jedoch eine Einschränkung in Bezug auf die SPD machen. In Hamm erklärten sich die SPD-Vertreter im Aktionsausschuß dagegen, daß ein solcher Aufruf erlassen wurde, und es kam zu scharfen Spannungen mit den Linksradikalen.²⁰⁰ In Düsseldorf drängte der SPD-Vertreter Thielemann, nachdem der Vollzugsrat einen Werbeauftrag erlassen hatte, darauf, daß die Organisation der örtlichen Arbeiterwehr vollkommen unabhängig von der Roten Armee gehalten werden müsse.²⁰¹ In Gelsenkirchen mißbilligten die SPD-Vertreter im Vollzugsrat, daß Mitglieder der Arbeiterwehr sich den durchziehenden Rotgardisten anschlossen und mit zur Front zogen.²⁰²

Auf der anderen Seite drückte die Rote Armee in manchen Orten an oder nahe der Front mehr auf die örtlichen Vollzugsräte, als es notwendig war. Ein gespanntes Verhältnis entwickelte sich z. B. zwischen der Kampfzentrale Marl und dem Aktionsausschuß Dorsten; zwei Dorstener Arbeiterführer wurden im Verlauf der Kämpfe nach Marl zitiert, wo sie sich gegen die Anschuldigung verteidigen mußten, die Rote Armee nicht genügend unterstützt zu haben (die Vorwürfe erwiesen sich als haltlos).²⁰³ In Dinslaken durchkreuzte der von der Roten Armee (Kampfleiter Müller) eingesetzte Stadtkommandant Ficks die Absicht der Dinslakener und Lohberger Kommunisten, einen Vollzugsrat mit Vertretern der SPD und der christlichen Gewerkschaften zu bilden, und sorgte dafür, daß ein rein kommunistischer Vollzugsrat gebildet wurde und daß auch in die Arbeiterwehr keine

Sozialdemokraten hineinkamen.²⁰⁴ Auf den Druck der Oberhausener Kommandozentrale der Roten Armee unter Weidtkamp ging anscheinend die geschilderte Beurlaubung von Oberbürgermeister Havenstein zurück (oben Seite 34). Schon aus öffentlichen Bekanntmachungen ging hervor, daß Weidtkamp und der Vollzugrat Oberhausen ihre Kompetenzen nicht gegeneinander abgegrenzt hatten.²⁰⁵ Ein Vollzugsratsmitglied berichtete später, einmal habe Weidtkamp den Vollzugrat sogar verhaften wollen.²⁰⁶ Aus Unna ist ebenfalls ein gewisser Gegensatz zwischen der Kommandozentrale der Roten Armee und dem Vollzugsrat bekannt.²⁰⁷

Das Zusammenarbeiten von Roter Armee und Vollzugsräten verlief also keineswegs reibungslos. Doch das verblaßte bei weitem vor den Problemen, vor die die Rote Armee in ihrem Operationsbereich gestellt war. Arbeiter und Bauern standen sich als feindliche Klassen gegenüber. Die Bauern sahen in den Rotgardisten, wir sagten es schon, Hungerleider mit starker Neigung zum „Requirieren“, wenn nicht umstürzlerische „Bolschewisten“, zu jeder erdenklichen Schandtat fähig; umgekehrt sahen die Arbeiter in den Bauern, wie wir einer Quelle entnahmen (oben Seite 52), „Wucherer“, d. h. diejenigen, die die Lebensmittel in den Städten verteuerten.

Daß die Bauern so gut wie niemals von sozialistischer Agitation erreicht worden waren, dieses Versäumnis der Vergangenheit konnte die Rote Armee natürlich schon wegen der Kürze der Zeit nicht gutmachen. Aber es fällt doch auf, daß nicht ein einziges Flugblatt verteilt wurde, in dem erklärt worden wäre, warum die Arbeiter auch nach dem Zusammenbruch des Putsches in Berlin noch weiterkämpfen. Dagegen machten die Führer der Roten Armee den Versuch, in den Dörfern eine neue Herrschaftsorganisation aufzubauen, die wenigstens einigermaßen der im Industrieviertel errichteten ähnlich sein sollte. In Schermbeck wurde die Bevölkerung, soweit sie in einer der drei Arbeiterparteien organisiert war, aufgefordert, binnen zwei Tagen einen Vollzugsrat zu wählen, „andernfalls die Rote Armee zwei Mann als Vollzugsräte aus ihrer Mitte wählen“ werde. Es kam zu einer Versammlung, in der der Führer der eingerückten Rotgardisten eine Ansprache hielt und dann um Vorschläge bat. Gewählt wurden ein Arbeiter und ein nicht näher bekanntes SPD-Mitglied.²⁰⁸ In Gahlen bildete sich nach dem Einrücken der Roten Armee am 22. März ein Aktionsausschuß aus drei Bergarbeitern (zwei waren Sozialdemokraten, einer christlich organisiert) und einem christlichen Arbeitersekretär.²⁰⁹ In Hünxe ereignete sich schon eher eine Farce. Gegenüber der ersten kleinen Rotgardisten-Einheit, die am 23. März einrückte, gab sich ein Angestellter des Bürgermeisterrates namens Winkens als USP-Mitglied aus (was nicht stimmte) und ließ sich vom Führer der Einheit schriftlich zum neuen Bürgermeister ernennen.²¹⁰

Wie füllten diese Personen ihre Stellung aus? Von Winkens in Hünxe ist dies am konkretesten bekannt. Die Kampfleitung unter Kuhn verlangte von ihm, Verpflegung heranzuschaffen; er versuchte, die unvermeidlichen Beschlagnahmen möglichst gerecht auf die Dorfbevölkerung zu verteilen. Umgekehrt wandten sich die Einwohner an ihn, um Beschwerden vorzubringen. Dem evangelischen Pfarrer stellte er einen Passierschein aus, auf dem als Beruf wegen der vermuteten

Kirchenfeindlichkeit der Arbeiter „Krankenpfleger“ angegeben war.²¹¹ Mit anderen Worten: Winkens handelte als bloßer Vermittler zwischen Roter Armee und Bevölkerung. Auch der zweiköpfige Vollzugsrat von Schermbeck entfaltete eine reine Vermittlerstätigkeit.²¹² Diese beiden Fälle sind wahrscheinlich typisch: da ein nennenswertes Arbeiterelement in den Dörfern fehlte und die bäuerliche Bevölkerung politisch konservativ eingestellt war, konnte der von den Führern der Roten Armee unternommene Versuch, die im Industriegebiet errichtete Herrschaftsorganisation auch auf dem Land zu entwickeln, nicht gelingen.

Das heißt nicht, daß auf solche Vermittlungspersonen auch hätte verzichtet werden können; im Gegenteil, sie waren unentbehrlich, da die Führer der Roten Armee die alten Verwaltungsbehörden nicht anerkannten. So kam es in Kirchellen, einer überwiegend ländlichen Gemeinde mit einer Minderheit von Bergarbeitern, zu einem eigenartigen Vorgang: der Amtmann bat einen in der Gemeinde ansässigen Bergmann namens Stremmer schriftlich, die Verwaltung zu übernehmen; es müsse jemand da sein, der mit der Roten Armee verhandle. Stremmer sagte zögernd zu und organisierte als erstes einen Sicherheitsdienst. Das Gesamtergebnis war das gleiche wie in den rein ländlichen Gemeinden: der Ortskommandant der Roten Armee mußte erkennen, daß Stremmers Tätigkeit in erster Linie darin bestand, die lokalen und privaten Interessen der Bevölkerung zu vertreten.²¹³

Die ganze Hilfslosigkeit der Roten Armee in ihrem Operationsgebiet wird deutlich, wenn man einen Aufruf des Vollzugsrats von Hervest-Dorsten und Holsterhausen liest — also aus Bergarbeiterorten am Rande des Münsterlandes —, der die Landwirte aufforderte, freiwillig Lebensmittel zur Verpflegung der Roten Armee abzuliefern.²¹⁴ Ein solcher Aufruf verpuffte wirkungslos — die Bauern gaben nur widerwillig etwas heraus und warteten im übrigen auf die „Befreiung“ durch die Reichswehr.

Die Führer der Roten Armee konnten, so wurde an früherer Stelle gesagt, in der Kürze der ihnen zur Verfügung stehenden Zeit nicht die Erfahrung machen, daß der Stellungskrieg einen Vorteil für das Militär der Konterrevolution, einen Nachteil für die revolutionären Kämpfer bedeutet. Es fällt jedoch auf, daß die offenbar auch die politische Seite des Stellungskriegs in ländlichem Gebiet nicht durchschaute. Jedenfalls zogen sie aus der offen feindseligen Haltung der Landbevölkerung nicht die Konsequenz, die Front bis an den Rand des Industriegebiets zurückzunehmen. Die Ursache mag darin liegen, daß für sie — vermutlich als Folge ihrer Kriegserfahrung — die rein militärischen Aspekte entscheidend waren.

2. Kapitel

Fortdauer der Militärdiktatur und politische Auseinandersetzungen in Berlin nach dem Scheitern des Putschs

Die Betrachtung eines Aufstandes in einer Region führt leicht zur Verzerrung der Perspektive. Dieser Gefahr ist schon mehr als eine Darstellung des Aufstandes im Ruhrgebiet 1920 erlegen. Es liegt auf der Hand: über Erfolg oder Scheitern des Aufstandes wurde endgültig nicht allein, ja nicht einmal in erster Linie im Ruhrgebiet entschieden. Wir weiten deshalb in den beiden folgenden Kapiteln den Blick über die Grenzen des Ruhrgebiets aus. Wie weit, so lautet die Frage, hatten die Arbeiter in Berlin und in den verschiedenen Regionen des Reiches den Kampf gegen den Militärputsch vorantreiben, welche Machtposition hatten sie erobern können?

1. Das Militär nach dem Putsch

„Die Aufgabe, vor der Seeckt nach dem Kapp-Putsch stand, war ganz schlicht die, mit der Reichswehr in Deutschland die Autorität wiederherzustellen.“

Der Biograph des Generals v. Seeckt (Friedrich v. Rabenau: Seeckt, Band II, Leipzig 1940, Seite 230 f.)

„Es ist kein Zweifel, daß der mißlungene Schnitt Kapps den Generalangriff unserer, und vielleicht auch der russischen Bolschewisten in unmittelbare Nähe gerückt hat... Wir müssen demgegenüber... die Einheitsfront und den Burgfrieden herstellen und mit scharfer Hand bewahren. Das Ausland... müßte uns helfen, wenn es die Gefahr des Bolschewismus endlich nicht mehr für ein taktisches Druckmittel Deutschlands, sondern dafür ansähe, was es in Wirklichkeit ist: die große Gefahr für unsere indogermanische Kultur.“

Der kappistische General v. Eistorff, Wehrkreiskommandant von Königsberg, in einem Brief nach dem Scheitern des Putschs (Wilhelm v. Gayl: Ostpreußen unter fremden Flaggen, Königsberg 1940, Seite 213)

Am 17. März gab zuerst Kapp, dann auch General v. Lüttwitz seine Sache verloren. Ein Sieg der Arbeiterklasse — aber natürlich nur ein Teilsieg. Wie groß war dieser Teilsieg? War die Arbeiterklasse stark genug, um ihn auszubauen und weitere Teilsiege zu erringen? Und wenn ja, war die Führung der Arbeiterklasse dazu gewillt?

Am Abend des 17. März ernannte Vizekanzler Schiffer General v. Seeckt zum Nachfolger von Lüttwitz. Anwesende SPD-Vertreter erhoben zunächst grundsätzlichen Einspruch dagegen, begnügten sich dann aber damit, zwei Forderungen zu stellen. Einmal sollte dem Kommandostab Seeckts ein „Vertrauensmann der Arbeiterschaft“ beigeordnet werden, der die geplanten Verfügungen unter politischen Gesichtspunkten, d. h. auf „Notwendigkeit und Wirkung“ prüfen und eventuell rechtzeitig Einwendungen erheben“ könne. Seeckt sagte das widerstrebend zu. Zweitens sollten alle am Putsch beteiligten Truppen sofort aus Berlin entfernt werden. Seeckt erklärte, das sei auch seine Absicht und er hoffe, sie im großen Ganzen“ bereits im Laufe des folgenden Tages verwirklichen zu können.¹

Wäre nicht ohnehin klar gewesen, was von dem neuen Mann an der Spitze der Reichswehr zu halten war, so mußte die Art, wie Seeckt seine erste Zusage einhielt, hinreichenden Aufschluß darüber geben. Die Wahl der SPD für den Vertrauensmann der Arbeiterschaft“ fiel auf Albert Grzesinski, einen Mann, der geringfügig vergleichbar war: aufgestiegen als Funktionär des Deutschen Metallar-

beiterverbandes und profilierter Vertreter des rechten SPD-Flügels.* Am 18. März wurde Grzesinski von der Reichsregierung in Stuttgart zum „Reichskommissar für die bewaffnete Macht“ ernannt. Im Reichswehrministerium, in dem er sein Amt antreten wollte, erklärte man ihm, man habe ihm schon ein Zimmer freigemacht. Das war, wie Grzesinski feststellen mußte, wörtlich richtig; er fand weder Papier noch Schreibzeug; nur ein Telefon stand dort, doch als er es ausprobierte, funktionierte es nicht.²

Noch eindeutiger brach Seeckt seine zweite Zusage. Kapp und Lüttwitz hatten abgedankt, aber noch immer durchsausten die Putschtruppen mit schweren Waffen, mit schwarz-weiß-roten Fahnen und Hakenkreuzen die Straßen, und die Stimmung der Menschen in den Straßen wurde immer erregter. Hätte jetzt noch, schrieb ein Augenzeuge, jemand wie am Tage des Putsches ihnen zugejubelt, er wäre Gefahr gelaufen, niedergeschlagen zu werden.³ Am Cottbuser Tor errichteten Arbeiter eine Barrikade; als das Militär Minenwerfer einsetzte, mußten sie sich zurückziehen; sie ließen 15 Tote zurück.⁴ Aber für Seeckt war eben diese wachsende Radikalisierung, besonders in den Arbeitervororten, ein Grund, keinesfalls auf die Putschtruppen zu verzichten; andernfalls, so äußerte er zu seiner Umgebung, sei „Berlin ohne ausreichenden Schutz.“⁵ Noch am Abend des 17. März befahl er Kapitänleutnant Ehrhardt zu sich und fragte ihn, ob er sich auf dessen Marinebrigade „im Kampf gegen den drohenden Bolschewismus stützen“ könne. Ehrhardt bejahte, unterstellte sich dem Befehl Seeckts und machte nur einen Vorbehalt: man möge ihm nicht zumuten, die alte Reichsregierung bewachen zu müssen. Seeckt sagte baldig den Abzug der Marinebrigade aus dem Regierungsviertel zu. Einige Leute aus Ehrhardts Sturmkompanie, beunruhigt über dessen langes Fortbleiben, drangen unterdessen ins Reichswehrministerium ein, um nach ihrem Kommandeur zu sehen. Daraufhin gab Seeckt die schriftliche Erklärung, ein Haftbefehl gegen Ehrhardt wegen Hochverrats werde, solange Ehrhardt unter seinem Kommando stehe, „nicht durchgeführt.“⁶ Am nächsten Tage schrieb Seeckt an die Marinebrigade, er habe den Putsch „nicht billigen können“, erkenne aber an, daß die Marinebrigade und die anderen Putschtruppen geglaubt hätten, „vaterländischen Interessen zu dienen, und daß sie nur von ihrer politischen Führung mißleitet“ gewesen seien; er erwarte, „daß alle Truppen jetzt nur von dem Gedanken erfüllt“ seien, „die Ordnung zu schützen.“⁷

Am 18. März nachmittags wurde die Marinebrigade im Regierungsviertel abgelöst; Ziel des Abmarsches, gab Ehrhardt bekannt, sei Charlottenburg, wo die Truppe die Sicherung der westlichen Vororte übernehme.⁸ Die ablösende Truppe, so hieß es in einer Kundgebung der preußischen Regierung, sei regierungstreu⁹ — eine Lüge, deren Urheber nur deshalb auf Glauben hoffen konnten, weil niemand außer den Militärs die verschiedenen Truppen auseinanderhalten konnte, geschweige denn über deren politische Haltung informiert war,¹⁰ in Wirklichkeit

* Seit Juni 1919 war Grzesinski mit der Liquidation des Versorgungssystems der kaiserlichen Armee beschäftigt, zunächst als Unterstaatssekretär im preußischen Kriegsministerium, dann als „Abwicklungskommissar“ im Reichsfinanzministerium.

** Es ist deutlich, wie hier das Militär durch sein eigenes Vorgehen und dessen Folgen seine Notwendigkeit „beweist“.

hatte diese Truppe auf Seiten der Putschisten gestanden.¹¹ Unter den Linden beobachtete eine zahlreiche Menge den Abzug der Marinebrigade — eine merkwürdige Unvorsichtigkeit angesichts der Erfahrungen, die man seit einem Jahr mit den konterrevolutionären Truppen gemacht hatte. Die Truppe war nervös, ihre Niederlage vollzog sich in voller Öffentlichkeit, und das Deutschland-Lied, das die Regimentskapelle an der Spitze spielte, wirkte angesichts des feindseligen Schweigens der Menge eher deplaciert. Da lachte ein Junge. Zwei Soldaten sprangen aus der Reihe und schlugen mit dem Gewehrkolben auf ihn ein, bis er leblos am Boden lag. Niemand wagte ihnen in den Arm zu fallen, nur ein hilfloses Pfeifen, Buhen und Zischen antwortete den Rohlingen. Die Truppe bezog es — zu Recht — auf sich als ganze. Ein Offizier rief einige Kommandoworte — Maschinengewehre wurden auf die Menge gerichtet. Im Feuer drängten und jagten die Menschen in die Seitenstraßen, 12 Tote und 30 Schwerverletzte blieben liegen.¹²

Kein Wort des Bedauerns kam von Seiten der Regierung, und das war kein Zufall — die Marinebrigade war auf dem Wege, aus der Kerntruppe der Putschisten wieder zur Regierungstruppe zu werden. Vielmehr ließ sich Vizekanzler Schiffer von General v. Seeckt überzeugen, daß in Mittel-, Nord- und Ostdeutschland gegen die Aktionen der Arbeiter der *verschwärzte Ausnahmezustand* verhängt werden müsse.¹³ Um die Bedeutung dieses Vorgangs zu würdigen, müssen wir etwas ausholen.

Standrecht und Todesstrafe bezeichnen in der kapitalistischen Gesellschaft den Grad der Repression, den die herrschenden Klassen für notwendig halten, sind also Indizien für die Zuspitzung des Klassenkampfes. In dieser Hinsicht war 1919, das Jahr der Konterrevolution, sehr lehrreich gewesen. Im März 1919, bei der Unterdrückung des Berliner Generalstreiks, hatte Noske in einem Erlaß an seine Truppen befohlen: „Jede Person, die mit den Waffen in der Hand gegen Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird, ist sofort zu erschießen.“¹⁴ Bei der Niederschlagung der Räterepublik München im April/Mai hatte der württembergische General Haas bei seiner Freiwilligentruppe die Bildung von „Feldgerichten“ angeordnet:

1. Wer den Regierungstruppen mit der Waffe in der Hand gegenübertritt, wird ohne weiteres erschossen.

2. Für Gefangene, die sonst während des Kampfes gemacht werden und nicht unter Ziffer 1 fallen, hat der Gruppenkommandeur wie im Feld ein Feldgericht zu bilden, das über die standrechtliche Erschießung zu bestimmen hat. Das Urteil ist sofort zu vollstrecken unter Aufnahme einer Niederschrift . . .¹⁵

Die Feldgerichte urteilten also Gefangene ab, die bei ihrer Festnahme keine Waffe getragen hatten; auf Grund dieser Verordnung wurden u. a. 52 Russen zum Tode verurteilt und in einer Kiesgrube erschossen.¹⁶ — Noskes Schießbefehl und die Feldgerichte von General Haas verstießen eindeutig gegen bestehende Gesetze: der erstere gegen das preußische Gesetz über den Belagerungszustand (erlassen nach der gescheiterten Revolution von 1848), das immerhin die Bildung eines Kriegsgerichts aus zwei Zivilrichtern und drei Offizieren vorschrieb, deren Urteile vom Militärbefehlshaber bestätigt werden mußten,¹⁷ die Verordnung von

Haas gegen das Militär-Strafgesetzbuch, das solche Feldgerichte nur gegen Ausländer (bei Kriegszustand) vorsah.¹⁸ So wurde nach der vorläufigen Niederwerfung der Arbeiterklasse Gelegenheit genommen, die Gesetze den Notwendigkeiten anzupassen.

Schon vor der Verabschiedung der Verfassung begann die Reichsregierung, den Verfassungsartikel über den Ausnahmezustand handhabbar zu machen, jenen berühmten Artikel 48, der den Reichspräsidenten ermächtigte, Militär einzusetzen und die wichtigsten Grundrechte aufzuheben, wenn „die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird“. Das schließliche Ergebnis waren zwei Schubladenverordnungen, eine für den „einfachen“, die andere für den „verschärften“ Ausnahmezustand.¹⁹ Der einfache Ausnahmezustand hielt sich im Rahmen des Artikels 48 und bedeutete die weitgehende Übergabe der Exekutive an das Militär; seit dem 13. Januar 1920 bestand er im ganzen Reich mit Ausnahme von Süddeutschland und Sachsen (I, Seite 54). Der verschärfte Ausnahmezustand ergänzte den einfachen, und zwar durch eine Sonderjustiz. Für Brandstiftung in schweren Fällen, Sachzerstörung durch explodierende Stoffe, vorsätzliche Überschwemmung und vorsätzliche Transportgefährdung wurde die Todesstrafe angedroht (im Strafgesetzbuch stand darauf lebenslängliches Zuchthaus); ferner konnte Rädelsführerschaft bei Aufruhr und Landfriedensbruch mit dem Tode bestraft werden.²⁰ Außerdem konnte der Reichswehrminister *außerordentliche Kriegsgerichte* mit sehr weiter Zuständigkeit errichten; ihr Vorgehen wurde so geregelt, daß die Verteidigung des Angeklagten aufs äußerste erschwert wurde (Verkürzung der Frist zwischen Zustellung der Anklageschrift und Beginn der Hauptverhandlung von einer Woche auf 24 Stunden; die Richter bestimmten in der Verhandlung „den Umfang der Beweisaufnahme, ohne hierbei durch Anträge, Verzichte oder frühere Beschlüsse gebunden zu sein“, ein vereinfachter Rechtsgang, der bei ordentlichen Gerichten nur für Bagatellsachen als ausreichend angesehen wurde). Schließlich bestimmte die Verordnung, daß der Reichswehrminister bei Aufruhr und Landfriedensbruch zur Aburteilung der Rädelsführer „die Bildung von *Standgerichten* anordnen“ konnte. Wörtlich hieß es in der Verordnung:

„Das Standgericht wird durch den Befehlshaber der mit der Bekämpfung der Unruhen betrauten Truppe gebildet. Es besteht aus drei unbescholtenen Personen, die über 20 Jahre alt sein müssen. Den Vorsitz führt ein Offizier der Truppe. Dem Angeklagten ist ein Beistand zu bestellen. Das Standgericht hat innerhalb 24 Stunden nach der Ergreifung des Angeklagten zu entscheiden. Das Urteil kann nur auf Todesstrafe lauten. Es unterliegt keinem Rechtsbehelf. Es bedarf der Bestätigung durch den Inhaber der vollziehenden Rechtsbefehl. Es bedarf der Bestätigung durch Erschießen vollstreckt. Liegt nach Ansicht des Standgerichts zur Verhängung der Todesstrafe kein Anlaß vor, oder kann die Entscheidung nicht innerhalb 24 Stunden erfolgen oder wird das Urteil nicht bestätigt, so ist die Sache an das außerordentliche Kriegsgericht oder, wenn ein solches nicht besteht, an die Staatsanwaltschaft bei dem ordentlichen Gericht abzugeben.“²¹ Diese Schubladenverordnung für den verschärften Ausnahmezustand zielte auf die Errichtung eines Justizterrors, der die Wirksamkeit der direkten Repres-

trahmenten — Militär und Polizei — verstärken und ergänzen sollte. Dabei war sie durch den Artikel 48 der Verfassung, auf den sie sich berief, nicht gedeckt (das war nur die Verordnung für den einfachen Ausnahmezustand), sie war also verfassungswidrig. — Vor dem Kapp-Putsch war sie nur einmal angewandt worden, und auch da nur in eingeschränktem Maße. Am 13. Januar 1920, als die Regierung den einfachen Ausnahmezustand über das ganze Reich mit Ausnahme von Süddeutschland und Sachsen verhängte, unterzeichnete sie für Westfalen und den Regierungsbezirk Düsseldorf, wo der einfache Ausnahmezustand wegen eines Eisenbahnerstreiks bereits bestand, die Verordnung für den verschärften Ausnahmezustand, wies jedoch General v. Watter an, sie „erst im Bedarfsfalle“ in Kraft zu setzen.²² Watter tat das am 17. Januar, jedoch nur für den Regierungsbezirk Düsseldorf, also für den radikaleren westlichen Teil des Ruhrgebiets, wobei er die Ausschreitungen in Hamborn (I, Seite 53) zum Vorwand nahm. Das trockene Juristendeutsch der Verordnung, das ihm offenbar mißfiel, formulierte er zu einem eigenen Text um, der sehr kurz die Bildung von außerordentlichen Kriegsgerichten mitteilte, demgegenüber bei den Standgerichten jedoch bemerkenswert ausführlich wurde. Der ursprüngliche Text wurde zu einer Anweisung an die Truppenkommandeure:

„Die Truppe ist über die Bildung und die Tätigkeit der Standgerichte ganz besonders zu belehren. Es wird darauf hingewiesen, daß Standgerichte nur im Falle eines Aufruhrs oder im Falle eines Landfriedensbruchs zuständig sind, und daß die Bestätigung der Urteile der Standgerichte dem Befehlshaber des Wehrkreises VI unterliegt. Die Urteile der Standgerichte sind mit den nötigen Unterlagen jedesmal durch Offizier im Kraftwagen oder Eisenbahn dem Befehlshaber des Wehrkreises VI zur Prüfung der Bestätigung zuzustellen.“²³

Schließlich bedeutete Watters Text eine Verschärfung, da nach der Regierungsverordnung nur Rädelsführer von den Standgerichten abgeurteilt werden durften. Das hatte diesmal jedoch noch keine Konsequenzen, da die eingesetzte Truppe die Hamborner Unruhen sehr schnell unterdrücken konnte und auf die Bildung von Standgerichten verzichtete. „Nur“ auf das Weiterarbeiten der außerordentlichen Kriegsgerichte legte Watter Wert.²⁴

Dann kam der Kapp-Putsch. Am Tage des Putsches wies das Reichswehr-Gruppenkommando II in Kassel die ihm unterstellten Befehlshaber an, „nötigenfalls“ die Schubladenverordnung für den verschärften Ausnahmezustand in Kraft zu setzen.²⁵ Rechtlich gesehen war das unzulässig, da nur der Reichspräsident dazu befugt war, aber das war natürlich belanglos: siegte die Putschisten, war der Rechtsbruch ohnehin gleichgültig; siegte die alte parlamentarische Regierung, konnten die Militärs — zu Recht, wie wir sehen werden — auf nachträgliche Billigung hoffen. Am selben Tage machte General v. Stolzmann in Kassel, Kommandeur der Reichswehrbrigade 11 mit Befehlsbereich von Frankfurt bis Westthüringen, von dieser Ermächtigung Gebrauch. Dabei stellte er der Verordnung zwei Sätze voran, die eine politische Neutralitätserklärung waren: *„Nach eingegangenen Berichten ist die Regierung in Berlin in ihren Entschlüssen gebannt, um die Regierungsgewalt in Berlin wird gekämpft. Ich werde das Übergreifen dieser Zustände auf das Gebiet der 11. Reichswehrbrigade verhin-*

denn und in ihm die Rube und Ordnung mit allen Mitteln aufrechterhalten.“²⁶ Am 15. März, zwei Tage später, folgte General v. Watter in Münster, indem er — zur Unterstützung des ins Ruhrgebiet einmarschierenden Freikorps Lichtschlag — den verschärfsten Ausnahmezustand auf die Regierungsbezirke Arnsberg und Münster ausdehnte (I, S. 170 f.); dabei griff er auf den selbstgeschneiderten Text vom Januar zurück.²⁷

Soviel zum Verständnis und zur Vorgeschichte dessen, was am 19. März in Berlin geschah: General v. Seeckt zog für den Bereich des Reichswehr-Gruppenkommandos I — Mittel-, Nord- und Ostdeutschland — nach; er überzeugte Vizekanzler Schiffer, daß auch hier der verschärfte Ausnahmezustand verhängt werden müsse. Ein telefonisch nach Stuttgart gerichteter Antrag wurde sofort von der Reichsregierung bewilligt, mit Ausnahme des Standrechts. Seeckt bestand jedoch darauf, daß auch das Standrecht notwendig sei, und Innenminister Koch setzte es bei Reichspräsident Ebert durch.²⁸

Gleichzeitig verfügte Seeckt, daß die von General v. Lüttwitz an den ersten beiden Putschtagen zugesagte Extralöhnung von 9 Mark pro Tag an alle „zur Aufrechterhaltung der Ordnung eingesetzten Verbände“ — das war z. B. auch die Marinebrigade Ehrhardt — „als besondere Kamp fzulage“ weiterzuzahlen sei.²⁹ Damit war für die ganze Reichswehr klar: die Stoßrichtung — Kampf gegen links — blieb auch unter dem neuen Mann an der Spitze dieselbe. Sammlung aller Kräfte gegen „Spartakus“, das war die erste Parole gewesen, die Seeckt nach seiner Amtsübernahme ausgegeben hatte (I, Seite 242). Die Weiterzahlung der „Kappzulage“ — so wurde die Extralöhnung allgemein von der Truppe bezeichnet — untermauerte diese Parole auf sehr überzeugende Weise mit Geld.

2. Gewerkschaften, Parteien und Regierung

„...eine vorsichtig ordnende Hand (ist) gegenüber der über die Grenzen der republikanischen Verteidigung hinausgehenden Arbeiterschaft besser am Platze, als der brutale Säbel der Militärdiktatur. Denn dieselbe Bevölkerung, die es zu berubigen gilt, soll zu Deutschlands Nutz und Frommen wieder ihre volle Kraft für die Kohlenförderung und für den Industriebedarf einsetzen. Der Säbel kann wohl höchstens diktieren, nicht aber regieren und organisieren; er kann die Arbeiter zwar stumm, indes nicht arbeitswillig machen. Durch ihre Vermittlung haben sich die Gewerkschaften ein großes Verdienst um die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung und um den Wiederaufbau der Volkswirtschaft erworben, die durch die Putsche [von rechts und links] an den Rand des Abgrundes gebracht worden war.“

Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, 30. Jg., Nr. 16, 17. April 1920, Seite 194

Während General v. Seeckt die Reichswehr nach der Verwirrung, die der Fehlschlag des Putsches verursacht hatte, wieder einte, bot die Führung der Arbeiterschaft ein ganz anderes Bild. Kaum hatte Lüttwitz den Putsch verlorengehen, da wurde offenbar, daß die verschiedenen Arbeiterorganisationen den Kampf gegen den Putsch mit unterschiedlichen Zielvorstellungen geführt hatten. Und da diese Differenzen von den Spitzen der Arbeiterorganisationen nicht einmal untereinander, geschweige denn vor den Arbeitern diskutiert worden waren, trat sofort noch etwas anderes in Erscheinung, was den weiteren Kampf der Arbeiter schwächen mußte: Manipulation. Noch am Abend des 17. März verbreitete das WTB einen Aufruf „An alle Eisenbahner!“, unterzeichnet mit „Generalstreikleitung“ und sechs Namen: „Der Generalstreik der Eisenbahner hat vollen Erfolg gebracht. Er wird deshalb mit sofortiger Wirkung aufgehoben.“³⁰ Viele Eisenbahner, die in der Tatsache, daß die führenden Putschisten aus den Ministerien verschwunden waren, noch keinen „vollen Erfolg“ sahen, ließen den Aufruf für eine Fälschung und streikten weiter. Daraufhin wandten sich die sechs Unterzeichner am 19. März in einem zweiten Aufruf erneut an die Eisenbahner, wobei sie diesmal die Organisationen nannten, für die sie sprachen: vier christliche bzw. deutsch-demokratische (liberale) Eisenbahnergewerkschaften; der „freie“ (sozialdemokratisch orientierte) Deutsche Eisenbahner-Verband fehlte. Die vier Organisationen, die sich großsprecherisch als „Großorganisationen des Eisenbahnpersonals“ bezeichneten, erklärten, sie hätten „den Generalstreik ausschließlich . . . proklamiert, um die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände zu erzwingen“; dieses Ziel sei erreicht, und so wiederhole man die Parole zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit.³¹

Damit war es nur noch eine Frage der Zeit, bis die nichtsozialistisch organisierten Eisenbahner zur Arbeit zurückkehren würden; bei einer außerordentlich wichti-

gen Arbeitergruppe war die Streikfront zerbrochen. Wir haben wiederholt beobachtet, wie stark der Streik der Eisenbahner die Einsätze des Militärs behinderte, und es verwundert nicht, daß die Reichswehrführung aufs höchste an der Beendigung des Generalstreiks gerade bei den Eisenbahnern interessiert war. Am 19. März stellte das Reichswehrministerium in einem Lagebericht fest, daß in den Direktionsbezirken Berlin, Hannover, Magdeburg und Halle der Eisenbahnbetrieb nach wie vor stillstehe; in Süddeutschland dagegen sei der Betrieb „im wesentlichen in Ordnung“. Fürs erste genügte den Generälen das: aus Süddeutschland rollten die ersten wichtigen Truppentransporte in Richtung Ruhrgebiet.³¹ Am 20. März fuhren auch in Berlin wieder die ersten Eisenbahnzüge.³⁴ Am Nachmittag des 18. März verhandelten Vizekanzler Schiffer und ein Unterstaatssekretär mit den christlichen und Hirsch-Dunkerschen (liberalen) Gewerkschaften insgesamt. Die Gewerkschaftsführer erklärten sich mit dem Abbruch des Generalstreiks einverstanden.³⁵

Die Freien Gewerkschaften — der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) und die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (AFA) — hatten eine Teilnahme an dieser Verhandlung abgelehnt.³⁶ Warum, war für jeden klar, der an diesem Tage das folgende Flugblatt gelesen hatte, unterzeichnet vom ADGB, der AFA und dem Deutschen Beamtenbund (DBB), die zusammen eine Zentralleitung für das ganze Reich gebildet hatten:

„Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Der Generalstreik hat bisher den Erfolg gezeitigt, daß die Kapp und Lüttwitz beseitigt sind. Damit ist aber der Kampf noch nicht beendet. Die Soldateska beherrscht noch die Straßen Berlins.

Die von verschiedenen Seiten gebrachte Nachricht, daß Noske als Oberbefehlshaber der Truppen nach Berlin zurückkehren soll, erscheint uns nach den bisherigen Verhandlungen mit der verfassungsmäßigen Regierung ausgeschlossen.

Zunächst sind alle unzuverlässigen Truppen restlos zu entfernen und zu entwaffnen. Die Neuorganisation der Truppen muß so erfolgen, daß für die Zukunft jeder militärische Putsch unmöglich ist.

Wir fordern entscheidende Mitwirkung bei der Neuordnung der Verhältnisse . . . Diese Bedingungen sind der verfassungsmäßigen Regierung gestellt.

. . . Der Generalstreik ist fortzusetzen, bis unsere Forderungen erfüllt sind.“

Dieser Aufruf war am Vorabend nach der Kapitulation der Putschisten formuliert worden.³⁸ Gleichzeitig hatte der Vorsitzende des ADGB, Carl Legien, der USP vorgeschlagen, eine Wiederkehr der Noskepolitik zu verhindern und sofort eine neue Reichsregierung aus ADGB- und USP-Vertretern, also unter Ausschluß von Bürgerlichen zu bilden. Ein ungewöhnlicher Schritt, mit dem Legien sich außerhalb der Verfassung stellte, da nur Reichspräsident Ebert den Auftrag zur Bildung einer Regierung erteilen konnte. Skizzieren wir die denkbaren Konsequenzen: Da die Reichsregierung in Stuttgart nicht abgedankt hatte, auch keineswegs daran dachte, würde es, kaum daß die führenden Putschisten kapitalisiert hatten, erneut zwei rivalisierende Regierungen geben, und zwar diesmal so, daß in beiden Regierungen führende SPD-Vertreter sitzen würden — aller Voraussicht nach eine Zerreißprobe für die SPD. Aber nicht nur nach Entstehung

und Zusammensetzung würde die von Legien vorgeschlagene Regierung etwas anderes sein als die bisherigen Koalitionsregierungen, sondern vor allem in ihrer Existenzgrundlage: hervorgegangen aus dem siegreichen Generalstreik gegen den Putsch, würde sie sich auch weiterhin auf die außerparlamentarische Kraft der Arbeiterklasse stützen müssen, da im Parlament SPD und USP gegenüber den bürgerlichen Parteien in der Minderheit waren. Diese Herausforderung der bürgerlichen Parteien und diese Durchbrechung des parlamentarischen Prinzips schien Legien durchaus einkalkuliert zu haben: „Gegen den Willen der Gewerkschaften“ könne sich „keine Regierung in Deutschland auch nur 24 Stunden an der Macht halten“, erklärte er voller Selbstbewußtsein.³⁹

Wie kam ausgerechnet Legien zu einem so radikalen Auftreten — der Erzreformist, der vor dem Kriege dafür gesorgt hatte, daß in der SPD die Diskussion über den Massenstreik abgewürgt wurde, und der 1918 nach der Revolution das „Arbeitsgemeinschafts“-Abkommen mit den Unternehmerorganisationen unterzeichnet hatte?⁴⁰ Diese Frage führt auf eine andere zurück, auf die Frage nämlich, warum Legien, anders als seine Parteigenossen in der Reichsregierung, nicht vor den Putschisten aus Berlin geflohen war, sondern den aktiven Kampf aufgenommen hatte. Die Antwort liegt nicht in der Charakterstruktur Legiens, und ebensowenig kann man annehmen, daß ein Mann von 59 Jahren plötzlich seine Grundüberzeugungen und sein ganzes Lebenswerk für verfehlt erklärt und über Nacht zum Revolutionär wird. Das scheinbar neue Verhalten Legiens ergab sich aus seiner Stellung als Vorsitzender des ADGB — nicht zwingend (natürlich hätte er ebenfalls aus Berlin fliehen können), aber folgerichtig. Einmal bedrohte der Militärputsch die Gewerkschaften viel elementarer als die SPD, und so war der Kampf, den Legien gegen den Putsch aufnahm, nichts anderes als der Kampf um die Rettung seines Lebenswerks; vor allem aber war jedem erfahrenen, mit der Massenstimmung vertrauten Gewerkschaftsführer sofort klar, daß die Arbeiter in jedem Fall den Putsch mit dem Generalstreik beantworten würden, und Legien, der die Führung des Generalstreiks übernahm, tat daher nichts anderes als die SPD in der Revolution von 1918: er stellte sich an die Spitze einer unvermeidlichen Bewegung. — Unproblematisch war eine solche Entscheidung für Legien und die Gewerkschaftsführer an seiner Seite natürlich nicht: im Generalstreik radikalisierten sich die Arbeiter, und so wurde es zunehmend schwieriger, die Kontrolle über die Bewegung zu behalten. Die überwiegende Mehrheit der Arbeiter, zumindest des in den Freien Gewerkschaften organisierten Teils, war der Meinung, daß der Kampf nach der Kapitulation der Putschisten nicht beendet werden könne, sondern daß es gelte, Garantien gegen die Wiederholung solcher Anschläge der Reaktion zu erreichen. Angesichts dieser Massenstimmung trafen die Gewerkschaftsführer eine klare Entscheidung. Während die Reichsregierung in Stuttgart und Vizekanzler Schiffer in Berlin zur unverzüglichen Wiederaufnahme der Arbeit aufriefen (I, Seite 236 f.), erließen sie den zitierten Aufruf zur Weiterführung des Generalstreiks. Dieser Aufruf reflektierte genau die Massenstimmung, und zugleich war er die Bedingung dafür, daß die Gewerkschaftsführer die Kontrolle über die Bewegung behielten. Wenn Legien gleichzeitig der USP die Bildung einer „rein sozialistischen“ Regierung anbot, so zeigte das, für

wie radikalisiert er die Arbeiter bereits hielt. Übrigens zu Recht, wenn man den Berliner Schriftsteller Maximilian Harden glauben darf: nirgends hörte dieser bei den Arbeitern auch nur ein positives Wort über die alte Regierung, und auf die Frage, ob deren Rückkehr das Ziel des Kampfes sein könne, erhielt er überall die Antwort: Unmöglich! Meinen Sie, dafür machen wir Generalstreik?⁴¹

Im Zentralkomitee der USP löste das Angebot Legiens heftige und langandauernde Debatten aus. Die Fronten pro und contra gingen dabei quer durch die beiden Parteiflügel. Am nachdrücklichsten für Aufnahme von Verhandlungen sprach Koenen vom linken Flügel: eine solche Regierung, sagte er, würde „keinewegs schon die Diktatur des Proletariats bedeuten“, sie wäre jedoch eine „Übergangsregierung“, die die Realisierung der Ziele in Angriff nehmen könne, die sich aus der gegenwärtigen Bewegung ergäben. Vorsichtiger, aber ebenfalls positiv äußerte sich Hilferding vom rechten Flügel. Der Parteivorsitzende Crispian dagegen (rechter Flügel) lehnte jede Verhandlung mit den „Arbeitermördern“ und „Verrätern an der Arbeiterklasse“ ab. Das Zentralkomitee einigte sich zunächst auf den Kompromiß, den ADGB-Führern Vorbedingungen zu stellen: die USP müsse in der Regierung „überwiegenden Einfluß“ erhalten, und die ADGB-Führer müßten zum Beweis dafür, daß sie mit ihrer bisherigen Politik gebrochen hätten, „ein Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats“ ablegen. Das letztere war wieder ein Beispiel für jene verhängnisvolle Bündnispolitik, die wir schon im Ruhrgebiet beobachtet haben und auf die die SPD-Führer in Elberfeld eingegangen waren, die sie dagegen in Essen abgelehnt hatten (I, Seite 126-128, 132-134). Jetzt wiederholte sich der Essener Fall. Der Vorsitzende des Transportarbeiter-Verbandes Schumann erklärte, die USP-Führung könne doch unmöglich vom ADGB-Vorstand „ein Lippenbekenntnis für die Diktatur des Proletariats verlangen“, da doch bekannt sei, daß er „prinzipiell auf dem Boden der Demokratie“ stehe. Wenn der ADGB „in dieser außergewöhnlichen Situation selbständig“ und unabhängig vom Parlament eine Regierung bilden wolle, so sei „das schon ein Schritt auf dem Boden der Diktatur, dem notwendig weitere folgen“ würden — warum, so frage er, genüge das „für den Anfang“ nicht? Nach dieser Erklärung hätten Verhandlungen ohne Vorbedingungen aufgenommen werden können. Dem stellte sich jedoch Däumig, Vertreter des linken USP-Flügels und wie Crispian Parteivorsitzender, mit größter Entschiedenheit entgegen. Er ging noch weiter als Crispian, indem er für den Fall, daß die Partei in Koalition mit den Reformisten die Regierung übernehme, seinen Austritt aus der Partei androhte. Crispian und Däumigs Stellungnahme zeigte jenen Isolationismus, der eine Koalition mit Reformisten in jedem Fall mit dem Scheitern der revolutionären Ziele und so mit der eigenen Kompromittierung enden sieht; auch jetzt, wo die Aktionen der Arbeiterklasse ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hatten, trauten sie also deren Durchsetzungskraft wenig oder nichts zu. Hinzu kam noch etwas anderes. Die Differenzen innerhalb der Partei hatten sich seit langem so verfestigt, daß kaum noch ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis bestand; das führte dazu, daß die Parteiführer sich untereinander bei allen möglichen Gelegenheiten des Mangels an revolutionärer Zuverlässigkeit verdächtigten. So taten sie lieber nichts, um nicht in den Verdacht des Reformismus zu geraten. Ähnlich verhängnisvoll war

das Verhalten der Befürworter von Verhandlungen mit Legien. Sie wagten nicht, in dieser entscheidenden Situation unter allen Umständen das, was sie im Interesse der Arbeiterklasse für richtig hielten, zu tun, sondern wichen unter der Drohung der Parteispaltung zurück — mit anderen Worten: sie stellten die Interessen der Partei höher als die der Arbeiterklasse. Die Konsequenz war natürlich die, daß sich die Verhandlungsgegner durchsetzten. Auch die der USP angehörenden Gewerkschaftsführer, die in der Sitzung erschienen — sowohl aus dem ADGB-Vorstand wie aus den örtlichen Berliner Gewerkschaftsvorständen — vermochten die USP-Führung trotz dringender Bitten nicht an den Verhandlungstisch mit dem ADGB-Vorstand zu bringen.⁴²

50 blieb am Tag nach dem Ende des Putsches (18. März) ungeklärt, ob Legiens Koalitionsangebot an die USP ernstgemeint gewesen war und wie weit er gegangen wäre, um die Forderungen der Arbeiter zu verwirklichen. Stattdessen präzierten die Gewerkschaftsspitzen (ADGB, AFA, DBB) ihre Forderungen, von denen in ihrem Aufruf zur Weiterführung des Generalstreiks die Rede war, in 9 Punkten:

1. *Entscheidender Einfluß der genannten Arbeitnehmerverbände auf die Umgestaltung der Regierungen im Reich und den Ländern, sowie auf die Neuorganisation der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung.*
2. *Sofortige Entwaffnung und Bestrafung aller am Putsch beteiligten Truppen und Bestrafung aller Personen, die am Sturz der legalen Regierungen beteiligt waren oder sich als Beamte des Reichs, der Länder oder Gemeinden ungesetzlichen Regierungen zur Verfügung gestellt haben.*
3. *Sofortiger Rücktritt des Reichswehrministers Noske sowie der preußischen Minister Heine und Oeser.**
4. *Gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von allen reaktionären Persönlichkeiten, besonders solchen in leitenden Stellen, und deren Ersatz durch zuverlässige Kräfte. Wiedereinstellung aller in öffentlichen Diensten gemäßregelter Organisationsvertreter [Gewerkschaftsvertreter].*
5. *Schnellste Durchführung der Demokratisierung der Verwaltungen unter Zuziehung und Mitbestimmung der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.*
6. *Sofortiger Ausbau der bestehenden und Schaffung neuer Sozialgesetze, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten. Schleunige Einführung eines freibeitlichen Beamtenrechts.*
7. *Sofortige Sozialisierung des Bergbaus und der Kraftgewinnung, Übernahme des Kohlen- und des Kalisyndikats durch das Reich.*
8. *Sofortige Vorlegung eines Enteignungsgesetzes gegen Grundbesitzer, die die verfügbaren Lebensmittel nicht abführen oder ihren Betrieb nicht im Interesse*

* Innenminister Heine, ein Vertreter der äußersten Rechten in der SPD, hatte ausschließlich gegen links agiert und so gut wie nichts für die Stärkung des Verwaltungsapparats von Monarchisten getan. Der Hauptvorwurf gegen Oeser (DDP), Minister für öffentliche Arbeiten, war, daß unter seiner Aufsicht die Eisenbahnverwaltung nach einem großen Eisenbahnstreik im Januar 1920 massenhaft politisch und gewerkschaftlich aktive Eisenbahner „gemäßregelt“ (entlassen) hatten.

des Volksganzen bewirtschaften, damit die produktiven Kräfte zur Gewinnung von Nahrungsmitteln restlos ausgenutzt werden.

9. Auflösung aller konterrevolutionären militärischen Formationen, Übernahme des Sicherheitsdienstes durch die organisierte Arbeitnehmerschaft.⁴⁸

Noch am 18. März arrangierte der preußische Ministerpräsident Hirsch (SPD) für 18 Uhr eine Verhandlung über diese Forderungen. Teilnehmer waren zehn Vertreter der drei Gewerkschaftsorganisationen sowie der lokalen Berliner Gewerkschaftsvorstände einerseits, führende Vertreter der Regierungsparteien SPD, DDP und Zentrum, Vizekanzler Schiffer und Arbeitsminister Schlicke (SPD) als Vertreter der Reichsregierung sowie Vertreter der preußischen Regierung andererseits. Waren die Verhandlungen nach links schon vor Beginn am Widerstand der USP gescheitert, so kamen Verhandlungen nach rechts nun relativ schnell zu stande.

Die Debatte drehte sich vor allem um die Forderung der Gewerkschaften nach „entscheidendem Einfluß“ auf die Umbildung der Regierungen im Reich und in den Ländern und „auf die Neuregelung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung“ — nach entscheidendem Einfluß in Fragen also, die nach der Verfassung den Parlamenten und dem Reichspräsidenten vorbehalten waren. Legien betonte, die Gewerkschaften wollten durchaus „auf dem Boden der Verfassung bleiben“, und begründete die Forderung damit, daß der Generalstreik der Arbeiter, Angestellten und Beamten — zu dem die Regierung selbst aufgerufen habe — die Putschisten niedergezwungen habe. Aufhäuser (Vorsitzender der AfA, rechter Flügel der USP) ergänzte, mit dem Recht, Minister vorzuschlagen, könnten sich die Gewerkschaften nicht begnügen, sondern müßten — im Rahmen „der Demokratie und der Verfassung“ — „ein gewisses Einspruchsrecht mit der Möglichkeit“ verlangen, „daß die Beschlussfassung den parlamentarischen Stellen verbleibt“. Warum? In den Gewerkschaften bestehe „ein gewisser Mangel an Vertrauen, ob es der Regierung allein gelingen“ werde, „die nötigen Reformen durchzuführen“, und es würden Garantien für die Neugestaltung der Verhältnisse verlangt. Die Gewerkschaften beanspruchten erhöhten Einfluß gegenüber anderen Gruppen, weil jetzt alles von der Arbeiterschaft abhängt. Die Arbeiterschaft sei „stark radikalisiert“, und es werde „den Gewerkschaften nicht leicht sein“, „zum Abbruch [des Generalstreiks] zu bewegen. Wir wünschen aber“, schloß Aufhäuser, „daß die Arbeiterschaft mit gutem Gewissen ihr Kampfmittel aus der Hand legt . . . Hinter der Aufforderung zum Abbruch muß positives Material stecken, sonst fehlt das Vertrauen“. — Das war eine doppeldeutige Argumentation: einerseits betonte Aufhäuser, was die Situation erfordere, andererseits verwies er auf die Stimmung der Gewerkschaftsmitglieder, wobei er zum Schluß gar den Eindruck erweckte, als gehe es vor allem darum, den Arbeitern den Abbruch des Generalstreiks begründen zu können. Hier lag, und das sollte sich bald noch deutlicher zeigen, eine mögliche Einbruchsstelle für die Gegner der gewerkschaftlichen Forderungen.

Eine zweite Einbruchsstelle lag darin, daß die Gewerkschaftsführer nicht einheitlich auftraten. Rechts von Legien und Aufhäuser führte Hartmann vom DBB aus: Treibe man den Generalstreik „zur Durchsetzung weiterer Forderungen“ weiter,

„Streike man gegen die Regierung, und das dürfe keinesfalls sein; „Sicherheit“ halte er allerdings auch für notwendig, z. B. die Entfernung der Putschtruppen. Bei der Forderung nach erhöhtem Einfluß der Gewerkschaften sei zu fragen, ob dabei nicht auch die anderen Gewerkschaftsrichtungen — die christlichen, die Hirsch-Dunkerschen usw. — „ein gewisses Mitbestimmungsrecht“ erhalten müßten. Dazu erklärte Aufhäuser, ein Teil der Gewerkschaften habe den Kampf nicht geführt, sondern ihn nur für eigene Zwecke auszunützen versucht, ein anderer Teil, darunter der Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, sei den kämpfenden Gewerkschaften „direkt in den Rücken gefallen“. Die Freien Gewerkschaften scheuten sich nicht, gegen die augenblickliche Regierung weiterzutreten, wenn die geforderten „Garantien gegen bestimmte Verhältnisse“ verwirklicht würden. — Links von Legien und Aufhäuser standen die Vertreter der lokalen Berliner Gewerkschaftsvorstände. Diese hatten, wie Rusch (USP) in der Konferenz mitteilte, beschlossen, den Generalstreik bis zur Erfüllung folgender Forderungen fortzusetzen:

1. „Völlige Neubildung“ der Regierung, Einsetzung einer „sozialistischen“ Regierung (also das, was Legien in der Nacht zuvor der USP vorgeschlagen hatte) bei „Abänderung der Verfassung“;
2. Auflösung aller Söldnertruppen (also der gesamten Reichswehr), der Sipo, der Einwohnerwehren und der Technischen Nothilfe, da sie unter dem bisherigen Regime „dem Kapital als Schutzgarde gedient“ hätten; dafür „Errichtung von Arbeiterwehren“ mit Ordnungsfunktionen;
3. „sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes und Entlassung der Schutzhaftgefangenen“.

Die übrigen von Rusch vortragenen Punkte (Zurückziehung, Entwaffnung und Auflösung der Putschtruppen; Mitbestimmung der Freien Gewerkschaften bei der Neuordnung) stimmten mit den Forderungen der zentralen Gewerkschaftsvorstände um Legien überein. Rusch gab sich die Blöße, abschließend die Forderungen der zentralen Gewerkschaftsvorstände als „Mindestforderungen“ zu bezeichnen — das konnte nur als Bereitschaft verstanden werden, sich notfalls auch mit ihnen zu begnügen und auf die Durchsetzung der eigenen weitergehenden Forderungen zu verzichten.

Die Vertreter der Regierungsparteien äußerten zu den 9 Punkten der zentralen Gewerkschaftsvorstände Bedenken oder lehnten sie überhaupt ab. Krüger (Vorsitzender der Berliner SPD, Mitglied des preußischen Landtags) erklärte die Forderung nach „entscheidendem Einfluß“ der Gewerkschaften grundsätzlich für richtig, als Konsequenz aus den Lehren des Kapp-Putsches. Konkret müsse der Weg jedoch über Vereinbarungen der Gewerkschaften mit den Regierungsparteien gehen, d. h. die Forderung müsse im parlamentarischen Rahmen verwirklicht werden; ein „Bestätigungsrecht der Gewerkschaften“ könne keinesfalls zugestanden werden. Wels (Parteivorsitzender der SPD, Mitglied der Nationalversammlung) betonte, daß der Generalstreik nicht nur von den Mitgliedern der Arbeiterparteien und der Freien Gewerkschaften, sondern auch von den nicht-

⁴⁸ Legien erwähnte in der Konferenz sein Koalitionsangebot an die USP mit keinem Wort.

sozialistischen Arbeitern, von den Beamten der Ministerien, ja vom „ganzen Volk“ durchgeführt worden sei. Damit wollte Wels offenbar den Anspruch, den die Gewerkschaftsführer aus dem Generalstreik herleiteten, für unberechtigt erklären. Er denke sich, sagte Wels weiter, die Sache für seine Partei so, daß der Parteausschuß zusammengerufen werden und zu den Forderungen Stellung nehmen müsse, selbstverständlich „in enger Fühlung mit den Gewerkschaften“; für die drei Regierungsparteien halte er eine Einigung in der Form für möglich, daß eine gemeinsame Erklärung abgegeben werde, die die Forderung nach „Sicherungen“ gegen die Reaktion als „berechtigt“ bezeichne und zusage, daß bei Umbildung der Regierungen die Gewerkschaften „gehört“ würden. — Wenn nicht einmal die SPD-Vertreter sich auf den Boden Legiens — ihres Parteigenossen — stellten, war das von den Vertretern der beiden anderen (bürgerlichen) Regierungsparteien umso weniger zu erwarten. Gothein (DDP) drückte nur die Bereitschaft aus, bei der Regierungsbildung die Gewerkschaften „anzuhören“ und deren Wünsche, soweit „mit den allgemeinen Interessen vereinbar . . . , zu unterstützen“. Stegerwald (christlicher Gewerkschaftsführer, Zentrumsabgeordneter im preußischen Landtag) erklärte, für seine Partei sei eine Verfassungsänderung — und eine solche sei die Einflußnahme außerparlamentarischer Instanzen — vor den Neuwahlen ausgeschlossen; außerdem müßten zunächst auch die nichtsozialistischen Gewerkschaften „gehört werden“. — Vizekanzler Schiffer, der nur für seine Person, nicht für die Reichsregierung in Stuttgart sprechen konnte, strich heraus, daß die Arbeiterschaft „nicht allein“ die Putschisten besiegt habe; der schnelle Sieg des Generalstreiks sei vielmehr wesentlich durch die Beamten zustande gekommen, die z. B. den Putschisten das Geld gesperrt hätten, und „von größter Wirkung“ sei auch die verfassungstreuere Haltung „einer großen Anzahl von Generalen“ gewesen. Den Gewerkschaftsführern, die Schiffer so in die Schranken zu weisen suchte, bot er „enge Fühlungnahme“ an, was er im übrigen schon immer für notwendig gehalten habe.

Im Grundsätzlichen — Verhältnis von Regierung, Parlament und Gewerkschaften — gingen die Standpunkte also weit auseinander. Über Einzelforderungen der Gewerkschaften dagegen herrschte Einverständnis. Keiner der Konferenzteilnehmer widersprach z. B. der Forderung nach dem Rücktritt Noskes, die von Legien eingangs als zentral bezeichnet worden war. Auch Vizekanzler Schiffer fand nur Worte des Bedauerns darüber, daß Noske gehen müsse; die Norwendigkeit selbst stand auch für ihn fest, da Noske die „Autorität verloren“ habe. Allerdings war das nur ein folgenloses inhaltliches Einverständnis — folglich deshalb, weil die Verhandlungspartner der Gewerkschaftsführer über Noskes Bleiben oder Gehen nicht zu entscheiden hatten. Die Reichsregierung saß nach wie vor in Stuttgart, und auch das Parlament hatte sich an diesem Tage dort versammelt. Die grundsätzliche Frage, die sich hier ergab, wurde von dem preußischen Ministerpräsidenten Hirsch (SPD) als erstem aufgeworfen. Die Antworten, meinte er, könnten „überhaupt keine Zugeständnisse machen“, da für die zur Verhandlung stehenden Fragen nur die Reichsregierung kompetent sei. Damit hatte Hirsch einen wunden Punkt berührt: die Reichsregierung hatte zu erkennen gegeben, daß sie noch eine Weile in Stuttgart zu bleiben gedachte, in

der Hoffnung, daß die allgemeine Radikalisierung in wenigen Tagen von selbst wieder abebben werde,⁴⁴ die gemäßigten Gewerkschaftsführer aber, verzweifelt und erboost über diese illusionäre Haltung, wollten möglichst rasch zu einem Verhandlungsergebnis und damit zum Abbruch des Generalstreiks kommen, damit sich die Klassengegensätze nicht noch weiter zuspitzen. In großer Erregung rief Legien: Entweder betrachteten sich die Herren als nicht kompetent, dann könne man die Verhandlungen sofort abbrechen — oder man verhandle mit dem Ziel, etwas verbindlich zu vereinbaren; jedenfalls komme die Regierung nicht nach Berlin zurück, bevor sie die gewerkschaftlichen Forderungen angenommen habe. Können die Gewerkschaften nicht zum Ziel, so würden sie eine „Arbeiterregierung“ in Berlin gegen die Regierung Bauer in Stuttgart bilden, drohte er, dabei die Bewegung des Halsabschneidens machend (ohne zu sagen, daß er die Möglichkeit einer Gegenregierung bereits bei der USP sondiert hatte). Vizekanzler Schiffer: Auch wenn das den Bürgerkrieg bedeutet? Legien: Auch dann!

Nachmals, es ist nicht anzunehmen, daß der Erzreformist Legien über Nacht zum Revolutionär geworden war. Wie sonst hätte er in derselben Konferenz betonen können, er wolle sich durchaus im Rahmen der Verfassung halten? Der Grund für sein radikales Auftreten war der, daß er möglichst bald mit positiven Ergebnissen vor die Arbeiter treten wollte, um sie zum Abbruch des Generalstreiks aufzufordern. Damit soll nicht gesagt werden, daß er nicht voll hinter den — von ihm mitformulierten — Forderungen der Gewerkschaften stand und in ihrer Verwirklichung die notwendige Antwort auf den Militärputsch sah und daß er nicht auch um der Arbeiter willen den Generalstreik beendet sehen wollte. Aber die taktischen Züge in Legiens Verhalten sind unüberschaubar, wie sie, besonders in revolutionären Situationen, für viele Gewerkschaftsführer typisch sind; wir werden noch beobachten, wie sich diese Züge immer mehr verstärkten.

Nachdem Wels (SPD) Legien scharf dafür getadelt hatte, daß er den Generalstreik, der „ein Bekenntnis zur Demokratie und zur Republik“ sei, zum Kampf gegen die demokratische Regierung verlängern und damit verfälschen wolle, nachdem Gothein (DDP) über den angekündigten „Streik gegen das deutsche Volk“, über „Terror“ und „Revolution gegenüber dem Volk“ gezetert hatte, stellte der Gewerkschaftsführer Schumann (Vorsitzender des Transportarbeiterverbandes) fest, daß davon keine Rede sein könne: die Arbeiter hätten „die Republik gerettet“, und so werde jetzt zu Recht „die bündige Erklärung“ gefordert, „daß den Gewerkschaften der von ihnen beanspruchte Einfluß eingeräumt wird“. Aufhäuser präziserte, daß die preußische Regierung zum Beispiel, vertreten durch Ministerpräsident Hirsch und mehrere Minister, wie jede parlamentarische Regierung selbständig Erklärungen abgeben, also Zugeständnisse machen und sie dann vor dem Parlament vertreten könne. Dazu bemerkte Hirsch, die preußische Regierung sei „nicht die Reichsregierung“ und könne nicht für sie sprechen. Legien schließlich schwächte seine Drohung mit dem Bürgerkrieg dahin ab, daß, komme es zu keiner Verständigung, dies den Bürgerkrieg *bedeuten* würde; wenn die Gewerkschaften keine Zugeständnisse erhielten, würden die Arbeiter weiterstreiken und seien dann auch nicht „zurückzuhalten von der Gründung einer eigenen

Regierung** — und „dann kommt der Bürgerkrieg“. Nachdem er ihnen so den „Ernst der Lage“ vor Augen geführt habe, wolle er „den Herren noch 24 Stunden Zeit“ lassen. Daraufhin übernahmen es Wels und Krüger, die Reichsregierung zu bitten, innerhalb dieser Frist nach Berlin zurückzukehren. Um 22 Uhr ging die Konferenz mit der Vereinbarung auseinander, daß am nächsten Tag um 15 Uhr die Vertreter der Regierungen und der Regierungsparteien in gemeinsamer Sitzung zu den gewerkschaftlichen Forderungen Stellung nehmen und um 19 Uhr erneut mit den Gewerkschaftsvertretern verhandeln sollten.⁴⁵

Etwa gleichzeitig mit dieser Konferenz war das Zentralkomitee der USP erneuert worden. Der Parteivorsitzende Crispian erklärte unvermittelt, man müsse sofort mit Legien über die Bildung einer neuen Regierung verhandeln; die Arbeiter forderten das allgemein, und in der Tat dürfe man die Arbeiterklasse, die eine „gewaltige Aktionskraft“ im ganzen Reich bewiesen habe, auf keinen Fall „der bisherigen Koalitionsregierung wieder ausliefern“. 24 Stunden zuvor waren, wie erinnerlich, Verhandlungen der USP mit Legien unter anderem an der doktrinären Haltung Crispians gescheitert, und so waren die ZK-Mitglieder, die von Anfang an die Aufnahme von Verhandlungen befürwortet hatten, mit Recht wütend. „Jetzt ist es wahrscheinlich zu spät“, sagte Koenen, „da ich die Stunden des Handelns verpaßt . . . habe“; Legien hat „sich höchstwahrscheinlich schon wieder mit den Weimarer Koalitionsparteien in Verbindung gesetzt“. Einige ZK-Mitglieder gingen auf die Suche nach Legien. Als sie ihn zu später Stunde fanden, bestätigte er, was Koenen vorausgesagt hatte — die Verhandlungen der Gewerkschaften mit den alten Koalitionsparteien waren aufgenommen.⁴⁶

Den SPD-Führern gelang es nicht, innerhalb der von Legien gesetzten 24-Stunden-Frist die Reichsregierung aus Stuttgart zurückzuziehen. Diese ließ sich durch nichts aus der Ruhe bringen. — Zunächst rief Unterstaatssekretär Schulz (SPD) in Stuttgart an und forderte Reichspräsident Ebert auf, sofort eine neue Regierung aus SPD und USP zu bilden, sonst geschehe dies in Berlin, und es komme zum Kampf zwischen zwei Regierungen.⁴⁷ Das geschah anscheinend noch vor der Verhandlung mit den Gewerkschaftsführern; offenbar hatte Schulz etwas von derartigen Plänen Legiens und anderer gehört. Nach der Verhandlung mit den Gewerkschaftsführern, im Laufe der Nacht, telefonierte Krüger mit Ebert und bat „dringend“, die Reichsregierung möge am nächsten Tag nach Berlin zurückkehren. Ebert: „Das sei unmöglich, es müsse versucht werden, [den] Generalstreik so abzublenden“. Dabei war Ebert offenbar der Meinung, das sei ohne jedes Zugeständnis an die Gewerkschaften möglich, denn als Krüger ihm deren Forderungen vortrug, erklärte er, darüber solle nach der Rückkehr der Reichsregierung verhandelt werden. Nur zu einem Punkt äußerte er sich schon jetzt: die Forderung nach „entscheidendem Einfluß“ der Gewerkschaften „auf die Neuordnung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung“ erklärte er für verfassungswidrig.⁴⁸ Am Vormittag des nächsten Tages (19. März) setzte sich der ADGB selbst mit Stuttgart in Verbindung und verlangte die Rückkehr der Reichs-

* Ein typischer Vorgang: ein Gewerkschaftsführer unterstellt den Arbeitern die Gedanken, mit denen er selbst spielt. Man beachte auch die passiven und unpersönlichen Wendungen.

Regierung. Die Antwort: Rückkehr erst nach Abbruch des Generalstreiks!⁴⁹ Auch alle weitere Nachrichten kamen, die Situation in Berlin spitze sich zu, blieben vor allem Ebert und Reichskanzler Bauer bei der Ansicht, man brauche nur ruhig abzuwarten, die Bewegung in Berlin flauhe schon ab. 16.30 Uhr, der Abgeordnete Hildenbrand (SPD) am Telefon: „Die Berliner Gewerkschaftsbewegung radikalisiert sich. Es fehlt an geeigneten Regierungspersonen zur Verhandlung. Wenn die Regierung nicht kommt, geht alles auseinander.“⁵¹ Jetzt wurde Reichskanzler Bauer weid. In einer Kabinettsitzung um 17 Uhr sprach er für Rückkehr der Regierung nach Berlin. Das Kabinett stimmte zu, entschied jedoch, daß angesichts der kritischen Lage in Berlin nur ein Teil der Minister fahren sollte: außer dem Kanzler je ein Minister der drei Koalitionsparteien, Müller (SPD), Geßler (DDP) und Giesberts (Zentrum).⁵² Doch dieser Beschluß kam zu spät — die 24-Stunden-Frist war nahezu verstrichen. Ebert beauftragte zwar den SPD-Parteivorsitzenden Wels in Berlin, „mit aller Energie sich dafür einzusetzen“, daß jede Entscheidung vertagt werde, bis die Minister eingetroffen seien,⁵³ aber die Gewerkschaftsführer konnten und wollten nicht mehr warten.⁵⁴

Was war inzwischen in Berlin geschehen? Um 14 Uhr hatten ADGB, Afa und DBB folgende Kundgebung erlassen:

„Wir verhandeln zur Zeit mit der verfassungsmäßigen Regierung, um den Arbeitern, Angestellten und Beamten einen entscheidenden Einfluß auf die Umgestaltung der Regierungen im Reich und in den Ländern zu sichern.“
Die Vertretungen der unterzeichneten wirtschaftlichen Verbände der Arbeiter, Angestellten und Beamten sind nicht gewillt, sich auf einen faulen Frieden einzulassen.

Der Generalstreik darf von keiner Organisations- oder Arbeitnehmergruppe früher beendet werden, ehe nicht ein offizieller Aufruf der drei unterzeichneten Verbände hierzu auffordert.⁵⁵

Damit hatten sich die Gewerkschaftsführer vor den Arbeitern auf einen erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen festgelegt,⁵⁶ offenbar hofften sie, auf diese Weise ihre Verhandlungspartner unter Druck setzen zu können.

Die Gewerkschaftsführer verhandelten zunächst allein mit der SPD (Ministern, Unterstaatssekretären, Abgeordneten und Parteifunktionären). Der Berliner SPD-Vorsitzende Krüger formulierte klar, worum es ging: „[Die] Lage ist ernst, weil [die] Forderungen auch von den ruhigen Parteigenossen mit großer Entschiedenheit vertreten worden sind. In Berlin, dessen Beispiel von ausschlaggebender Bedeutung ist, [muß] ein Ruhepunkt geschaffen werden . . . Dazu [ist der] Abbruch des Streiks nötig. Es kommt bei der Beurteilung der Forderungen gar nicht darauf an, ob die USP und die Kommunisten damit einverstanden sind. Wenn wir über diese Forderungen eine Einigung erzielen, [haben] wir die Macht . . . den Generalstreik abzublenden. [Der] Abbruch [des Generalstreiks] würde eine starke Schwächung der radikalen Elemente bedeuten.“

* Hier nahmen die Gewerkschaftsführer den Mund zu voll (bei der Wichtigkeit der Sache muß man vielleicht sagen: sie belogen die Arbeiter), da es ihnen bis dahin gerade nicht gelungen war, die Reichsregierung zu Verhandlungen herbeizuholen; sie hatten bisher nur mit zwei beim Putsch in Berlin geblichen Ministern verhandelt, die nicht für das Gesamtkabinett sprechen konnten.

Die neun Forderungen der Gewerkschaften wurden im einzelnen durchberaten. Zu Punkt 1 — der grundsätzlichen Frage des künftigen Einflusses der Gewerkschaften — teilte Krüger mit, der Parteivorstand der SPD habe sich einstimmig auf folgende Neuformulierung geeinigt, die auch von Reichspräsident Ebert gebilligt worden sei:

„Die Vertreter der Mehrheitsparteien [Regierungsparteien] verpflichten sich, dafür zu sorgen, daß bei der Umbildung der Regierungen die Personenfrage von den Parteien im Einvernehmen mit den gewerkschaftlichen Arbeitnehmerorganisationen gelöst wird.“

Das lag auf der Linie der bisherigen Taktik der SPD, nämlich möglichst Einpassung der gewerkschaftlichen Forderungen in den Rahmen des parlamentarischen Systems: die Parteien blieben die zentralen Entscheidungsträger, sie sollten „im Einvernehmen“ mit den Gewerkschaften handeln. Welche Parteien gemeint waren, wurde klar gesagt, nämlich die bisherigen Regierungsparteien; die SPD-Führung wollte also — und das wurde von mehreren Rednern auch ausgesprochen — die Koalition mit den bürgerlichen Mittelparteien fortsetzen. Ein wesentlicher Teil der ursprünglichen Formulierung: „entscheidender Einfluß“ der Gewerkschaften „auf die Neuregelung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung“ — der Teil, den Ebert als verfassungswidrig bezeichnet hatte — war gestrichen.

Hiergegen protestierte jedoch ein Vertreter des ADGB, der im Namen des vierhundert Legien sprach. Er bezeichnete „die alten Forderungen“ als „das mindeste“, was zugestanden werden müsse — „kein Jota“ werde man sich wegstreichen lassen. Um seinen Worten Nachdruck zu geben, verwies er — das wurde nun allmählich bei den Gewerkschaftsführern üblich — auf die Situation draußen: es drohten „bolschewistische Putsche“; „viele Arbeiter sind bewaffnet“. Unterstaatssekretär Schulz sprach für Aufnahme der ursprünglichen Forderung; „wir müssen nachholen, was im November 1918 nicht erreicht worden ist“, sagte er. Bartels, Kassierer des SPD-Parteivorstands, meinte: „Wir sind in einer Zwangslage. Der Generalstreik muß beendet werden. Deshalb müssen wir Konzessionen machen.“ So wurde die von Krüger vorgetragene Formel um den gestrichenen Teil der ursprünglichen Forderung ergänzt. Mit dieser Formel erklärte sich der Vertreter Legiens vom ADGB einverstanden. Den Vertretern der AfA und der Berliner Gewerkschaftsvorstände ging jedoch auch sie noch nicht weit genug; sie drohten nach dem Muster Legiens mit dem Bürgerkrieg. Aber die Waffe begann stumpf zu werden — den Bürgerkrieg macht man, man droht nicht mit ihm. Die SPD-Vertreter antworteten kühl, dann sollten sie eben „ihren Bürgerkrieg machen“.

Die übrigen Punkte der Gewerkschaftsforderungen wurden von den SPD-Vertretern akzeptiert, und zwar unverändert bis auf Punkt 3 und 9. Punkt 3 (sofortiger Rücktritt der Minister Noske, Heine und Oeser) wurde dahin erweitert, daß, wie es in Ländern mit parlamentarischer Tradition in einer derartigen Lage üblich sei, alle Minister der Reichsregierung und der preussischen Regierung ihre Ämter zur Verfügung stellen sollten. — Punkt 9 („Auflösung aller konterrevolutionären militärischen Formationen, Übernahme des Sicherheitsdienstes durch die

organisierte Arbeitnehmerschaft“) wurde in aufschlußreicher Weise behandelt. Krüger teilte befriedigt mit, daß die Gewerkschaften diesen Punkt in ausdrücklichem Gegensatz zur USP formuliert hätten, die die Bewaffnung des Proletariats fordere. Um den Unterschied klar herauszustellen, wurde der Punkt neu formuliert: „Auflösung aller der Verfassung nicht treugebliebenen, konterrevolutionären militärischen Formationen und ihre Ersetzung durch Formationen aus den Kreisen der republikanischen zuverlässigen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten [...]“.⁵⁷

Verhandlungen zwischen den drei Regierungsparteien SPD, DDP und Zentrum verliefen ohne Ergebnis; bei keiner der Gewerkschaftsforderungen gelangte man zu einer einheitlichen Stellungnahme. Als die Gewerkschaftsführer davon erfuhr, begannen sie zu erörtern, was nach einem Scheitern der Plenarverhandlungen geschehen solle. Allgemein wurde für diesen Fall die Bildung einer sogenannten „Arbeiterregierung“ ins Auge gefaßt, d. h. einer Regierung aus USP, SPD und — zur Gewinnung einer parlamentarischen Mehrheit — Gewerkschaftsvertretern aus den bürgerlichen Parteien (christliche und Hirsch-Dunckersehe Gewerkschafter).⁵⁸

Die Plenarverhandlungen zwischen Regierungsparteien, Reichs- und preussischen Ministern und den Gewerkschaften (insgesamt 60 Personen) begannen pünktlich um 19 Uhr; sie dauerten bis zum nächsten Morgen (20. März) 5 Uhr. In diesen 10 Stunden wurde über den Generalstreik und den Bürgerkrieg in vielen Provinzen des Reichs zwar nicht endgültig, aber zu einem erheblichen Teil entschieden. Die Verhandlungsteilnehmer waren sich dessen bewußt, und entsprechend debattiert verliefen die Auseinandersetzungen.

Am heftigsten umstritten war natürlich wiederum *Punkt 1* der Forderungen. Nach stundenlangem Kampf war die von der SPD gefundene Formel noch weiter verwässert, wie ein Vergleich zeigt:

(vorläufige Fassung der SPD)

„Die Vertreter der Mehrheitsparteien [Regierungsparteien] verpflichten sich, dafür zu sorgen, daß bei der Umbildung der Regierungen im Reich und in den Ländern die Personenfrage von den Parteien im Einvernehmen mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gelöst und daß diesen Organisationen ein entscheidender Einfluß

(endgültige Fassung)

„Die anwesenden Vertreter der Regierungsparteien werden bei ihren Forderungen dafür eintreten, daß bei der bevorstehenden Neubildung der Regierungen im Reich und in Preußen die Personenfrage von den Parteien nach Verständigung mit den am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gelöst und

Da es sich um eine zentrale, vielleicht die entscheidende Frage der Neuordnung nach dem Scheitern des Putschs handelte, sei noch genauer angegeben, was die SPD hier abwehrte. USP und KPD verstanden unter Bewaffnung des Proletariats: betriebsweise Bewaffnung der Arbeiter; Aufbewahrung der Waffen in den Betrieben; Alarmierung bei Gefahr. „Die bewaffneten Arbeiter“, schrieb die „Rote Fahne“, das Zentralorgan der KPD, „sollen proletarier bleiben. Sie müssen in ihrem Berufe tätig sein, sie dürfen den Kontakt mit ihren Klassengenossen keinen Augenblick verlieren, wenn sie fähig sein sollen, die Revolution zu verteidigen. Werden die Arbeiter Sicherheitssoldaten, so verlieren sie diesen Zusammenhang mit ihrer Klasse. Sie werden korrumpiert. Sie werden Polizisten, statt bewaffnete Arbeiter zu bleiben.“

auf die Neuregelung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung eingeräumt wird.“

daß diesen Organisationen ein entscheidender Einfluß auf die Neuregelung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung eingeräumt wird, unter Wahrung der Rechte der Volkvertretung.“

Die Gewerkschaftsführer hatten die SPD-Formel „verpflichten sich, dafür zu sorgen“ so zu interpretieren versucht, daß die Parteivertreter ihre Abgeordnetenmandate niederlegen oder aus ihren Parlamentsfraktionen ausscheiden sollten, falls es ihnen nicht gelinge, deren Zustimmung zu den Abmachungen zu erlangen. Die Vertreter der DDP und des Zentrums hatten das strikt abgelehnt und die Formel, sie würden in ihren Fraktionen für die Abmachungen „eintrreten“, durchgesetzt. Diese Formel — das muß beachtet werden — galt nicht nur für den grundlegenden Punkt 1, sondern auch für alle weiteren. Die Fraktionen waren also in ihrer Stellungnahme zu den gewerkschaftlichen Forderungen völlig frei.* — Zur Rolle der Gewerkschaften bei der Regierungsneubildung erklärten die DDP- und Zentrumsvertreter, an den Bestimmungen der Verfassung dürfe nichts geändert werden; es müsse also bei der Berufung der Regierung durch den Reichspräsidenten und den von ihm beauftragten Reichskanzler bleiben, und „irgendein Vetorecht gegen die Ernennung einzelner Minister“ könne den Gewerkschaften „keinesfalls zugestanden werden“. Die Gewerkschaftsführer antworteten, mit ihren Forderungen keine über die Verfassung hinausgehenden Rechte beanspruchen zu wollen, und akzeptierten die Änderung von „Einvernehmen in Verständigkeit“ sowie die Hinzufügung der Schlüsselworte „unter Wahrung der Rechte der Volkvertretung“. Die DDP- und Zentrumsvertreter wünschten stattdessen „unter Wahrung der Bestimmungen der Verfassung“ zu formulieren, drängen aber nicht durch, obwohl die Gewerkschaftsführer sagten, mit den „Rechten der Volkvertretung“ seien „selbstverständlich alle verfassungsmäßigen Rechte“ gemeint, und in der Sache sei man ganz einig. Die Gewerkschaftsführer versteinerten sich also auf eine ungenaue und irreführende Formulierung — ein seltsames Verhalten, das wir noch analysieren müssen. — Besonders heftig wurde die Forderung nach „entscheidendem Einfluß“ der Gewerkschaften „auf die Neuregelung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung“ umkämpft. Die Gewerkschaftsführer betonten wiederholt, darunter verstanden sie nicht „alleinige Entscheidung“ der Gewerkschaften und Ausschaltung des Parlaments; sie wollten nur „bei der Vorbereitung der Gesetze... gehört werden“, konkret: „Vertreter als Referenten in die betreffenden Ministerien entsenden, die bei der Ausarbeitung“ der Gesetze „mitzuwirken hätten“. Außerdem präzisieren die Gewerkschaftsführer die SPD-Formel (die hier mit ihrer eigenen ursprünglichen identisch war) dahin, daß mit Gewerkschaften die „am Generalstreik beteiligten“ Gewerkschaften gemeint seien. Die DDP- und Zentrumsvertreter lehnten mit größter Entschiedenheit ab, künftig die unpolitischen, beim Generalstreik abstinenten Gewerkschaften von der Vorbereitung wirtschafts- und sozialpolitischer Gesetze auszuschließen; ebenso

* Demgegenüber hatten Justizminister Schiffer und die Parlamentarier, die mit den Putschisten verhandelt hatten, weit weniger skrupellos auf der Freiheit des Parlaments bestanden: sie hatten Vorlage und Annahme eines Amnestiegesetzes bindend zugesagt (I, Seite 235).

mußten weiterhin die Verbandsvertreter „industrieller, kaufmännischer, landwirtschaftlicher, handwerklicher und sonstiger Kreise das Recht haben, gehört zu werden“. Die Gewerkschaftsführer antworteten, deren Ausschluß sei keineswegs beabsichtigt; man ermächtige die DDP- und Zentrumsvertreter „ausdrücklich“, dem Wortlaut der schriftlichen Vereinbarung „unter Bezugnahme auf die zahlreichen Zeugen diese Interpretation zu geben“. Mit anderen Worten: die Gewerkschaftsführer verlangten die Unterschrift unter ein Abkommen, das klar und deutlich ein Sonderrecht für die Gewerkschaften fixierte, und gaben gleichzeitig die mündliche Erklärung, nicht mehr zu wollen als das, was in jedem parlamentarischen System selbstverständlicher Brauch ist: die allseitige Lobby der jeweils betroffenen Verbände.*

Nach langem Sträuben stimmten die DDP- und Zentrumsvertreter dem Wortlaut zu, in der Erkenntnis, daß er der gegebenen Interpretation widersprach, nachdem sie sich vorbehalten hatten, diese Interpretation zu veröffentlichen.

Die übrigen Punkte wurden ähnlich behandelt: sofern sie nicht von den bürgerlichen Parteivertretern als selbstverständlich akzeptiert wurden, wurden sie teils entschärft, teils entgegen dem Wortlaut interpretiert. Akzeptiert wurden die Punkte 2, 4 und 6, zum Teil etwas umformuliert oder leicht abgeschwächt.**

Entschärft wurden die Punkte 5, 7, 8 und 9. Punkt 5 lautete

in der endgültigen Fassung

„Schnellste Durchführung der Demokratisierung der Verwaltungen unter

Zuziehung und Mitbestimmung der wirtschaftlichen Organisationen der

Arbeiter, Angestellten und Beamten.“

in der endgültigen Fassung

„Schnellste Durchführung der Verwaltungsreform auf demokratischer Grundlage unter Mitbestimmung der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.“

Den Parteivertretern kam es hier vor allem auf das Wörtchen „auch“ an; es sollte sicherstellen, daß ebenso wie die Gewerkschaften alle anderen Verbände gehört werden sollten“. — Punkt 7 wurde wie Punkt 1 mehrere Stunden lang umkämpft. Er lautete

in der ursprünglichen Fassung

„Sofortige Sozialisierung des Bergbaus und der Kraftgewinnung, Übernahme des Kohlen- und Kalisyndikats durch das Reich.“

in der endgültigen Fassung

„Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, zu der Vertreter der Berufsver-

treter

in der endgültigen Fassung

„Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, zu der Vertreter der Berufsver-

treter

in der endgültigen Fassung

„Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, zu der Vertreter der Berufsver-

treter

in der endgültigen Fassung

„Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, zu der Vertreter der Berufsver-

treter

in der endgültigen Fassung

„Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, zu der Vertreter der Berufsver-

treter

in der endgültigen Fassung

„Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, zu der Vertreter der Berufsver-

treter

* Als die bürgerlichen Verhandlungsteilnehmer immer wieder aufgefordert wurden, „nachzugeben, es handle sich ja nur um Worte, die Tat brauche ja noch lange, nicht nachzulaufen“, rief ein DDP-Vertreter, der Oberbürgermeister von Berlin-Schöneberg und preussische Landtagsabgeordnete Dominicus, aus: „Ich halte mit meiner Beurteilung einer solchen kümmerlichen Heuchelei und eines solchen Volksbetruges in keiner Weise zurück und kann wohl sagen, daß ich eine so unehrliche, weil unmoralische Verhandlung wie diese überhaupt noch nicht mitgemacht habe.“

** Wortlaut der Forderungen s. oben Seite 107 f. In Punkt 4 wurde „Gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von allen reaktionären Persönlichkeiten“ abgeändert in „... von gegenrevolutionären Persönlichkeiten“ — eine Abschwächung, da viele Reaktionen den Punkt nicht aktiv unterstützten und anderen eine solche Unterstützung nicht nachgewiesen werden konnte. Bei Punkt 6 — „volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung“ für Arbeiter, Angestellte und Beamte — versicherten die Gewerkschaftsführer, daß darunter „nicht etwa gleiche Entlohnung für Heuer- und Minister, oder für Portier und Generaldirektor zu verstehen sei, sondern nur gleiches Recht“.

bände binzuzuziehen sind. Die Einberufung der Sozialisierungskommission erfolgt sofort. Übernahme des Kohlen- und des Kalisyndikats durch das Reich.

Hier mußten die Gewerkschaftsführer also auch im Wortlaut der Vereinbarung entscheidend zurückstecken. Was unter zur Sozialisierung „reifen“ Wirtschaftszweigen zu verstehen sei, war auslegungsfähig, und die Einberufung einer Sozialisierungskommission hatte sich schon 1919 als geeignetes Mittel erwiesen, um alle Sozialisierungspläne zu verschleppen und schließlich zu beerdigen. — Auch bei Punkt 8 gelang den Parteivertretern eine entscheidende Abschwächung:

„Sofortige Vorlegung eines Enteignungsgesetzes gegen Grundbesitzer, die die verfügbaren Lebensmittel nicht abführen oder ihren Betrieb nicht im Interesse des Volksganzen bewirtschaften, damit die produktiven Kräfte zur Gewinnung von Nahrungsmitteln restlos ausgenutzt werden.“

Hier ist aus der Enteignung von Grund und Boden die Enteignung von Lebensmitteln geworden, und auch diese soll nur „gegebenenfalls“ erfolgen. Die Gewerkschaftsführer ließen sich überzeugen, daß ihre ursprüngliche Forderung nur zu „einer starken Verbitterung der Landbevölkerung“ führen werde. — Bei Punkt 9 („Auflösung aller konterrevolutionären militärischen Formationen, Übernahme des Sicherheitsdienstes durch die organisierte Arbeitnehmerschaft“) hatte die SPD bereits vorgearbeitet (deren Fassung s. oben Seite 115), so daß die Bürgerlichen nur noch nachzustößen brauchten: die Forderung nach Ersetzung der *putschistischen Militärformationen* „durch Formationen aus den Kreisen der republikanischen zuverlässigen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten“ ergänzten sie durch die Worte „ohne Zurücksetzung irgend eines Standes“. Durch diesen Zusatz war die bevorzugte Berücksichtigung der Gewerkschaftsmitglieder, die die SPD-Formel immerhin noch vorgesehen hatte, beseitigt. Umstritten und damit auslegungsfähig blieb überdies, was unter putschistischen Militärformationen zu verstehen sei. Der Interpretation der Gewerkschaftsführer, das seien auch die Formationen, bei denen „die Befehlshaber oder einige Offiziere“ für die Putschisten eingetreten seien, widersprachen die DDP- und Zentrumsvertreter „aufs entschiedenste“. — Sämtliche Vereinbarungen, das muß noch einmal betont werden, standen unter dem grundlegenden Einleitungssatz, daß die anwesenden Vertreter der Regierungsparteien in ihren Parlamentsfraktionen für sie „eintreten“ würden. Das bedeutete, daß die Parlamentsfraktionen in keiner Weise durch das Abkommen gebunden waren.

In spezieller Weise wurde *Punkt 3* behandelt, in dem die Gewerkschaften den sofortigen Rücktritt der Minister Noske, Heine und Oeser forderten. Hier ging

den DDP- und Zentrumsvertretern ums parlamentarische Prinzip, nach dem ausschließlich die Parteien für die Besetzung der Ministerien verantwortlich waren. Sie weigerten sich strikt, in ihren Fraktionen für die Entfernungen von Ministern einzutreten. So wurde dieser Punkt aus der Liste der Gewerkschaftsforderungen herausgenommen und als eine sogenannte „tatsächliche Mitteilung“ an das eigentliche Abkommen angefügt: „Im übrigen wird mitgeteilt, daß die Minister Noske und Heine ihr Abschiedsgesuch bereits eingereicht haben“. Bei Oeser war das nicht der Fall, auf seinen Rücktritt hatten die Gewerkschaftsführer also verzichtet. Doch damit nicht genug: Noske hatte zwar sein Rücktrittsgesuch eingereicht, aber Reichspräsident Ebert hatte dessen Annahme abgelehnt; er wollte Noske unbedingt im Amt halten. Die bloße Mitteilung, Noske habe sein Rücktrittsgesuch eingereicht, war also eine weitere Irreführung.

So stand am Ende der Verhandlungen ein Abkommen, das einen radikalen Eindruck erweckte, in Wirklichkeit aber kaum mehr als ein Stück Papier war. Die Zusagen der Parteivertreter, die es noch enthielt, waren durch zahlreiche Klauseln und Vorbehalte eingeschränkt; was übrig blieb, war durch unscharfe Ausdrücke und Formulierungen oder durch mündliche Interpretationen entwertet, die teilweise dem Wortlaut des Abkommens direkt widersprachen. Wie hatte ein solches Papier zustandekommen können? Die Interessenlage der bürgerlichen Parteivertreter war klar: sie wollten unter allen Umständen die Beendigung des Generalstreiks erreichen. Wie aber ist das Verhalten der Gewerkschaftsführer zu erklären?

Um es noch einmal zu sagen: Als die Gewerkschaftsführer ihre ursprünglichen Forderungen aufstellten, standen sie vermutlich hinter ihnen, d. h. sie hielten sie für die notwendige Antwort auf den Putsch und dessen Ursachen. Daß sie sich jetzt ihre Forderungen derart verstümmeln ließen, gibt zu denken. Eine Analyse legt folgende Erklärung nahe: Den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern um Legien war in den fortdauernden Verhandlungen die Schwäche ihrer Position, die in ihrer politischen Voraussetzung lag, demonstriert worden. Diese Voraussetzung war: Einhaltung des parlamentarischen Rahmens, d. h. Verwirklichung der Forderungen auf dem Wege über die Parteien und mit einer Mehrheit im Parlament. Das bedeutete die Fortsetzung der bisherigen Regierungskoalition aus SPD und bürgerlicher Mitte. Wie weit aber die bürgerliche Mitte gebracht werden konnte, erwiesen die Verhandlungen mit aller Deutlichkeit: solange der Generalstreik fortdauernte, konnte man sie zu einigen verbalen Zugeständnissen sozial drücken — mehr nicht. Indem aber nun die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Schranken ihrer Position erkannten, wurde offenbar der Abbruch des Generalstreiks, den sie auch schon vorher angestrebt hatten, zum absolut vorrangigen Ziel: der Punkt war erreicht, an dem die Bewegung über sie hinwegzugehen drohte, weil es bei der genannten politischen Voraussetzung für sie keine Möglichkeit mehr gab, die radikalen Forderungen der Arbeiter auch nur einigermaßen ernsthaft zu vertreten. So ging es jetzt für sie nur noch darum, ohne Gesichterverlust zum Abbruch des Generalstreiks aufzurufen. Die USP-Opposition

Fußnoten enthält das eigentliche Abkommen nur noch 8 Punkte gegenüber den 9 ursprünglichen Forderungen.

innerhalb der Gewerkschaften dagegen, vor allem die Berliner Ortsvorstände, die eine Neubildung der Regierung aus SPD und USP anstrebte, war isoliert das Zentralkomitee der USP auf der einen Seite war durch innere Meinungsverschiedenheiten handlungsunfähig, und auf der anderen Seite konnten die Zentralvorstände um Legien von der lokalen Ebene aus nicht gezwungen werden, ihre politische Voraussetzung — Einhaltung des parlamentarischen Rahmens — aufzugeben.

Nach Abschluß der Detailverhandlungen fragten die DDP- und Zentrumsvertreter die Gewerkschaftsführer, ob sie nun zum Abbruch des Generalstreiks aufrufen würden. Die Vertreter des ADGB und der AFA bejahten. Die Vertreter der örtlichen Berliner Gewerkschaftsvorstände erklärten, ihnen gehe der Punkt zur Sozialisierung „nicht weit genug“; „sie würden sich aber ebenfalls für den Abbruch des Generalstreiks einsetzen, wenn die Parteien noch für die Entlassung der Schutzhäftlinge eintreten würden“. Diese Forderung wurde sofort von allen Seiten als berechnigt anerkannt, und daraufhin wurde das Abkommen unterzeichnet.⁵⁹

Nach der Konferenz traten sofort die Vorstände von ADGB, AFA und DBB sowie die Vertreter der Berliner Gewerkschaftsvorstände zusammen; ferner waren Vertreter des SPD-Parteivorstands und Crispian vom Zentralkomitee der USP anwesend. Nachdem die Vertreter der Berliner Gewerkschaftsvorstände noch einmal ihre Vorbehalte dargelegt hatten, wurde um 7 Uhr morgens einstimmig der Abbruch des Generalstreiks beschlossen; nur Crispian enthielt sich der Stimme, mit der Begründung, daß das Zentralkomitee seiner Partei erst selbstständig Stellung nehmen müsse.⁶⁰ ADGB, AFA und DBB erließen folgenden Aufruf:

„An alle Arbeiter, Angestellten und Beamten! Die Vertreterkonferenz der am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen . . . erklärt, daß sie von den . . . erzielten Vereinbarungen zwar nicht restlos befriedigt ist, ihnen aber gleichwohl zustimmt und hiermit den Generalstreik mit dem heutigen Tage als beendet erklärt.“

Ein Flugblatt, das diesen Aufruf verbreitete, teilte außerdem den Text des 8-Punkte-Abkommens mit, mit einem kurzen Kommentar Legiens, der erklärte, die organisierte Arbeiterschaft habe „Garantien für die Verhütung gegenrevolutionärer Erfolge“ geschaffen.⁶¹

Eine Konferenz der Berliner Gewerkschaftsvorstände am Vormittag beschloß mit 68 gegen 7 Stimmen ebenfalls Abbruch des Generalstreiks.⁶² In einem Flugblatt wurde mitgeteilt, man habe die eigenen weitergehenden Ziele zu erreichen versucht, vor allem die Bildung einer „sozialistischen Arbeiterregierung“, leider jedoch bisher „ohne Erfolg“. Daher und weil der ADGB beschlossen habe, den Streik abzubrechen, glaube man, „im Interesse der Geschlossenheit einer zukünftigen Aktion ebenfalls die Parole zum Abbruch des Generalstreiks geben zu sollen“. Das Flugblatt schloß: „Arbeiter und Angestellte! Der Generalstreik ist beendet, nicht aber unser Kampf um unsere Forderungen.“⁶³ —

Es ist unmöglich, an dieser Stelle einen bestimmten Schluß zu vermeiden. Die Gewerkschaftsführer wußten nach dem Verlauf der nächtlichen Verhandlungen, daß sich mit dem 8-Punkte-Abkommen die realen Machtverhältnisse nicht im

mindesten verschoben hatten und daß die vielbeschworenen notwendigen „Sicherungen“ gegen die Reaktion nicht erreicht worden waren. Wenn sie trotzdem unter Hinweis auf das 8-Punkte-Abkommen zum Abbruch des Generalstreiks aufriefen, dann war das eine bewußte Täuschung der Streikenden.

3. Fortsetzung und Ende des Generalstreiks

Ziehen wir an dieser Stelle einen Vergleich mit dem Ruhrgebiet. In Berlin befinden sich in der entscheidenden Situation, nach dem Ende des Putsches, die Gewerkschaften offenkundig in einer Schlüsselposition — zwischen dem Regierungslager, den linken Arbeiterparteien und der Arbeiterschaft selbst. Nichts dergleichen im Ruhrgebiet — hier sind die Gewerkschaften nahezu einflußlos.

Für diesen Unterschied gab es vor allem zwei Gründe. Einmal die unterschiedliche Haltung der Gewerkschaften selbst, und zwar schon am Tage des Putsches während die Gewerkschaften in Berlin die aktive Führung des Generalstreiks übernahmen, schalteten sich im Ruhrgebiet die (hier entscheidenden) Bergarbeitergewerkschaften durch ihre Abwarte-Parole selbst aus (I, Seite 120 f.). Zum zweiten kam es in Berlin, anders als im Ruhrgebiet, kaum zu bewaffneten Kämpfen zwischen Arbeitern und Militär bzw. Sipo. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Arbeiter in Berlin eine konzentrierte Streitmacht von Militär, Sipo, zeitfreiwilligen* Studenten und Einwohnerwehren gegen sich hatten, wobei zum Militär die Elitetruppe der Putschisten, die Marinebrigade Ehrhardt, zählte. Jedoch wären mit den wenigen Waffen, die wie überall aus Verstecken auftauchten, kleinere Überfälle möglich gewesen. Dazu kam es kaum, nicht nur weil die Guerillataktik der damaligen Arbeiterbewegung unbekannt war, sondern auch wegen der Haltung der Arbeiterparteien. Die Führungsspitzen sowohl der USP wie der KPD gaben während der fünf Tage des Putsches mit voller Absicht nicht die Parole „Bewaffnung des Proletariats“ als Aktionslosung aus,⁶⁴ und was mehr ist: sie widersetzten sich allen Ansätzen zu einem bewaffneten Vorgehen der Arbeiter.⁶⁵ Die Konsequenz: es blieb in Berlin, von wenigen Arbeitervororten abgesehen, im wesentlichen beim Generalstreik. Wäre es anders gewesen, wäre der Generalstreik punktuell zur bewaffneten Auseinandersetzung gesteigert worden, dann hätten sich die Gewerkschaftsführer nach dem Ende des Putsches aller Voraussicht nach nicht in der Schlüsselposition befunden, da es dann nicht mehr nur um den Abbruch des Generalstreiks gegangen wäre.

Daß die Gewerkschaftsführer in Berlin trotz ihrer Schlüsselstellung keineswegs einen großen Handlungsspielraum hatten, daß Schein und Wirklichkeit ihrer Machtposition weit auseinanderklafften, haben wir gesehen. Die entscheidende Frage war, wie schnell die Streikenden das durchschauen würden. Zur gleichen Zeit, als das 8-Punkte-Abkommen zwischen Gewerkschaften und Regierungsparteien ausgehandelt wurde, verhängten Schiffer und Seekt den verschärfsten Ausnahmezustand (s. oben Seite 102). Das war die Bewährungsprobe für die Gewerkschaften. Legien erkannte das sofort. Nach einem Wutanfall beauftragte er drei führende SPD-Vertreter — Wels, Krüger und Stampfer — sofort telefonisch bei Ebert in Stuttgart die Zurücknahme der Verordnung zu erwirken. Aber auch die dringendsten Vorstellungen vermochten Ebert nicht zu erschüttern: „Ihr seid alle verrückt geworden — es bleibt bei dem Ausnahmezustand!“ erklärte er.⁶⁶

* Zeitfreiwillige = Freiwilligenreserve des Militärs, Einberufung bei Bedarf.

so lassen die Streikenden am 20. März nicht nur die Flugblätter der Gewerkschaften, die zum Abbruch des Generalstreiks aufriefen, sondern auch die Anschläge über den verschärfsten Ausnahmezustand. Sie entschieden sich, weiterzustreiken.⁶⁷ Vorbei die Zeiten, in denen die Gewerkschaften bei Ausgabe ihrer Parolen die Gefolgschaft der Massen sicher sein konnten.

Das Militär benutzte die ihm von Ebert gegebenen Vollmachten sofort. Gegen Mittag kam es in dem südöstlichen Arbeitervorort Adlershof zwischen zeitfreiwilligen Studenten, die die Benzinwerke Adlershof besetzt hielten, und Arbeitern zu einem Kampf, den die Arbeiter nach drei Stunden für sich entschieden. Zur Vorgehung erschien am Nachmittag Militär mit Artillerie und einem gepanzerten Zug. Die bewaffneten Arbeiter verteidigten den Ort verzweifelt, konnten sich aber schon wegen ihrer waffentechnischen Unterlegenheit (sie hatten außer Gewehren nur 4 Maschinengewehre) nicht halten. Nach der Einnahme des Ortes stieß das Militär standrechtlich 24 Personen.⁶⁸ — Am folgenden Tage besetzte Militär das benachbarte Köpenick. Hier hatte eine Arbeiterwehr, die sich während des Kapp-Putsches gebildet hatte, eine anrückende Hakenkreuztruppe siegreich zurückgeschlagen. Die Zeitfreiwilligen-Eskadron, die nun Vergeltung nehmen wollte, fand keinen Widerstand: der Köpenicker Stadtverordnete Futran (USP) hatte in der Meinung, man habe verfassungstreues Militär vor sich, die Führer der Arbeiterwehr überredet, die Waffen niederzulegen. Die Truppe erkrankte nach dem Einzug ein Standgericht. Zwölf Personen, unter ihnen Futran, wurden zum Tode verurteilt und erschossen.⁶⁹

Wenn diese Vorgänge auch nicht sogleich der ganzen Berliner Arbeiterschaft bekannt wurden, so war doch etwas anderes Ursache allgemeiner Beunruhigung: die Tatsache, daß die Marinebrigade Ehrhardt keineswegs, wie die offiziellen Behauptungen behaupteten, aus Berlin abgezogen war, sondern in Charlottenburg und Umgebung stand⁷⁰ und dort, wie ihr Kommandant sich ausdrückte, „stark und schneidig“ gegen jede Regung von Widerstand vorging.⁷¹ Erst am 21. März marschierte sie ins Militärlager Döberitz zurück,⁷² von wo aus sie den Kapp-Putsch gestartet hatte. Dort traten mit Genehmigung der Regierung starke Truppeneinheiten, die im vergangenen Jahr im Baltikum gegen die russische Rote Armee gekämpft hatten,⁷³ geschlossen in die Marinebrigade ein und erhöhten deren Stärke auf 5.000 Mann.⁷⁴ Zahlreiche Studenten und Offiziere meldeten sich zur Aufnahme in die Marinebrigade.⁷⁴

Das Vorgehen des Militärs gegen die Arbeiter stand in bemerkenswertem Gegensatz zum Verhalten der Reichswehrführung gegenüber den Putschisten. Hauptmann Pabst und Kapitänleutnant Ehrhardt gingen nach wie vor unbehelligt im Reichswehrministerium ein und aus. Am 20. März stellte Grzesinski, den die SPD als „Vertrauensmann der Arbeiterschaft“ ins Reichswehrministerium gesetzt hatte (s. oben Seite 97 f.), General v. Seekt zur Rede und verlangte die Verhaftung der beiden Putschführer. Seekt weigerte sich mit der Begründung, daß Ehrhardt

⁶⁷ Diese sogenannten „Baltikumer“ wurden wegen ihrer Brutalität und wilden Söldnermentalität besonders gefürchtet.

ihm sein Ehrenwort gegeben habe, nichts mehr gegen die Reichsregierung zu unternehmen. Daraufhin legte Grzesinski in der Erkenntnis seiner völligen Ohnmacht sein Amt als Kontrolleur des Reichswehrministeriums nieder.⁷⁵ In der Nacht zum 21. März kehrten Reichspräsident Ebert und die vorläufig noch in Stuttgart gebliebenen Minister der Reichsregierung nach Berlin zurück. Nachdem sie vom Stuttgarter Oberbürgermeister und Gemeinderat im Weinkeller des Rathauses verabschiedet worden waren — wobei Noske „wieder ganz munter“ wurde, wie ein Teilnehmer schrieb —, sprachen sie unterwegs im militärbestückten Sonderzug weiter dem Wein zu, den man ihnen mitgegeben hatte.⁷⁶ Das Regiment würde in Berlin, so sagte ihnen wohl ihr Gefühl, härter und schwieriger werden als in Stuttgart.

Die Fortsetzung des Generalstreiks entgegen den Aufrufen der Gewerkschaften rückte ein Gremium in den Mittelpunkt: die „Zentralstreikleitung von Groß-Berlin“. Sie war am Tage des Putsches zunächst allein von der USP gebildet worden, und zwar erstens von den Berliner Gewerkschaftsvorständen, zweitens vom Zentralkomitee der USP, drittens von der Reichszentrale für Betriebsräte, in der linke Unabhängige dominierten.⁷⁷ Verhandlungen über den Beitritt der KPD-Zentrale am folgenden Tag waren gescheitert, da die Zentralstreikleitung sich gewiegert hatte, die wichtigste Parole der KPD aufzunehmen: Wahl politischer Arbeiterräte in den Betrieben, Führung des Kampfes durch diese Arbeiterräte. Die Begründung der Zentralstreikleitung: damit würde die Parteiführung ausgeschaltet. Drei Tage später (17. März) hatte die Zentralstreikleitung in dieser Frage nachgegeben; die KPD-Zentrale war ihr beigetreten, und am 18. März hatte man begonnen, die Wahl von Arbeiterräten zu organisieren.⁷⁸

Am 20. März schlossen sich die Berliner Gewerkschaftsvorstände, wie wir sahen, widerstrebend dem Beschluß von ADGB, AFA und DBB an, den Generalstreik abzubrechen. Daraufhin kam es in der Zentralstreikleitung, in der die Gewerkschaftsvorstände vertreten waren, zu heftigen Auseinandersetzungen. Die Betriebsrätezentrale (linke USP) und die KPD-Zentrale waren für Fortsetzung des Generalstreiks, während das Zentralkomitee der USP in sich gespalten war. In den Auseinandersetzungen war den Befürwortern einer Fortsetzung des Generalstreiks klar, daß es ihnen bei ihrer eigenen organisatorischen Schwäche und der organisatorischen Stärke der Gewerkschaften „bestenfalls . . . gelingen konnte, den Kampf noch einige Tage gegen die . . . Gewerkschaftsbürokratie fortzuführen, daß aber von einer Steigerung der Bewegung, wenigstens in Berlin, keine Rede mehr sein konnte“. Das noch Mögliche, so meinten sie, ermuntert durch die Fortsetzung des Streiks durch die Arbeiter, müsse immerhin versucht werden. So beschloß die Mehrheit der Zentralstreikleitung, den Generalstreik weiterzuführen.⁷⁹ In 22 öffentlichen Versammlungen am Nachmittag gab die Zentralstreikleitung den Arbeitern diese Parole bekannt und forderte sie gleichzeitig auf, politische Arbeiterräte zu wählen.⁸⁰

Wieweit die Parole der Zentralstreikleitung aufgenommen wurde, ließ sich am folgenden Tag noch nicht feststellen: der 21. März war ein Sonntag. Doch die Diskussionen in der Zentralstreikleitung gingen weiter. Drei Delegierte des Voll-

rats Essen trafen ein und berichteten von der drohenden Lebensmittelkatastrophe im Ruhrgebiet (s. oben Seite 26). Im Zentralkomitee der USP erklärten sich daraufhin Crispian und Hilferding, die tags zuvor noch für den Abbruch des Generalstreiks gesprochen hatten, für dessen Fortsetzung.⁸¹ In der Zentralstreikleitung wurde die Frage diskutiert, mit wem man wegen Lebensmittelzufuhren für das Ruhrgebiet verhandeln könne. Kaum hatte man sich auf Legten als die Schlüsselfigur der augenblicklichen Machtkonstellation geeinigt, erklärte Däumig die Diskussion für überflüssig, da Legten bei Aufnahme von Verhandlungen erneut die Bildung einer neuen Regierung anbieten würde. Die vier KPD-Vertreter in der Zentralstreikleitung erfuhren zu ihrem Erstaunen, daß Legten bereits vor einigen Tagen der USP ein derartiges Angebot gemacht und daß Däumig, wie er sich jetzt rühmte, die Aufnahme von Verhandlungen durch die Drohung, er werde aus der Partei austreten, blockiert hatte.

Die nun einsetzende Diskussion zeigte zwei fundamentale Schwächen der damaligen deutschen Arbeiterbewegung: die Existenz rivalisierender Organisationen, und deren Lähmung durch verfestigte Fraktionsbildungen. Pieck (KPD): Er müsse das Verhalten Däumigs tadeln. „Er könne ja verstehen, daß der Flügel der USP, der sich zur Diktatur des Proletariats bekenne, die Beteiligung an einer solchen Regierung ablehne. Aber der rechte Flügel der USP stehe doch auf einem anderen Boden. Darum halte er es für falsch, daß die Linken das Zustandekommen einer Zwischenregierung verhindern.“ Neumann (USP): Ist die KPD bereit, „sich an einer eventuell zu bildenden Regierung zu beteiligen“? Pieck: Seine persönliche Meinung sei, „daß die KPD aus prinzipiellen Gründen ablehnen müsse“. Neumann: „Also die KPD will sich bei einem solchen Experiment nicht die Finger verbrennen. Sie möchte aber gern die USP in eine Regierung mit den Gewerkschaften hineinbugstieren. Dann wäre freilich die KPD kein Heraus. Sie würde nur auf die Gelegenheit lauern und dann immer feste drauf — auf die USP!“⁸² — In der Tat: was Pieck für die KPD ablehnte, dazu suchte er die USP zu drängen — nach dem Motto: und was sie ist, das wage sie zu scheinen!⁸³ Mit Recht fragte später ein Kritiker innerhalb der KPD: „bleibt das nicht in Wirklichkeit, dieser Partei zu sagen: Du bist nun schon mal eine Hure, also prostituiere Dich weiter, damit wir selber unsere Jungfräulichkeit behalten können!“⁸⁴

Walcher (KPD) versuchte, Piecks Stellungnahme zu begründen. Es bestehe keine Möglichkeit, stellte er fest, „den Kampf nicht nur gegen die Gewerkschaften, sondern auch gegen einen sehr einflußreichen Teil der USP weiterzuführen und noch zu steigern“. Jedoch habe „der jetzige gewaltige Kampf . . . eine mächtige Verschiebung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zugunsten des Proletariats gebracht“. In dieser Lage habe die Streikleitung „die Pflicht, namentlich in der Frage der Entwaffnung der Bourgeoisie und der Bewaffnung der Arbeiter das Äußerste an realen Erfolgen herauszuholen“; das könne mit einer Regierung geschehen, „die ihr Mandat auf Grund des Generalstreiks erhalte und die sich wohl oder übel auf ein Regierungsprogramm im Sinne der Arbeiter festlegen müsse“. Walcher fuhr fort:

„Man dürfe sich freilich über eine solche Regierung keine Illusionen machen, sie

werde nichts Durchgreifendes für die Arbeiterschaft tun. Aber es bedeute in einer Zeit, wo die Bourgeoisie desorganisiert, mehr als 100.000 Arbeiter im Reich bewaffnet und die gesamte Arbeiterklasse . . . mit gesteigertem Machtbewußtsein erfüllt sei, schon sehr viel, wenn eine Regierung bestehe, die es in der entscheidenden ersten Zeit nicht wagen könne, offen gegen die Arbeiterklasse vorzugehen. Er wolle aber auch ganz offen aussprechen, daß sich die Kommunisten durchaus klar darüber seien, daß diese Regierung je länger je mehr in Gegensatz zur Arbeiterklasse kommen und schließlich unverhüllt im Lager der Konterrevolution stehen werde . . . Weil die 'rein sozialistische Regierung' nicht das Ziel der Arbeiterklasse, sondern nur eine Etappe auf dem Wege zur Räterepublik bilde, und zwar eine Etappe, die nicht gradlinig, sondern nur im dialektischen Sinne zur Räterepublik führe, sei es doch wohl klar, daß die Kommunisten nicht in eine solche Regierung eintreten könnten. Die KPD müsse vielmehr in der Arbeiterklasse den Kern bilden, um den sich alles gruppieren könne, was durch den praktischen Anschauungsunterricht einer solchen Regierung von der bürgerlichen Demokratie enträuscht, über das gegebene Stadium hinaus zur Räterepublik strebe." Die anwesenden Unabhängigen müßten diese Haltung der KPD verstehen. „Jawohl, die Unabhängige Partei werde aller Voraussicht nach an diesem Experiment zerschellen. Aber die Unabhängigen werden nur sterben, um als Kommunisten wieder aufzuerstehen! Ihr habt heute zu entscheiden. . . , ob Ihr die Revolution über Eure Partei stellt, ob Ihr damit einverstanden seid, daß Eure Partei stirbt, auf daß die Revolution lebe!“

Die USP-Vertreter erklärten, Regierungsverhandlungen mit den Gewerkschaftspitzen nicht mehr verhindern zu wollen, und forderten nur noch eine verbindliche Stellungnahme der KPD-Zentrale.⁸⁵ Wie berechtigt dieses Verlangen war, zeigte sich sofort. In der KPD-Zentrale kam es zu äußerst scharfen Kontroversen, die bis zum übernächsten Morgen dauerten. Zunächst fand sich eine knappe Mehrheit gegen den Standpunkt von Pieck und Walcher. Sie erklärte gegenüber der Zentralstreikleitung, die KPD-Zentrale habe „den Vorschlag“ einer ADGB-USP-Regierung „nicht veranlaßt“, und nach ihrer Ansicht habe über „die Bildung der neuen Regierung . . . allein der Arbeiterrat und endgültig der Rätekongreß zu entscheiden“. Dann bildete sich eine ebenso knappe Mehrheit nach der anderen Seite. Ihre Erklärung lautete im Schlußteil:

„Die KPD sieht in der Bildung einer sozialistischen Regierung unter Ausschluß von bürgerlich-kapitalistischen Parteien einen erwünschten Zustand für die Selbsttätigung der proletarischen Massen und ihr Heranreifen für die Ausübung der proletarischen Diktatur. Sie wird gegenüber der Regierung eine loyale Opposition treiben, solange diese Regierung die Garantien für die politische Betätigung der Arbeiterschaft gewährt, solange sie die bürgerliche Konterrevolution mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft und die soziale und organisatorische Kräftigung der Arbeiterschaft nicht hemmen wird. — Unter loyaler Opposition verstehen wir: Keine Vorbereitung zum gewaltsamen Umsturz, bei selbstverständlicher Freilich der politischen Agitation der Partei für ihre Ziele und Lösungen.“⁸⁶

Daß diese Erklärung nur gegen hartnäckigen Widerstand angenommen worden war und daß die Opponenten in ihr eine opportunistische Entgleisung und eine Schwächung des proletarischen Kampfes erblickten, konnte die koalitionsbereiten Teile der USP natürlich nicht ermutigen.

Am Montag, dem 22. März, blieben die Arbeiter noch immer den Betrieben fern.⁸⁷ Wie recht sie hatten, zeigte wiederum das Vorgehen des Militärs, diesmal gegen einen Arbeitervorort im Nordwesten der Stadt. Um 8 Uhr stieß eine Einheit von „Baltikumern“ aus dem Militärlager Döberitz gegen Hennigsdorf vor; der Ort wurde von einer 450 Mann starken Arbeiterwehr unter Führung eines verfassungstreuen ehemaligen Offiziers verteidigt, die sich ihre Waffen teils von Einwohnerwehren der Umgebung geholt, teils vom Spandauer Magistrat zugeschiedt erhalten hatte. Nach Artillerievorbereitung griff die Truppe an — wie die Infanterie von 1914⁸⁸, berichtete der Kommandant. Nach der Eroberung des Ortes wurde Haus für Haus durchsucht. Die Arbeiter hatten 38 Tote, darunter 15, die nach dem Kampf erschossen worden waren.⁸⁹ Auf dem Rückmarsch traf das Militär in Spandau auf einen Demonstrationenzug, feuerte auf ihn und tötete zehn Demonstranten.⁹⁰ — Am selben Tag verhaftete die Sipo im Arbeitervorort Kreuzberg zahlreiche Personen und transportierte sie ins Militärlager Döberitz. Die Marinebrigade Ehrhardt nahm an ihnen Rache für den mißlungenen Putsch: mit Reitpfeischen und Stöcken wurden sie durch ein Spalier von Soldaten getrieben; einer der Gefangenen brach blutüberströmt zusammen. Als Gefängnis, in das sie tagelang eingesperrt wurden, diente ein Pferdestall.⁹¹ Die Fortsetzung des Generalstreiks am kritischen Beginn der neuen Woche wurde von Regierung, Regierungsparteien und Gewerkschaften als Sturmsignal verstanden. Das erste Ergebnis war die Entlassung Noskes. Noske war aus Stuttgart in gefestigter Position zurückgekehrt. Ebert, die Fraktionen der DDP und des Zentrums sowie verschiedene Kommandeure der Reichswehr (u. a. in Münster) hatten sich dafür ausgesprochen, daß er sein Amt weiterführe; die SPD-Fraktion, teilweise geneigt ihn abzulösen, hatte keinen Nachfolger gefunden und schließlich Noske ebenfalls gebeten, im Amt zu bleiben.⁹² Die SPD-Führer in Berlin, die erkannten hatten, daß bei einem Verbleib Noskes die Arbeiterschaft nicht zu beruhigen sein würde, hatten beim Reichskanzler nach dessen Rückkehr aus Stuttgart zunächst nichts erreicht.⁹³ Doch die Entscheidung der Frage, das zeigte die Fortsetzung des Generalstreiks, duldeten keinen weiteren Aufschub. Wels, Parteivorsitzender der SPD, und Legien forderten von Ebert die Entlassung Noskes. Ebert weigerte sich und drohte mit seinem Rücktritt vom Amt des Reichspräsidenten. Wels konterte, der Parteivorstand werde einen außerordentlichen Parteitag einberufen und auf diesem die Vorstandsämter niederlegen. Dann müsse Noske die Führung der Partei übernehmen, und es sei wohl sicher, daß dies den Zusammenbruch der SPD bedeuten würde: nur ein kleiner Teil der sozialdemokratischen Arbeiterschaft würde Noske folgen. Ebert gab nach.⁹⁴

Auch der ADGB-Vorstand war über die Fortsetzung des Generalstreiks beunruhigt — daß Legien mit Wels zu Ebert gegangen war, beweist es —, wobei ihm klar gewesen sein dürfte, daß die Entlassung Noskes allein das Problem noch

keineswegs lösen würde. Bevor er jedoch eine Initiative entwickelte, meldeten sich bereits bei ihm Vertreter des USP-Zentralkomitees und der örtlichen Berliner Gewerkschaftsvorstände. Sie erklärten, sie hätten „die bündigsten Beweise“, daß das 8-Punkte-Abkommen vom Militär gebrochen worden sei: „die Truppen seien nicht zurückgezogen, in den Vororten fänden schwere Kämpfe statt“. Außerdem entwickelten sie sich im Ruhrgebiet für die Arbeiterschaft eine äußerst gefährliche Situation. Als Ergebnis der Diskussionen in der Zentralstreikleitung schlugen sie vor: 1. Bildung einer ADGB-USP-Regierung, 2. Bewaffnung der Arbeiterschaft als wichtigstes Ziel der neuen Regierung. In längerem Verhandlungen konnte der ADGB-Vorstand beide Punkte verwässern. Zum einen wollte er auch nichtsozialistische Gewerkschaftsführer in die Regierung aufnehmen, um deren parlamentarische Basis zu verbreitern; das wurde von den Unabhängigen unter der Bedingung angesetzt, daß diese Gewerkschaftsvertreter nicht an die bürgerlichen Parteifraktionen, aus denen sie kämen, gebunden sein dürften. Den zweiten Punkt schraubte der ADGB-Vorstand auf den Rahmen des 8-Punkte-Abkommens zurück: keine ausschließliche Bewaffnung des Proletariats, sondern „schleunige Einordnung organisierter Arbeiter“ in die Sipo.⁹⁴

Um 14.30 Uhr konferierten Vertreter der Gewerkschaften, der USP und der SPD mit Reichskanzler Bauer. Legien forderte Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteien über die Bildung einer „Arbeiterregierung“, die Entfernung von Militär und Sipo aus Berlin sowie deren Säuberung von Putschisten. Crispian (USP) skizzierte das Programm einer „Arbeiterregierung“, erklärte jedoch, mit deren Bildung habe seine Partei „keine besondere Eile“ — „die Verhältnisse entwickeln sich von selbst in unserem Sinne“. (Hier zeigte sich der Pferdefuß, der in der Empfehlung der KPD an die USP, ja im Verhältnis von KPD und USP überhaupt steckte: die rechten USP-Führer hatten „keine besondere Eile“, sich im Bündnis mit den Gewerkschaftsführern zu kompromittieren.) Hilferding (USP) betonte, daß die Forderungen der Arbeiter „bisher in rechtsverbindlicher Weise nicht angenommen“ worden seien. — Schließlich sicherte Reichskanzler Bauer für seine Person zu:

1. Rückzug der Reichswehr aus Berlin, nur das Regierungsviertel solle besetzt bleiben;
2. Ergänzung der Sipo durch Arbeiter;
3. Verhandlungen mit den Fraktionen der SPD, der DDP und des Zentrums über die Bildung einer „Arbeiterregierung“;
4. Aufhebung des verschärften Belagerungszustands in Berlin.⁹⁵

In einer anschließenden Kabinettsitzung legte Bauer die vier Punkte vor und erläuterte, Punkt 1, 2 und 4 seien die Bedingungen, unter denen die Gewerkschaften den Generalstreik abbrechen würden, nicht jedoch Punkt 3, über den später verhandelt werden solle. Er sei für Annahme, um — wie er deutlich aussprach — „die Mehrheitssozialisten von den übrigen Gewerkschaftlern abzusprenge[n], da man der einheitlichen Front nicht gewachsen sei“. Die erste Reaktion der Sitzung war ein einhelliger Aufschrei. Am schärfsten wurde General v. Seekt: Bauers „Umfall“ sei „unglaublich“, Bauer sei anscheinend körperlich fertig, er müte

„ein Harakiri zu“, er sei „wie Friedrich Wilhelm IV.“, wenn nicht schlimmmer“. So blieb in der Verhandlung von den vier Punkten nicht viel übrig. Zu Punkt 1, den Seekt zunächst als unannehmbar bezeichnet hatte, schlug Ebert als Kompromiß vor, die Truppen auf die Spreelinie zurückzuziehen (das bedeutete Freigabe der Arbeitervororte im Norden und Osten); damit war Seekt einverstanden. Punkt 2 wurde abgelehnt. DDP- und SPD-Minister, die in Punkt 3 — Bildung einer Arbeiterregierung — die Einführung der Räterepublik sahen, wurden von Bauer beschwichtigt, dieser Punkt sei „eine reine Formsache“ und diene nur der „Beruhigung nach links“. Ebert bezeichnete eine Koalition mit der USP als unmöglich — „unmöglicher noch“ als in der Revolutionszeit 1918, wo er eine solche Koalition „acht Wochen lang kennengelernt“ habe. Bauer erklärte, an der bürgerlichen Koalition festhalten zu wollen. Punkt 4 wurde von Bauer als notwendig bezeichnet, „nachdem mehrere mehrheitssozialistische Arbeiterführer erschossen“ worden seien. Ebert machte wiederum einen Kompromißvorschlag: man solle nur das Standrecht (also nicht die außerordentlichen Kriegsgerichte) aufheben. Seekt wollte auch das Standrecht retten — seine Aufhebung würde „als Schwächlichkeit angesehen werden, auch bei den Truppen“ —, blieb damit aber in der Minderheit.⁹⁶

Es paßte zum allmählich üblich werdenden Regierungsstil, daß Bauer den Arbeiterorganisationen nach der Kabinettsitzung mehr zusagte — und zwar „bindend“ —, als das Kabinett beschlossen hatte (also in bewußter Täuschungsabsicht):

1. Rückzug der Truppen auf die Spreelinie;
2. sofortige Aufhebung des verschärften Belagerungszustands;
3. kein Angriff auf „die bewaffneten Arbeiter, insbesondere im Ruhrrevier“;
4. Verhandlungen mit den Gewerkschaften über die Einreihung von Arbeitern in die preußische Sipo.⁹⁷

Davon deckte sich nur Punkt 1 mit den Kabinettschlüssen. Zu 2. war nur das Standrecht aufgehoben worden; ein Angriffsverzicht (Punkt 3) war überhaupt nicht diskutiert, geschweige beschlossen worden; zu 4. waren auch unverständliche Verhandlungen ausdrücklich abgelehnt worden.⁹⁸ Dieser Widerspruch zwischen den Zusagen Bauers und den Kabinettschlüssen war den USP- und Gewerkschaftsvertretern nicht bekannt.

Verhandlungen über die Bildung einer „Arbeiterregierung“ verliefen im Sande. Die SPD-Fraktion wollte diese Forderung, wenn überhaupt, nur in streng parlamentarischem Rahmen aufnehmen: da eine solche Regierung, erklärte sie, keine Mehrheit im Parlament haben würde, dürfe sie nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Fraktionen der DDP und des Zentrums gebildet werden. Das war der Aufbau eines Alibis, da starke Kräfte in der SPD gegen jedes Zusammengehen mit der USP waren. Die beiden bürgerlichen Fraktionen lehnten denn auch prompt ab.⁹⁹ Damit blieb die alte Parteienkoalition bestehen, womit zugleich so gut wie sicher war, daß das 8-Punkte-Abkommen nur Papier bleiben würde.

⁹⁴ Der König von Preußen, der während des Berliner Märzauflands 1848 wichtige Forderungen des Bürgertums zugestanden hatte.

Dieses Verfahren war aber nicht nur langwierig, es erschwerte vor allem die unmittelbare und einheitliche Willensbildung der Arbeiterschaft (zweistufiges Wahlverfahren; Aufsplitterung nach dem Berufsprinzip).¹⁰² Die SPD hatte sich grundsätzlich gegen die Wahl von Räten in den Betrieben erklärt,¹⁰³ und so waren fast nur Anhänger der USP und der KPD in der Generalversammlung vertreten. Der Hauptredner der USP, Däumig, bedauerte, daß die Mehrheit im Zentralkomitee der USP sich den Gewerkschaften angegeschlossen habe, und nannte den Aufruf zum Abbruch des Generalstreiks „einen schweren politischen Fehler“. Daran sei nun aber nichts mehr zu ändern, und man müsse sich auf die neue Situation einstellen. Beschließe die Generalversammlung die Fortsetzung des Generalstreiks, könne sie nur noch dessen „allmähliches Versickern“ erreichen. Deshalb und weil „die Berliner Arbeiterschaft ihre ungebrochene Kraft für den Augenblick aufsparen müsse, wo es gelte, dem bedrängten Ruhrgebiet zu Hilfe zu kommen“, empfehle er, jetzt die Arbeit wieder aufzunehmen, „mit der festen Entschlossenheit, sofort wieder im vollen Umfange den Kampf aufzunehmen, wenn es die Situation erfordere“. Pieck, der Vertreter der KPD-Zentrale, argumentierte ebenfalls vor allem im Hinblick auf den Kampf der Genossen im Ruhrgebiet, kam aber zu dem entgegengesetzten Schluß: man müsse versuchen, sagte er, trotz aller Widerstände den Generalstreik fortzusetzen. Die Generalversammlung beschloß mit knapper Mehrheit, den Generalstreik abzubrechen.¹⁰⁴

Am 24. März kehrte die Berliner Arbeiterschaft restlos wieder zur Arbeit zurück.¹⁰⁵ Nach dem Ende des Kapp-Putsches hatte sie den Generalstreik eine volle Woche fortgesetzt, um aus einer überaus günstigen Situation dauerhafte Verbesserungen ihrer Machtstellung herauszuholen. Das war nicht gelungen — einmal wegen der fehlerhaften Politik der USP- und der KPD-Führung, und dann weil der Generalstreik ohne Steigerung zum bewaffneten Kampf ein zu schwaches Druckmittel war. So hatten die reformistischen Gewerkschaftsführer ihre zentrale Stellung behaupten können. Das Ergebnis war das verwaschene 8-Punkte-Abkommen zwischen den Gewerkschaftsspitzen und einzelnen Vertretern der Regierungsparteien, und welche Wirkungen dieses Abkommen haben würde, blieb noch abzuwarten. Zweierlei nur hatte die Berliner Arbeiterschaft erreicht, als sie in die Betriebe zurückkehrte: sie hatte das planmäßige Vorgehen des Militärs gegen die Arbeitervororte gestoppt, und sie hatte das Standrecht beseitigt — dies allerdings nur in Groß-Berlin,¹⁰⁶ nicht in ganz Mittel-, Nord- und Ostdeutschland, wo der verschärfte Ausnahmezustand verhängt worden war. Das war wenig, allzu wenig nach einem mit so großer Ausdauer geführten Generalstreik.

*

Nach dieser Analyse der Auseinandersetzungen in Berlin geben wir einen Überblick über das Geschehen in den verschiedenen Regionen des Reiches.

So hatte der Vorstoß der USP, dem sich die Gewerkschaftsspitzen nach einigen Abstrichen angeschlossen hatten, nicht mehr eingebracht als die vier Zusagen des Reichskanzlers. Mit diesen Zusagen in der Hand wollten die Gewerkschaftsspitzen erneut zum Abbruch des Generalstreiks aufrufen, wobei sie wünschten, es diesmal zusammen mit der USP tun zu können. Vielleicht war dies auch das eigentliche Motiv gewesen, warum sie sich dem Vorstoß der USP angeschlossen hatten: die Fortsetzung des Generalstreiks hatte ihnen gezeigt, daß die Autorität der Gewerkschaften allein zur Beruhigung der Arbeiter nicht ausreichte. Im Zentralkomitee der USP änderten sich die Mehrheitsverhältnisse: erstmals fand sich eine Mehrheit für Abbruch des Generalstreiks. Sie war der Meinung, daß es keinen Sinn habe, gegen die Abbruchparolen der Gewerkschaften himmelstürmenden Widerstand zu leisten; einem langsamen Abbröckeln der Streikfront sei ein geschlossener Abbruch vorzuziehen, um die Kampfbereitschaft der Arbeiter zu erhalten und gegebenenfalls zu einem neuen Generalstreik aufzurufen. Die Mehrheit hielt es für möglich, einen erheblichen Teil des Proletariats weiterhin im Generalstreik zu halten, wenn die USP ausdrücklich dazu aufrufe. Wichtig war die Stellung der beiden Parteivorsitzenden: Crispian war der Auffassung der Mehrheit, Däumig der Minderheit. Däumig hätte nun verhindern können, daß Crispian im Namen des Zentralkomitees auftrat, doch verzichtete er darauf.¹⁰⁰ So kam um Mitternacht ein gemeinsamer Aufruf zum sofortigen Abbruch des Generalstreiks zustande, unterzeichnet vom ADGB, der AFA, den Berliner Gewerkschaftsvorständen, dem Zentralkomitee der USP und dem Parteivorstand der SPD. Er war auf doppelte Weise begründet. Zum einen wurden die verschiedenen Stellungnahmen zum 8-Punkte-Abkommen wiedergegeben: die Verhandlungspartner aus den Regierungsparteien hätten sich „verpflichtet“, für seine „Durchführung... in ihren Fraktionen einzutreten“; die SPD-Fraktion habe sich „geschlossen“ hinter es gestellt; der Vorstand der USP bezeichne es als sein Minimalprogramm. Zum andern wurden die 4 Punkte veröffentlicht, die Reichskanzler Bauer „bindend“ zugesagt habe. Der Aufruf schloß:

„Die unterzeichneten Gewerkschaften und Parteien verpflichten sich, falls die Forderungen der Regierung gebrochen werden, von neuem zusammenzutreten und über die erneute Aufnahme des Generalstreiks zu entscheiden.“¹⁰¹

Doch trotz des Aufrufs streikten auch am 23. März die Berliner Arbeiter zum überwiegenden Teil weiter — teils weil sie den windigen Versprechungen und unsicheren Aussichten des Aufrufs nicht trauten, teils weil sie die Entscheidung eines anderen Gremiums abwarten wollten: die „Generalversammlung der revolutionären Betriebsräte“ trat an diesem Tag zum ersten Mal zusammen. Die Wahl der Räte war, wie wir gesehen haben, von der KPD gegenüber der Zentralstreikleitung durchgesetzt worden (s. oben Seite 124). Daß es erst jetzt, fünf Tage nach dem Aufruf zur Wahl, zu dieser Zusammenkunft kam, lag an dem von Führern des linken USP-Flügels ausgearbeiteten Wahlsystem: die von den Betriebsbelegschaften gewählten Vertreter vereinigten sich nicht sofort zur Generalversammlung, sondern traten nach Industriegruppen (Wirtschaftszweigen) zusammen und wählten ihrerseits erst die Vertreter für die Generalversammlung.

3. Kapitel

Die Abwehrbewegung gegen den Kapp-Putsch in den verschiedenen Regionen des Reiches

1. Ostdeutschland

„Innerhalb von vier Tagen bricht der 'Kapp-Putsch' zusammen, vor allem weil die Reichswehr zum größten Teil loyal geblieben war.“

Oberstleutnant Freiherr v. Brand: Streifzug durch die deutsche Militär- und Kriegsgeschichte, in: Die Bundeswehr, 12. Jahrgang 1967, Nr. 6, S. 221

Die wichtigste Klasse, die hinter dem Putsch von Kapp und Lüttwitz stand, war die Klasse der „Junker“, d. h. der ostelbischen Großgrundbesitzer. In den ostelbischen Provinzen waren die Vorbereitungen des Putsches am weitesten gediehen, und hier fanden die Putschisten auch die größte und aktivste Unterstützung.

Die Herrschaft der Junker in diesen Provinzen war freilich nicht mehr unangefochten. Der Putsch selbst war ein Beweis dafür; er kann als verzweifeltes Sich-Aufbäumen gegen die sich vollziehende Entwicklung gedeutet werden. Seit dem Vordringen des Industriekapitals im 19. Jahrhundert hatte sich der Großgrundbesitz nur durch besonders krasse Ausbeutung der Landarbeiter halten können, deren Arbeitszeit z. B. war praktisch unbegrenzt. Diese Ausbeutung war durch ein spezielles Rechtssystem abgesichert: die „Gesindeordnung“, die die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Landarbeiter der unumschränkten Willkür ihrer Dienstherrschaft unterwarf. Kein Koalitions- und Streikrecht, Gefängnisstrafe bereits für Aufforderung zum Streik, eigene Gerichtsbarkeit des Gutsherrn — das waren einige ihrer wesentlichen Merkmale. In der Revolution von 1918 hatte die SPD-USP-Regierung in ihrem ersten grundlegenden Erlass die Gesindeordnung aufgehoben, und wenn viele Gutsherrn die Gesindeordnung auch weiterhin rechtswidrig praktizierten, so war doch seitdem den Landarbeitern erstmals die Möglichkeit gegeben, organisiert ihrer Ausbeutung Schranken zu setzen. Wie sehr sie davon Gebrauch machten, zeigte der starke Aufschwung des — von Sozialdemokraten geführten — Deutschen Landarbeiterverbandes. Die Gutsbesitzer antworteten auf doppelte Weise. Einmal gründeten sie als Gegengewicht den „Pommerschen Landbund“, später den überregionalen „Landbund“, eine Vereinigung der Gutsbesitzer und der nationaldenkenden, wirtschaftsfriedlichen Landarbeiter, die beanspruchte, eine Gewerkschaft zu sein und daher an Tarifverhandlungen beteiligt zu werden. Zum zweiten bewaffneten sie sich: sie legten auf ihren Gütern zahlreiche Waffenverstecke an, und darüber hinaus beschäftigten sich viele von ihnen, besonders in den Gegenden, wo die Landarbeiterbewegung stark war, eine Söldnergarde. Es handelte sich dabei um die Truppen, die im Baltikum gegen die russische Rote Armee und gegen die Letten gekämpft hatten

und die im Herbst 1919 auf den Druck der baltischen Mittelklassen einerseits, auf Verlangen der Westmächte andererseits nach Deutschland zurückgezogen und aufgelöst werden mußten. In vielen Fällen war die Auflösung nur ein Scheinakt: die ostelbischen Grundbesitzer legten Einheiten dieser berüchtigten „Baltikumer“ auf ihre Güter — die Offiziere als Gutsinspektoren, die Mannschaften als Arbeitskommandos deklariert. Allein in Pommern befanden sich nach Schätzung des Polizeipräsidenten von Stettin rund 4.000 Baltikumer. Beides, die Beschaffung von Waffen und die Unterbringung der Baltikumer auf den Gütern, machte den Gutsbesitzern bei der traditionellen Verfilzung von Grundbesitz, Verwaltungsbürokratie und Militär keinerlei Schwierigkeiten.¹

Die Landarbeiter hatten natürlich sofort heraus, welcher Art die „Arbeitskraftverstärkung“ war, die sie sich auf den Gütern breitmachte: besondere Arbeitslust legten die Baltikumer nicht an den Tag, benahmten sich sehr herausfordernd, hielten nachts Bürgerkriegsübungen ab und liefen zum Teil auch tagsüber mit ihren Waffen auf den Gütern herum. Bei freier Station erhielten sie 6 Mark pro Tag von den Gutsbesitzern, dazu vielerorts noch 5 Mark von der Reichswehr oder vom Landbund.² — Anfang März trat ein erheblicher Teil der mecklenburgischen und pommerschen Landarbeiter in einen einwöchigen Streik (für Pariferhöhungen und die Einführung des Achtstundentages). Die Baltikumer terrorisierten die Streikenden. Die Streikenden ihrerseits proklamierten vielerorts ein neues Kampfziel: Entfernung der Baltikumer von den Gütern.³

Kurze Zeit später kam der Putsch. Welche Bedeutung die ostelbischen Provinzen im Konzept der Putschisten hatten, sprach ein Offizier in Schwerin nach dem Putsch offen aus: „Im Besitz der Lebensmittelkammern Deutschlands“, sagte er, werde man die industrielle Arbeiterschaft zur Unterwerfung zwingen.⁴ Pläne in dieser Richtung waren von den Arbeiterparteien schon vor dem Putsch erkannt und überaus ernst genommen worden. So hatte der USP-Vorsitzende Crispian im Februar 1920 gegenüber einem französischen Sozialistenführer erklärt, die Junker würden augenblicklich „gern die USP dazu treiben, die Regierung zu übernehmen“; sie „würden dann sofort die Lebensmittelzufuhren zu den Städten einstellen“, um dann, wenn die USP durch eine Hungerkatastrophe hinweggefegt sei, selber die Macht zu übernehmen, sich als Retter in höchster Not aufzuspielen und die Arbeiterbewegung zu vernichten.⁵

Die Hoffnungen und Erwartungen der Putschisten wurden insofern voll erfüllt, als die Militärkommandanten in den ostelbischen Provinzen sich auf die Nachricht vom Umsturz in Berlin fast ausnahmslos auf ihre Seite stellten — sei es daß sie schon in die Putschvorbereitungen einbezogen waren, sei es daß sie sich mit der herrschenden Klasse ihres Befehlsbereichs einig wußten. Womit die Putschisten jedoch nicht gerechnet hatten, war der außerordentlich starke Widerstand, den die Landarbeiter in vielen Gegenden entfalteten. Die Revolution von 1918 war nahezu ausschließlich vom städtischen Proletariat getragen worden — das jetzt entstehende Kampfbündnis zwischen städtischem und ländlichem Proletariat zeigte, welch großen Fortschritt die revolutionäre Bewegung seitdem gemacht hatte.

Nur in *Ostpreußen* verlief der Putsch völlig reibungslos. Nicht nur der Wehrkreiscommandant von Königsberg, General v. Estorff, stellte sich mit seinen Unterbefehlshabern auf die Seite Kapps, sondern auch die Sipo und der größte Teil der staatlichen Bürokratie mit dem sozialdemokratischen Oberpräsidenten Winnig an der Spitze. Winnig, ein ehemaliger Gewerkschaftsführer, hatte seit langem in der SPD einen extremen Nationalismus vertreten, und schon seit Beginn seiner Tätigkeit in Ostpreußen (ab Anfang 1919) hatte er sich völlig den Kräften der Reaktion angepaßt.⁶ Gegenwehr gegen die Putschisten gab es nicht. Ein Ausschub der Arbeiterorganisationen, der den Generalstreik proklamieren wollte, nahm davon Abstand, als Winnig erklärte, es sei keine leere Drohung gewesen, wenn General v. Estorff schärfste militärische Maßnahmen gegen Streiks angekündigt habe.⁷ Die SPD rief dazu auf, die Entwicklung im Reich abzuwarten: sie werde ergeben, ob die Putschisten „die Mehrheit des Volkes hinter sich haben und ihre Macht festhalten können“.⁸ Offenbar wollte die ostpreußische Sozialdemokratie das parlamentarische Mehrheitsprinzip noch in einem Augenblick hochhalten, in dem der Parlamentarismus selbst in Frage gestellt war. Natürlich nützte das Stillhalten nichts: in der Nacht nach dem Putsch wurden zahlreiche Führer der radikalen Linken nach vorbereiteten Listen verhaftet.⁹ Auf Befehl von General v. Lüttwitz errichtete v. Estorff am 17. März fünf außerordentliche Kriegsgerichte und verhängte das Standrecht.¹⁰ Auch die SPD wurde von den Unterdrückungsmaßnahmen der Putschisten getroffen. Ihre in Königsberg erscheinende Zeitung wurde von Estorff unter schärfste Zensur gestellt,¹¹ und der sozialdemokratische Polizeipräsident von Königsberg — ein Gegner des Putsches — konnte sich einer Verhaftung durch die Einwohnerwehr nur dadurch entziehen, daß er sich bei seinem Parteigenossen Winnig versteckte.¹² So konnten sich die Putschisten auch nach dem Ende Kapps noch halten.¹³ Erst am 21. März wurde Estorff von Seekt abgesetzt; zum Nachfolger ernannte Seekt General v. Dassel, Kommandant einer Reichswehr-Brigade in Tilsit. Dieser hatte sich ebenfalls für die Putschisten erklärt, doch das wurde in Berlin kurzerhand damit entschuldigt, daß er es auf Befehl v. Estorffs getan habe.¹⁴ Winnig wurde vom Amt suspendiert und von der SPD, die ihn als unerträgliche Belastung empfand, aus der Partei ausgeschlossen. Gleichzeitig mit Winnig schied der Kommandant der Sipo aus dem Dienst.¹⁵ Am realen Kräfteverhältnis änderte sich nur wenig; noch am 1. April befanden sich die von Estorff verhafteten Arbeiterführer in Haft.¹⁶ —

Ganz anders entwickelten sich die Verhältnisse in *Pommern* und *Mecklenburg*. Das Wehrkreiscommando hatte seinen Sitz in Stettin — anders als z. B. Münster) eine Stadt mit starkem Industrieproletariat und ausgeprägten Klassengegensätzen (bei der nächsten Reichstagswahl erhielten hier die SPD 20,6 %, die USP 28,6 %, die KPD 1,3 %, demgegenüber die DVP 32,9 % der Stimmen, während das Zentrum keine Rolle spielte).¹⁷ So traf der Wehrkreiscommandant General v. Bernuth, der sich für Kapp erklärte und scharf vorging (Übernahme der vollziehenden Gewalt, umfangreiche Straßensperrungen, Festnahme des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten), im Zentrum seiner Macht auf starken Widerstand. Die Arbeiter entwaffneten Polizeistationen, Militärpatrouillen, Kriegervereine; auch in den kleineren Orten der Umgebung wurden Entwaffnungsak-



tionen unternommen. Zentrum der so entstehenden Arbeiterwehr, die bald mehrere tausend Mann umfaßte, war die Vulkan-Werft. Die Arbeiter wurden stark, daß sie die Vororte vollständig beherrschten, ja, sie konnten die Truppen v. Bernuths — eine Reichswehr-Brigade sowie zeitfreiwillige Studenten aus Greifswald — soweit zurückdrängen, daß diese auch in der Innenstadt nur noch einige Straßenknotenpunkte und wichtige Gebäude kontrollierten. Eine Zeitung vorschrieb v. Bernuths für die Zeitungen, alle für die Putschisten ungünstigen Meldungen und Äußerungen zu unterlassen, machten die Arbeiter dadurch unwirksam, daß sie die Druckereien des SPD- und des USP-Blatts vor dem Zugriff des Militärs abschirmten. Mit mehreren Schiffen kontrollierten die Arbeiter auch die Hafeneinfahrt und ein großes Stück der Oder.¹⁸

Nach Kapps Kapitulation übernahm Oberpräsident Lippmann (DDP), der von Kapps Innenminister abgesetzt worden war,¹⁹ wieder sein Amt; seine wichtigste Aufgabe sah er darin, zwischen dem Aktionsausschuß der drei Arbeiterparteien und dem Militär zu vermitteln. Der Aktionsausschuß forderte Rücktritt v. Bernuths, Entwaffnung des Militärs, Übernahme des Sicherheitsdienstes durch bewaffnete Arbeiter gemeinsam mit der Sipo. v. Bernuth lehnte ab, zumal er soeben eine Truppenverstärkung erhalten hatte. Am nächsten Tage (18. März) versuchte er, die Arbeiter zurückzudrängen. Doch ein gepanzertes Zug des Militärs wurde im Arbeitervorort Bredow von der Arbeitern zurückgeschlagen, dagegen verliefen Kämpfe in der Umgebung der Stadt nicht durchweg erfolgreich für die Arbeiter. Am 19. März forderte Vizekanzler Schiffer durch Lippmann die Stettiner Arbeiter ultimativ zur Unterwerfung auf: Abgabe aller Waffen, Rückgabe der eroberten Lastwagen und Schiffe, Beseitigung der Straßensperren usw. Danach werde die Reichsregierung die Verhältnisse in Stettin untersuchen, die „berechtigten Forderungen der Arbeiter erfüllen“ und die in den Putsch verwickelten bestrafen. Die Arbeiter antworteten mit dem Bau von Barrikaden. Lippmann erreichte vom Militär zweimal einen Aufschub des Angriffstermins. Dann traf abends die Nachricht ein, Seeckt habe Bernuth abgesetzt.²⁰ Gleichzeitig ordnete Seeckt an, die in die Stadt vorgeschobenen Truppen zurückzunehmen; Lippmann hatte ihn überzeugt, daß die Arbeiter zu stark waren, als daß ihre Entwaffnung erzwungen werden konnte.²¹ Als Gegenleistung erreichte Lippmann von der Mehrheit des Aktionsausschusses, daß dieser die Arbeiter zur Niederlegung der Waffen aufrief. Die Wiederaufnahme der Arbeit zu Beginn der neuen Woche schien bereits so gut wie sicher.²²

Doch kaum hatten die bewaffneten Arbeiter ihre Stellungen geräumt, ging das Militär zur Offensive über: am Morgen des 21. März verhängte der neue Wehrkreiskommandant, General v. Berendt, über Pommern den verschärften Ausnahmezustand (auf Grund der Ausnahmeverordnung Schiffers und Seeckts, s. oben Seite 102) und ließ in Stettin seine Truppen nach allen Seiten vorrücken. Die Arbeiter antworteten mit der Verschärfung des Generalstreiks (Ausdehnung auf die lebenswichtigen Betriebe) und stellten dabei folgende Forderungen — und zwar für ganz Pommern — auf: die 9 Berliner Gewerkschaftsforderungen ab „Minimalprogramm“, ferner Bezahlung der Streiktage, Ersatz aller beim Kampf gegen den Putsch entstandenen Kosten aus der Staatskasse, Straffreiheit, Frei-

lassung der politischen Gefangenen und Amnestie, Aufhebung des Ausnahmezustands.²³

Die erneute Zuspitzung veranlaßte die Regierung in Berlin, einen Sonderbeauftragten nach Stettin zu entsenden: denselben Grzesinski, der soeben als SPD-Kontrollleur im Reichswehrministerium gescheitert war. Grzesinski, der am 22. März mit einem Militärflugzeug herangeflogen wurde, gewann den — zutreffenden — Eindruck, alle Militärs in Pommern seien „mit verhältnismäßig wenigen Ausnahmen reaktionär bis auf die Knochen“. Verhandlungen unter seiner Leitung begannen am Nachmittag. Inzwischen hatte das Militär die Arbeiterviertel von Stettin und die Vulkan-Werft besetzt, und entsprechend mager fiel das Verhandlungsergebnis für die Arbeiter, die nur noch den Generalstreik in die Waagschale zu werfen hatten, aus. Alle ihre Forderungen wurden nur mit Einschränkungen zugestanden. Der Lohnausfall für die Streiktage sollte in den staatlichen und städtischen Betrieben gezahlt werden; die privaten Betriebe dagegen, so erklärte Grzesinski, könnten dazu vom Staat nicht gezwungen werden. Den Gewerkschaften sollten die Kosten erstattet werden, die „ihnen durch die Führung des Kampfes für die verfassungsmäßige Regierung entstanden“ seien (Druck von Flugblättern usw.) — eine Formel, die auslegungsfähig war. Straffreiheit wurde ebenfalls nur für Handlungen im „Kampf für die verfassungsmäßige Regierung“ zugestanden. Freigelassen werden sollten alle seit der Putschmacht verhafteten und alle seit der Verhängung des einfachen Ausnahmezustandes (Mitte Januar) in Schutzhaft genommenen Personen; die politischen Gefangenen dagegen, die bereits seit dem Sieg der Konterrevolution 1918/19 in den Gefängnissen und Zuchthäusern saßen, sollten vom Aktionsausschuß in einer schriftlichen Liste aufgeführt werden, Grzesinski wollte diese dann prüfen „und geeignete Fälle zur Begnadigung empfehlen“. Der verschärfte Ausnahmezustand sollte in Stettin sofort aufgehoben werden; im übrigen Pommern „überall da, wo die Regierungspräsidenten die Aufhebung für notwendig halten und General v. Berendt sich von der Notwendigkeit der Aufhebung überzeugt hat“. Wegen des einfachen Ausnahmezustands versprach Grzesinski bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, „damit diese abald prüft, ob nicht die Voraussetzungen für seine Aufhebung gegeben sind“. — Der SPD- und der USP-Vertreter des Aktionsausschusses bezeichneten diese Zugeständnisse als ausreichend, um den Vertrauensmännern der Arbeiterschaft den Abbruch des Generalstreiks empfehlen zu können; der KPD-Vertreter Schulz dagegen gab zu Protokoll, „dazu nicht in der Lage zu sein“.²⁴ — In der Versammlung der Vertrauensmänner am 23. März begründete Schulz seine Haltung: Ein Abbruch des Generalstreiks, sagte er, „würde reaktionäre Söldnerscharen für den Kampf gegen unsere Brüder in den Industriegebieten freimachen“. Ein Drittel der Versammlung stellte sich ebenfalls auf diesen Standpunkt; die Mehrheit dagegen beschloß, die Arbeit am übernächsten Tage wieder aufzunehmen.²⁵

In der pommerschen Universitätsstadt Greifswald verstärkte der Stadtkommandant v. Hammerstein — ebenfalls ein Kappist — seine Truppe durch zahlreiche Zeitfreiwillige: drei von fünf Studenten meldeten sich zu den Waffen. Einen Teil der Zeitfreiwilligen konnte Hammerstein nach Stettin und Swinemünde abgeben, die die Arbeiterschaft in Greifswald nur sehr langsam in Bewegung kam. Erst

am 17. März wurde ein Aktionsausschuß gebildet, am 18. März begann der Streik und weitete sich erst am folgenden Tage zum Generalstreik aus. Als Ziele wurden in der ersten Streikversammlung artikuliert: Entwaffnung und Entlassung der Zeitfreiwilligen; Auflösung der Einwohnerwehr; Bildung einer Arbeiterwehr; Freilassung der politischen Gefangenen.²⁸ Fortgeschrittener waren die Landarbeiter in den Kleinstädten und Dörfern der Baltikumer und Gutsbesitzer neten am 18./19. März in zahlreichen Aktionen die Baltikumer und Gutsbesitzer und hoben Waffenlager aus; sie zerschnitten die Telefondrähte, um den Gutsbesitzern die Verbindung zur Stadt zu nehmen, und sie verhängten über die Gutsbesitzer und ihren Anhang ein Bewegungsverbot über die Gutsgrenzen hinaus.²⁹ So konnten am 20. März etwa 400 bewaffnete Landarbeiter in Brünzow (Landkreis Greifswald) eine Zeitfreiwilligen-Einheit, die aus Greifswald anrückte, stoppen, umzingeln und nach Kampf zur Kapitulation zwingen. Um Großmut zu beweisen, ließen die Führer der Landarbeiter die Zeitfreiwilligen anschließend mit ihren Waffen abziehen.³⁰ Am nächsten Tag besetzten Zeitfreiwillige das für die Versorgung Greifswalds wichtige Wasserwerk Diedrichshagen. Ein Versuch der Landarbeiter, sie dort zu vertreiben, scheiterte.³¹ Das war die letzte bewaffnete Auseinandersetzung in dieser Gegend. Der Generalstreik dagegen wurde noch längere Zeit fortgesetzt.³²

Systematische Entwaffnungsaktionen unternahmen die Landarbeiter auch in den Kreisen Randow und Ückermünde, und zwar unmittelbar als Antwort auf den Putsch in Berlin, also früher als im Landkreis Greifswald. Militär aus den benachbarten Städten, das sie dabei zu stören versuchte, war wenig erfolgreich.³³ Im Kreis Ückermünde beteiligte sich auch die Arbeiterschaft der Industriestadt Torgelow, in der kein Militär lag, an den Entwaffnungsaktionen bei Einwohnern, Unternehmern, Polizisten, Gutsbesitzern, Förstern usw.³² Am 17. März schlugen die Arbeiter bei Torgelow anrückende Reichswehr aus Pasewalk.³³ Am 20. März bekräftigten Land- und Industriearbeiter ihr Kampfbündnis durch eine mehrtausendköpfige gemeinsame Demonstration, die aus dem Kreis Ücker münde in Torgelow zusammenströmte.³⁴

Von den pommerschen Städten sind noch Anklam und Belgard erwähnenswert. Die Arbeiterschaft von Anklam holte sich am Tage des Putsches die im ehemaligen Bezirkskommando liegenden Waffen und besetzte die wichtigsten Punkte der Stadt. Der Militärkommandant rief die auf den Gütern der Umgebung liegenden Baltikumer zu Hilfe; diese zogen vor die Stadt und verlangten Waffenabgabe der Arbeiter binnen 24 Stunden. Der sozialdemokratische Vorsitzende des Aktionsausschusses ließ sich einschüchtern und ordnete die Waffenabgabe an. So zogen die Baltikumer kampflös in die Stadt ein und holten sich die abgegebenen Waffen. Eine bürgerliche Einwohnerwehr wurde gebildet, so daß die Baltikumer nach drei Tagen wieder abziehen konnten.³⁵ Bei Belgard lag am Tage des Putsches eine Batterie schwerer Artillerie — die vielleicht einzige pommersche Reichswehreinheit, die nicht zu den Putschisten überging. Ihre vorgesetzten Stellen — sämtlich putschistisch — wollte diese Truppe durch Abtransport unschädlich machen; die Batterie marschierte jedoch eigenmächtig nach Belgard und schlug im Bündnis mit den Arbeitern die in der Stadt liegenden Truppen der Putschisten. Bald zogen

starke Putschistenruppen mit Artillerie vor der Stadt auf und verlangten ultimativ die Übergabe. Die Verteidiger der Stadt leisteten keinen Widerstand; die Batterie zog ab, wurde umstellt und entwaffnet. Die Sieger terrorisierten die Arbeiter und die Truppe, die es gewagt hatte, mit den Arbeitern gemeinsame Sache zu machen.³⁶

Am 24. März war Pommern wieder ruhig. Nur in Greifswald und Stralsund wurde der Generalstreik noch fortgesetzt.³⁷ —

Ein höherer Grad als in Pommern erreichten die Klassenauseinandersetzungen in Mecklenburg, genauer: in den beiden Freistaaten Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz (so genannt nach den beiden Hauptstädten). Zentrale des Militärs war Schwerin, wo Hauptmasse und Stab der Reichswehrbrigade 9 unter Führung von General v. Lettow-Vorbeck lagen. Dieser General, der auch heute noch in westdeutschen Schulbüchern und Lexika als „listenreicher“ und erfolgreicher Feldherr von Deutsch-Ostafrika verherrlicht wird, hatte sich 1919 bei der Unterdrückung der Hamburger Arbeiterschaft ausgezeichnet³⁸ und setzte jetzt alles daran, der Sache der Putschisten zum Siege zu verhelfen. Die aus Berlin kommenden Befehle führte er sofort aus: Forderung an die SPD-DDP-Regierungen der beiden Freistaaten, sich binnen zwei Stunden der Putschregierung in Berlin zu unterstellen; Verhaftung der Regierungen („Schutzhaft“) im Falle der Weigerung; außerdem Festnahme der verfassungstreuen Polizeichefs der beiden Staaten. Das Ergebnis sah so aus: Die Regierungen kapitulierten in je verschiedener Form. Die Regierung von Mecklenburg-Schwerin weigerte sich, die geforderte Erklärung abzugeben, und wurde verhaftet, wies aber die — überwiegend sozialdemokratisch orientierten — Arbeiter ab, als diese den Kampf für sie aufnehmen wollten, und dankte ab. Lettow-Vorbeck beauftragte einen deutschnationalen Junker mit der Neubildung der Regierung. Die Regierung von Mecklenburg-Strelitz — wohlgemerkt: eine SPD-DDP-Regierung — erkannte die Kapp-Regierung an, vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags. Der Landtag kam nicht über Abwarte-Beschlüsse hinaus, obwohl der Polizeichef des Landes von Truppen Lettow-Vorbecks bereits festgenommen und nach Berlin transportiert worden war. Der Polizeichef von Mecklenburg-Schwerin, Oberst Lange, konnte dagegen seinen Hilichern entgehen.³⁹

Dieser letztere Umstand bereitete Lettow-Vorbeck erhebliches Kopfzerbrechen. Lange zog nämlich fast die gesamte Landespolizei (Sipo) nach Schwerin, und da die Sipo unter seinem Kommando zur alten Regierung stand, fühlte sich Lettow-Vorbeck gezwungen, ebenfalls fast alle seine Truppen in Schwerin zu konzentrieren.⁴⁰ Dadurch wurden vor allem die Hafenstädte Rostock und Wismar weitgehend von Militär entblößt; in Rostock blieben nur die zeitfreiwilligen Studenten der Universität, in Wismar eine Reichswehrkompanie zurück. So hatten es die Arbeiter der beiden Städte verhältnismäßig leicht, Entwaffnungsaktionen in der Umgebung durchzuführen, und zwar nicht allein: da beide Städte nämlich Zentren der Landarbeitbewegung waren, wurden die Entwaffnungsaktionen von Industrie- und Landarbeitern gemeinsam oder mindestens parallel durchgeführt, und es kam zu einem festen Bündnis zwischen ihnen. Die sich bildenden Arbeiterwehren schlossen in Rostock die Zeitfreiwilligen, in Wismar die Reichswehrkom-

panie mit einem Belagerungsring in ihren Kasernen ein. Einen Sturm auf die Kasernen unternahmen sie nicht.⁴¹ Dies war übrigens die Regel in der Abwehrbewegung gegen den Kapp-Putsch: Kasernen oder sonstige Rückzugspositionen des Gegners wurden eingeschlossen und belagert, nicht jedoch angegriffen.* So wurden starke Kräfte der Arbeiter gebunden, und früher oder später konnten die eingeschlossenen Truppen, von außen befreit, wieder an der Unterdrückung der Arbeiter teilnehmen.

Auch in Schwerin war das Militär zunächst in die Defensive gedrängt — nicht nur weil die Sipo-Führung sich gegen den Putsch stellte, sondern vor allem weil die Arbeiter in den Straßen demonstrierten und die Kasernen zu belagern begannen.⁴² General v. Lettow-Vorbeck hatte jedoch noch einen letzten Trumpf: das Freikorps Rosßbach. Dieses Freikorps hatte ebenfalls im Baltikum gekämpft; im Januar 1920 offiziell aufgelöst, hatte es sich auf verschiedene mecklenburgische Güter verteilt. Auch der Führungsstab unter Oberleutnant Rosßbach war besterhengeblieben; unter dem Namen „Tiergarten-Club“ getarnt hatte er sich in Berlin niedergelassen und hielt von da aus die Verbindung zu den einzelnen Einheiten des Freikorps aufrecht.⁴³ Nach dem Putsch in Berlin bat Lettow-Vorbeck Rosßbach telefonisch, sein Freikorps zu versammeln und dann in Schwerin einzumarschieren. Rosßbach führte diesen Auftrag in knapp zwei Tagen durch; beim Einmarsch in Schwerin schoß das 2.000 Mann starke Freikorps sofort in eine von dem Arsenal demonstrierende Menge, die dort Waffen forderte, und tötete dabei 15 Personen.⁴⁴

Anschließend setzte Lettow-Vorbeck das Freikorps nach Wismar in Marsch. Dazu gab er ihm die Todesstrafen-Verordnung Kapps vom 15. März gegen „Rädelführer“ und Streikposten mit (I, Seite 229). Diese Verordnung war zwar am 16. März in Berlin auf Druck des Großkapitals zurückgenommen worden, jedoch nur inoffiziell,⁴⁵ und Lettow-Vorbeck gab diesen Widerruf nicht an seine Truppen weiter. Das Freikorps nahm sich für die 35 Kilometer bis Wismar mehrere Tage Zeit, um unterwegs die streikenden Landarbeiter und ihre Familien mit äußerster Roheit zu terrorisieren. Drei Landarbeiter wurden unter Berufung auf die Todesstrafen-Verordnung erschossen; sie waren von ihren Gutsherrn als „Rädelführer“ denunziert worden. Rosßbach sagte später aus, die standgerichtliche Verhandlung habe nur 5 Minuten gedauert.⁴⁶

Am 19. März marschierte das Freikorps in Wismar ein. Nach kurzem Kampf unterlagen die Arbeiter,⁴⁷ dann wütete der Terror in der Stadt und in der Umgebung. Drei weitere Landarbeiter wurden erschossen.⁴⁸ Der Aktionsausschuß von Wismar hatte kurz vor seinem Ende einen Hilferuf nach Rostock gerichtet. Die Arbeiter in und um Rostock befanden sich in einer glänzenden Position; sie hatten die Zeitfreiwilligen vollständig aufgetrieben. In der Nacht vom 16./17. März hatten sie eine rund 100 Mann starke Zeitfreiwilligen-Abteilung, die auf dem Flugplatz Warnemünde Waffen hatte bergen wollen, auf dem Rückmarsch geschlagen und entwaffnet.⁴⁹ Am 17. März erhielten die

* Anders als beispielsweise beim Franco-Putsch, der den spanischen Bürgerkrieg einleitete, wo die syndikalistischen Arbeiter in mehreren Fällen ganz oder nahezu unbewaffnet, allein ihre Zahl in die Waagschale werfend, scheinbar unannehmbare Stellungen des Gegners stürmten.

übrigen rund 600 Zeitfreiwilligen, die in Rostock eingeschlossen waren, aus Schwerin den Befehl, einen Ausbruchversuch zu machen und sich nach Schwerin durchzuschlagen. Der Ausbruchversuch gelang, doch die Zeitfreiwilligen wurden von den Industrie- und Landarbeitern unablässig verfolgt, schließlich in der Nacht vom 18./19. März bei Kätelbogen gestellt und gegen Morgen geschlagen und entwaffnet.⁵⁰ Auf den Hilferuf aus Wismar entsandte der Aktionsausschuß Rostock bewaffnete Arbeiter. Am 20. März kam es zu Vorpostengefechten⁵¹ — doch dann erreichte die SPD, die in Mecklenburg noch den weitaus stärksten Einfluß unter den Arbeitern besaß,⁵² den Abbruch des Kampfes.

Am 19. März hatte Seeckt Lettow-Vorbeck durch General Weber ersetzt — wie in Stettin und Königsberg ein Wechsel der Personen, nicht der Politik, wie sich nach einer kurzen Übergangszeit herausstellte. Gleichzeitig übernahm die alte SPD-DDP-Regierung von Schwerin wieder ihr Amt. Beide, General Weber und die Landesregierung, hatten ein gemeinsames vorrangiges Interesse, nämlich den Abbruch des Generalstreiks, und auf dieser Basis schlossen sie am 20. März ein Abkommen. Darin wurde vereinbart: Rückzug aller Truppen in die Kasernen, Entlassung der Zeitfreiwilligen, Rücktransport aller Truppen, die seit dem Putsch ins Land hereingezogen worden waren; Ungültigerklärung aller Anordnungen Lettow-Vorbecks, Freilassung aller Schutzhäftlinge, Aufhebung der seit dem Putsch erfolgten Verhaftungen; Bestrafung der Putschisten, auch unter den Beamten, gerichtliches Verfahren gegen Arbeitermörder, Amnestie für Handlungen im Kampf gegen die Putschisten. Als Gegenleistung sollten die Arbeiter den Generalstreik abbrechen. In Wismar und Rostock sollten auf der Basis dieses Abkommens Verhandlungen zum Abbruch des bewaffneten Kampfes stattfinden.⁵³

Der Aktionsausschuß Rostock lehnte mit knapper Mehrheit die Vereinbarung ab; der Führer der bewaffneten Rostocker Arbeiter, Otto (KPD), versuchte darüber hinaus, die Fortsetzung des Generalstreiks für ganz Mecklenburg zu erreichen. Auf seine Aufforderung, Delegierte nach Rostock zu entsenden, antworteten 27 Aktionsausschüsse. Die meisten Delegierten traten jedoch für den Abbruch des Generalstreiks ein; nur die Delegierten von Wismar und fünf kleineren Orten, in denen die Landarbeiterbewegung stark war, stimmten für die Fortsetzung des Generalstreiks.⁵⁴

Kaum war der Widerstand der Rostocker Arbeiter sichtbar geworden, verhängte die Landesregierung den verschärften Ausnahmezustand (auf Grund der Ausnahmeverordnung Schiffers und Seeckts) und forderte die Rostocker Arbeiter auf, alle Waffen und Gefangenen in einem kleinen Ort außerhalb der Stadt herauszugeben.⁵⁵ General Weber ließ seine Truppen einschließlich des Freikorps Rosßbach gegen Rostock aufmarschieren und unterstellte sich dabei eine neue Truppe: das Freikorps Sievekings aus Hamburg,⁵⁶ das durch Schleswig-Holstein bis an die Grenze Mecklenburgs marschiert war, um sich General v. Lettow-Vorbeck zur Verfügung zu stellen (Genaueres weiter unten). Damit versieß Weber kraft gegen die Selbstverpflichtung, landfremde Truppen wieder abzuschicken. — Weiterer Widerstand gegen die übermächtige Reichswehr schien sinnlos; der Generalstreik flaute auch in Rostock ab,⁵⁷ und auch hier besaß die SPD den überwiegenden Einfluß unter den Arbeitern.⁵⁸ So verhandelten am 22. März Vertreter des Ro-

stoker Aktionsausschusses mit der Landesregierung und erreichten eine Erleichterung der Forderungen: Abgabe der Waffen auf Anordnung des Aktionsausschusses und an von ihm bestimmte Organe; Fristverlängerung für die Waffenabgabe auf 5 Tage, mit einem Zwischentermin, bis zu dem ein erheblicher Teil der Waffen abgegeben sein sollte; Bildung einer Einwohnerwehr von 350 Mann aus den Arbeiterwehren.⁶⁹ Trotz des Abkommens ließ General Weber seine Truppen weiter vorrücken, um die Arbeiter unter Druck zu halten.⁶⁹

Wie verloren die Arbeiter Mecklenburgs waren, zeigte ein militärischer Überfall aus Pommern. Von Demmin rückten eine Reiter-Eskadron und 100 Zeitfreiwillige vor die mecklenburgische Kleinstadt Gnoien, kreisten sie ein und eröffneten am frühen Morgen des 22. März das Feuer. Die bewaffneten Arbeiter in der Stadt wehrten sich verzweifelt, unterlagen aber nach dreistündigem Kampf. Die Sieger verhängten das Standrecht, erschossen vier Arbeiter und schleppten dann knapp 100 Gefangene unter Kolbenstößen und -schlägen mit sich fort. Der 25 Kilometer lange Marsch nach Demmin wurde für die Gefangenen ein furchtbares Martyrium; ein 64jähriger Arbeiter, der schließlich nicht mehr gehen konnte, wurde erschlagen, ein anderer mit dem Bajonett erstochen. Vor Demmin feuerten betrunkenen Baltikamer in den Zug der Gefangenen. Wer nicht unter den Schüssen zusammenbrach, mußte anschließend auf der Reitbahn von Demmin Spießbruten laufen. Nachdem die Soldaten sich an ihren Quälereien vorläufig befriedigt hatten, verschleppten sie die Gefangenen bis auf die Insel Dänholm bei Stralsund, wo sie sich noch fünf Tage lang gefangenhielten.⁶¹ —

Ein großer Teil der preussischen Provinz *Brandenburg*, nämlich die Niederlausitz,⁶² war stärker industrialisiert als die bisher untersuchten Regionen. Braunkohleindustrie zentrierte sich um Senftenberg, Textilindustrie um Cottbus.⁶² Militär lag nur in Cottbus — ein Bataillon und eine Batterie, verstärkt durch Zeitfreiwillige, unter dem Kommando von Major Buchruker.⁶³ Nachdem dieser sich sofort als Gefolgsmann der Putschisten zu erkennen gegeben, besonders aber nachdem das Militär am 15. März in der Cottbuser Innenstadt auf eine unbewaffnete Menge geschossen und mit Handgranaten die Druckerei des USP-Blatts zerstört hatte, ergab sich eine Konstellation, wie wir sie mehrmals im Ruhrgebiet beobachtet haben: die Arbeiter der umliegenden Orte — Guben, Forst, Spremberg, Senftenberg, Finsterwalde, um die wichtigsten zu nennen — verstärkten und beschleunigten ihre Entwaffnungsaktionen und eilten nach Cottbus; in der Umgebung von Cottbus und in den Arbeitervororten sammelten sich so mehrere tausend bewaffnete Arbeiter. Die Organisation, die sie dabei ausbildeten, war, wenn auch nicht so fortgeschritten, wie diejenige der Roten Armee im Ruhrgebiet. Das Militär versuchte durch mehrere Vorstöße, sich seine Bewegungsfreiheit zu erhalten — es machte dabei bemerkenswert viele (insgesamt 120) Gefangene —, wurde aber schließlich in der Kaserne eingeschlossen. Buchruker rechnete mit einem Sturm der Arbeiter auf die Kaserne. Er betrachtete die Gefangenen in der Kaserne als Geiseln und hätte sie im Falle eines Angriffs erschießen lassen, doch dieser blieb aus. Ein gepanzerter Zug, den Buchruker von seiner vorgeschätzten Stelle in Frankfurt

* Siehe die Karte auf Seite 164.

(Oder) erbat, wurde unterwegs durch Sabotage der Eisenbahnarbeiter aufgehalten, zu einem großen Umweg gezwungen und schließlich durch Sprengung der Schienen gestoppt. Ein Versuch bewaffneter Arbeiter, ihn zu stürmen, scheiterte im überlegenen Feuer der Besatzung, und Buchruker konnte ihn nach Cottbus hereinholen.⁶⁴ Die SPD, die eine ähnlich starke Stellung wie in Mecklenburg hatte,⁶⁵ arbeitete seit der Kapitulation Kapps in Berlin auf die Beendigung der Kämpfe hin, und am 19. März erreichte sie sie auch. Am 22. März wurde die Arbeit in Cottbus wieder aufgenommen. Buchruker konnte, vor allem gestützt auf die Ausnahmeverordnung Schiffers und Seeckts, seit dem 21. März in Cottbus wieder wie ein Militärdiktator herrschen; am 22. März entsandte er, seinen Aktionsradius auf die Umgebung ausweitend, eine Truppenabteilung und den gepanzerten Zug nach Forst, am 24. März nach Senftenberg. Das Ziel dieser Vorstöße — Einziehung der in der Hand der Arbeiter befindlichen Waffen — wurde allerdings nicht erreicht; zum größten Teil wurden die Waffen von den Arbeitern versteckt.⁶⁶ —

In *Schlesien* hatten die Putschisten intensive Vorbereitungsarbeit geleistet. In der Provinzhauptstadt Breslau konnten sie sich auf die Sipo und auf die starke, rund 4.000 Mann umfassende Einwohnerwehr verlassen.⁶⁷ Zahlreiche Universitätsstudenten waren auch hier Zeitfreiwillige. Auf die Nachricht vom Putsch erhob sich wie überall auch unter den Breslauer Arbeitern ein allgemeiner Schrei nach Waffen. Sie waren in der Tat besonders bedroht — nicht nur durch die örtlichen Anhänger des Putsches, sondern vor allem durch die zahlreichen Freikorps, die zum Kampf gegen die Polen massiert in der Provinz lagen. Doch Polizeipräsident Voigt (SPD) verweigerte die Herausgabe von Waffen: Die Führer der in Schlesien liegenden Truppen, sagte er, ständen auf dem Boden der Verfassung.⁶⁸ Am Nachmittag marschierten vier Freikorps — die Marinebrigade Loewenfeld und die Freikorps Aulock, Kühme, Paulsen, insgesamt über 10.000 Mann — kampflös in die Stadt ein⁶⁹ — wie zu erwarten, als unerbittliche Anhänger der Putschisten. Der Oberpräsident der Provinz Philipp (SPD) und Polizeipräsident Voigt wurden verhaftet; der Wehrkreiskommandant General v. Friedeburg, der eine schwankende Haltung eingenommen hatte, wurde durch den putschistischen General v. Schmettow ersetzt; an die Stelle von Oberpräsident Philipp und Regierungspräsident Jaenicke (DDP), die Kapps Innenminister abgesetzt hatte, traten ein deutschnationaler Landtagsabgeordneter und ein Regierungsrat.⁷⁰ Vor allem aber wurde gegen die Arbeiter ein Terror entfaltet, der für die ersten Tage des Putsches in Deutschland einmalig war und der an die Nazizeit mit ihren Gestapokellern erinnerte. Eine Verhaftungswelle setzte ein. Im Wehrkreiskommando wurden die eingelieferten Gefangenen von Offizieren und Soldaten des Freikorps Aulock geschlagen, getreten und mit Gummiknüppeln, Reitpeitschen, Koppelriemen, Handgranaten und Kodgeschirren geprügelt, teilweise in einer mit Nägeln bespickten Kammer gefoltert. Mehrere von ihnen wurden später bei Nacht und Nebel erschossen. Freikorpsführer v. Aulock selbst strand nach der Kappzeit unter der Anklage, in mehreren Fällen zum Mord angestiftet zu haben.⁷¹ Am Abend des ersten Tages wurden mehrere Arbeiterführer zu Verhandlungen ins Wehrkreiskommando geladen — eine Finte, denn dort wurden sie verhaftet; einer von ihnen, der

Redakteur der USP-Zeitung und stellvertretende Vorsitzende des Aktionsausschusses Schottlaender, ein Jude, wurde zur Folterung abgeführt und nicht mehr freigelassen.⁷² In den folgenden Tagen wurden die Führer der Arbeiterorganisationen gejagt und mußten fortwährend die Wohnung wechseln.⁷³ In den Straßen wurden mehrere Personen von dem rücksichtslos schießenden Militär getötet.⁷⁴ Der neue Wehrkreiscommandant versuchte zwar, gegenüber der SPD eine einigermaßen gemäßigtere Haltung einzunehmen: kein Verbot des SPD-Blattes, sondern nur Zensur, aber er war nur eine Marionette in der Hand der Freikorps — kaum waren am Nachmittag des 15. März mit Genehmigung des Wehrkreiscommandos die ersten Nummern einer zensierten Ausgabe erschienen, erzwang ein Truppencommando die Einstellung des Drucks. In der folgenden Nacht sprengte ein Commando der Marinebrigade Loewenfeld mit Handgranaten und Dynamit die Druckerei.⁷⁵ Man lasse sich nicht „als gewissenlose Meuterer hinstellen“, erklärte ein Flugblatt am nächsten Tage dazu.⁷⁶ Nachdem schon am 15. März ein Arbeiter wegen Verteilen von SPD-Flugblättern erschossen worden war,⁷⁷ wurde am Abend des 16. März generell das Standrecht verhängt⁷⁸ — Kapps Verordnung gegen „Rädelsführer“ und Streikposten — und wie vom Freikorps Rosbach in Mecklenburg auch angewandt. Mindestens ein Arbeiter, der in einem Streikbüro verhaftet worden war, wurde erschossen, möglicherweise außerdem mehrere Arbeiter, die Streikposten gestanden hatten. In der Nacht wurde der USP-Redakteur Schottlaender aus dem Gefängnis geholt und erschossen. Erst Wochen später fand man in der Oder seine Leiche.⁷⁹

Der Generalstreik, auch auf die Versorgungsbetriebe ausgedehnt, machte die Soldaten nervös; mit zahllosen Verhaftungen, rasenden Panzerautos in den Straßen und Schießereien auf kleinste Menschenansammlungen versuchten sie, den Widerstand der Arbeiter zu brechen. Die Kapitulation der Putschisten in Berlin steigerte ihre Nervosität bis zum äußersten.⁸⁰ Die Arbeiter ihrerseits verfielen unter dem Ausmaß des Terrors auf eine neue Kampfaktik: nachts überfielen sie in den stockdunklen Straßen Militärpatrouillen und zogen sie vollständig aus.⁸¹ (Ähnlich wehrten sich in diesen Tagen nur die Arbeiter von Essen: in der Nacht zum 16. März wurden ein Polizist und ein Einwohnerwehrmann erschossen; die Täter wurden nie ermittelt.)⁸²

Am 18. März ersuchte das Wehrkreiscommando die Arbeiterorganisationen um Verhandlungen — diesmal um echte. Die Antwort: Zuerst Abzug der Truppen! Am Nachmittag begannen die Freikorps abzuziehen, demoralisiert vom Fehlschlag des Putsches und der Erfolglosigkeit des Terrors. Wiederum, wie bei ihrem Einzug, stand eine große Menge an den Straßenrändern und schaute zu (dieses unvorsichtige Verhalten beobachteten wir bereits in Berlin), und wiederum schienen Provokateure am Werk gewesen zu sein: während beim Einzug Soldaten von den Pferden gerissen worden waren, wurde jetzt auf die abziehenden Truppen geschossen — beidemal ein Anlaß für diese, in die Menge zu feuern und ein Blutbad anzurichten.⁸³

Nicht weit von der Stadt blieben die Freikorps liegen. Sie beschlagnahmten nach Breslau fahrende Lebensmittelzüge und plünderten sie aus, und weiterhin nahmen sie Verhaftungen und Haussuchungen vor. Vor allem aber drohten sie, jederzeit

wieder in Breslau einzumarschieren, wenn sich die Verhältnisse dort nicht nach ihren Wünschen entwickeln würden.⁸⁴ — In der Stadt bildete sich ein Vollzugsrat aus den drei Arbeiterparteien und der DDP, der die Bestrafung der Putschisten und die Entlassung der „reaktionären Beamten“ als seine wichtigsten Ziele bezeichnete und die sofortige „Bewaffnung des Volkes“ ankündigte.⁸⁵ Im Vertrauen darauf beschloß am 20. März vormittags Massenversammlungen mit starker Mehrheit, den Generalstreik abzubrechen.⁸⁶ Doch der neue Wehrkreiscommandant General v. Lequis⁸⁷ weigerte sich, die zur Bildung einer Volkswehr erforderlichen Waffen herauszugeben, und die Reichsregierung in Berlin billigte das.⁸⁷ Erst mit Unterstützung verfassungstreuer Soldaten der Garnison konnten sich die Arbeiter in den Besitz von Waffen setzen.⁸⁸

Drei der vier vor den Toren Breslaus liegenden Freikorps erhielten von der Reichsregierung eine neue Aufgabe: Einsatz gegen die Arbeiter des Ruhrgebiets. Am 23. März rollten die ersten Einheiten der Marinebrigade Loewenfeld unter schwarz-weiß-roten Fahnen in Richtung Ruhrgebiet ab. Auf Eisenbahnwagen und Stahlhelme waren Hakenkreuze gemalt. Voller Mißtrauen gegenüber der Regierung und in der Befürchtung, die Zielangabe sei ein Vorwand, in Wirklichkeit wolle die Regierung die Marinebrigade auflösen, teilte sich die Truppe so auf, daß in allen Transporten sämtliche Waffengattungen vertreten waren, so daß sie sich gegebenenfalls gegen eine Auflösung zur Wehr setzen konnten. Doch der Auftrag erwies sich als echt. — Arbeiter behinderten den langen Antransport quer durch Deutschland nicht; nur einige Demonstrationen auf größeren Bahnhöfen bekam die Truppe zu sehen.⁸⁹ —

In Görlitz erklärte sich das dort stationierte Militär, das Freikorps Faupel, sofort für die Putschisten und verbot u. a. alle Demonstrationen sowie die Herstellung und Verbreitung von Plakaten und Flugblättern. Am 14. März besetzte es Druckerei und Redaktion der SPD-Zeitung. Am 15. März schoß es auf einen Demonstrationszug und tötete drei Arbeiter. Trotzdem kam es zu einer außerordentlich schnellen Beendigung des Generalstreiks, und zwar weil die örtliche SPD-Führung, die auf dem linken Flügel der Partei stand, in der Vergangenheit den überwiegenden Einfluß der SPD gegenüber der USP unter den Arbeitern zu halten verstanden hatte (von der KPD bestand noch nicht einmal eine Ortsgruppe). Kaum trafen die ersten Nachrichten von der Kapitulation der Putschisten in Berlin ein, erklärte der Aktionsausschuß, in dem die SPD eine starke Mehrheit hatte, den Generalstreik für beendet.⁹⁰ Obwohl das Militär weiterhin äußerst provokierend auftrat und obwohl der Führer des Freikorps, Oberstleutnant Faupel, weiterhin den Anweisungen der Putschisten im Wehrkreiscommando Breslau folgte und auch den Ausnahmezustand nicht aufhob,⁹¹ wurde der Generalstreik abgebrochen.⁹²

*

Damit schließen wir die Übersicht über die ostdeutschen Provinzen ab und halten als Zwischenergebnis folgendes fest. Die ostelbische Junkerklasse — Hauptstütze

* Dieser General hatte am 24. Dezember 1918 in Berlin auf Befehl der SPD-Mitglieder der Regierung die im königlichen Schloß liegende Volksmarinedivision angegriffen und damit die Konterrevolution von 1919 angeleitet.

des Putsches von Kapp und Lüttwitz — hatte angenommen, in ihrem Herrschaftsbereich ohne größere Schwierigkeiten jeden Widerstand brechen und damit vom Osten Deutschlands aus dem Hauptstoß der Putschisten in Berlin eine solide Basis geben zu können. Diese Annahme erwies sich nur in Ostpreußen als richtig. In allen anderen Provinzen verschafften sich die Industrie- und Landarbeiter in zahlreichen Entwaffnungsaktionen bei den Kräften der Reaktion Waffen, und ihr Widerstand war so erheblich, daß sie sämtliche Truppen, die ihnen gegenüberstanden, festhielten; in einigen Fällen schlugen sie militärische Einheiten im Kampf und entwaffneten sie. Der früheste Zeitpunkt, zu dem eine Truppe — die Marinebrigade Loewenfeld — freigemacht und zum Einsatz im Ruhrgebiet abtransportiert wurde, war der 23. März, also Mitte der zweiten Woche nach dem Putsch. Eins allerdings versäumten die Arbeiter zu tun: sie organisierten keine Lebensmitteltransporte für die kämpfenden Arbeiter in den Industrieregionen Deutschlands. Stark genug wären sie dazu allem Anschein nach gewesen, vor allem in der ersten Woche nach dem Putsch. Aber schon bei der Analyse der Vorgänge im Ruhrgebiet beobachteten wir, wie die Arbeiter vielfach erst lernen mußten, den Blick über die Grenzen des eigenen Ortes auf den größeren Bezirk oder die ganze Ruhrregion auszuweiten — wieviel schwerer mußte es fallen, den Blick über die Grenzen der eigenen Region auf ganz Deutschland auszuweiten! Hier zeigt sich wieder, was es bedeutete, daß das Problem einer revolutionären Umwälzung niemals vorher diskutiert worden, die Umwälzung selbst nie in Umrissen theoretisch sichtbar geworden war (vgl. I, Seite 162). Die Folgen dieses Mangels waren schwerwiegend — nicht nur in diesem Fall.

2. Nord-, West- und Süddeutschland

„Die Reichswehr selbst wurde in die [politische] Auseinandersetzung hineingezogen. In einzelnen Einheiten versagten die Mannschaften ihren mit den Putschisten sympathisierenden Offizieren den Gehorsam; die politische Auseinandersetzung zerstörte die Disziplin der Truppe. Katastrophale, an den November 1918 erinnernde Zustände entwickelten sich bei der Marine.“

Eberhard Radbruch: Der Kapp-Putsch, in: Die Bundeswehr, 15. Jg., 1970, Nr. 4, S. 177

Schleswig-Holstein gehörte zum Befehlsbereich Lettow-Vorbecks in Schwerin. Von Lettow-Vorbeck unabhängig war das Kommando der Ostsee-Marinestation in Kiel; politisch arbeiteten beide jedoch eng zusammen.⁸³ Der Chef der Marinestation, Konteradmiral v. Levetzow, stellte sich sofort öffentlich auf die Seite der Putschisten.⁸⁴

In der höheren Staatsverwaltung lief für die Putschisten in Kiel alles glatt. Landrat v. Löw gehörte zum Kreis der Putschisten, während der Oberpräsident der Provinz, Kürbiß (SPD), von Kapps Innenminister abgesetzt wurde; an seine Stelle trat der frühere Oberbürgermeister der Stadt Kiel Lindemann.⁸⁵ Ungünstiger sah es für sie bei den Truppen aus. Die Offiziere der Marinestation standen zwar durchweg hinter v. Levetzow, aber die Unteroffiziere, Mannschaften und sogar ein Teil der Deckoffiziere widersetzten sich ihnen, und zwar umso mehr, je größere Erfolge die Kieler Arbeiterschaft im Kampf gegen die Putschisten hatte. So wurde Kiel wie im November 1918 zum Schauplatz einer großen politisch motivierten Meuterei. (Eine noch ausgeprägtere Meuterei der Deckoffiziere, Unteroffiziere und Mannschaften gegen den putschistischen Gouverneur und die hinter ihm stehenden Seeoffiziere gab es in Wilhelmshaven.) Die einzige Truppe, auf die sich die Putschisten absolut verlassen konnten, war ein Bataillon der Marinebrigade Loewenfeld unter Korvettenkapitän Claassen (die Hauptmasse der Marinebrigade lag in Schlesien); hinzu kamen die Zeitfreiwilligen (vor allem Studenten der Universität). Die bewaffneten Kämpfe um die Herrschaft über die Stadt dauerten mehrere Tage und forderten zahlreiche Todesopfer auf beiden Seiten. Zunächst befanden sich die bewaffneten Arbeiter wegen der Überzahl der Truppen in der Defensive, obwohl sie in einem ersten Kampf, der um die Reichswerft geführt wurde, siegreich geblieben waren. v. Levetzow verhängte das Mandrecht und setzte außerordentliche Kriegsgerichte ein; nicht nur Kommunisten, sondern auch drei SPD-Führer wurden verhaftet. Am 18. März erreichten die Kämpfe ihren Höhepunkt; das putschistische Loewenfeld-Bataillon wurde geschlagen und konnte seiner Entwaffnung nur dadurch entgehen, daß es sich am folgenden Tage nach Norden durchschlug und in den Kasernen von Wik verchanzte.⁸⁶ Von dort marschierte es, eine längere Strecke von seinen Gegnern verfolgt, zum Militärlager Lockstedt bei Itzehoe. Die Aktionsausschüsse der Re-



gion waren zu schwach, um den Durchmarsch zu verhindern. General v. Seckt persönlich forderte die Behörden energisch auf, der Truppe als Bestandteil der verfassungsmäßigen Wehrmacht Durchmarsch und Versorgung zu sichern.⁹⁷ —

In Hamburg ergab sich ein gewisser Gegensatz zwischen der Hansestadt selbst und Altona, das auf preußischem Staatsgebiet lag. Altona war Zentrum der Reichswehr. Deren Kommandant Oberst v. Wangenheim stellte sich auf die Seite der Putschisten; Stabschef v. Ledebur war sogar in die Vorbereitungen des Putsches aktiv einbezogen.⁹⁸ Außer über die reguläre Reichswehr verfügte Wangenheim über das Zeitfreiwilligen-Korps Groß-Hamburg, das während der Kontinentalrevolution 1919 vor allem von Söhnen der gutsituierten Schichten gebildet worden war und gerade am Morgen des Putschtages — vermutlich ein gut arrangierter „Zufall“ — zu einer Übung in seine Kaserne in Bahrenfeld einberufen wurde.⁹⁹ In Hamburg lagen 5000 Mann Sipo und eine zum großen Teil bürgerlich-reaktionäre Einwohnerwehr.¹⁰⁰ Die Sipo zeigte wenig Neigung für den Putsch; ihr Kommandant, Oberst Meyn, nahm allerdings eine zweideutige Haltung ein. Wangenheim versuchte, sich die Sipo zu unterstellen, und geriet dadurch in einen Konflikt mit dem Hamburger Senat (SPD/DDP), der sich auf die Seite der verfassungsmäßigen Regierung stellte.¹⁰¹

Die äußerst gemäßigte USP-Führung von Hamburg schloß ein Bündnis mit der SPD und der DDP. Ziel der drei Parteien war es, unter der Devise „Schutz der Republik“ ihre eigenen Anhänger in die Einwohnerwehr hineinzubringen. In der Bürgerschaft (dem Parlament der Hansestadt) brachten sie sofort mit ihrer großen Mehrheit einen entsprechenden Antrag durch, und auch der Senat war einverstanden; drei Senatoren traten in den von den drei Parteien gebildeten Ausschuß ein, und schon am Abend meldeten sich die ersten Freiwilligen, natürlich vor allem Arbeiter, zum Empfang der Waffen bei den Parteilokalen.¹⁰² Daraufhin erklärte v. Wangenheim den Senat „bis auf weiteres“ für abgesetzt und den Ausschuß gleichzeitig setzte er das Zeitfreiwilligen-Korps nach Hamburg in Marsch und ließ es Rathaus und Gewerkschaftshaus besetzen. Das erwies sich jedoch als ein Fehler. Nur eine Minderheit der Zeitfreiwilligen war nämlich kappistisch — die Mehrheit war wenn auch nicht unbedingt verfassungstreu, so doch opportunistisch in dem Sinne, daß sie einen Konflikt mit dem Senat, d. h. der Staatsregierung fürchtete; das galt insbesondere für die Zeitfreiwilligen, die in einem Beamtenverhältnis standen. So mußte v. Wangenheim das Zeitfreiwilligen-Korps schon nach wenigen Stunden wieder aus Hamburg zurücknehmen, und auch das kam zu spät: bis zur Rückkehr nach Bahrenfeld hatte sich die Mehrheit der Zeitfreiwilligen in Urlaub gemeldet oder stillschweigend davongemacht.¹⁰⁴ Die rund 500 Mann starke kappistische Minderheit zog eine radikale Konsequenz: sie empfahl allen noch verbliebenen Schwankenden, ebenfalls nach Hause zu gehen, löste das Korps als solches auf und gründete das straff geführte „Freikorps Sieveking“, benannt nach seinem Kommandanten.¹⁰⁵

* Zu einem Organisator des Putsches hatte er gesagt, es falle ihm schwer, auf seinem Posten auszuhalten, aber wenn er aberete, trete ein Anhänger der jetzigen Staatslenker an seine Stelle. „Darum halte ich mich und wenn es sein muß, breche ich von 8 bis 9 Uhr alle Erde, die ich von 7 bis 8 Uhr geschworen“.

v. Wangenheim mußte froh sein, wenn er noch Altona unter Kontrolle behielt. Am 14. März ließ er das Rathaus besetzen;¹⁰⁸ außerdem zog er eine in Eutin liegende Truppe zur Verstärkung heran. Letzteres wurde ihm zum Verhängnis. Als die Truppe nämlich am 15. März eintraf, blieb sie zunächst auf dem Hauptbahnhof liegen, kam dort mit der Bevölkerung in Berührung und erfuhr dabei von den örtlichen Verhältnissen und politischen Zusammenhängen. Daraufhin nahmen die Mannschaften ihre Offiziere gefangen.¹⁰⁷ v. Wangenheim dankte ab; an seine Stelle trat auf Anordnung der Reichsregierung in Stuttgart der Sipo-Oberst Meyn. Die das Rathaus besetzt haltende Truppe zog sich am Abend nach Bahrenfeld zurück.¹⁰⁸ Das Freikorps Sieveking retrete sich aus dem allgemeinen Zusammenbruch der Putschisten, indem es während der Nacht im Eilmarsch in Richtung Mecklenburg aufbrach; dort wollte es sich General v. Lettow-Vorbeck (dem Vorgesetzten v. Wangenheims) direkt unterstellen. In den folgenden Tagen marschierte es durch Schleswig-Holstein, bekam von Schwerin aus einen vorläufigen Standort angewiesen und wurde dann von dem Nachfolger Lettow-Vorbecks in den militärischen Aufmarsch gegen die Arbeiter von Rostock einbezogen (s. oben Seite 141).¹⁰⁹ — In Hamburg begann die Polizei am 19. März, den 1.200 Personen, meist in der USP organisierten Arbeiter, die während des Putsches in die Einwohnerwehr eingetreten waren und so eine Waffe erhalten hatten, die Waffen wieder abzunehmen. Proteste der USP und eine Kundgebung der Wertarbeiter nützten nichts.¹¹⁰

Zu einem bewaffneten Vorgehen von Arbeitern im Raum Hamburg kam es nur in Harburg (südlich von Altona), und das, was sich dabei auf Seiten ihres Gegners abspielte, wurde von den Faschisten in den folgenden Jahren (lange vor 1933) zu einem Heldendrama stilisiert. Hauptheld im Sinne der Nazis war der junge Fliegerhauptmann Berthold, im Weltkrieg schwer verwundet und mit dem *pour le mérite* ausgezeichnet, 1919 Führer eines Baltikum-Freikorps,¹¹¹ nach Rückkehr aus dem Baltikum einer der aktivsten und wichtigsten Organisatoren des Putsches.¹¹² Dem Freikorps — „Eiserne Schar Berthold“ — war mehrmals von Berlin aus die Auflösung befohlen worden, doch Berthold hatte das jedesmal mißachtet. Zum Zeitpunkt des Putsches lag die Truppe in Dörfern rund um Stade. Berthold sammelte sie in Stade und gab seinen Plan bekannt: Fahrt über Hamburg nach Berlin, Eingreifen im Zentrum des Geschehens. Am Nachmittage des 14. März fuhr die Truppe — rund 700 Mann stark — in Stade ab; die Lokomotive hatte sie wegen des Generalstreiks selbst anheizen müssen. 5 Kilometer vor Harburg mußte sie wegen einer Sperrung der Strecke anhalten, ließ den Zug unter Bedeckung stehen und marschierte nach Harburg hinein.

In Harburg lag ein Pionier-Bataillon, dessen Kommandant, Major Hueg, ein Anhänger der Putschisten war, dies jedoch hinter der Maske des unpolitischen Soldaten zu verbergen suchte (er habe nur den Befehlen seiner Vorgesetzten zu gehorchen, seine Aufgabe sei allein die Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung“ usw.). Den SPD- und Gewerkschaftsführern, die in Harburg ungewöhnlich aktiv und energisch waren, genügte diese Erklärung nicht; am Vormittag des 14. März nahmen sie Hueg und einen Stabsoffizier fest, gingen anschließend in die Kaserne und erklärten den Soldaten gegenüber, Hueg habe seinen Eid auf die Ver-

fassung gebrochen und wolle sie gegen die Regierung führen. Daraufhin meuterten die Pioniere gegen ihre Offiziere und machten zum Teil gemeinsame Sache mit den Arbeitern, indem sie ihnen Waffen gaben.

Am Abend des 14. bezog die Truppe Bertholds in einem Vorort von Harburg in einer Schule Quartier, stellte Posten aus und hifste eine schwarz-weiß-rote Fahne. Die Harburger Arbeiterschaft, der schon vorher gemeldet war, es handle sich um Baltikumer, geriet in größte Aufregung. Abordnungen des Pionier-Bataillons und der Stadtverwaltung wurden vorstellig, machten auf die Gefahr bewaffneter Auseinandersetzungen aufmerksam und baten um Aufklärung, welche Pläne die Truppe habe. Berthold antwortete äußerst schroff: „Als deutscher Soldat könne er verlangen, daß er in einer deutschen Stadt unbehelligt mit seinen Leuten Unterkunft beziehen könne“. Er wolle nach Berlin, um die Verhältnisse in Harburg wolle er sich nicht kümmern, allerdings: er könne „in seinem Rücken keinen Truppenteil lassen . . . , der sich seinen Kommandeur und noch einen Offizier gefangen nehmen ließe und nichts darauf veranlaßt habe“. (Demnach hatten sich kappistische Offiziere des Harburger Pionier-Bataillons bereits mit Berthold in Verbindung gesetzt, wobei sie verschwiegen hatten, daß Hueg und der Stabsoffizier inzwischen freiwillig für 7 Tage ihre Funktionen niedergelegt hatten und sich in Freiheit befanden.) Er werde weiterziehen, sobald die beiden wieder eingesetzt seien und die Arbeiter ihre Waffen abgeben hätten.

Am 15. März — dem ersten Tag des Generalstreiks — zog eine riesige Demonstration, darunter bewaffnete Arbeiter, bis zum Platz vor der Schule, die nach allen Seiten in Verteidigungszustand gesetzt war (diese wiederholt beobachtete Unvorsichtigkeit brauchen wir nicht mehr zu kommentieren), und forderte den Abzug der Truppe. Verhandlungen darüber blieben ergebnislos; auch die Fahne wollte Berthold, wie er zu einer Deputation der Demonstranten sagte, erst beim Abzurücken einziehen. Plötzlich fiel ein Schuß — von welcher Seite, ist heute nicht mehr festzustellen —, die Baltikumer schossen mit stärkster Feuerkraft in die Menge und richteten ein ungeheures Blutbad an. Der nun beginnende Kampf wurde von den Nazis zu einem Epos gestaltet: die kleine Schar von „Freiheitskämpfern“ in der Schule, an ihrer Spitze der narbenbedeckte Weltkriegsheld, ein Vorbild an Tapferkeit, in verzweifelter Abwehrschlacht gegen die vielfache Übermacht der Roten, der vertierten Untermenschen. — Die Arbeiter kämpften sich von allen Seiten an die Schule heran und zwangen die Besatzung nach etwa sieben Stunden schließlich zur Kapitulation. Bei der Übergabe wurde plötzlich nochmals geschossen — die Nazidarstellungen behaupten, von Seiten der Arbeiter, doch die parallele Situation vom Essener Wasserturm (es gibt noch mindestens einen weiteren derartigen Fall) läßt als möglich erscheinen, daß ein Teil der Besatzung, der von der Übergabe nicht informiert war oder sich nicht ergeben wollte, nochmals feuerte. Dies, die Erbitterung über das von der Truppe angerichtete Blutbad sowie die Tatsache, daß Berthold und seine Truppe auch nach der Gefangennahme ihr provozierendes Auftreten fortsetzten, ließen die allgemeine Erregung überkochen: Berthold und mehrere seiner Leute wurden erschlagen.¹¹³ — In Bremen stellten sich KPD und USP gegen den Willen der Arbeiter, in den Generalstreik zu treten. Die relativ einflußreiche KPD¹¹⁴ erklärte, der General-

streik solle erst proklamiert werden, wenn Sipo und „Stadtwehr“ (eine nach der militärischen Zerschlagung der Räterepublik im Februar 1919 gebildete konterrevolutionäre Polizeitruppe) sich offen für die Putschisten erklären würden, und diesem Standpunkt schloß sich die USP an.¹¹⁵ Daß die Sipo die erste spontane Versammlung der Arbeiter am Tage des Putsches mit blanker Waffe zerstreut hatte, daß der Sipo-Kommandant Caspari* alle Versammlungen unter freiem Himmel verboten hatte¹¹⁶ und allgemein als Sympathisant der Putschisten eingeschätzt wurde,¹¹⁷ genügte den Führern der beiden Parteien nicht; ebensowenig kümmerte sie offenbar die Lage im Reich. — Gegen den Willen der Parteien streikten nur die Hafenarbeiter und die Arbeiter der Ölfabriken.¹¹⁸

Linke SPD-Führer machten den Vorschlag — möglicherweise nach dem Vorbild von Hamburg —, als Antwort auf den Putsch organisierte Arbeiter in die Stadtwehr hineinzubringen. Die USP ging darauf ein, die KPD ebenfalls, wenn auch zögernd und mit Skepsis.¹¹⁹ Am 14. März wurde im Landesparlament ein USP-Antrag, daß allen in den drei Arbeiterparteien organisierten Arbeitern „sofort der Eintritt in die Bremer Stadtwehr zum Kampf gegen die Reaktion eröffnet werde, mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Dagegen stimmte nicht nur die bürgerliche DDP, sondern auch eine Minderheit der SPD-Fraktion und die SPD-Senatoren.¹²⁰ Am folgenden Tage beschloß der Senat (SPD/DDP) im Gegensatz zum Parlament, ein Eintritt in die Stadtwehr komme nur unter der bisher geltenden Bedingung in Frage: der Bewerber müsse auf dem Boden der Reichsverfassung und der bremischen Regierung stehen.¹²¹ Die Stadtwehr selbst hatte bereits zu erkennen gegeben, sie werde den Eintritt linksradikaler Arbeiter keinesfalls zulassen.¹²² Trotzdem kam es nicht zum allgemein erwarteten Rücktritt des Senats als die linken SPD-Führer im Aktionsausschuß die USP fragten, ob sie zur Bildung eines neuen Senats aus SPD und USP bereit sei, lehnte die USP ab.¹²³ So kamen auch die rund 9000 Arbeiter, die sich zum Eintritt in die Stadtwehr meldeten,¹²⁴ nicht in den Besitz einer Waffe.

Ebenso erfolglos blieb der Versuch, die politischen Gefangenen freizubekommen. Am 15. März wurde im Parlament ein SPD-Antrag angenommen, der den Senat „in geeignet erscheinenden Fällen“ zu großzügiger Amnestie aufforderte (ein weitergehender USP-Antrag, der die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen forderte, wurde abgelehnt).¹²⁵ Aber auch hier blockte der Senat ab und beschloß, erst einmal die Gerichte um „Erstattung von Gutachten“ zu bitten.¹²⁶ Der Druck, den der Generalstreik entfaltet hätte, war eben durch parlamentarische Mehrheitsbeschlüsse nicht zu ersetzen. Die KPD forderte die beiden anderen Arbeiterparteien auf, die Arbeiter zu einer Demonstration für die Freilassung der politischen Gefangenen aufzurufen. USP und SPD lehnten jedoch wegen der verhängten allgemeinen Demonstrationsverbots ab; daraufhin trat die KPD am 17. März aus dem Aktionsausschuß aus, in dem sie auch vorher schon nur halbherzig mitgearbeitet hatte.¹²⁷ —

In Oldenburg war es so ruhig, daß die dort stationierte Reichswehr am 17. März bis auf ein Bataillon abtransportiert werden konnte — zum Einsatz gegen die

* Caspari hatte 1919 an der Spitze eines Freikorps an der Zerschlagung der Räterepublik teilgenommen.

Kuhlgelände.¹²⁸ Auch in Hannover, einer Hochburg der SPD,¹²⁹ war es ruhig — bis am 15. März das kappistische Freikorps Hindenburg aus Celle einrückte. Die Truppe schoß auf eine Demonstration vor dem Gewerkschaftshaus und tötete 11 Menschen. Die allgemeine große Wut auf das Militär versuchte die Reichswehrlösung dadurch abzulenken, daß sie das Märdchen in die Welt setzte, die Welfenanhänger planten einen Putsch — ein Vorwand wie anderswo die „drohenden Bolschewistenputsche“ —, und in der nächsten Nacht die Führer der Welfenpartei verhaften ließ. Außerdem wurde der verschärfte Ausnahmezustand verlängert, was in der Provinz stark beunruhigend wirkte. In verschiedenen Orten holten die Arbeiter sich die Waffen, die im Besitz des Bürgertums waren. Militäreinheiten rückten hin, um die Arbeiter zu unterdrücken. Der Generalstreik, den die SPD ursprünglich (d. h. vor der Verschärfung am 15. März) auf einen Tag hatte begrenzen wollen, wurde erst am 19. März abgebrochen.¹³⁰ — In Braunschweig, einer USP-Hochburg,¹³¹ zerstreuten Sipo, durch Freiwillige verstärkte Reichswehr und Einwohnerwehr wiederholt demonstrierende Arbeiter und lösten Streikversammlungen auf. In mehreren Dörfern des Freistaates wurden Versuche der Arbeiter, die Einwohnerwehren zu entwerfen, unterdrückt. Bereits am 19. März konnten auch die größeren Betriebe ihre Arbeit wieder aufnehmen. Immerhin war die Lage noch so gespannt, daß der Militärbefehlshaber keine Truppen an General v. Watter abgeben konnte.¹³² —

Die Reichswehrkommandanten in Kassel — sowohl die Kommandanten des Reichswehr-Gruppenkommandos (Watters Vorgesetzte) wie Brigadekommandant v. Stolzmann — bezogen beim Putsch eine Position zweideutiger Neutralität. Die Folge war ein weitverbreitetes Mißtrauen unter der Bevölkerung, aus dem heraus es am 18. März zu einer Demonstration vor dem Gebäude des Reichswehr-Gruppenkommandos kam. Das Militär schoß; 17 Menschen waren tot, 43 schwer, 21 leicht verletzt.¹³³ Am 19. März erschien Grzesinski, der gescheiterte SPD-Kontrollleur im Reichswehrministerium und spätere Unterhändler von Stettin (s. oben Seite 97 f., 123 f., 137), als Beauftragter der Reichsregierung zur Untersuchung und Klärung der Vorgänge in Kassel. Als erstes unterzeichnete er gemeinsam mit General v. Stolzmann einen Aufruf zur Meldung von Freiwilligen — das reguläre Militär reiche nicht aus, um den „Aufruhr“ in Thüringen niederzuwerfen („organisierte bewaffnete Banden durchziehen bereits raubend und plündernd das Land“). Im übrigen wirkte er die Aufhebung des verschärfen Ausnahmezustands, der nach dem Kasseler Blutbad verhängt worden war. Sonst erreichte er nichts, obwohl er in einem Bericht an Reichspräsident Ebert ausdrücklich empfahl, Reichswehrgruppenkommandant v. Schoeler und seinen Stabschef v. Lofberg wegen ihrer Haltung während des Putsches zu entlassen.¹³⁴ —

In Frankfurt rechnete die USP bereits seit Monaten mit einem Militärputsch.¹³⁵ Auf die ersten Nachrichten vom Kapp-Putsch kam es zu einer Kundgebung, in der eine große Erregung gegen die Sipo zum Ausdruck kam; schon seit Tagen trugen z. B. die Wachmannschaften der Sipo im Hauptbahnhof schwarz-weiße Achselschnüre. Die Demonstranten stürmten die meisten Polizeireviere der

Innenstadt und die Sipo-Wache im Hauptbahnhof; ein Sturm auf die Gutleutkaserne dagegen wurde von der Sipo abgeschlagen. 14 Tote und über 150 Verletzte waren die Opfer dieser Kämpfe.¹³⁶ — Die Frankfurter SPD erreichte, gemessen an der Praxis der Partei in anderen Orten, einen Gipfelpunkt von Opportunismus. Zuerst hatte sie mit USP und KPD einen Aktionsausschuß gebildet. Kaum hatte sie die Nachricht erhalten, die Regierung Bauer sei nicht beseitigt, sondern habe sich in Dresden etabliert, legte sie der USP die Frage vor, ob sie sich dem Kampf für die Regierung Bauer anschließe; als die USP verneinte und an ihren eigenen Kampfzielen festhielt, trat die SPD aus dem Aktionsausschuß aus und verbündete sich mit den beiden bürgerlichen Mittelparteien.¹³⁷ Auf dieses Bündnis stützte sich Polizeipräsident Ehrler (SPD), als er am Nachmittag die gesamte Sipo aus der Stadt zurückzog und Anhänger von SPD, DDP und Zentrum bewaffnete, die nun als „Hilfspolizisten“ die städtische Polizei unterstützen sollten. Eine allgemeine Entwaffnung wurde durchgeführt, sogar mit Hausdurchsuchungen: den Arbeitern, vor allem natürlich den Anhängern von USP und KPD, wurden die Waffen, die sie soeben unter so großen Opfern erobert hatten, wieder abgenommen.¹³⁸

So waren die Frankfurter Arbeiter — bis auf die sozialdemokratischen „Hilfspolizisten“ — unbewaffnet und wehrlos, die Arbeiterparteien standen sich feindlich gegenüber, als in der Nacht Reichswehr aus Bonames einrückte und die öffentlichen Gebäude besetzte.¹³⁹ Ihren Führer, Major de Neufville, kümmerte dabei nicht, daß Frankfurt in der neutralen Zone lag, daß der Einmarsch also der Genehmigung der Westmächte bedurfte. Politisch gehörten seine Sympathien den Putschisten, wenn er sich auch nach außen als unparteiischer Soldat gab. Er schaltete die städtischen Behörden aus und zog deren Befugnisse an sich.¹⁴⁰ Am folgenden Tage (14. März) verhaftete das Militär zahlreiche Personen und schleppte sie nach Bonames; zwei „Rädelsführer“ sollten standrechtlich erschossen werden. Nur durch eine sofortige energische Bürgerinitiative, vor allem seitens der hochangesehenen liberalen „Frankfurter Zeitung“, konnte dies verhindert werden.¹⁴¹ Zeitfreiwillige Studenten der Universität wurden in Bonames bewaffnet.¹⁴²

Angesichts der steigenden Erbitterung der Arbeiter hielt die SPD es am 15. März für geraten, ihr Bündnis mit den bürgerlichen Mittelparteien zu lösen und den linken Arbeiterparteien ein Bündnis anzubieten. Diese gingen darauf ein und stimmten einer gemeinsamen Kampfparole zu: „Kampf gegen die Reaktion! Für die Durchführung des Sozialismus!“¹⁴³ (Diesen Verzicht der Linken auf ihre spezifischen eigenen Kampfziele wie „Diktatur des Proletariats“ kennen wir aus dem Ruhrgebiet als das Modell von Hagen; siehe I, Seite 138.) Die Forderung der Linken: Entwaffnung der Bourgeoisie, Bewaffnung des Proletariats, wurde zwar von der SPD abstrakt übernommen, einer praktischen Durchführung — die allerdings nach den Ergebnissen des ersten Tages und nach dem Einmarsch des Militärs ungeheuer schwer gewesen wäre — widersetzte sich die SPD jedoch, wobei sie auf angebliche Erklärungen der Reichswehroffiziere verwies, sie ständen auf dem Boden der Verfassung. Dabei war unablässig weiteres weiteres Militär im Anmarsch auf die Stadt.¹⁴⁴

Am 16. März zog eine weitere Reichswehreinheit, verstärkt durch zeitfreiwillige Studenten, ein, und zwar mit schwarz-weiß-rot, und besetzte das Bankviertel. Eine aufgebrauchte Menge wurde mit gefälltem Bajonett auf den Roßmarkt zurückgedrängt. De Neufville verkündete die Einsetzung von außerordentlichen Kriegsgerichten.¹⁴⁵ Im Aktionsausschuß widersetzte sich die SPD wiederum allen vorgeblagenen Aktionen und verhandelte stattdessen mit de Neufville. Der ausgehandelte Kompromiß besagte: Abzug der Reichswehr, Waffenabgabe der Studenten und Freilassung der Gefangenen bis Mitternacht, dafür Abbruch des Generalstreiks. Die SPD konnte dafür die Vorstände der Freien Gewerkschaften (bis auf eine Minderheit der AfA) und einige USP-Führer gewinnen; da die Freien Gewerkschaften die Führung des Generalstreiks übernommen hatten, gaben sie den Ausschlag und verkündeten das Ende des Streiks. Eine große Menge von Arbeitern sammelte sich daraufhin vor dem Gewerkschaftshaus und machte Anstalten, es zu stürmen; Redner der SPD und der Gewerkschaften wurden niedergeschrien.¹⁴⁶ Am nächsten Morgen wurde die Arbeit nicht wieder aufgenommen — zu Recht, denn das Militär hatte die vereinbarte Abzugsfrist keineswegs eingehalten, sondern lag nach wie vor in der Stadt.¹⁴⁷

Nach weiteren Verhandlungen zog das Militär bis 14 Uhr nach Bonames (wenige Kilometer weit) ab, ließ jedoch nur einen Teil der Gefangenen frei und hob auch die außerordentlichen Kriegsgerichte nicht auf. In einer Versammlung der Vertrauensleute der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften erklärte Toni Sender (USP), ohne Freilassung der Gefangenen sei an einen Abbruch des Generalstreiks nicht zu denken. Die SPD-Vertreter dagegen meinten, die Gefangenen seien kein ausreichender Grund, um weiterzustreiken. Mit ihren Empfehlungen, den Generalstreik nunmehr abzubrechen, setzten sie die Versammlung in immer größere Erregung, die sich schließlich zum Tumult steigerte, so daß die Verhandlungen zeitweilig unmöglich wurden. Eine große Niederlage der SPD im Bewußtwerdungsprozeß der Arbeiter zeichnete sich ab, doch jetzt machte Toni Sender einen Schritt, der die Position der Reformisten wieder stärkte: sie schlug vor — und die Versammlung nahm das mit großer Mehrheit an —, die Vertreter der verschiedenen Organisationen sollten fraktionsweise weiterberaten. (Ähnliches kennen wir bereits aus Duisburg; siehe I, Seite 141 f.) Das Ergebnis stand von vornherein fest: SPD und Gewerkschaften empfahlen die Wiederaufnahme der Arbeit (um die Freilassung der Gefangenen wollten sie sich auf dem Verhandlungswege bemühen), die linksradikalere Organisationen die Fortsetzung des Streiks.¹⁴⁸

Welche Chance hier verpaßt worden war, zeigte sich am Morgen des 18. März: auch die meisten in der SPD organisierten Arbeiter erschienen nicht zur Arbeit. In großen Demonstrationen kamen die Streikenden zu einer von den linksradikalere Organisationen veranstalteten Versammlung, obwohl die SPD mit einem Flugblatt vor der Teilnahme gewarnt hatte. Jetzt machten die USP-Führer einen zweiten Fehler, indem sie dieselbe Haltung wie ihre Parteigenossen in Berlin einnahmen: Die Streikfront, erklärten ihre Redner, sei durch das Ausscheren von SPD und Gewerkschaften zerbrochen, einem zu erwartenden langsamen Abbröckeln des Generalstreiks sei der geschlossene Abbruch vorzuziehen. Münster (Links-kommunist) sprach für Fortsetzung des Streiks bis zur Erreichung folgender Ziele:

Wahl revolutionärer Betriebsräte, Entwaffnung von Bürgertum und Militär, Bewaffnung des Proletariats. Kommunisten und Linksunabhängige forderten, über Fortsetzung oder Beendigung des Streiks unmittelbar in dieser Versammlung abzustimmen; auf Antrag der USP-Führung wurde jedoch beschlossen, daß die einzelnen Belegschaften in den Betrieben abstimmen sollten. Diese Abstimmung erbrachte große Mehrheiten für den Abbruch des Generalstreiks.¹⁴⁹ Ein Aufruf der Kommunisten, in den Betrieben revolutionäre Räte zu wählen, fand nur ein klägliches Echo. Am 19. März konnte die Polizei mühelos eine 150 Mann starke Räteversammlung ausheben, da die Kommunisten auf ihrem Flugblatt Ort und Zeit der Zusammenkunft bekanntgegeben hatten.¹⁵⁰ —

Die Länder *Baden* und *Württemberg* erwiesen sich als der Teil des Reiches, der das größte Ruhe- und Beharrungsvermögen entwickelte, und zwar nach beiden Seiten. Einerseits erkannten die hier überwiegenden Klassen — kleines und mittleres Bauerntum, bürgerlicher Mittelstand —, daß hinter dem Putsch die tragenden Kräfte des alten Preußen standen, daß es also nicht ihre Klasseninteressen (und Regionalinteressen) waren, die von den Putschisten verfochten wurden. Andererseits verhinderte das bäuerlich-mittelständische Milieu revolutionäre Aktionen der Arbeiter, oder es erstickte sie nach kurzer Zeit.¹⁵¹ Die Landesregierung von *Baden* verbot als Reaktion auf den Putsch alle Militärtransporte auf den Staatsbahnen, zog Sipo-Verstärkungen in die Landeshauptstadt Karlsruhe und erließ mit dem Kommandanten der in *Baden* stationierten Reichswehr einen Aufruf, in dem die Erhaltung der Republik als gemeinsames Ziel bezeichnet und jede Beziehung zur Putschistenregierung in *Berlin* abgelehnt wurde.¹⁵² Für den 14. März wurde in *Karlsruhe* eine Kundgebung der drei Arbeiterparteien und der DDP angesetzt. Vor Beginn unternahmen die Unabhängigen und Kommunisten eine selbständige Aktion, indem sie in einer Demonstration vor das Rathaus zogen, um die Freilassung von *Rosi Wolfstein*, einer im ganzen Reich bekannten KPD-Agitorin, zu fordern. Im Februar hatte die Polizei in *Durlach* bei *Karlsruhe* einen illegalen Parteitag der KPD ausgehoben; seitdem saß *Rosi Wolfstein* in Haft. Die Demonstranten erreichten zunächst den Abzug einer im Rathaus liegenden Sipo-Abteilung und dann auch die Freilassung von *Rosi Wolfstein*; diese sprach anschließend als erste auf der offiziellen Kundgebung, vor den Rednern der USP, SPD und DDP.¹⁵³

Am selben Tag beschlossen die Vorstände der Gewerkschaften in *Karlsruhe* — und zwar sowohl der Freien wie der christlichen Gewerkschaften —, daß im ganzen Land am 16. März die Arbeit ruhen solle.¹⁵⁴ Die Beschränkung auf 24 Stunden sollte dem Generalstreik natürlich einen reinen Demonstrationscharakter geben. Dieser Rahmen wurde denn auch am 16. März bis auf wenige Ausnahmen nicht überschritten. In *Freiburg* kam es am Abend zu einer spontanen Demonstration vor der *Karlskaserne*, die sich gegen mehrere reaktionäre Führer und Mitglieder der *Einwohnerwehr* richtete. KPD-Führer versuchten vergeblich unter Einsatz ihrer ganzen Person, das Eindringen der Menge in die Kaserne zu verhindern. Herbeigerufene Polizei zerstreute die Menge. Bei einer anschließenden Schießerei wurden zwei Arbeiter und ein Polizist getötet.¹⁵⁵ In zwei abgelegenen Grenzorten konnten sich die Arbeiter bewaffnen. In *Waldshut* wurde die *Einwohnerwehr*

entwaffnet;¹⁵⁶ in *Breisach* waren noch einige Gewehre vorhanden, mit denen eine kleine Arbeiterwehr gebildet wurde.¹⁵⁷ In mehreren Orten forderten Teilnehmer von Versammlungen und Demonstrationen die Landesregierung auf, Waffen an die Arbeiter auszugeben, die führenden Stellen von Reichswehr und Sipo umzusetzen und eine Amnestie zu erlassen. Innenminister *Remmele* (SPD) lehnte diese Forderungen gegenüber einer Delegation der drei Arbeiterparteien aus *Karlsruhe* ab. Daraufhin kam es zu einer Demonstration vor dem Innenministerium, an der sich auch Arbeiter aus *Mannheim* und *Rastatt* beteiligten. Als sich niemand aus dem Ministerium blicken ließ, zerstreuten sich die Demonstranten nach Einbruch der Dunkelheit.¹⁵⁸

Nur in *Mannheim* hatten KPD und USP die Kraft zu einer weiterführenden Aktion,¹⁵⁹ die jedoch in einer Sackgasse endete. Ihre Parole, am 17. März Betriebsräte zu wählen, wurde in 43 Betrieben befolgt. Die Betriebsräte beanspruchten eine weitgehende Kontrolle der Produktion und die Sicherung gegen putschistische Kräfte (bei *Daimler-Benz* z. B. Bewachung der fertigproduzierten Autos). Daraufhin erklärten die Unternehmer die Betriebe für geschlossen. Die Linksradikalen forderten die Arbeiter auf, trotzdem in die Betriebe zu gehen und zu produzieren. Da jedoch die Angestellten und ein großer Teil der Arbeiter den Betrieben fernblieben, vor allem aber da das Geld zur Zahlung von Löhnen fehlte, mußten die Linksradikalen die Aktion nach einer Woche abbrechen. Rund 50 „Rädelführer“ verloren ihre Arbeitsplätze.¹⁶⁰ —

Die Reichswehr in *Württemberg* stand keineswegs so zuverlässig auf Seiten der parlamentarischen Regierung, wie immer wieder behauptet wird. Der Landeskommandant, *General Haas*,^{*} ließ nach dem Eintreffen der Nachricht vom Putsch in *Berlin* das Offizierkorps darüber abstimmen, auf welche Seite man sich stellen wolle; dabei erklärten sich nur zwei Offiziere für die parlamentarische Regierung, alle anderen waren für *Kapp*. Auf welcher Seite die Sympathien von *Haas* lagen, ist deutlich — die Vornahme einer Abstimmung zeigt es. Die Parteinahme des Offizierkorps hatte nur deshalb keine praktischen Konsequenzen, weil die Mannschaften sich gegen die Putschisten erklärten. Auch große Teile der Studentebataillone von *Stuttgart* und *Tübingen* traten für die Putschisten ein. Nur die Landespolizei stand zuverlässig auf Seiten der parlamentarischen Regierung, und als diese von *Dresden* nach *Stuttgart* kam, war es die Landespolizei, die ihren Schutz übernahm. Daraus entstanden starke Spannungen zwischen Landespolizei und Reichswehr, die weitere Nahrung dadurch erhielten, daß die Landesregierung der Forderung von *General Haas* nicht nachkam, den Ausnahmezustand zu verhängen, also ihm die Exekutive zu übertragen. (Man mache eben „den Bock nicht zum Gärtner“, bemerkte dazu der Landespolizeidirektor *Hahn*.)¹⁶¹

Der Generalstreik, der von *Stuttgart* aus proklamiert wurde, sollte wie in *Baden* nur 24 Stunden dauern, die Kommunisten konnten jedoch die Ausdehnung auf 48 Stunden (16. und 17. März) erreichen. Die Wahl von Arbeiterräten in den Betrieben, die die KPD für den 15. März, vor Beginn des Generalstreiks forderte,

* Bei der Niederschlagung der Räterepublik München hatte *Haas* sich durch Einsetzung illegaler Feldgerichte hervorgetan (siehe oben Seite 99 f.).

wurde von der USP-Führung in den beiden größten Betrieben Stuttgart verhin-
dert.¹⁶²

Am 18. März ging auf Befehl Noskes der erste Truppentransport aus Württem-
berg ins Ruhrgebiet ab¹⁶³ — die erste Verstärkung für die Streitmacht General
v. Watters im Reich überhaupt —, und nach und nach schickte das Wehrkreis-
kommando Stuttgart (Befehlsbereich Württemberg und Baden) zwei Drittel seiner
Truppen zum Einsatz dorthin.¹⁶⁴ Zum Kommandeur dieser Truppen wurde
General Haas ernannt, der daraufhin an Noske schrieb, er gehe „herzlich gern
ins Aufstandsgebiet“, da er auf diese Weise aus der „ungesund geladenen politi-
schen Atmosphäre“ in Stuttgart herauskomme.¹⁶⁵ — Am 19. März machten die
Arbeiter der Daimler-Benz-Betriebe in Untertürkheim den Versuch, einen Trup-
pentransport aufzuhalten — ein Akt überregionaler Solidarität, wie es ihn nur
selten gab. Eine spezielle Freiwilligenformation bewaffneter Eisenbahnbeamter
und Studenten konnte jedoch die Bahnanlagen sichern.¹⁶⁶ Im Ruhrgebiet teilte
das Essener USP-Blatt seinen Lesern die Tat der Untertürkheimer Arbeiter als
hoffnungsvolles Zeichen mit.¹⁶⁷ —

Im dritten der süddeutschen Länder, *Bayern*, bestanden schärfere Klassegegen-
sätze als in Baden und Württemberg, und zwar spätestens seit der Revolutionszeit
von 1918/19, und entsprechend schärfer verliefen die Auseinandersetzungen in
Reaktion auf den Putsch in Berlin. Hervorzuheben ist, daß das gesellschaftliche
Kräfteverhältnis und die parteipolitische Regierungskoalition in Widerspruch zu-
einander standen. Die Landesregierung wurde geführt von der SPD. Die SPD
verdankte dies der Tatsache, daß sie es 1919 entschieden hatte, daß die bayrische
Räterepublik mit massivem militärischem Einsatz liquidiert wurde. Aber eben
diese Liquidierung der Räterepublik, die die Kampfkraft der bayrischen Arbeiter-
klasse furchtbar geschwächt hatte, hatte auch die Position der SPD stark unter-
höhlt. Daß dieser Prozeß weiterging, dafür sorgte die SPD zum großen Teil
selbst. Seit der Räterepublik wurde Bayern ununterbrochen mit dem Ausnahme-
zustand regiert, der ausschließlich die Arbeiterbewegung traf, und der SPD-Innen-
minister Endres, „der bayrische Noske“, duldete oder förderte es sogar, z. B.
durch seine Personalpolitik, daß die Reaktion von Monat zu Monat weiter
erstarke.¹⁶⁸

Die Hohlheit der SPD-Position war selbstverständlich der Reaktion nicht entgan-
gen, und so war es seit langem ihr Ziel, die SPD aus der Regierung zu entfernen.
Dabei müssen innerhalb der Reaktion zwei Flügel unterschieden werden: einerseits
die auf das Land Bayern bezogenen Kräfte mit separatistischen Tendenzen, die
auf eine Restauration der Wittelsbacher hinarbeiteten, andererseits diejenigen
Kräfte, die von Bayern aus im ganzen Reich die Revolution von 1918 rückgängig
machen wollten; wir nennen sie die weiß-blaue und die schwarz-weiß-rote Reak-
tion. 1923 sollten beide beim Hitler-Ludendorff-Putsch in München aneinanderge-
raten; während des Kapp-Putsches 1920 arbeiteten sie sich gegenseitig in die Hän-
de.

Am 13. März fand sich der Wehrkreiskommandant von München, General v.
Möhl, bereit, mit der Landesregierung einen Aufruf zu erlassen, der den Putsch
in Berlin verurteilte und die Erhaltung der Reichs- und der Landesverfassung

als gemeinsames Ziel bezeichnete, unter der Bedingung, daß die Landesregierung
den Generalstreik verhindere. Die SPD-Führung ging darauf ein, und es gelang
ihr in stundenlangen Verhandlungen mit den Gewerkschaften, diese zu bewegen,
auf den Generalstreik zu verzichten und sich mit einer Protestkundgebung am
nächsten Tage (einem Sonntag) zu begnügen. Jedoch das Verhalten v. Möhls
paßte weder den schwarz-weiß-rotten Reaktionen, die den Kapp-Putsch begrüß-
ten oder mit ihm sympathisierten, noch den weiß-blauen, die endlich die Gelegen-
heit gekommen sahen, in Bayern reinen Tisch zu machen. Beide bestimmten den
General, von der Landesregierung zu verlangen, daß sie ihm die vollziehende
Gewalt übertrage. v. Möhl tat das, begleitet von Führern der verschiedenen reak-
tionären Verbände, in der folgenden Nacht; gebe die Landesregierung dieser For-
derung nicht nach, so erklärte er dem Ministerpräsidenten Hoffmann (SPD),
könne er „angesichts der Erregung der Truppen für die Sicherheit, ja für das Le-
ben der Minister nicht mehr garantieren“. Schwerebewaffnete Zeitfreiwillige im
Vorzimmer unterstrichen diese Drohung durch wilde Reden. Hoffmann wollte
sich widersetzen, doch das gesamte Kabinett, einschließlich der beiden anderen
SPD-Minister, kapituliert. Die Forderung v. Möhls wurde nur leicht modifiziert:
Übertragung der vollziehenden Gewalt auf v. Möhl nur für München, nicht für
ganz Bayern; Beordnung eines Regierungskommissars für Maßnahmen auf dem
Gebiet der Zivilverwaltung. Das letztere war jedoch nur eine Verschleierung der
Militärdiktatur, denn dieser zivile Regierungskommissar war der Regierungsprä-
sident von Oberbayern, v. Kahr, ein weiß-blauer Reaktionsär, Anhänger der
Wittelsbacher und einer der Hauptdrahtzieher der nächtlichen Aktion gegen die
Landesregierung. Ministerpräsident Hoffmann trat nach seiner Abstimmungs-
niederlage im Kabinett zurück, nach längeren Verhandlungen auch die übrigen
Minister. Am 16. März wählte der Landtag gegen die Stimmen von SPD und
USP v. Kahr zum neuen Ministerpräsidenten, womit dem Staatsreich ein dünnes
parlamentarisches Mäntelchen umgehängt wurde. Kahr bildete eine Koalitions-
regierung aus der Bayrischen Volkspartei, der DDP und dem Bayrischen Bauern-
bund — die erste Regierung im Nachkriegsdeutschland, von der die SPD aus-
geschlossen war.¹⁶⁹

Die Arbeiterschaft von München war seit der Zerschlagung der Räterepublik in
ihrem Kampfwillen und ihren objektiven Möglichkeiten zu sehr geschwächt, um
die volle Machtergreifung der Reaktion auch nur erschweren zu können. Der
Generalstreik setzte zwar am 14. März ein,¹⁷⁰ jedoch schon am 17. März zerbrach
die Einheit der Streikleitung: die SPD gab sich damit zufrieden, daß v. Kahr
die vollziehende Gewalt General v. Möhl nahm und einem Zivilisten (einem
Regierungspräsidenten) übertrug, während USP und KPD unter der Agitations-
lösung „Bewaffnung der organisierten Arbeiterschaft“ den Generalstreik fortset-
zen wollten.¹⁷¹ Die USP- und KPD-Führer entschieden, den Generalstreik nicht
gegen den Willen der SPD weiterzuführen. Die Streikleitung versuchte, in Ver-
handlungen mit Kahr noch etwas zu erreichen. Dieser sagte zu, daß niemand
wegen des Generalstreiks seinen Arbeitsplatz verlieren und daß das nächtliche
Ausgehverbot aufgehoben werden solle; eine Freilassung der politischen Gefan-

genen lehnte er ab. Am Nachmittag des 17. März wurde der Generalstreik in München abgebrochen.¹⁷²

Günstiger für die Arbeiterschaft sah es in zwei bayrischen Städten aus, die 1919 außerhalb des Bereichs der Räterepublik gelegen hatten und in denen der weiße Terror nicht gewütet hatte; dauernde Erfolge konnten freilich auch hier nicht errungen werden — das Kräfteverhältnis im Lande war in München entschieden worden. In Nürnberg vereinigte sich die Arbeiterschaft während des energisch geführten Generalstreiks zu mehreren großen Kundgebungen. Am 17. März erschienen zeitfreiwillige Studenten aus Erlangen; sie schossen auf eine vor der Hauptpost demonstrierende Menge, die die Herausgabe der in dem Gebäude befindlichen Waffen forderte, und jagten sogar die Fliehenden noch — 23 Tote, rund 50 Schwerverletzte waren die Opfer.¹⁷³ — In Hof, einer USP-Hochburg,¹⁷⁴ holten sich die Arbeiter anhand der Mitgliedsliste der Einwohnerwehr deren Waffen aus den Wohnungen und bildeten eine gutorganisierte Arbeiterwehr unter Leitung des USP-Führers Blumtritt.¹⁷⁵ Am 19. März gingen aus München Militäreinheiten mit schwarz-weiß-roten Zeitfreiwilligen nach Hof ab.¹⁷⁶ Die Arbeiter leisteten keinen Widerstand; am 22. März wurde Hof kampfflos besetzt.¹⁷⁷ Bayern war so schnell „befriedet“, daß am 19. März die ersten Militäreinheiten aus München ins Ruhrgebiet abtransportiert werden konnten.¹⁷⁸ Am 20. März fuhr die Hauptmasse ab.¹⁷⁹ Zum Kommandeur dieser Truppen wurde Oberst Epp ernannt,¹⁸⁰ eine zentrale Figur der bayrischen Faschisten, in dessen Diensten Hitler seine Karriere begann. General v. Möhl betonte in einem internen Lagebericht, der „bevorstehende Kampf gegen den Bolschewismus“ werde „die erste Gelegenheit bieten“, um die durch den Kapp-Putsch geschwächte Stellung der Reichswehr „wieder zu befestigen“.¹⁸¹

*

Ziehen wir nach diesem Überblick über Nord-, West- und Süddeutschland — aus dem wir das Ruhrgebiet natürlich ausgespart haben — einen Vergleich mit Ostdeutschland. Das Ergebnis ist überraschend: obwohl diese Regionen im Durchschnitt stärker industrialisiert sind als die ostdeutschen, das Industrieproletariat also verhältnismäßig zahlreicher ist, beobachten wir weniger Fälle, in denen die Arbeiter sich bewaffnen und gegen Militär oder Sipo vorgehen. Kiel, Harburg, Frankfurt — damit sind sie schon alle aufgezählt.

Woher dieser Unterschied? Stärkere Radikalisierung der Arbeiter in Ostdeutschland ist nicht festzustellen, der Ursachenzusammenhang muß also komplizierter sein. Eins liegt auf der Hand: das unterschiedliche gesellschaftliche Kräftefeld, in dem die Arbeiter handelten. Dort die Klasse, die vor allem hinter dem Putsch stand: die Junker; hier herrschende Klassen — Bauern, Industrie- und Handelskapital, Mittelstand —, die dem Putsch abwartend bis ablehnend gegenüberstanden. Daraus resultierte zweierlei. Einmal dies, daß die Militärkommandeure in Ostdeutschland — mit der Rückendeckung durch die Junker — sich fast überall offen auf die Seite der Putschisten stellten, während sie im Norden, Westen und Süden in der Regel entweder die Maske des unpolitischen Soldaten aufsetzten oder, von der einhelligen Ablehnung des Putsches überwältigt, also mehr aus

Opportunismus als aus Überzeugung sich als Gegner der Putschisten erklärten (Baden und Württemberg). Die zweite Folge war, daß dort, wo die Militärkommandanten sich trotzdem auf die Seite der Putschisten stellten, es geschehen konnte — so z. B. in Hamburg —, daß die herrschenden Klassen im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Überzeugungen dagegen vorgingen. Es wäre verkürzend, wollte man sagen, daß dies allein von der Angst diktiert war, es könnte zu einer direkten und möglicherweise entscheidenden Auseinandersetzung zwischen Militär und Arbeitern kommen. Wenn dieses Motiv zweifellos auch mit im Spiel war, so handelte doch — um bei diesem Beispiel zu bleiben — das Hamburger Handelskapital im ganzen aus einer gänzlich anderen Interessenlage heraus als der ostdeutsche Großgrundbesitz, dem es auf diese entscheidende Auseinandersetzung zwischen Militär und Arbeitern gerade ankam.

Der Unterschied in der Haltung der herrschenden Klassen hatte aber vermutlich nicht nur objektive, sondern auch subjektive Folgen für das Handeln der Arbeiter. Wir haben mehrmals auf den „Konkretismus“ der Arbeiter hingewiesen, ihr Sich-Orientieren am unmittelbaren Augenschein. Von daher ergibt sich, daß die Arbeiter im Osten Deutschlands viel unmittelbarer begreifen konnten, was der Putsch von Kapp und Lüttwitz bedeutete — sie hatten die konkrete sinnliche Erfahrung mit der Klasse der Putschisten, den Junkern. Die klassenmäßige Einordnung und Abschätzung des Putsches mußte den Arbeitern im Norden, Westen und Süden Deutschlands viel schwerer fallen. Aufgabe der Funktionäre der Arbeiterparteien wäre es gewesen, hier über den Augenschein hinaus die größeren Zusammenhänge zu vermitteln. Aber sie waren, wie wir am Beispiel Bremens beobachtet haben, womöglich noch konkretistischer als die Arbeiter, orientierten sich an weiter nichts als am Verhalten von Militär und Sipo am Ort.

So war denn allgemein relativ schnell „Ruhe und Ordnung“ wiederhergestellt, und schneller als in Ostdeutschland konnten Militäreinheiten für den Einsatz im Ruhrgebiet freigemacht werden: zuerst im Befehlsbereich General v. Watters selbst (am 17. März in Oldenburg), dann auch in anderen Wehrkreisen (am 18. März in Württemberg, am 19. März in Bayern). Und diese Transporte rollten unbehindert durch das Land — die Solidaritätsaktion der Daimler-Arbeiter von Untertürkheim blieb ein vereinzelter Versuch, sie aufzuhalten. Hier wird deutlich, was es bedeutete, daß mehrere Eisenbahngewerkschaften in Berlin unmittelbar nach der Kapitulation der Putschisten den Generalstreik für beendet erklärt hatten.

Auch das ist jedoch nur ein weiteres Zwischenergebnis in unserem Überblick über die verschiedenen Regionen, denn noch haben wir nicht die Entwicklung im industriellen Mitteldeutschland untersucht.

3. Mitteldeutschland

„Vorne bei den ersten Gruppen erhob sich ein dünner, beiserer Gesang. Doch gleich verstummte er wieder, denn ein Fenster schmetterte auf, und dann hieb ein grelles, tödliches Lachen in unsere Köpfe, ein Lachen wie ein höhnischer Schrei, wie ein spitzer, vergifteter Pfeil... Das war eine Frau, die so lachte, nein, das war die Stadt selbst... Dies Lachen mußte erschlagen werden, es war unerträglich... Brüllen mußten wir, singen, daß uns die Häuse schmerzten, und wir sangen, alle durcheinander, und ich hatte die Hand am Koppel, die Faust umschloß eine Handgranate, und ich ertappte mich bei dem fast unbezähmbaren Wunsche, die Ladung Sprengstoff wild in das offene Fenster zu schleudern...“

Über den Einmarsch eines Freikorps (Eiserne Schar Berthold) in Harburg an der Elbe in der Nacht vom 14. zum 15. März 1920, beschreiben von einem Mitglied der Truppe — Ernst v. Salomon: Die Geächteten, Berlin 1933, Seite 161 f.

In einer Analyse der russischen Oktoberrevolution von 1917 hat Lenin drei Faktoren im Kräfteverhältnis bezeichnet, die Voraussetzungen für den Sieg der revolutionären Partei, der Bolschewiki, waren:

1. eine überwältigende Mehrheit [der Bolschewiki] im Proletariat;
2. fast die Hälfte in der Armee;
3. das ausschlaggebende Übergewicht zum entscheidenden Zeitpunkt an den entscheidenden Stellen, und zwar in den Hauptstädten und an den dem Zentrum nahegelegenen Fronten.¹⁸²

Übertragen wir das auf die Verhältnisse in Deutschland während des Kapp-Putsches.

Mit dem ersten Punkt werden wir uns erst später beschäftigen können; wir werden dafür vorher zu klären haben, welche Partei oder Gruppe etwa den Bolschewiki entsprach, d. h. die revolutionäre Vorhut des deutschen Proletariats war. Der zweite Punkt ist aus der russischen Oktoberrevolution auf das Deutschland vom März 1920 nicht übertragbar. In Rußland war das Militär das Heer des imperialistischen Weltkriegs, hervorgegangen aus der allgemeinen Wehrpflicht; in Deutschland 1920 handelte es sich um eine seit über einem Jahr ausgebildete Bürgerkriegsarmee auf Freiwilligenbasis. Sucht man für die letztere nach einer Parallele in der Geschichte der russischen Revolution, so wären die konterrevolutionären Truppen unter General Wrangel usw. zu nennen. Daß in einer solchen freiwilligen Bürgerkriegsarmee eine revolutionäre Bewegung niemals auch nur annähernd die Hälfte der Soldaten auf ihre Seite ziehen kann, liegt auf der Hand; auch die Bolschewiki haben das bei den konterrevolutionären Truppen während des Bürgerkriegs nicht erreicht. In einem solchen Fall scheint aber nach dem, was wir im Ruhegebiet beobachtet haben, eine politische „Zersetzung“ auch nicht erforderlich zu sein: die konterrevolutionären Soldatentruppen sind schon zahlenmäßig weit schwächer als ein Heer auf der Basis der allgemeinen Wehrpflicht, und sie brechen bei einem Angriff der Arbeiter zusammen, wenn dieser

einmütig und wirklich entschlossen geführt und von der unbewaffneten Bevölkerung mitgetragen wird. — Bleibt in Lenins Analyse der dritte Punkt. Die „entscheidenden Stellen“, von denen Lenin spricht, waren in Deutschland außer der Hauptstadt Berlin die Ballungszentren der Industrie. Ein Ballungszentrum war das Ruhrgebiet, und hier hatten in der Tat die Arbeiter im Bürgerkrieg das „ausschlaggebende Übergewicht“ errungen. Das zweite Ballungszentrum war Mitteldeutschland. Wie stand es dort?

Die Auseinandersetzungen im *Freistaat Sachsen* wurden im wesentlichen in den drei größten Städten des Landes entschieden — in der Landeshauptstadt Dresden im Osten, in Leipzig im Nordwesten und in Chemnitz im Südwesten.¹⁸³

Chemnitz und Umgebung war der Bezirk in Deutschland, in dem die KPD am stärksten war; vom ersten Tage des Krieges an hatten hier Brandler und Heckert, erfahrene Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, eine gutorganisierte Spartakusgruppe aufgebaut.¹⁸⁴ Die USP war bedeutungslos; die SPD, somit der KPD unmittelbar gegenüberstehend, war gezwungen, radikal aufzutreten, wenn sie nicht jeden Einfluß unter den Arbeitern verlieren wollte.¹⁸⁵ So konnte die KPD auf jeden Kapp-Putsch mit einer Aktion antworten, die in den ersten Tagen genau nach ihren Vorstellungen verlief — wie auf dem Reißbrett, möchte man sagen. Dabei hatte sie das Glück, daß in Chemnitz kein reguläres Militär, sondern nur ein Zeitfreiwilligen-Bataillon lag. Gleich am Tage des Putsches wurden die entscheidenden Weichen gestellt. Die KPD forderte von den beiden anderen Arbeiterparteien und der DDP als Bedingung der Zusammenarbeit unter anderem: Entfernung aller Bürgerlichen aus der Einwohnerwehr, Umbildung der Einwohnerwehr zu einer Arbeiterwehr; Besetzung der Zeitfreiwilligen-Kaserne und Auflösung des Zeitfreiwilligen-Bataillons; Besetzung der öffentlichen Gebäude; am 15. März (Beginn der neuen Woche) in den Betrieben allgemeine Wahl von Arbeiterräten, die in einer anschließenden Vollversammlung einen Vollzugsrat wählen, der den provisorischen Aktionsausschuß der drei Arbeiterparteien ablöst. — Die SPD erklärte sich damit einverstanden. Bis zum Abend war die Waffenfrage reibungslos gelöst, bis auf einen Punkt: statt 2.000, wie von der KPD gefordert, wurden nur rund 1.000 KPD-Anhänger in die Arbeiterwehr aufgenommen (bei insgesamt 3.000 Mann). Um 21 Uhr besetzten die Arbeiter die öffentlichen Gebäude, und zwei Stunden später waren alle politischen Gefangenen in Freiheit.¹⁸⁶ — In den folgenden Tagen wurde von Chemnitz aus im Umkreis von 50 Kilometern systematisch das Bürgertum entworfen, mit der einzigen Ausnahme eines Technikums, dessen bewaffnete Schüler sich verschanzten hatten; sie wurden eingeschlossen, da die Lage im Bezirk so gesichert war, daß die bei einem Sturmangriff zu erwartenden Opfer vorerst unnötig erschienen.¹⁸⁷

Eine historische Chance allerdings wurde von den Chemnitzer Arbeitern verpaßt, die, wäre sie genutzt worden, für ganz Deutschland von Bedeutung gewesen wäre. Wie erinnert man sich, hatte die Reichsregierung in Dresden, wohin sie zunächst aus Berlin geflohen war, nicht die politische und technischen Arbeitsbedingungen gefunden, die sie erhofft hatte, und sich daraufhin zur Weiterreise nach Stuttgart entschlossen.¹⁸⁸ Auf dem Wege dorthin lag das westliche Sachsen, das als KPD-Hochburg bekannt war, und so beschloß man, verschiedene Routen zu fahren, um

zu verhindern, daß etwa die ganze Regierung festgenommen würde. Am Abend gelangten Reichspräsident Ebert und mehrere Minister und Staatssekretäre im Auto bis unmitelbar vor Chemnitz; weiter reichte ihr Benzin nicht. Geßler, der als der am wenigsten bekannte Minister in die Stadt geschickt wurde, setzte den Bahnhofsvorsteher ins Bild und erreichte, daß dieser an einen D-Zug nach Frankfurt an der Werra fuhr. Doch die Hoffnung Eberts und der Minister, den Chemnitz zu verlassen, erfüllte sich nicht: kaum hatten sie den Sozialdemokraten unterworfen, betrat bewaffnete Arbeiter die Abteile und begannen sie zu kontrollieren. Aber nun geschah etwas Erstaunliches: Ebert fuhr die Arbeiter scharf und zornig an — und diese zogen sich sofort zurück.¹⁸⁹

Die Möglichkeit, die sich hier geboten hatte, erinnert an jene wichtige Wendung des chinesischen Bürgerkriegs im Dezember 1936, der als „Zwischenfall von Sian“ bekannt ist: die Kommandanten eines wichtigen Teils der Kuomintang-Armee nahmen Marschall Tschiang Kai-schek gefangen und zwangen ihn zu einer vollständigen Änderung seines politischen Kurses — zur Einstellung des Bürgerkriegs, d. h. der Vernichtungsfeldzüge gegen die Roten Gebiete, und zur Bildung einer Volksfront mit den Kommunisten zum Kampf gegen die japanischen Invasoren.¹⁹⁰ — Man stelle sich einmal die beiden Möglichkeiten vor: Entweder Reichspräsident Ebert und die Reichsregierung hätten die Erklärung abgegeben, der seit zwei Monaten bestehende Ausnahmezustand, der die Putschisten begünstigte, werde aufgehoben und jeder Widerstand der Arbeiter gegen die Putschisten werde gebilligt und unterstützt, nicht nur der Generalstreik, sondern auch alle bewaffneten Aktionen. Der Druck, den die Chemnitz-KPD-Führer zur Erreichung einer solchen Erklärung hätten ausüben müssen, wäre von vielen Arbeitern verstanden worden. Hätten Ebert und die Regierung dann von Württemberg aus die Erklärung widerrufen,* hätten sie selbst weitverbreitete Illusionen, sie führten einen kompromißlosen Kampf gegen die Putschisten und leiteten einen neuen politischen Kurs ein, zerstört. Oder die Abgabe einer solchen Erklärung wäre in Chemnitz verweigert worden — übrigens der wahrscheinlicheren Fall, denn besonders Ebert hatte gegenüber fundamentalen Forderungen von links eine Stirn von Eisen —, dann hätten die Chemnitz-KPD-Führer der deutschen Arbeiterklasse bekanntgeben können, welche Forderungen gestellt und abgelehnt worden seien, und sie hätten Ebert und die Regierung festhalten können, weil diese das Minimum an Unterstützung für den Kampf gegen die Putschisten verweigerten. — Die hier entwickelte Vorstellung, wie eine wichtige Chance hätte genutzt werden können, widerspricht übrigens nicht unserer sonst geäußerten Kritik daran, daß anderswo die Linken den SPD-Führern Bekenntnisse zur Diktatur des Proletariats abverlangten. Hier wäre es nicht um verbale, sondern um reale Zugeständnisse gegangen, die ausdrücklich hätten widerrufen werden müssen.

Am 15. März wählten die Chemnitz-KPD-Führer in den Betrieben ihre Vertreter im Arbeiterrat — im Durchschnitt rund 50 Arbeiter einen Delegierten, insgesamt 1.500 Delegierte. Diese traten am Nachmittag zur Vollversammlung zusammen.

* Das wäre in diesem Fall am ehesten zu erwarten gewesen; Tschiang Kai-schek dagegen konnte sich aus verschiedenen Gründen einen solchen Widerruf nicht leisten.

MITTELDEUTSCHLAND UND NIEBERLAUSITZ



Einstimmig erkannten sie das Recht der Belegschaften an, ihre Delegierten jederzeit zurückberufen zu können. Nach Lageanalysen und Grundsatzklärungen je eines Vertreters der drei Arbeiterparteien und der DDP wurde in einer Listenwahl die Zusammensetzung des Vollzugsrats entschieden, mit folgendem Ergebnis: 10 Kommunisten, 9 Sozialdemokraten, je ein Vertreter der USP und der DDP. Der Vollzugsrat trat unmittelbar anschließend zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen und bildete eine Streikleitung, eine militärische Leitung sowie Kommissionen für Wirtschaft, Verkehr, Lebensmittelkontrolle und Polizeikontrolle. Heckert (KPD) übernahm die koordinierenden Verbindungen zu den anderen Orten Sachsens und zur Bewegung im ganzen Reich.¹⁹¹ Brandler (KPD) schrieb rückblickend: „Die Parole sofortiger Neuwahl des Arbeiterrats . . . war die Kraftquelle unserer Aktion. Die Stimmung der Massen war noch am Sonntag [14. März] . . . nichts weniger als kampfbegeistert. Erst die in den Betrieben vorgenommene Arbeiterratswahl am Montag früh, wo die politische Situation auf eingehendste besprochen wurde, brachte Bewegung in die Massen . . . politisierte die in Lethargie verfallene Arbeiterschaft, wie sie unmittelbar die ganze folgende Revolutionspolitik aufrollte und zur Diskussion stellte. Unseren Genossen in den Betrieben gab sie Gelegenheit, die Praxis der SPD und USP einer gründlichen Kritik zu unterwerfen . . . Durch die Arbeiterratswahl wurde es uns möglich, die Arbeiterschaft als Masse zusammenzufassen zu einheitlicher Aktion unter unseren Kampflosungen.“¹⁹²

Gleich in dieser ersten Vollversammlung der Arbeiterräte erklärte Brandler, die KPD werde sich an ihr (von Rosa Luxemburg verfaßtes) Parteiprogramm halten, nach dem die KPD „nie anders die Regierungsgewalt übernehmen“ werde „als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland“, d. h. nur bei deren „bewußter Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden“ der KPD. Die KPD habe bisher nur eine Minderheit des Proletariats hinter sich, und daher gehe es ihr jetzt nicht um ihre „letzten Ziele“.¹⁹³ Ein zweiter Gesichtspunkt für die KPD-Führung war die Entwicklung der Gesamtbewegung im Reich. Die Arbeiterschaft von Chemnitz, schrieb Brandler, „hatte im ersten Ansturm die Macht an sich gerissen, durfte aber nicht weiter vorwärtsstürmen, solange aus dem übrigen Reiche nicht zuverlässige Nachrichten vorlagen, die ein Weitervorwärtsstürmen ermöglichen hätten.“¹⁹⁴ Ein äußerst wichtiger Gesichtspunkt, der uns beim Ruhrgebiet noch beschäftigen wird: die Ungleichmäßigkeit der Bewegung in den verschiedenen Regionen, ein Zentralproblem jeder revolutionären Bewegung.

Beides, die Grundsätze des KPD-Programms und die Orientierung an der Gesamtbewegung im Reich, bekam am 17. März praktische Bedeutung, als die Vertrauensleute der SPD beschlossen, in der Vollversammlung der Arbeiterräte am nächsten Tage für den Abbruch des Generalstreiks einzutreten. Die KPD-Fraktion der Arbeiterräte erklärte dies für ein „Versagen“ der SPD angesichts der Erfordernisse der Situation, kam jedoch zu dem Ergebnis, „daß es bei der Gesamtlage im Reiche und dem Kräfteverhältnis der Parteien in Chemnitz nicht

* Die Gesamtstärke des Vollzugsrates war vom provisorischen Aktionsausschuß festgesetzt worden.

möglich sei, gegen den einstimmigen Beschluß der SPD-Fraktion, den Streik abzubrechen, den Streik wirksam weiterzuführen“.¹⁹⁵ Anders aber als z. B. die USP in Frankfurt ließ sich die KPD von der SPD nicht überfahren, sondern machte die einheitliche Beendigung des Generalstreiks von einer Reihe von Bedingungen abhängig, deren Annahme sie in der Vollversammlung durchsetzen konnte: Fortdauer der Bewaffnung des Proletariats, in den Betrieben Kontrolle der Produktion, ferner — als weitergehende Zielvorstellung — organisatorische Verbindung der politischen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in ganz Deutschland und Einberufung eines allgemeinen Rätekongresses.¹⁹⁶ Nicht durchsetzen konnte die KPD, daß in der Arbeiterwehr das Übergewicht der SPD beseitigt und Parität hergestellt wurde.¹⁹⁷ Die Bezahlung der Streiktage, eine Forderung, die auch die SPD vertrat, wurde gegen den Widerstand der Unternehmer und durch Eingriffe in das Bankwesen sichergestellt.¹⁹⁸ Schritte zur organisatorischen Zusammenfassung der Arbeiterräte waren von Chemnitz aus schon während des Generalstreiks gemacht worden. Zweimal entsandten die Arbeiterräte von Sachsen und angrenzenden Gebieten in Bayern und Thüringen Delegierte zu einer Regionalkonferenz nach Chemnitz (am 18. und 22. März), doch das Bestreben, bleibende Erfolge für die Arbeiterschaft herauszuholen, sei es gegenüber der sächsischen Landesregierung, sei es in den Betrieben bei der Kontrolle der Produktion, mußte natürlich scheitern, als die Gesamtbewegung in Sachsen und im Reich versandete.¹⁹⁹

Hervorzuheben ist noch die Bündnispolitik der Chemnitzer KPD-Führer. Einerseits forderten sie von der SPD kein Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats, andererseits beanspruchten sie volle Freiheit für die Propaganda der eigenen Grundsätze und Ziele, eingeschlossen die Kritik der Politik von SPD und USP.²⁰⁰

Mit letzterem gerieten sie in Widerspruch zu ihren Parteigenossen im Lugauberg (Mitscher Steinkohlenrevier). Hier glaubten die führenden Kommunisten, die kritische Auseinandersetzung der Arbeiterparteien untereinander störe die Einheit der Arbeiterklasse.²⁰¹ Daß diese Haltung den Sieg der SPD-Linie bedeutete, zeigte sich, als die SPD am 17. März den Abbruch des Generalstreiks beantragte; die KPD fügte sich, ohne sich mit den benachbarten Streikzentren zu verständigen und ohne der SPD Bedingungen abzuverlangen, um „die Einheitlichkeit der Bewegung zu erhalten“. Die Versammlung der Streikenden, die die Beendigung des Streiks beschloß, sprach lediglich leere Erwartungen aus,²⁰² und nur das Vorbild von Chemnitz bewirkte, daß eins noch erreicht wurde: die Bezahlung der Streiktage durch die Unternehmer.²⁰³

Das genaue Gegenbild zu Chemnitz bot die Landeshauptstadt Dresden. Hier hatte die SPD ihre führende Position während der Periode der Konterrevolution zu behaupten vermocht,²⁰⁴ obwohl sie sich passiv der Regierungspolitik anpaßte — die Dresdner SPD, schrieb Brandler, hat „die Hoflieferantengesinnung der Spißbürger geerbt“.²⁰⁵ Die USP schlug zwar in Reaktion auf den Putsch starke Töne gegen den Noske-Kurs an, lehnte sich aber praktisch stark an die SPD an.²⁰⁶ Das wurde ihr durch die Kommunisten erleichtert, bei denen sich vollständig die „linke“ Richtung unter Führung von Rühle durchgesetzt hatte, die eine Politik der sektiererischen Prinzipienreinheit verfolgte. Einen Aufruf von SPD und USP, die „Errungenschaften der Revolution“ zu verteidigen, nannte Rühle, der diese

Errungenschaften für äußerst fragwürdig bzw. durch den Noske-Kurs bereits wieder zerstört hielt, eine „an sich schon . . . konterrevolutionäre Parole“. Ebenso scharf kritisierte die Rühle-Gruppe, daß SPD und USP den Generalstreik auf einen eintägigen Demonstrationsstreik beschränken wollten — das sei „ein leerer Protest, eine Possé“, schrieb sie auf ihren Flugblättern. Den Gipfel aber fand sie in der Art, wie die Arbeiter Waffen erhielten: Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre beschlagnahmten Waffen der Einwohnerwehr und verteilten sie vor dem „Volkshaus“ (Haus der Arbeiterorganisationen), wohlgeordnet nur an organisierte Arbeiter, gegen Vorlage des Gewerkschaftsbuchs. Diese „Komödie“ könne sie „nicht mitmachen“, versuchte die Rühle-Gruppe den Arbeitern zu erklären.²⁰⁷ Doch diese verstanden den Boykott der Linkskommunisten nicht; auf den Kundgebungen ließen sie deren Sprecher nicht zu Wort kommen.²⁰⁸ Eine Arbeiterschaft, deren Führung derart passiv, konzeptionslos bzw. bürokratisch war, konnte keine ernsthafte Kampfkraft entfalten. Wenn es trotzdem zu Auseinandersetzungen kam, lag es ausschließlich an ihren Gegnern. Der Wehrkreiskommandant von Dresden, General Maercker, nahm gegenüber dem Putsch eine Haltung wohlwollender Neutralität ein. Das mußte auch die Reichsregierung zu ihrer peinlichen Überraschung erkennen, als sie auf der Flucht aus Berlin in Dresden ankam. Sie versuchte, Maercker zu beschwichtigen, indem sie bestritt, daß die SPD-Minister zum Generalstreik aufgerufen hätten.²⁰⁹ Maercker teilte das sofort in einer Bekanntmachung mit und forderte die Arbeiter auf, „das Wirtschaftsleben nicht durch Streiks oder Tumulte irgendwelcher Art zu stören“. ²¹⁰ So wurde selbst der eintägige Demonstrationstreik am 15. März zum Konfliktstoff. Die bewaffnete Macht (etwas reguläres Militär, in der Hauptsache Zeitfreiwillige — vor allem Studenten — und Einwohnerwehr) stand an diesem Tage allerdings nicht mehr unter dem Kommando Maerckers (der war in der Nacht zuvor zur Vermittlung zwischen Putschisten und alter Regierung nach Berlin gefahren),²¹¹ sondern wurde von Maerckers Stellvertreter General Müller geführt; dieser war jedoch eher noch schärfer als sein Vorgesetzter.* In der Nacht vor dem Generalstreik ließ er das Post- und Telegrafennetz durch Einwohnerwehr besetzen.²¹² Darüber waren die streikenden Arbeiter, die am 15. März vormittags auf dem Postplatz zusammenströmten — eine Menge von mehreren Zehntausend —, äußerst erregt. Schließlich besetzte eine kleine Arbeitergruppe, zum Teil bewaffnet, das Gebäude. Die Einwohnerwehrabteilung wagte angesichts der Menge keinen Widerstand, bat aber General Müller um militärische Hilfe. Am Nachmittag ging ein Reichwehrrbataillon von der einen, ein Zeitfreiwilligen-Bataillon von der anderen Seite gegen den Platz vor. Mit MG-Fire aus Panzerautos schossen sie in die Menge und richteten ein grauenhaftes Blutbad an; über 50 Tote, darunter Frauen und Kinder, blieben auf dem Platz liegen, die Zahl der Verletzten betrug rund 150. Die Arbeiter im Post- und Telegrafennetz versuchten sich trotz ihrer kleinen Feuerkraft zu halten, mußten sich aber nach Einbruch der Dunkelheit ergeben.²¹³

Das dritte Zentrum des Freistaats, Leipzig, war eine Hochburg der USP.²¹⁴ Die KPD beteiligte sich nicht am Aktionsausbruch von USP, SPD und Gewerkschaft

* 1923 liquidierte er (im Auftrag Eberts und Stresemanns) die SPD-KPD-Regierung von Sachsen.

ten, da diese die Wahl von Arbeiterräten in den Betrieben ablehnten.²¹⁵ Den Arbeitern gegenüber stand eine in Leipzig stationierte Reichswehrbrigade, deren Kommandant, General Senfft v. Pilsach, mit den Putschisten sympathisierte, außerdem ein außerordentlich (etwa 4000 Mann) starkes Zeitfreiwilligen-Regiment, wiederum vor allem Studenten.²¹⁶ Demonstrierende Arbeiter trafen am 14. März auf Absperrungen von Zeitfreiwilligen — zwei Klassen standen sich voller Haß und Angst gegenüber, und an einigen Stellen begannen die Zeitfreiwilligen, ihre Unsicherheit durch Brutalität verdeckend, zu schießen und töteten 15 Menschen.²¹⁷ Nun verschafften sich die Arbeiter Waffen, vor allem durch Hausschüssen bei den Zeitfreiwilligen und in den Häusern der studentischen Verbindungen außerhalb der vom Militär kontrollierten Innenstadt.²¹⁸ Auch aus den Waffenfabriken in Suhl (Thüringen) wurden Waffen geholt,²¹⁹ einige hundert Gewehre schickte die Chemnitzer Arbeiterschaft.²²⁰ In den Arbeiterorten entstanden Arbeiterwehren, die unterschiedlich gut geführt und zusammengefaßt waren (am besten im Osten).²²¹ Typisch für Leipzig — es gibt nichts Vergleichbares in einer anderen Stadt — war der ausgedehnte Bau von Barrikaden, die zunächst eine militärische Besetzung der Arbeiterorte verhindern sollten und dann mit zunehmender Stärke der Arbeiter immer weiter gegen die Innenstadt vorgetrieben wurden; das Militär kontrollierte schließlich nur noch den Stadtkern und eine Kaserne in einem nördlichen Vorort. Schießereien hinüber und herüber, die am 15. März begannen, weiteten sich an den beiden folgenden Tagen zu einem ständigen Feuerwechsel aus, bei dem das Militär auch Minenwerfer einsetzte.²²² Die sozialdemokratische Landesregierung in Dresden versuchte, die sich entwickelnde Zuspitzung abzubremsen, indem sie die Aufhebung des Ausnahmezustandes verflügte und die Einreihung von Arbeitern in die Einwohnerwehren und eine Amnestie zusagte. Als jedoch General Senfft v. Pilsach gegen ersteres protestierte, ließ sie ihm freie Hand, und Senfft verhängte den Ausnahmezustand erneut.²²³ Am 17. März erschien ein Minister aus Dresden zur Vermittlung. Obwohl die bewaffneten Aktionen der Arbeiter in vollem Gange waren (ihren Höhepunkt hatten sie noch längst nicht erreicht), ließen sich USP, SPD und Gewerkschaften auf Verhandlungen ein. Ihr Unterhändler, der USP-Führer Lipinski, stimmte zunächst einem Waffenstillstand zu²²⁴ und unterzeichnete dann in der Nacht zum 18. März ein Abkommen, das einer glatten Kapitulation gleichkam: Herausgabe der von den Arbeitern gemachten Gefangenen am 19. März mittags, an einer bezeichneten Kaserne; Waffenabgabe der Arbeiter bis 21. März, 18 Uhr, beim Polizeipräsidium; Verlegung der Zeitfreiwilligen in Orte der Umgebung „zu einem noch näher zu bestimmenden Zeitpunkt, der von der Beschaffung der Unterkunft . . . abhängig ist“, wobei die Arbeiterschaft dieser Orte den Zeitfreiwilligen „keinerlei Schwierigkeiten“ bereiten darf; über die eventuelle Auflösung des Zeitfreiwilligen-Regiments entscheidet die Reichsregierung; Verbleib der regulären Reichswehr in der Stadt; nach Abzug der Zeitfreiwilligen Abbruch des Generalstreiks.²²⁵ USP, SPD und Gewerkschaften wagten erst am 19. März, dieses Abkommen den Arbeitern vorzulegen; 19 Massenversammlungen entschieden sich für, 10 gegen die Annahme²²⁶ — ein Zeichen, wie weit die Arbeiter sich bereits dem Einfluß ihrer traditionellen Organisationen entzogen, allerdings nicht genügend, um eine einheitliche Fortführung des Kampfes organisieren zu können.

Der Waffenstillstand war am 18. März zunächst beiderseits eingehalten worden, am Mittag jedoch waren die Kämpfe wieder aufgeflammt, wobei beide Seiten sich gegenseitig beschuldigten, den Waffenstillstand gebrochen zu haben.²²⁷ Am 19. März mittags überreichte General Senfft v. Pilsach ein Ultimatum: „Die organisierte Arbeiterschaft gibt sofort ihre Stellungen auf, zieht sich von den Straßen zurück und nimmt die Arbeit wieder auf . . . Jeder Widerstand . . . wird rücksichtslos gebrochen.“²²⁸ Gegen 15 Uhr ging das Militär zum Angriff vor, sein Ziel war das „Volkshaus“, eine traditionsreiche Stätte der deutschen Arbeiterbewegung. Die Barrikaden dieses Viertels waren nicht mehr sehr stark besetzt, wären aber ohnehin gegen die Artillerie des Gegners nicht zu halten gewesen. Nach dem Sieg über die verzweifelt kämpfenden Arbeiter plünderte das Militär das Volkshaus aus und steckte es anschließend in Brand; die Feuerwehr wurde am Löschen gehindert. In ohnmächtiger Wut brannten die Arbeiter zwei Villen nieder, aus denen heraus sie beschossen worden waren.²²⁹ Weiterer organisierter Widerstand jedoch war sinnlos, und in der folgenden Nacht räumten die Arbeiter ihre Stellungen. Eine Verhaftungswelle setzte ein; in den Kasernen wurden die Gefangenen von regelrechten Prügelkolonnen mißhandelt.²³⁰

Der Zusammenbruch in Leipzig machte die Hoffnungen der KPD-Führer in Chemnitz zunichte, in einer gemeinsamen Aktion der Arbeiter von Leipzig und Chemnitz gegen die Landeshauptstadt Dresden vorgehen zu können, um die politische Macht über das Land zu ergreifen. „Dresden, die sächsische Spießersiedlung“, schrieb Brandler, „wird stets nur unter dem Druck von außen zu nehmen sein.“ Bei einer Zusammenfassung der Leipziger Arbeiter durch einen politischen Arbeiterrat wäre es möglich gewesen, die Streitmacht des Generals Senfft v. Pilsach zu schlagen.²³¹ Bei diesen Worten stellte Brandler wohl zu wenig in Rechnung, wie schwach der Gegner der Arbeiter in Chemnitz, wie stark er in Leipzig war. Die Verwirrung der Leipziger Arbeiter — teils durch die Uneinigkeit der Arbeiterführer, teils durch deren schwächliche Haltung — soll nicht verkleinert werden. Doch eine solche Streitmacht, wie sie in Leipzig lag, ist auch dort, wo die Arbeiter die größte Kraft entfalteten, nämlich im Ruhrgebiet, an keiner Stelle allein von der Arbeiterschaft der betreffenden Stadt geschlagen worden, sondern immer nur im Bunde mit bewaffneten Arbeitern von außerhalb.

Im Braunkohlenrevier von Borna (südlich von Leipzig) war die „Union“, eine linksradikale Gewerkschaft (vgl. I, Seite 47 f.), die führende Arbeiterorganisation.²³² Auf die Nachrichten vom Putsch entwarfen die Bergarbeiter zahlreiche Einwohnerwehren. Eine aus Altenburg kommende Reichwehreinheit wurde ebenfalls entwaffnet, die in Borna selbst liegende Reichwehr in ihrer Kaserne eingeschlossen. Von einer Erstürmung rieten die Arbeiterführer aller Richtungen einschließlich der KPD ab; Arbeiter und Militär vereinbarten eine feste Demarkationslinie um die Kaserne. Schon am 16. März wollte der Aktionsausschuß — gegen den Widerstand der KPD — den Generalstreik abbrechen, doch als das Militär aus der Kaserne heraus eine Demonstration beschloß, entschieden die Arbeiter, den Generalstreik nicht eher abzubrechen, bis das Militär aus Borna abgezogen sei. Nachrichten von den Erfolgen der Arbeiter in Chemnitz* bewirkten, daß der

* Außerdem möglicherweise der Linienstab einer Truppeninheit zur Verstärkung der Garnison; s. unten Seite 172.

Generalstreik bis weit in die zweite Woche hinein fortgesetzt wurde. Einen Abzug der Reichwehr erreichten die Bergarbeiter zwar nicht, jedoch die Bezahlung der Streiktage durch die Unternehmer, wobei sie auch die Abwälzung auf die Preise verhinderten.²³³ —

Die sieben Zwergstaaten, in die Thüringen zerfiel, waren diejenigen deutschen Länder, bei denen die Reichsregierung mit ihren Bemühungen, alle Länder auf die Linie aktiver Konterrevolution zu bringen, den geringsten Erfolg gehabt hatte. Einmal bedeutete anscheinend die Kleinheit der Staatsgebiete, daß die (überwiegend an der USP orientierte) Arbeiterschaft einen verhältnismäßig großen Druck auf die Landesregierungen ausüben konnte. Zum anderen waren einige dieser Landesregierungen selbst, vor allem die reine USP-Regierung von Gotha, aus Überzeugung Gegner des Noske-Kurses. Die Bildung von Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenformationen wurde von den Behörden teilweise sabotiert, und einige Städte weigerten sich hartnäckig, militärische Garnisonen aufzunehmen.²³⁴

Bei einem derart gespannten Verhältnis zur Zivilverwaltung hatten die Militärkommandanten im Moment des Kapp-Putsches natürlich keinen Grund, sich unpolitisch-neutral oder gar verfassungstreu zu geben, vielmehr sahen sie endlich die Gelegenheit gekommen, reinen Tisch zu machen. In vier der sieben Zwergstaaten — in den Landeshauptstädten Weimar, Gotha, Gera, Altenburg — machten sie den Versuch, die Landesregierungen abzusetzen. Durch ihre beiden Vorgesetzten waren sie dabei voll gedeckt. Der eine, Brigadekommandant Hagenberg, zu dessen Befehlsbereich Ostthüringen gehörte, erklärte selbst die Landesregierung von Weimar für abgesetzt;²³⁵ der andere, Brigadekommandant Stolzmann in Kassel, dem die militärischen Einheiten in Westthüringen unterstanden, hatte mit der Verhängung des verschärften Ausnahmezustandes angezeigt, daß er mit einem scharfen Vorgehen seiner Unterkommandeure einverstanden sein würde.²³⁶ In Altenburg (Ostthüringen) verlangte eine militärische Abordnung am 14. März von der SPD-DDP-Landesregierung, binnen zwei Stunden die Kapp-Regierung in Berlin anzuerkennen. Die Unteroffiziere und Mannschaften der Garnison weigerten jedoch dem kappistischen Offizierkorps den Gehorsam, und am Abend wurden die Offiziere von einem Aufgebot der verfassungstreuen Einwohnerwehr nach kurzer Gegenwehr in ihrem Kasino festgenommen.²³⁷

Weitaus schärfer verliefen die Auseinandersetzungen in den anderen genannten Staaten. Im benachbarten Gera (Hauptstadt des Freistaates Reuß) lagen rund 800 Balthikumer, angeblich zur Auflösung. Ihr Kommandeur, Major v. Coburg, forderte die Landesregierung am 14. März zur Abdankung auf; als das zurückgewiesen wurde, rückte er aus der Kaserne in die Stadt und besetzte die Regierungsgebäude, allerdings ohne der Landesregierung habhaft zu werden — sie war nach Greiz entkommen. Am folgenden Tag setzte der Generalstreik ein. Die vom Militär eingesetzte Putschregierung hatte alle Streikversammlungen verboten und die vorgesehene Versammlungslöke absperren lassen. Die Menge der Streikenden flutete gegen die Drahtabsperungen in der Innenstadt; nach ersten kleineren Zusammenstößen schoß das Militär scharf und tötete einen Arbeiter und einen Lehrling. Doch anders als in vielen anderen Städten ließen sich die Arbeiter von

am frühen Morgen des 18. März und dauerte den ganzen Tag über, bei ständiger wachsender Überlegenheit der Arbeiter; in der folgenden Nacht zog sich das Militär nach Erfurt zurück.²⁴⁴ Mit diesem Erfolg begünstigten sich die Arbeiter, einen Kampf um Erfurt nahmen sie nicht mehr auf.²⁴⁵ Als am 20./21. März hessische Truppen die thüringische Grenze überschritten, fanden sie bereits alles ruhig.²⁴⁶ General Hagenberg, Brigadekommandant in Weimar, gab am 13. März bekannt: „Die bisherige Reichsregierung ist zurückgetreten. Die Weisungen der jetzigen Reichsregierung müssen im Interesse der Ordnung unbedingt befolgt werden. Ich werde . . . gegen alle Versuche, die Ruhe und Sicherheit zu stören und Streiks anzuzetteln, rücksichtslos einschreiten.“²⁴⁷ Reichswehr und Sipo erklärten sich für die Regierung Kapp-Lüttwitz. Widerstandsaktionen der Arbeiter konnte Hagenberg am folgenden Tag ohne Schwierigkeiten unterdrücken, nachdem er Reichswehr- und Sipoverstärkung aus der preußischen Provinz Sachsen herangezogen hatte; die Landesregierung, die sich weigerte, sich auf den Boden der Putschisten zu stellen, erklärte er für abgesetzt, der SPD-Ministerpräsident wurde verhaftet.²⁴⁸ Der verschärfte Generalstreik, mit dem die Arbeiter auf blutige Schießereien des Militärs antworteten, richtete wenig aus;²⁴⁹ erst die großen Waffenerfolge der Arbeiter in der preußischen Provinz Sachsen — die nun abschließend dargestellt werden sollen — zwangen Reichswehr und Sipo zum Wiederabzug aus Weimar.²⁵⁰

Der südliche Teil der *preußischen Provinz Sachsen*, der Regierungsbezirk Merseburg, war seit langem der stärkste Bezirk der USP in ganz Deutschland;²⁵¹ innerhalb der USP dominierte der linke Flügel. Die Kämpfe in diesem Bezirk stehen, im Reichsmaßstab gesehen, nach Ausmaß und Intensität an zweiter Stelle hinter denen im Ruhrgebiet. Drei Zentren zeichnen sich ab: Bitterfeld-Delitzsch, Zeitz-Weißenfels und das Zentrum des Gebiets, die Großstadt Halle. Eine in Bitterfeld liegende schwache Militäreinheit erhielt nach dem Putsch Verstärkungen aus zwei benachbarten Garnisonstädten, Torgau und Eilenburg. Am 17. März stieß eine Kompanie nach Norden vor, traf auf bewaffnete Arbeiter und wurde geschlagen. Daraufhin zog sich die gesamte Besatzung von Bitterfeld nach Eilenburg zurück, bis auf drei Kompanien, die sich in Delitzsch festzusetzen suchten; sie wurden von den Arbeitern angegriffen und schließlich zur Abgabe der Waffen gezwungen.²⁵² — In Zeitz lagen 160 Mann Reichswehr, die gerade stark genug waren, um die Moritzburg (eine befestigte Burg) gegen die Arbeiter zu halten; von den Arbeitern, die die städtische Polizei entwaffneten, wurden sie dort eingeschlossen. Am 17. März unternahm sie einen Ausbruchversuch; die Arbeiter konnten ihn vereiteln und anschließend die Truppe zur Abgabe der Waffen zwingen.²⁵³ Nach ihrem Sieg zogen die Arbeiter nach Weißenfels, wo sich zwei Hundertschaften Sipo im Schloß verschanz hatten. Ein Ausbruchversuch der Sipo am 21. März morgens glückte dem Hauptteil; die Nachhut wurde von den Arbeitern aufgerieben.²⁵⁴

Die schärfsten Kämpfe entwickelten sich in und um Halle. In Halle lagen rund 1.500 Mann reguläre Reichswehr und eine Sipo-Hundertschaft, hinzu kamen rund 3.000 Mann der bürgerlichen Einwohnerwehr und Zeitfreiwillige (auch hier vor allem Verbindungsstudenten) — zusammen also eine Streitmacht, die nach

Gera dadurch nicht einschüchtern, im Gegenteil: binnen drei Stunden erstürmten sie ein besetztes Gebäude nach dem anderen, obwohl sie zu Beginn völlig unbewaffnet waren, und schließlich zwangen sie auch die Kaserne zur Kapitulation.²⁵⁵ — Einige Tage später wurde der Freistaat in die Auseinandersetzungen in Sachsen hineingezogen. General Senfft v. Pilsach in Leipzig wollte rund 800 Mann Reichswehr, die in Plauen lagen (am 16. März hatte diese Truppe, verstärkt durch Zeitfreiwillige, ein Blutbad unter der Plauener Arbeiterschaft angerichtet),²⁵⁶ zur Unterdrückung der Bergarbeiter von Borna einsetzen. In der Nacht zum 20. März betrat die Truppe den Boden des Freistaates, durch den sie sicherer als durch Sachsen zu kommen meinte. Doch sie hatte sich getäuscht. Bewaffnete Arbeiter aus Greiz nahmen die Verfolgung auf, und bald erhielten sie aus zahlreichen Orten (auch aus Sachsen) Verstärkung. Ein Minister der Landesregierung, der den Truppenkommandeur, Major Boltze, zum sofortigen Verlassen des Landes aufforderte, wurde von diesem verhaftet und auf dem weiteren Vormarsch als Geisel mitgeführt, was die Erregung der Arbeiter weiter steigerte. Am folgenden Tage (21. März) waren die Arbeiter so stark geworden, daß sie die Truppe in einem Talkessel vor Gera stellen konnten. Der Kampf erwies sehr schnell die Überlegenheit der Arbeiter, und Major Boltze erklärte sich nunmehr zu Verhandlungen bereit. Die Führer der Arbeiterwehren und der reußische Ministerpräsident vereinbarten mit ihm Abgabe von zwei Dritteln der Waffen und der Munition; das restliche Drittel sollte die Truppe „ehrenhalber“ behalten dürfen, ferner Fahrzeuge, Pferde und Bagage. Kaum war die Truppe vereinbarungsgemäß an die sächsische Grenze transportiert, mußten die Arbeiter erkennen, welchen Fehler sie gemacht hatten: gegenüber Arbeitern kannten die Offiziere keinen Ehrenstandspunkt, und anstatt in ihre beiden sächsischen Garnisonstädte zu fahren, wozu die Führung der Truppe sich in dem schriftlichen Abkommen verpflichtet hatte, fuhr die Truppe in Richtung Leipzig.²⁵⁷ Anscheinend griff sie in die Auseinandersetzungen in Borna ein — genau wie es ursprünglich vorgesehen gewesen war.²⁵⁸

In Gotha rief die USP-Landesregierung zur Bildung von „Verteidigungsausschüssen“ aus Arbeiter- und Betriebsräten auf, mit der Aufgabe, „die Bevölkeringegen die Gesetzlosigkeiten der militärischen Auführer, gegen Mord und Plünderung zu schützen“. Doch obwohl die Arbeiter bereits am Mittag des Putschtags etwa 600 Gewehre in ihrer Hand hatten, konnten am Morgen des folgenden Tages Reichswehrtruppen aus Erfurt nahezu kampflös in Gotha einmarschieren, die wichtigsten Gebäude besetzen und zahlreiche Personen — vor allem USP- und KPD-Führer sowie einen Minister der Landesregierung — verhaften. Der Kommandeur, Major Heims, der sich offen als Anhänger Kapps zu erkennen gab, erklärte die Landesregierung für abgesetzt und den Landtag für aufgelöst.²⁵⁹ Die Gothaer Arbeiter konnten sich nur mit Hilfe von außerhalb befreien, die vor allem aus der Richtung von Suhl und Zella-Mehlis im Süden kam. Beide Städte waren Zentren der Waffenfabrikation. Deren Fertigprodukte hatten sich die Arbeiter auf die Nachrichten vom Putsch in Berlin geholt, und als in der übernächsten Nacht kappistisches Militär aus der benachbarten Garnisonsstadt Meiningen siegreich.²⁶⁰ Anschließend zogen sie gegen Gotha. Der Kampf um Gotha begann in Suhl einmarschierte, nahmen die Arbeiter den Kampf auf und blieben

unseren bisherigen Ergebnissen allein von der Arbeiterschaft Halles nicht zu schließen war. Die Nachbarstadt Merseburg war von einer weiteren rund 400 Mann starken Reichswehrinheit besetzt.²⁵⁵ Die Reaktion auf den Putsch war unterschiedlich: während die Merseburger Garnison ein Hoch auf General Lüttwitz ausbrachte und den preußischen Kriegsadler hißte,²⁵⁶ erließ der vorsichtiger Stadtkommandant von Halle, Oberst Czetriz, einen Aufruf für „Ruhe und Ordnung“ und lehnte eine Erklärung über seine Stellung zur Verfassung ab.²⁵⁷ Natürlich konnte Czetriz die Arbeiter damit nicht täuschen, zumal er sich durch seine praktischen Maßnahmen vollständig entlarvte: Verbot von Flugblättern, Plakatauslagen und Extraausgaben der Zeitungen — die regulären Zeitungsausgaben durften nur reine Nachrichten, keine Kommentare bringen; Einberufung der Zeitfreiwilligen; Demonstrationsverbot, Absperrung des Marktes; Sprengung von Streikversammlungen bei Beginn des Generalstreiks durch Militär; nächtliche Verhaftungen von Abgeordneten und Redakteuren der USP, des KPD-Vorsitzenden, ja sogar von zwei DDP-Führern.²⁵⁸

Das alles mußte die Arbeiter des ganzen Industriegebiets auf Halle ziehen. Wie gefährdet seine Position war, konnte Czetriz bereits am 17. März erkennen: eine motorisierte Einheit mit zwei Panzerautos und einem gepanzerten Zug, die nach Eisleben vorgestoßen war, um die Entwaffnungsaktionen der Arbeiter zu stören, konnte nach zehnstündigem Kampf nur knapp der Einkesselung entgehen und mußte sich erfolglos nach Halle zurückziehen.²⁵⁹ Czetriz verhängte den verschärften Ausnahmezustand und nahm umfangreiche Absperrungen vor. Am 18. März tauchten die ersten bewaffneten Arbeiterformationen im Süden der Stadt auf. In der folgenden Nacht zog Czetriz die Merseburger Truppen nach Halle. Am 19. März begann in den südlichen, westlichen und nördlichen Vororten die Schlacht um Halle.* Ein zweimaliger Befehl von General Hagenberg in Weimar, Halle zu verlassen und sich nach Naumburg durchzuschlagen, wurde von Czetriz jedesmal mißachtet. Am 20. März machten die Arbeiter große Geländegewinne, bis weit ins Stadtimere trieben sie Barrikaden vor, und schließlich hatte das Militär nur noch die Kasernen und einige Gebäudekomplexe in der Hand. Die Kampfmoral der Truppen brach zusammen (bereits 200 Soldaten wurden als „nicht bürgerkriegsverwendungsfähig“ in den Kasernen festgehalten), und in der folgenden Nacht gab Oberst Czetriz, mit den Nerven fertig, das Kommando ab.²⁶⁰ Da brachte der 21. März die Wende. Unter vollem Einsatz ihrer Artillerie machten Militär und Sipo eine Gegenoffensive gegen die nördlichen Arbeitervororte. Sie führte zwar nicht, wie von der Truppenführung erhofft, zu einer vernichtenden Niederlage der Arbeiter, doch mußten die Arbeiter erkennen, daß entscheidende Erfolge nicht mehr zu erreichen waren. Vollends aussichtslos wurde die Fortsetzung des Kampfes, als das Militär am folgenden Morgen 1.000 Mann Verstärkung aus der Provinzhauptstadt Magdeburg erhielt. Immerhin: es waren erhebliche Truppenmengen, die den Arbeitern entgegenstellt werden mußten, und so überrascht es nicht, daß ein Vertreter des Reichs-

* Am selben Tag erließ Oberst Czetriz folgenden Aufruf an die Bevölkerung der Stadt: „Angesichts der drohenden Bolschewistengefahr, die an unsere Tore pocht, vergeßt in Halle den Streit um alte und neue Regierung! Tretet ein als Zeitfreiwillige. Erscheint zur Einwohnerwehr! ...“

wehraministeriums in Berlin, Major v. Harbou, in Halle erschien und erklärte, es sei „nach der Gesamtlage im Reiche . . . dringend erwünscht“, daß der Kampf um Halle „auf dem Verhandlungswege“ beendet werde. Der Aufstand im Ruhrgebiet stand auf dem Höhepunkt, und für dessen Niederwerfung wollte das Reichswehrministerium offenbar endlich alle Reserven frei haben. Am 22. März abends wurde ein schriftliches Abkommen geschlossen, das Rückzug und Waffenabgabe der Arbeiter regelte; dafür sagte das Militär zu, abziehende oder sich auflösende Arbeiterformationen „nicht [zu] beschließen oder sonst [zu] behelligen“ und auch künftig gegen deren Führer und Mitglieder nichts zu unternehmen. Bereits in der folgenden Nacht räumten die meisten bewaffneten Arbeiter ihre Stellungen.²⁶¹

Der Kampf um Halle erinnert an den Kampf um Remscheid (I, Seite 258-263). Hier wie dort verweigerte der Militärkommandant gegenüber dem Befehl seines Vorgesetzten, die Stadt zu räumen, den Gehorsam, und hier wie dort konnten die von auswärts herbeieilenden Arbeiter die Stadt einkesseln. Man muß jedoch auch die Unterschiede berücksichtigen. Die Besetzung von Halle war schon rein zahlenmäßig, dann aber auch durch die Art der Bewaffnung stärker als die von Remscheid: ihr stand Artillerie zur Verfügung, den angreifenden Arbeitern nicht — in Remscheid war es genau umgekehrt. Außerdem war auch beim Kampf um Remscheid die Hauptmasse des Militärs nicht zersprengt und gefangenommen, sondern nur den Engländern in die Arme getrieben worden. Allerdings scheint es nun doch, als hätten trotz des ungünstigeren Kräfteverhältnisses die Arbeiter beim Kampf um Halle größere Erfolge erzielt, etwa Militär und Sipo aus der Stadt herauswerfen können. Daß dies nicht gelang, scheint vor allem zwei Gründe gehabt zu haben. Zum einen ließen sich die mitteldeutschen Arbeiter bei ihren Aktionen relativ viel Zeit,²⁶² während die Arbeiter im Ruhrgebiet, in Erwartung immer neuer Truppen, gleich in den ersten Tagen die Kämpfe von Ort zu Ort pausenlos vorantrieben.²⁶³ Zum andern entwickelten die mitteldeutschen Arbeiter weniger als die Ruhrarbeiter die überlokale Solidarität, die zur Führung solcher Kämpfe notwendig ist.²⁶⁴

*

Nach dem Abschluß unserer Übersicht kommen wir auf die Faktoren zurück, die Lenin als Voraussetzung für eine siegreiche Revolution des Proletariats bezeichnete. Zunächst: „das ausschlaggebende Übergewicht zum entscheidenden Zeitpunkt in den entscheidenden Stellen“. Die entscheidenden Stellen“, wir sagten es schon, waren in Deutschland die Hauptstadt Berlin und die Ballungszentren der Industrie. Unser Ergebnis ist zwiespältig. Einerseits steigerten die Arbeiter außer im Ruhrgebiet auch im mitteldeutschen Industriegebiet den Generalstreik zum bewaffneten Kampf und errangen dabei bedeutende Siege. Andererseits hatte die Arbeiterschaft Berlins nicht annähernd derartige Kampferfolge. Zu Recht schrieb der KPD-Führer Walcher rückblickend von dem „vollständigen Versagen Berlins“ im Verhältnis zu den fortgeschrittenen Provinzen.²⁶⁵

Allerdings, so ist nun zu fragen, was hätte sich ergeben, wenn die Arbeiter von Berlin ähnliche Kampferfolge errungen hätten wie die Arbeiter in Mitteldeutsch-

land oder gar im Ruhrgebiet? Die Antwort kann nach unseren Beobachtungen nur lauten: auch das hätte nicht etwa notwendig die revolutionäre Machtergreifung des Proletariats bedeutet. Erinnern wir uns, daß im Ruhrgebiet das Düsseldorf Regierungspräsidium völlig unangetastet blieb und regelmäßig nach Berlin berichten konnte, bedenken wir, daß die Arbeiter in den thüringischen Kleinstaaten nach ihren Siegen über das Militär keineswegs daran dachten, die Ministerien zu besetzen. Der bürgerliche Staatsapparat lag also nicht im Blickfeld der Arbeiter. Militär, Polizei und die übrigen bewaffneten Formationen der Konterrevolution — das war der unmittelbar sichtbare Gegner, und gegen diesen allein wandten sich die Arbeiter nach dem Putsch, nicht auch gegen den bürgerlichen Staatsapparat, der hinter diesen Formationen stand und sie in Bewegung setzte. So erklärt sich auch zum Teil, warum die Arbeiter trotz grobkartiger Waffensiege so wenige dauerhafte Erfolge hatten.

Nun führt eine Massenbewegung, auch wenn sie derartige Ausmaße gewinnt wie in diesem Fall, in der Regel nicht spontan zur revolutionären Machtergreifung, sondern dieses Ziel muß der Bewegung ausdrücklich von ihrem organisierten Kern gesetzt werden. Hier liegt der entscheidende Punkt. Revolutionäre Parteien des Proletariats zu sein, diesen Anspruch erhoben 1920 in Deutschland zwei Parteien: die USP und die KPD. Was die USP betrifft, so haben ihre Führer ein halbes Jahr später, bei der Spaltung der Partei, übereinstimmend bekannt, daß sie in jedem Moment einig darüber gewesen seien, daß die Bewegung nicht zur Diktatur des Proletariats führen könne. Auf Grund welcher Analyse sie zu dieser Einschätzung gelangten, sagten sie dabei leider nicht.²⁶⁶ Die Analyse, die die Führer der KPD machten, ist dagegen bekannt. In ihrer Erklärung vom 23. März, in der sie einer „sozialistischen Regierung“ Verzicht auf gewaltsamen Sturz und „loyale Opposition“ zusagten, hieß es: „Das gegenwärtige Stadium des Kampfes, wo dem Proletariat noch keine ausreichende militärische Macht zur Verfügung steht, wo die mehrheitssozialistische Partei [die SPD] noch einen starken geistigen Einfluß auf Beamte, Angestellte und bestimmte Arbeiterschichten hat, wo die USPD die städtische Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit hinter sich hat, ist ein Zeichen dafür, daß die objektiven Grundlagen für die proletarische Diktatur im gegenwärtigen Moment nicht gegeben sind.“²⁶⁷ Das berührt sich mit der allgemeinen These Lenins, eine weitere Voraussetzung einer siegreichen Revolution des Proletariats sei die „überwältigende Mehrheit“ der revolutionären Partei „im Proletariat“.²⁶⁸ Diese Mehrheit hatte die USP nach Auffassung der KPD-Führer erreicht, aber da die KPD-Führer die USP nicht für eine revolutionäre Partei hielten, folgerten sie daraus gerade die Unmöglichkeit der Diktatur des Proletariats als Ergebnis der Bewegung. — Übrigens verwiesen pikareskerweise einige USP-Führer während der Bewegung und später darauf, daß sie sich mit der These von der gegenwärtigen Unmöglichkeit einer Diktatur des Proletariats in Übereinstimmung mit der KPD-Führung befänden, ohne dabei zu sagen, auf Grund welcher Momente die KPD-Führung zu dieser Einschätzung der Bewegung gelangt war.²⁶⁹

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die USP-Führer, vielleicht auch die KPD-Führer zu einer anderen Einschätzung gekommen wären, wenn die Arbeiter von Berlin

ähnliche Kampferfolge errungen hätten wie die Arbeiter im Ruhrgebiet oder in Mitteldeutschland. Aber darüber zu spekulieren ist fruchtlos. Bei dem starken Zurückbleiben der Hauptstadt war objektiv nicht mehr möglich als die Bildung einer „sozialistischen Regierung“.* Die große Möglichkeit dazu bot sich unmittelbar nach dem Putsch am 18. März, als Legien sein Koalitionsangebot an die USPFührung richtete. Was es bedeutet hätte, wäre diese darauf eingegangen, darf man nicht, wie es vielfach geschehen ist, isoliert im Rahmen der Berliner Verhältnisse durchdenken, sondern muß es in Beziehung setzen zum Geschehen in den verschiedenen Provinzen. Hierzu schrieb Walcher:

„... eine Regierung außerhalb des Parlaments, unter Ausschaltung aller bürgerlichen Parteien... war nur denkbar, wenn sie sich wenigstens zunächst auf die Arbeiterschaft stützte und folglich in der Bewaffnungsfrage der Arbeiterschaft nicht hindernd in den Weg treten konnte“. Stellung gegen die Arbeiter zu beziehen, wäre aber für eine solche Regierung „bei der ungeheuren Kraft, die soeben die Arbeiterschaft der Bourgeoisie demonstriert hatte, bei dem gesteigerten und noch nirgends gebrochenen Kraftgefühl der Arbeiterklasse eine objektive Unmöglichkeit“ gewesen, „was auch die... Gewerkschaftsbonzen subjektiv im Schilde führten. Man vergesse nicht, daß fast das gesamte rheinisch-westfälische Industriegebiet in den Händen bewaffneter, kampfbereiter Arbeiter war, daß in ganz Westsachsen die Arbeiterräte die unbestrittene Herrschaft ausübten und daß in den Händen der mitteldeutschen Arbeiterschaft sich große Mengen von Waffen befanden... Freilich, jene Schlauberger im Lager der Reformisten und jene Kurzsichtigen im Lager der Revolution, die von der ‚reinsozialistischen Regierung‘ eine beruhigende Wirkung, eine ‚Atempause‘ erhofften bzw. [be] fürchten, wären gewiß enttäuscht worden. Unter den zugespitzten Verhältnissen, wo sich die eigenmächtige, gerüstete, äußerste Konterrevolution und die teilweise bewaffnete Arbeiterschaft gegenüberstanden, wäre die ‚sozialistische Regierung‘ nicht das Ende, sondern der Beginn neuer Kämpfe gewesen.“²⁷⁰

* Zur Bildung der „sozialistischen Regierung“ kam es nicht. Der Staatsapparat blieb uneingeschränkt in der Hand der revolutionsfeindlichen Kräfte.

* Vgl. Seite 104 ff.

4. Kapitel

Der Kampf um Dinslaken und Wesel

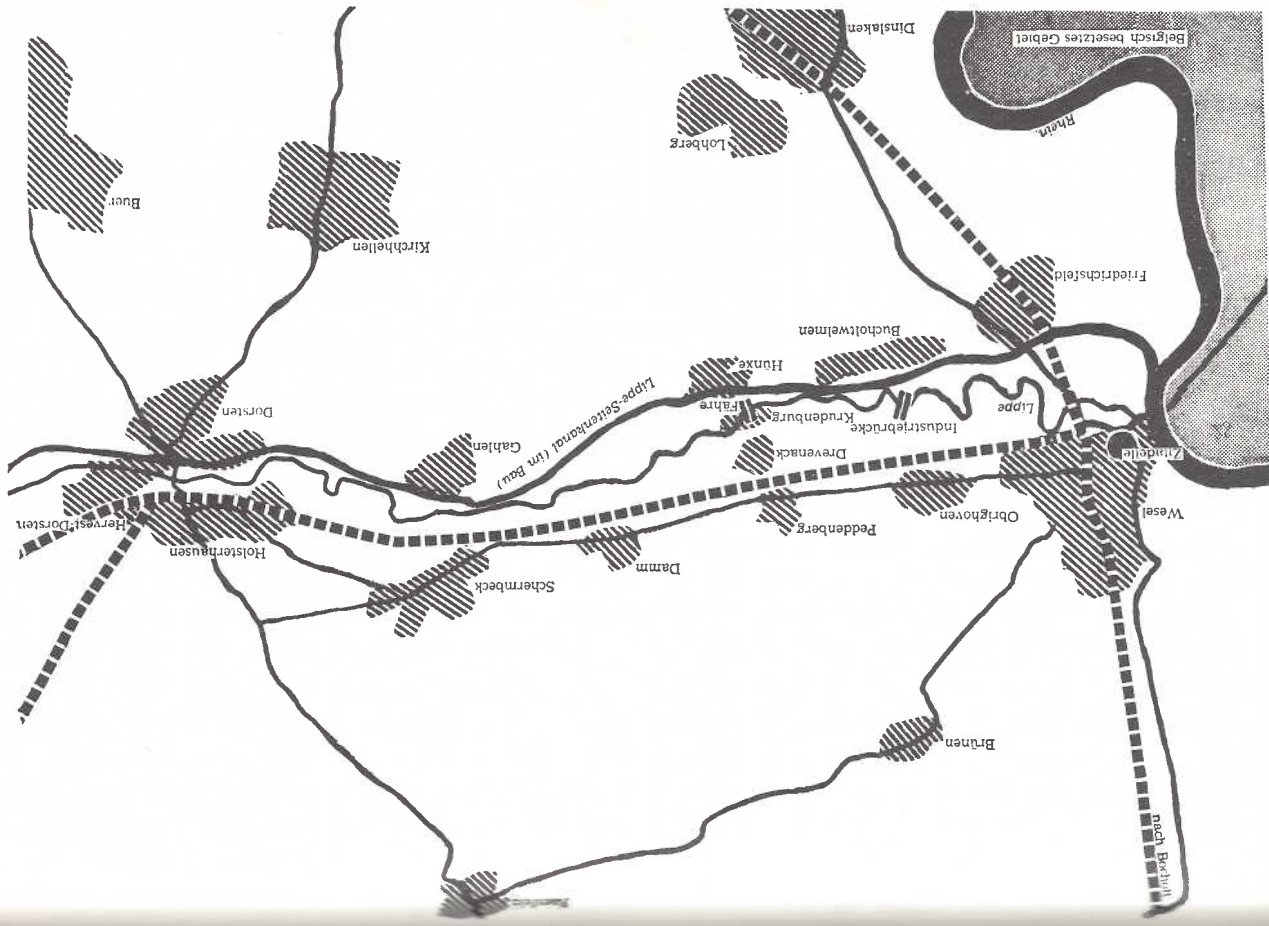
Abbruch des Generalstreiks in Berlin am 23./24. März ohne nennenswerte Erfolge für die Arbeiterschaft, zum gleichen Zeitpunkt das Militär in allen Regionen des Reiches Herr der Lage (so das Ergebnis der beiden letzten Kapitel) — damit war die Aufstandsbewegung im Ruhrgebiet isoliert, die Gefahr einer militärischen Einkreisung und Erdrosselung unmittelbar gegeben. War die Aufstandsbe-
wegung aus sich heraus noch einer weiteren Steigerung fähig? Konnte sie der Strettmacht General Watters weitere, vielleicht gar entscheidende Niederlagen zufügen, bevor die anrollenden militärischen Verstärkungen wirksam wurden?

Im 1. Band haben wir geschildert, wie die Essener und Gelsenkirchener Sipo, das Freikorps Schulz und das Düsseldorfert Regiment 61 sich am 20. März in schweren Straßenschlachten einen Weg durch Duisburg und Hamborn erkämpften, um, wie von ihrem Oberkommandeur, General Kabisch in Wesel, befohlen, in eine Auffangstellung bei Dinslaken zu gelangen. In dieser Auffangstellung befand sich bereits das Regiment 62. Das Freikorps Schulz bezog an der Seite der 62er Stellung; in einem südlich und östlich um Dinslaken gezogenen Bogen hielten die beiden Formationen den weiteren Vormarsch der Roten Armee auf. Das Regiment 61, das besonders schwere Straßenkämpfe hinter sich hatte und in seiner Kampfformal stark angeschlagen war, wurde am 21. März hinter die Front ins Lager Friedrichs-
feld* gelegt; die Sipo, nach ihrer Niederlage in Essen und den anschließenden Straßenkämpfen vollständig demoralisiert, kam noch weiter zurück nach Wesel.¹

Am 21. März regelte General Kabisch die Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Sipo und ernannte seine engsten Mitarbeiter für den weiteren Kampf.² In der folgenden Nacht wurden die politischen Gefangenen von Wesel unter Sipo-Bewachung mit einem Sonderzug nach Münster überführt, offenbar um eine Befreiung durch die Rote Armee von vornherein unmöglich zu machen.³

In Wesel standen bis zum 20. März 549 Mann Sipo.⁴ Außerdem war auf die Nach-
richten von den Erfolgen der Arbeiter im Industriegebiet ein Zeitfreiwilligenkorps gebildet worden, und in den Dörfern östlich der Stadt hatten sich etwa 1.000 Bauern zu einer bewaffneten Wehr zusammengeschlossen, die von einem verab-
schiedeten Stabsoffizier geleitet wurde.⁵ Am 20. März trafen 512 Mann Sipo frisch von der Ausbildung im Sennelager zur Verstärkung in Wesel ein. General Kabisch legte sie sogleich nach Friedrichsfeld,⁶ wo ihr die Aufgabe zufiel, die schwache Stelle der Verteidiger von Dinslaken zu sichern. Hierzu eine Erläuterung, die am besten verständlich wird, wenn man die Karte auf Seite 179 zu Hilfe nimmt. So radikal der Entschluß von General Kabisch gewesen war, die im westlichen Ruhrgebiet stehende Reichswehr vor den Angriffswellen der Roten Armee bis Dinslaken zurückzunehmen — die Stellung bei Dinslaken war immer noch ziemlich

* Während des Krieges ein Lager für französische Kriegsgefangene, nach dem Kriege ein Auffanglager für heimkehrende deutsche Kriegsgefangene. Neben dem Lager befand sich ein — 1920 schon stark verfallener — Truppenübungsplatz.



Für die kommende Nacht konnte das allerdings nicht genügen; Oberst Krimmler, Kommandant der Weseler Sipo, vereinbarte daher gegen 20 Uhr mit General Kabisch, die Stellung bei Obrighoven mit weiteren Sipokräften zu verstärken. Kabisch seinerseits plante, am nächsten Tag das Regiment 61 aus dem Lager Friedrichsfeld zu ziehen und mit ihm einen Gegenangriff auf Peddenberg zu führen. Er diktierte gerade den entsprechenden Befehl an das Regiment, da erschien Oberst Krimmler wieder und meldete, zwei seiner Sipo-Hundertschaften weigerten sich, als Verstärkung abzurücken; sie erklärten, sie seien Beamte und nicht zum Kriegsführen verpflichtet, dies aber sei Kriegl Er, Krimmler, betrachte das als Auswirkung der Katastrophe von Essen; er habe die Meuterer sofort von den übrigen Hundertschaften getrennt, befürchte aber, daß der Vorgang sich trotzdem wiederholen könne.

Kabisch teilte diese Befürchtung — auf die Sipo war kein unbedingter Verlaß mehr. Er zog daraus die Konsequenz, das Regiment 61 nicht erst am nächsten Tag, sondern sofort aus Friedrichsfeld herauszuziehen und im Osten von Wesel aufzustellen. Damit würde allerdings die Deckung der Stellung um Dinslaken stark geschwächt, da nur noch die Sipo entlang der Rückzugsstraße verbleiben würde. Kabisch glaubte, das nicht verantworten zu können; nach der bisher beobachteten Nervosität befürchtete er, wie er später schrieb, eine regelrechte „nächtliche Panik“. So befahl er dem Regiment 62 und dem Freikorps Schulz, um 22.30 Uhr möglichst unbemerkt vom Gegner die Stellung um Dinslaken zu räumen und sich bis hinter die Lippe zurückzuziehen. Als erstes rückte das Regiment 61 aus Friedrichsfeld ab und erreichte um 22 Uhr Wesel; um 1 Uhr hatten Schulz und 62 Dinslaken geräumt und marschierten auf der Rückzugsstraße ab.^{**11}

Ein entscheidender Augenblick: General Kabisch konzentrierte seine Kräfte, aber um einen hohen Preis — die Kampfmoral der Truppen erhielt durch den Rückzugsbefehl einen neuen schweren Schlag, und das obendrein mitten in der Nacht.¹² Selbst Teile der Truppenführung standen dicht vor einer Panik; ein Stabsoffizier des Regiments 62, Oberst Bauernstein, der den abwesenden Kommandeur vertrat, befand sich bei Eintreffen des Rückzugsbefehls nach den Worten von Kabisch nicht in der Verfassung, in der er das Regiment führen konnte.¹³

Würden die Arbeiter bemerken, was sich hier tat? Der Abmarsch so großer Truppendeinheiten konnte unmöglich ihrer Aufmerksamkeit entgehen, aber mehr noch: kaum hatte das Militär um 1 Uhr Dinslaken geräumt, setzte sich der Bürgermeister der Stadt telefonisch mit der roten Kampfleitung im Rathaus Hamborn in Verbindung, teilte den Abzug des Militärs mit und bat, die Rote Armee möge Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in der Stadt treffen, vor allem zum Schutz der Lebensmittelläger. Hätte jetzt die Kampfleitung den in Lohberg liegenden Rotgardisten Anweisung gegeben, durch das waldige Gelände gegen die Rückzugsstraße vorzustößen, hätte sie unzweifelhaft eine furchtbare Panik unter dem abziehenden Militär verursacht; vermutlich hätten ganze Einheiten ihre Waffen weggeworfen oder wären entwaffnet worden (Beweise werden noch gegeben). Doch was tat Kampfleiter Müller (Dudo) im Rathaus Hamborn? Er

¹¹ Der Abzug erfolgte nicht schon in der Nacht vom 21. zum 22. März, wie in der Literatur, verursacht durch eine mißverständliche Formulierung von Colm, immer wieder gesagt wird.

exponiert. Die einzige Rückzugsmöglichkeit war die Straße Dinslaken-Friedrichsfeld. Östlich dieser Straße dehnte sich waldiges Gelände, und es war ziemlich wahrscheinlich, daß die Arbeiter Versuche machen würden, in der Deckung des Waldes bis an die Rückzugsstraße heranzukommen und sie zu unterbrechen. Diese Gefahr erhöhte sich noch, als in der Nacht vom 21. zum 22. März die Zechenkolonie Lohberg geräumt werden mußte, da sich hier ein neuer Straßenkampf zu entwickeln drohte.⁷ Dadurch wurde nicht nur die Verteidigungsstellung schmaler, sondern die radikalen Lohberger Arbeiter konnten sich mit den von auswärts gekommenen Rotgardisten verbünden und ihnen ihre Ortskunde zur Verfügung stellen. Sicherung der Rückzugsstraße nach Osten, das war also die Aufgabe, die die frischen Sipokräfte übernehmen mußten.⁸

Nun war zwar das Lager Friedrichsfeld, wie ein Journalist feststellte, „mit Truppen aller verfügbaren Waffengattungen übersät“,⁹ und rein zahlenmäßig gesehen mußte ein Angriff der Arbeiter auf die Rückzugsstraße aussichtslos erscheinen. Aber Militär und Sipo hatten einen schweren Nachteil: das Erlebnis der Niederlage in den Straßenkämpfen, die Erfahrung, daß die eigene technische und organisatorische Überlegenheit nichts genützt hatte gegen den Kampfgeist, das spontane Sich-Organisieren, die Ortskenntnis der Arbeiter, gegen die Unterstützung der Arbeiter durch die unbewaffnete Bevölkerung usw. Dieses Gefühl, es mit einem unberechenbaren Gegner zu tun zu haben, der überall und nirgends war und mit dem „Milieu“ sozusagen im Bunde stand, teilte sich auch den neuangekommenen Sipos mit. Es ist leicht nachzuspüren, daß es während der Nacht besonders stark sein mußte, und so fand General Kabisch Grund zur Klage, daß die Sicherungsposten entlang der Rückzugsstraße angesichts der Möglichkeit, daß Rotgardisten zwischen ihnen durchsickern und plötzlich angreifen könnten, nachts „rechtlich nervös“ seien.¹⁰

Die Nervosität erwies sich als unbegründet. Die Arbeiter kämpften nur tagsüber, und sie griffen nur die vorderen Stellungen der Reichswehr südlich und östlich von Dinslaken an.

Schon schien es, als käme der Vormarsch der Roten Armee vor Dinslaken zum Stehen und als gewannen Reichswehr und Sipo in dem sich entwickelnden Stellungskrieg ihr Selbstvertrauen zurück. Doch da brachten die bewaffneten Arbeiter, die in Dorsten die Lippe überschritten und westwärts auf Wesel zustießen, noch einmal eine Wende. Am 22. März schlugen sie in Schermbeck eine Sipo-Abteilung, die sich ihnen mit einem Panzerauto in den Weg stellte, in die Flucht; daraufhin gaben die Bauernwehren in den Dörfern nördlich der Lippe auf, schickten ihre Waffen nach Wesel und fielen als Deckung der Stadt aus. In Peddenberg stellten sich drei Hundertschaften Sipo, drei Einheiten der Weseler Zeitfreiwilligen und eine berittene Einheit des Regiments 61 den Arbeitern entgegen, doch diese beträchtliche Truppenmenge wurde von Panik ergriffen, als sie entdeckte, daß die vordringenden Arbeiter sie in waldigem Gelände umgangen hatten und plötzlich in ihrem Rücken auftauchten. Erst bei Obrighoven, 4 Kilometer östlich von Wesel, konnten eilig hingeworfene Einheiten (Sipo und Zeitfreiwillige) am Abend wieder eine feste Widerstandslinie aufbauen.*

* Vergleiche I, Seite 309.

und es gab keine Hindernisse wie Dämme oder einen Fluß. Man kann von daher ermesnen, welche Sorgen der rasante Vorstoß der Arbeiter auf diese Seite der Stadt General Kabisch bereitet hatte, und man versteht auch, warum er ihn veranlaßt hatte, die Stellung bei Dinslaken aufzugeben. Die Truppe, die Kabisch am späten Abend des 22. März in die östlichen Vororte warf, war das in den Straßenkämpfen schwer angeschlagene Düsseldorf-Regiment 61. Gegen 23 Uhr hatte es seine Stellungen eingenommen. Die bewaffneten Arbeiter waren bis westlich von Peddenberg vorgedrungen. Wie würden sie sich verhalten?

Hier beginnt das dunkelste Kapitel in der Geschichte des Ruhraufstands. An dieser entscheidenden Stelle stand an der Spitze der bewaffneten Arbeiter — ein Agent der Reichswehr. Wir geben zunächst seinen „Steckbrief“.

Nach dem Ende des verunglückten Generalstreiks im Februar 1919, den die Kommunisten als Antwort auf den provokatorischen Einmarsch des Freikorps Lichtschlag im nördlichen Ruhrgebiet verfrüht proklamiert hatten (I, Seite 42 f.), war in Gelsenkirchen ein Ingenieur Dubielzig verhaftet worden. In seinem Besitz fand sich ein Schriftstück, gerichtet an verschiedene linksradikale Arbeiter- und Soldatenräte, das ihn bevollmächtigte, „Sprengstoffe und Handgranaten zu erbiten, um eventuelle Truppentransporte auf der Bereich-Märkischen- und der Köln-Mindener-Bahn [zwei Eisenbahnlinien] verhindern zu können“. Das Schreiben war unter anderem unterzeichnet von dem damals 50-jährigen Maschinisten *Gottfried Karusseit* in Gelsenkirchen namens der KPD Gelsenkirchen.²⁰ Bei einer sofortigen Hausdurchsuchung bei Karusseit wurden zwei schwere Maschinengewehre, eine Mine, einige Handgranaten und reichlich Munition gefunden. Eine schwere Freiheitsstrafe war Karusseit sicher — die klassische Situation für die Versuchung, sich als Spitzel anzubieten, wie wir vom Fall Tombrock her wissen (I, Seite 293). Schon am nächsten Tag wurde Karusseit von einer Spitzelzentrale des Generalkommandos in Münster verpflichtet.²¹ Da die Vollmacht für den verhafteten Dubielzig mit der Unterschrift von Karusseit von zahlreichen Zeitungen veröffentlicht worden war (von den beiden Gelsenkirchener Blättern sogar als Fotokopie), da es also sofort aufgefalle wäre, daß Karusseit straffrei blieb, wurde er von seinen Auftraggebern für eine Weile aus dem Ruhrgebiet entfernt. Mit falschen Papieren auf den Namen Heinrich Scheuken aus Mülheim und einem Mitgliedsbuch der KPD versehen, hielt Karusseit sich eine Weile in Braunschweig auf, bis er im Ruhrgebiet eingesetzt wurde.²² Seine zehnköpfige Familie in Gelsenkirchen wurde von der Spitzelzentrale in Münster unterhalten. Karusseit stieg zu einem Top-Spitzel der Reichswehr auf. Im August 1919 trat er in die Dienste des einflussreichen Generals Maercker in Thüringen bzw. Sachsen; zeitweilig wurde er auch von Noske beschäftigt.²³ — Ob Karusseit im März 1920 noch Agent der Reichswehr war — er selbst behauptete es, als er ein Jahr später verhaftet wurde, der zuständige Nachrichtenoffizier in Münster bestritt es²⁴ —, ist nicht mehr zu entscheiden.²⁵ Objektiv verhielt er sich jedenfalls wie ein Agent.

Karusseit stand an der Spitze der bewaffneten Arbeiter, die in Dorsten die Lippe überschritten und dann auf Wesel vorrückten.²⁶ Vielleicht hatte ihm schon sein Alter (51 Jahre) Autorität verschafft; die Führer der Roten Armee, die wir

antwortete dem Bürgermeister von Dinslaken, er habe „seinen Truppen Anweisung gegeben . . ., in ihren Stellungen zu verbleiben“. Und das war keine Täuschung des Bürgerlichen am anderen Ende der Leitung, sondern die Wahrheit. Um 6.30 Uhr morgens erst fuhr Müller im Auto nach Dinslaken hinein und traf die ersten Maßnahmen; am Vormittag rückten dann große Massen von Rotgardisten in die Stadt ein.¹⁴ Ebenfalls erst im Laufe des Tages wurden (von Lohberg aus) Buchholtswelmen und Hünxe besetzt.¹⁵

Einige Erläuterungen zu der Verteidigungsstellung, die Militär und Sipo inzwischen bezogen hatten. Zunächst: Wesel war eine Festungsstadt. Ihre Qualität war zuletzt in den napoleonischen Kriegen erprobt worden. Ab 1806 hatte Napoleon sie als Teil eines bis in die Niederlande reichenden Festungssystems ausbauen lassen. Die in der Festung liegenden napoleonischen Truppen unter General Bourke wurden ab November 1813 zunächst von russischen, dann auch von preussischen Truppen im Süden und Osten, später auch vom linken Rheinufer im Westen umlagert. Es kam zu Kämpfen in der Umgebung; ernsthafte Anstrengungen, die Festung zu erstürmen, machten die belagernden Truppen anscheinend nicht. Bourke kapitulierte am 1. Mai 1814, nachdem Napoleon schon vor mehr als drei Wochen abgedankt hatte.¹⁶ — Jetzt, 1920, waren zwar die eigentlichen Befestigungswerke wegen der alliierten Friedensbedingungen geschleift worden, wohl aber bestand noch die sternförmige Zitadelle im Südwesten der Stadt, und am südöstlichen Stadtrand verlief ein gut zu verteidigender Eisenbahndamm (Strecke nach Dorsten). Vor allem aber waren die baumlosen Wiesen, die sich südlich der Stadt in einer Breite von etwa einem Kilometer erstreckten, praktisch nicht zu erstürmen, wenn sie unter Artilleriefeuer gelegt wurden.¹⁷ Allerdings stand General Kabisch nur 200 Schuß Artilleriemunition zur Verfügung; trotz mehrerer Anmahnungen in Münster war auch am 22. März kein Nachschub eingetroffen.¹⁸

Ein weiteres Hindernis für die Arbeiter bildete die Lippe. (Der südlich der Lippe verlaufende Lippe-Seitenkanal, kurz vor dem Kriege in Angriff genommen, war 1920 noch nicht fertig.) In der Kürze der Zeit hatten die Arbeiter natürlich keine Pioniereinheiten aufbauen können, so daß sie die Lippe nur auf bestehenden Brücken überschreiten konnten. Das war vor allem die Brücke, die die Straße Dinslaken-Friedrichsfeld-Wesel über die Lippe führte, direkt daneben eine Eisenbahnbrücke für die parallele Eisenbahnstrecke. Außerdem gab es noch bei Buchholtswelmen eine Industriebrücke aus T-Trägern; hier wurde mit Loren die ausgeschachtete Erde des Lippe-Seitenkanals über die Lippe gefahren und auf dem rechten (nördlichen) Ufer zu einem Damm aufgekippt. Die nächste Brücke über die Lippe kam erst wieder in Dorsten. Zwischen Hünxe und Krudenburg verkehrte eine Fähre. — Der ebenerwähnte Damm auf dem nördlichen Lippeufer hatte bereits eine ziemliche Länge, bis über die Höhe von Hünxe hinaus, erreicht. Legten die Verteidiger von Wesel Kommandos hinter ihn, konnten die Arbeiter auf keine Weise mehr, weder über die Brücke noch auf Kähnen usw., das Hindernis der Lippe überwinden.¹⁹

Wesel war also von Süden her nur unter größten Verlusten anzugreifen, geschweige denn einzunehmen. Anders die Verhältnisse im Osten der Stadt. Nach dieser Seite dehnten sich Vororte aus, deren Häuser Deckung bieten konnten,

kennenlernten, waren allesamt jünger. Von den Rotgardisten, die er befahlte, wurde er „der Alte“ genannt.²⁷ Die Organisation der Roten Armee in diesem Kampfabchnitt dürfte während des Vormarsches nur sehr locker gewesen sein, und es dauerte bis zum 24. März, bis die Kampfleitung Marl Karuseit sich unterstellte, ihn also unter Kontrolle nahm (s. oben Seite 73). — Das Militär in Wesel hatte folgende Personenbeschreibung von ihm: „klein, grauer Schnurrbart, rote Weste, Fingerringe“.²⁸

Zum Verständnis des Folgenden müssen kurz die damaligen Telefonverhältnisse in der Gegend östlich von Wesel erklärt werden. Die einzige Fernspretleitung lief von Dorsten nach Wesel über Schermbeck-Damm-Hünxe-Peddenberg, also teils nördlich, teils südlich der Lippe. An diese Leitung waren keine Privatapparate angeschlossen, sondern nur die öffentlichen Sprechstellen (in jedem Ort eine). Jede öffentliche Sprechstelle war durch ein Rufzeichen nach Art des Morse-Alphabets gekennzeichnet (etwa dreimal kurz, kurz-lang-kurz usw.), mit dem Gespräche von einer Stelle zu einer anderen angemeldet wurden. Alle an die Leitung angeschlossenen Apparate waren parallelgeschaltet, d. h. erstens, sie klingelten gleichzeitig, wenn nach dem festgelegten Zeichensystem ein Gespräch angemeldet wurde, und zweitens, von jedem angeschlossenen Apparat konnten die Gespräche mitgehört werden.²⁹

22. März: Vorstoß der Arbeiter nördlich der Lippe auf Wesel zu. Von der öffentlichen Sprechstelle in Damm (sie befand sich in diesem Ort in einer Wirtschaf) verständigte sich eine vorgeschobene Rotgardisten-Einheit mehrmals mit weiter zurückliegenden Einheiten („Hier Patrouille Spartakus Damm“, die Parole war „Rosa Luxemburg“). Sie wußte vielleicht nicht, daß ihre Gespräche mitgehört werden konnten. Etwas ganz anderes war es, als die Kampfleitung in Schermbeck unter Karuseit begann, sich telefonisch mit den vorderen Einheiten über weitere Angriffspläne zu unterhalten. Der Postbeamte in dem von den Arbeitern noch nicht besetzten Hünxe, der die Gespräche bereits seit einer Weile mitgehört hatte, läutete das Fernamt Wesel an und sagte kurz zu der sich meldenden Kollegin: „Hängen Sie sich in die Leitung nach Dorsten!“³⁰ Karuseit trieb sein Spiel noch weiter. Gegen 23 Uhr, etwa um die Zeit, als das Regiment 61 seine Stellungen östlich von Wesel eingenommen hatte, läutete er das Fernamt Wesel an und verlangte eine Verbindung mit der Führung der Roten Armee südlich von Wesel.

Es ist unfafßbar, daß diese Schurkerei — ein hochwertiges Gespräch auf dem Weg über das Zentrum des Gegners zu führen — nicht sofort zur Verhaftung Karuseits in der Kampfleitung Schermbeck führte; die mögliche Erklärung, daß Karuseit sich mit Spitzelkompanen umgeben hatte, reicht nicht aus, wie aus dem Verlauf des Gesprächs hervorgeht. Zunächst kam es, wie es kommen mußte: die Beamtin in Wesel legte das Gespräch in das Stabsquartier von General Kabisch mit den Worten: „Der rote Führer in Schermbeck wünscht roten Armeeführer zu sprechen. Ich gebe Sie“. Der Stabschef, Hauptmann Schaller, meldete sich: „Na, was wollt Ihr denn?“ „...“ „Was? Ihr wollt morgen Wesel angreifen? Ihr seid wohl verrückt, Ihr seid noch viel zu schwach. Morgen vormittag kommen große Verstärkungen mit Lastkraftwagen über Dorsten; dann geht's los“. Karuseit

seit, für Schaller vernehmbar, zu einem anderen neben sich: „Na siehste, das hab' ich ja immer gesagt, aber du bist immer so wild“. Dann wieder zu Schaller: „Also dann erst morgen nachmittag! Schluß“.³¹

Deutlicher konnte sich Karuseit nicht entlarven, als er es mit diesem Telefongespräch getan hatte. Aber die Mitglieder seiner Kampfleitung durchschaute ihn nicht, und so konnte er, wie wir sehen werden, noch weiteres Unheil anrichten. — Auffällig ist, daß General Kabisch und Hauptmann Schaller nach dem Telefongespräch für den nächsten Tag „nichts Ernstliches“ mehr erwarteten³² — immerhin hatte sich Karuseit ja nur auf den Nachmittag verträsten lassen. In der Tat machte nur eine Rotgardisten-Einheit von 300 Mann am frühen Morgen westlich von Peddenberg auf eigene Faust einen Angriff; nachdem sie zunächst eine gegnerische Einheit zersprengt hatte, kam sie im gegnerischen MG-Feuer nicht mehr weiter. Als sie dann auch von einem Flugzeug und mit Artillerie beschossen wurde und schließlich auch Kavallerie gegen sie eingesetzt wurde, mußte sie zurückgehen.³³ Ein größerer systematischer Angriff wurde dagegen den ganzen Tag über nicht unternommen — zweifellos die Folge der in der Kampfleitung von Karuseit gefällten Entscheidung. Dabei wäre sogar ein Umzingelungsmanöver von Nordosten her möglich gewesen, da die Rote Armee am Vortag auch Raesfeld in ihren Besitz gebracht hatte.³⁴

*

Wenden wir uns nun wieder der Front südlich von Wesel zu. Am frühen Morgen des 23. März waren das Freikorps Schulz, das Regiment 62 und die angeschlossenen Sipo-Formationen in Wesel eingetroffen. Ihre Kampfformation stand auf dem Nullpunkt. Die Offiziere des Regiments 62, vielfach in Wesel beheimatet, wurden von ihren Frauen, Verlobten und Müttern bestürmt, sich doch ja nicht von den Roten abzuschlagen zu lassen. Viele Offiziere teilten diese Einschätzung der Lage; noch in der Nacht floh eine Reihe von Offiziersfrauen auf Wunsch ihrer Männer auf das linke Rheinufer zur belgischen Besatzungsarmee — ein Vorfall, der sich unter Soldaten und Zivilisten herumsprach und sie folgern ließ, daß die Offiziere nicht mehr daran glaubten, die Stadt halten zu können.³⁵ Meinberg schreibt zu Recht, die Weseler Truppen seien „keinen Schuß Pulver (mehr) wert“ gewesen.³⁶ General Kabisch hoffte, die Kampfformation aufbessern zu können, indem er die Truppen ruhen ließ; das Regiment 62, das nach dem nächtlichen Rückzugsbefehl nördlich der Lippe hatte Stellung beziehen sollen, durfte in seine Kasernen abzurücken. Nur eine Kompanie wurde an der Straße nach Friedrichsfeld aufgestellt, die Doppelbrücke über die Lippe (Straße und Eisenbahn) wurde durch ein leichtes Drahhindernis gesperrt, und vor diesem wurde als Außenwache eine Gruppe mit leichten Maschinengewehren postiert. Kabisch glaubte dieses Minimum an Sicherheitsmaßnahmen deshalb verantworten zu können, weil die Arbeiter den abziehenden Truppen nicht nachgerückt waren und von der Roten Armee nichts zu sehen war.

Aber es half alles nichts. Gegen 10 Uhr erschien Oberst Krimmler bei General Kabisch mit den Worten: „Ich habe die schwerste Meldung meines Lebens zu erstatten: meine Leute sind nicht mehr zuverlässig“. Das betraf die gesamte

Sipo. Kabisch hatte mit dieser Meldung seit der Meuterei am Vorabend gerechnet, jedenfalls behauptete er das später. Aber es kam noch schlimmer: die Meldung ging ein, die an der Straße nach Friedrichsfeld aufgestellte Kompanie — die einzige Sicherungswache in der Richtung, aus der die Rote Armee zu erwarten war — zeige „Zersetzungerscheinungen“. Kabisch eilte hin und versuchte, durch Zureden die Stimmung zu heben. Er glaubte, damit auch Erfolg zu haben; was er nicht wußte, war, daß die Kompanie ihren Führer seit dem Kampf um Dinslaken für „kugelscheu“ hielt. Immerhin glaubte Kabisch, etwas mehr als Zureden doch tun zu müssen: um, wie er sich später ausdrückte, „jedes Gefühl der Unsicherheit bei möglicher Schonung der Truppen zu beseitigen“, befahl er, erstens sofort den Bahndamm am südlichen Stadtrand mit schweren Maschinengewehren zu besetzen und zweitens auf dem höchsten Punkt der Zitadelle eine Feldkanone zu postieren und nach Süden zu richten. Da Kabisch danach keine Inspektion mehr vornahm, entging ihm, daß beide Befehle nicht ausgeführt wurden. Der Führer der vorgesehenen MG-Kompanie redete sich später heraus, er habe gedacht, „es sei nicht so eilig, seine Leute hätten einige Stunden Betruhe nötiger“; der Batterieführer erklärte, er habe „seine Geschütze zusammenhalten“ wollen.³⁷

Am Nachmittag erreichten die Spitzen der Roten Armee die Lippegegend. Eine besonders mutige Einheit fuhr mit einer Lokomotive und einigen Güterwagen auf die Lippebrücke zu. Die vor dem Drahthindernis aufgestellte MG-Gruppe ergriff sofort die Flucht, die an der Straße vor der Stadt aufgestellte Kompanie schloß sich an und riß ihrerseits weitere Mitglieder des Regiments 62 mit.³⁸ Kabisch schreibt: Soldaten und Sipo „stürmten das für heimkehrende deutsche Kriegsgefangene... eingerichtete Lager von Zivilkleidern, zogen bürgerliches Gewand an und flohen über den Rhein. Ein großer Teil der Zeitfreiwilligen aus Wesel verschwand spurlos. Düsseldorf-Zeitfreiwillige [die mit dem Regiment 61 gekommen waren] suchten unter Zurücklassung von Uniform, Waffen und Gepäck ebenfalls ihre Zuflucht auf dem linken Rheinufer. Sogar die Bagage einer Eskadron marschierte geschlossen zu den Belgiern, ihr führender Wachmeister rief dem Oberleutnant v. Stein [Kabischs Adjutant] auf seine erstaunte Frage zu: „Wir lassen uns nichts mehr vormachen, es ist alles aus!“³⁹ Nach einem Bericht des Bürogeheimers flohen auch zahlreiche wohlhabende Bürger zu den Belgiern.⁴⁰

In welcher Verfassung diese Flüchtlinge waren, konnte ein Mitarbeiter der großbürgerlichen „Kölnischen Zeitung“ beobachten, der an diesem Tage gerade auf der linken Rheinseite nach Wesel zu kommen strebte, um den erwarteten Kampf um die Stadt an Ort und Stelle zu erleben. Nach Anbruch der Nacht erreichte er einen Bauernhof etwa Wesel gegenüber. Wir zitieren aus seinem Bericht: „Sonderbare Gestalten tauchten in dem blassen Lichtschein der einzigen Kerze auf. Halb Soldaten, halb Zivil, verwundete und solche, die es zu sein vorgaben. Zwei Husaren wälzten sich stöhnend auf dem Stroh im Stall. Ein ganz kleiner Ulan weinte wie ein Kind und seine Augen waren voll des Grausigen, das sie in Hamborn und Dinslaken geschaut hatten. Das Haus hatte alle Nerven verloren und phantasierte nur von abgeschnittenen Hälsen, Ohren, Nasen, von zu Tode gemarterten Mädchen und von Spartakidenweibern, die auf kleinen struppigen Pferden ritten, mit fliegenden Haaren und in jeder Hand zwei Pistolen. Wesel sei von den Roten ge-

nommen und alle umliegenden Bauernhöfe auch. Nur die Weseler Zitadelle werde noch von einer kleinen Besatzung gehalten, die dort eingeschlossen und dem unabwehrbaren Spartakidentode geweiht sei.“⁴¹

Zurück nach Wesel. Um 16 Uhr erhielt General Kabisch in seinem Hotelzimmer einen Anruf aus dem Stabsquartier: „Die Roten sind in der Zitadelle.“ Kabisch: „Wer? Kommunisten aus der Stadt?“ „Nein, von der Roten Armee. Sie sind gedeckt am Rhein entlang gekommen.“ „Wie viel denn?“ „Etwa fünfzig Mann.“ „Nun, dann lassen Sie sie doch verhaften!“ Damit brach Kabisch das Gespräch ab: fünfzig Mann in der mit der Sipo belegten, als uneinnehmbar geltenden Zitadelle! — Adjutant v. Stein begab sich aus dem Stabsquartier zur Zitadelle. Die Sipo, berichtete er später, „standen oben auf dem Wall, schossen mit Maschinengewehren Visier 400 auf 1.200 Meter entfernte Weidenbäume und behaupteten, es seien vorgehende Schützen“. v. Stein brachte die Sipo zur Besinnung. Die Meldung von den fünfzig eingedrungene Roten stellte sich als Produkt der allgemeinen Panik heraus.

Inzwischen hatte das Stabsquartier General Kabisch erneut angerufen: Die Lage sei bedenklich. Kabisch befahl, das Freikorps Schulz zu alarmieren, und begab sich ins Stabsquartier. In einem Erinnerungsartikel schrieb er später: „Die Straßen waren mit Menschen gefüllt. An den Ecken verdächtige Gestalten, Männer und Weiber mit Säcken, Körben und Kisten, bereit zu plündern. Lastautos mit Sicherheitspolizisten in Zivil und Uniform, in Fahrt nach Norden (Holland) und Westen (besetztes Gebiet). Ein Strom von Flüchtigen strömte der Rheinbrücke zu... Am Geschäftszimmer die Bagagewagen des Abschnittskommandos angespannt. Im Geschäftszimmer der ganze Stab bis auf den Adjutanten... in Zivil versammelt. Auf dem Hofe der Bursche... mit gesattelten Pferden“.

Mittlerweile war der von bewaffneten Arbeitern besetzte Güterzug fast bis an den Stadtrand herangekommen, und in seinem Schutz waren weitere Rotgardisten-Einheiten gefolgt. Aber Kabischs letzter Rettungsanker, das Freikorps Schulz, hielt. Die Truppe besetzte Stadtrand und Bahnhof und nahm mit Maschinengewehren und zwei Sipo-Geschützen die herankommenden Rotgardisten unter Feuer. Kabisch begab sich zum Bahnhof, wobei er unterwegs psychologische Kriegführung übte: er benutzte kein Auto, um den Verdacht zu vermeiden, ebenfalls fliehen zu wollen, sondern schwang sich auf sein Pferd; er ritt im Schritt, in der Hauptstraße hielt er an, holte eine Zigarre hervor und ließ sich vom mitreitenden Adjutanten umständlich Feuer geben. Am Bahnhof meldete Major Schulz, „daß nördlich der Lippe sich kein Feind mehr rühre“. Die schwachen roten Kräfte, schrieb Kabisch später, „waren zurückgetrieben, soweit sie nicht tot auf den Wiesen lagen“. Anschließend inspizierte Kabisch das Regiment 61 und die angeschlossenen Sipo-Abteilungen östlich der Stadt. Hier hatte man vom Kampf an der Südfrent nichts bemerkt. Nur ein Befehl war gekommen, „alles solle sich im Notfall nach Norden durchschlagen“. Wer diesen Befehl gegeben hatte, konnte von Kabisch nicht mehr aufgeklärt werden.⁴²

Zu weiteren Kampfhandlungen kam es an diesem Tage nicht, sieht man von einem Vorfall in Buchholtwelmen ab. Eine kleine Rotgardisten-Einheit von sieben Mann entdeckte die Industriebücke (von ihrer Existenz hatten die Arbeiter wahrschein-

lich nichts gewußt) und versuchte, sie zu besetzen. Plötzlich bekam sie MG-Feuer vom nördlichen Lippeufer. Zwei Mann wurden verwundet, konnten aber noch 500 Meter zurückkriechen. Die anderen waren geflohen und benachrichtigten anscheinend niemand, so daß die beiden Verwundeten bis zum nächsten Morgen unverbunden liegenblieben.⁴³

Die Beschränkung auf den kleinen Vorstoß mit dem Güterzug war das Ergebnis einer ausdrücklichen Entscheidung in der Führung der Roten Armee. Die meisten Führer waren der Meinung gewesen, Wesel werde beim ersten Ansturm fallen, und hatten sich daher für einen sofortigen Großangriff ausgesprochen. Aber Müller hatte den gegenteiligen Ausschlag gegeben. Er, der schon in der Nacht entschieden hatte, daß die aus Dinslaken abziehenden Truppen nicht verfolgt werden sollten, hatte befürchtet, daß der Gegner die Rote Armee erst in die Stadt hineinkommen lassen und dann überrumpeln wolle.⁴⁴ Mit dieser Entscheidung war der Augenblick, in dem Wesel hätte erobert werden können, verpaßt.

Wir möchten uns nicht den Vorwurf billiger Beserwisseri zuziehen. Aber daß die Entscheidung Müllers falsch war, konnte auch damals, als sie getroffen wurde, erkannt werden. Die Arbeiter hatten in Wesel einen Gegner zusammengetrieben, wie er ihnen so zahlreich noch nirgends gegentübergestanden hatte (mindestens 4.000 Soldaten ohne die Zeitfreiwilligen, mindestens 2.000 Sipos).⁴⁵ Außerdem war der Festungscharakter Wesels bekannt, ein Vorteil, den Militär und Sipo noch in keiner Stadt gehabt hatten. Ein Sieg gegen diesen Gegner in dieser Stadt war nur zu erringen, wenn seine Demoralisierung, unter der er nach einer Kette von Niederlagen leiden mußte, schnell und entschlossen ausgenutzt wurde.

Wie sollte es am 24. März weitergehen? Ein Großangriff schied nach Müllers Entscheidung aus. Völlige Untätigkeit kam aber natürlich auch nicht in Frage. Die Führung entschied sich für einen Artillerieangriff auf die Stadt. Dessen Beginn sollte vorher mitgeteilt werden mit der Aufforderung an die Besatzung, die Stadt zu räumen; man hoffte, die Bevölkerung werde dann rechtzeitig in die Keller gehen und im übrigen Druck auf die Besatzung ausüben, sie solle die Stadt verlassen.⁴⁶ Außerdem entwickelte man weitgreifende Pläne, möglicherweise in Kontakt mit den Kampfleitungen in Dorsten und weiter östlich, mit denen seit dem Vortag Verbindung bestand: danach sollte Wesel von Osten her umfaßt, zumindest aber von der Verbindung mit Münster abgeschnitten werden.⁴⁷

General Kabisch auf der anderen Seite hatte nach der Panik vom Vortag die Verteidigung neu organisiert. Die wichtigste Änderung bestand darin, daß das Freikorps Schulz jetzt nicht mehr in Reserve lag, sondern den entscheidenden Abschnitt zwischen der Doppelbrücke über die Lippe bis zum Bahndamm am Südrand der Stadt zu halten hatte. Am 24. März traf endlich auch Artilleriemunition aus Münster ein, anscheinend auf dem Bahnweg Coesfeld-Borken-Bocholt, die von den Arbeitern noch nicht unterbrochen war. Die gesamte Artillerie wurde dem Artillerieführer des Freikorps Schulz unterstellt. Ein Geschütz wurde in der Nähe der Industriebrücke nördlich von Buchholtswelmen postiert.⁴⁸ Zwischen 7 und 9 Uhr machten in Buchholtswelmen liegende Rotgardisten, die aus Hünxe Verstärkung erhielten, den Versuch, die Industriebrücke zu erobern — ob

mit oder ohne Wissen und Zustimmung der obersten Kampfleitung, läßt sich nicht sagen. Nachdem sie vom Gegner, der hinter dem Damm auf dem nördlichen Lippeufer lag, Feuer erhalten hatten, brachten sie zwei Minenwerfer in Stellung und schossen über den Fluß. In starkem Gegenfeuer brachten sie dann ein Geschütz Zentimeter für Zentimeter bis nahe an die Brücke heran. Die damit abgefeuerten Geschosse explodierten jedoch nicht, sondern kamen nur als Eisenklumpen auf der Gegenseite an. Schließlich wurde zum Sturmangriff angetreten. Der Dorflehrer, der vom Dachumgang der Schule aus zuschaute, notierte: „So unsinnig ist wohl kaum jemals ein Angriff angesetzt worden. Die Stürmenden liefen in einen großen Lippebogen hinein, mußten zudem dauernd über offenes Gelände, das unter heftigstem Flankenfeuer lag. Auch die Artillerie [der Gegenseite] fand hier ein dankbares Ziel“. Zahlreiche Tote und Verwundete blieben liegen; die Zurückkehrenden machten einen „sehr niedergeschlagenen Eindruck“.⁴⁹

Gegen 10 Uhr rief die von Müller geführte oberste Kampfleitung den Bürgermeister von Wesel an und forderte ihn auf, sofort dafür zu sorgen, daß Militär und Sipo abzögen, andernfalls werde die Stadt ab 14 Uhr mit Artillerie beschossen. Der Bürgermeister antwortete, man möge sich an die Führung der Reichswehr selbst wenden.⁵⁰ In der Tat war der Bürgermeister ein völlig ungeeigneter Adressat des Ultimatus; die Zivilbehörden klagten später, sie seien während der Belagerung gänzlich einflußlos gewesen und hätten nicht einmal Lageinformationen von der Reichswehrführung erhalten.⁵¹ Um 11.30 Uhr erhielt das Stabsquartier eine telefonische Aufforderung zum Abzug; seine Antwort: „Wenn Ihr Wesel haben wollt, so nehmt es Euch!“⁵² Vier Geschütze hatte die Rote Armee in Stellung gebracht. Etwa um 16 Uhr wurde das Feuer eröffnet. Die Geschosse explodierten nur etwas häufiger als in Buchholtswelmen; die meisten kamen auch hier als Blindgänger an. Die Geschützführer hatten es unter anderem auf den Schornstein des Elektrizitätswerks abgesehen, von dem aus der Gegner den Aufmarsch der Roten Armee beobachten konnte; jedoch nur das Werk selbst erhielt einige Treffer und wurde durch sie stillgelegt. Auch Häuser wurden beschädigt. Wäre es dabei geblieben! Aber das Artilleriefeuer tötete bis zum nächsten Tag, an dem es fortgesetzt wurde, einen Menschen, verwundete acht weitere.⁵³ Die Bevölkerung war anscheinend von dem bevorstehenden Angriff weder vom Bürgermeister noch von der militärischen Führung informiert worden.

Die von der Führung der Arbeiter gehegte Hoffnung, die Bevölkerung werde einen nennenswerten Druck auf das Militär ausüben, war von vornherein verfehlt. Die Kampfleitung hätte nur einmal nüchtern zu bedenken brauchen, wie wenig die viel radikalere Arbeiterschaft von Essen von innen heraus gegen die viel weniger zahlreiche Sipo-Besatzung hatte ausrichten können. Die Arbeiterschaft von Wesel (überwiegend sozialdemokratisch und christlich organisiert) hatte unter dem Druck der militärischen Besatzung sogar auf die Bildung eines Aktionsausschusses gegen den Kapp-Putsch verzichtet.⁵⁴ Und dieser Druck hatte seit einigen Tagen noch zugenommen: die Sipo terrorisierte die Arbeiterschaft durch Verhaftungen (vorzugsweise nachts), Mißhandlungen der Verhafteten auf dem Transport und in der Zitadelle, wo sie gefangengehalten wurden, Haussuchungen usw.⁵⁵ So verursachte das Artilleriefeuer nur eine beträchtliche Aufregung unter der Bevölke-

Nachträge und Korrekturen zur 2. Auflage

An dieser Stelle folgte in der 1. Auflage des Bandes noch:

1. ein Erinnerungsbericht von Albert Nohl (Gummersbach) über den Kampf der Arbeiter gegen den Militärputsch im Oberbergischen Land,
 2. Ergänzungen zum 1. Band, und
 3. eine kurze Auseinandersetzung mit den Reaktionen auf den 1. Band.
- Die beiden letzteren Abschnitte gehören in eine Neuaufgabe des 1. Bandes, während der Erinnerungsbericht von Herrn Nohl inzwischen weitere Seitenstücke in Gestalt von Interviews bekommen hat und seitdem nicht mehr in dieser Weise herausgehoben zu werden braucht, sondern in einem Sammelband mit Erinnerungen von Teilnehmern und Augenzeugen des Aufstandes seinen Platz finden mußte. Er ist übrigens vor Jahren in einer etwas ausführlicheren Fassung nochmals veröffentlicht worden (Albert Nohl: Ruhr-Arbeiter siegten über den Putsch-General Kapp, in: die tat, Frankfurt/M., Nr. 10, 9. März 1974, S. 18).

Stattdessen hier nun einige Nachträge und Korrekturen zum Text. Die Seite, auf die ich mich beziehe, ist jeweils zu Beginn genannt, die genaue Stelle ist dann dort unschwer zu finden.

(S. 16, 43) Langensiepen war während des Krieges wegen Zugehörigkeit zur sozialistischen Jugend in Fürsorgeziehung genommen worden. „Die Intervention der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion befreite ihn und gab ihm die Möglichkeit, in die Niederlande zu emigrieren, wo er mit später bekannten Führern der Arbeiterbewegung zusammentraf (u.a. Pieck, Triebel, Ochel, Münster). Er geriet damals in den Verdacht, die Emigranten im Auftrag deutscher Behörden auszuspionieren, und wurde nach der Novemberrevolution mit derselben Begründung aus der KPD ausgeschlossen. Wegen seines auffälligen Verhaltens, das wiederum auf Spionagetätigkeit schließen ließ, wurde er am 29. März 1920 von Beauftragte des Aktionsausschusses verhaftet. Man fand bei ihm Spitzelberichte für Reichswehrstellen in Münster und angefeilte Geschosse; bei der Vernehmung durch den Leiter des Aktionsausschusses, Paul Sauerbrey, soll er dann zugegeben haben, im Auftrage der Bürgerräte zu spionieren. Diese bestritten seine Aussage zwar heftig, aber der letzte Brief Langensiepens an seine Eltern bestätigt den Spionageverdacht endgültig.“ — Mit der späteren Erschießung Langensiepens in Essen hatte der Barmer Aktionsausschuß — entgegen den Behauptungen in einer großen Kampagne der Bürgerräte — nichts zu tun. Gegen die mutmaßlichen Täter schwebte jahrelang ein Ermittlungsverfahren, das jedoch schließlich eingestellt werden mußte.¹

(S. 31) Auch in Mülheim wurde das Ausschankverbot für Alkohol nach wenigen Tagen wieder aufgehoben, jedoch mit der Einschränkung, daß „offensichtlich Betrunkenen... auch weiterhin kein Alkohol verabreicht werden“ dürfe.²

(S. 40-42) Lamp, dessen Ziel ein herrschaftsloser Sozialismus war,³ ist im Text zu negativ dargestellt. Was besagt schon, daß er ein „Einzelgänger“ war? Doch nur, daß er die trocken und engen Führer der Arbeiterparteien gegen sich hatte! Seine Aktivitäten wiesen durchaus in die richtige Richtung, und daß er nicht mit dem Kopf durch die Wand ging, bewies er mit dem Abbruch seiner Aktion. Wie sehr er den tödlichen Haß der Justiz auf sich gezogen hatte, ist im 3. Band, Seite 456 f. dargestellt.

rung, die natürlich die militärische Führung nicht im mindesten beeinflussen.⁵⁶ — In manchen Reichswehr- und Sipoeinheiten gab es noch einmal eine Panik, die aber mit der vom Vortag nicht zu vergleichen war.⁵⁷

Am Abend machten Rotgardisten-Einheiten den Versuch, wie am Vortag über die Doppelbrücke die Lippe zu überschreiten; sie scheiterten blutig.⁵⁸ Ob ihr Vorgehen von der obersten Kampfleitung gebilligt wurde, läßt sich auch hier nicht sagen. Sicher ist, daß die Arbeiter in den vorderen Stellungen einen mit allen Kräften vorgetragenen Angriff auf die Stadt forderten und die Konzeption ihrer Führung nicht verstanden.⁵⁹

Die östlich von Wesel stehende Reichswehr beschoß am Nachmittag mit schwerer Artillerie (Kaliber bis 21 cm) die Linien der Roten Armee. Anscheinend befanden sich die vorderen Stellungen der Arbeiter westlich von Schermbeck, d. h. Peddenberg war bereits wieder in der Hand der Reichswehr.⁶⁰ —

Am 24. März hatte die Rote Armee ihren Höhepunkt überschritten: nicht weil sie selbst schwächer geworden wäre, sondern weil sich der Gegner konsolidiert hatte. Die Führung der Roten Armee sah das allerdings anders — ein folgenschwächer Irrtum, wie noch zu zeigen sein wird.

In Essen ließ die örtliche Kampfleitung der Roten Armee um 22 Uhr durch Straßenredner bekanntgeben, Wesel sei gefallen, die Rote Armee sei in die Stadt eingezogen.⁶¹ Am nächsten Morgen verbreitete die Kampfleitung Mülheim dieselbe Meldung.⁶² Einen Lagebericht des Wehrkreiskommandos vom 25. März, aus dem hervorging, daß Wesel nach wie vor in der Hand der Reichswehr war, kommentierte das Essener KPD-Blatt mit der ironischen Frage: „Hat der kleine Luddendorff (gemeint war Watter) wirklich nichts davon gemerkt, daß die Roten in Wesel eingezogen sind?“⁶³ Das war ganz ähnlich wie die Meldung nach der Straßenschlacht von Duisburg und Hamborn, das Freikorps Schulz sei „aufgerieben“ (I, Seite 302) — Stoff für einen unbegründeten Siegesrausch, auf den ein umso härterer Rückschlag folgen mußte.

Isolation der Aufstandsbewegung gegenüber den anderen Regionen des Reiches, ihre Position auch im Ruhrgebiet selbst schwächer werdend — so lautet das bisherige Ergebnis der Untersuchung. Würden die aufständischen Arbeiter und ihre Führer die Veränderung der Lage rechtzeitig erkennen? Und wenn ja, welche Folgerungen würden sie daraus ziehen? Das sind die entscheidenden Fragen, die als nächste gestellt werden müssen.

(S. 52) Überhaupt die Geistlichen! Am 28. März erhielt der Vollzugsrat von Hüls die Mitteilung, der dortige Pfarr-Rektor Lammers sei trotz der vor Tagen ergangenen Aufforderung zur Waffenabgabe noch im Besitz von Waffen. Ausgesandte Mitglieder der Arbeiterverschutzkommission fanden bei Lammers dann in der Tat ein Gewehr und einen Revolver. Die Frage aus den Geistlichen, ob er Munition habe, wurde verneint. Die Arbeiter durchsuchten das Haus und fanden Gewehr- und Revolvermunition. Lammers „tat zunächst erstaunt, meinte jedoch schließlich: Man muß sich helfen, so gut es geht!“ Waffen und Munition wurden beschlagnahmt; im übrigen geschah Lammers nichts.⁴

(S. 59, nach *Ann.* 322) In der Nacht vom 28. zum 29. März legten Bewaffnete den Betrieb des örtlichen SPD-Blatts still und beschlagnahmten Zeitungspapier. Meinberg, . . . (S. 64) Der Frühling 1920: Eine Mülheimer Zeitung bemerkte, „seit Menschenalter“ sei es nicht mehr vorgekommen, daß die Obstbäume schon in der zweiten Märzhälfte in Blüte ständen.⁵ Ergänzend und ganz präzise eine dpa-Meldung vom 9.3.1977: „In Offenbach registrierte das Deutsche Wetteramt um 14.30 Uhr mit 19° einen neuen Wärmerekord für das erste Märdrittel seit Beginn regelmäßiger Wetteraufzeichnungen im Jahre 1857. Die bisherige Höchsttemperatur in diesem Zeitraum war am 6. März 1920 in Frankfurt/Main mit 18,9° gemessen worden“.

(S. 70) Ein weiterer namentlich bekannter Kampfleiter der Roten Armee — in der Übersichtsskizze nachzutragen — war Wilhelm Zaiser, Mitglied der Kampfleitung von Essen (vgl. Band 3, S. 459).

(S. 72) Nach einer anderen Quelle⁶ war Kuhn ein 22-jähriger junger Mann aus Gerolstein (Eifel). Die Herkunftsangabe mag zweifelhaft sein, die Altersangabe hat dagegen die größte Wahrscheinlichkeit gegenüber dem Text für sich (ich stützte mich dort auf ein 1967 geführtes Gespräch). Ein Otto Kuhn, geboren 1897, von Beruf Gärtner, nach der Revolution Mitglied des Roten Soldatenbundes, war an einer Revolte beteiligt, die sich am 18. und 19. Februar 1919 in Hanau abspielte, wofür er Ende Juni/Anfang Juli 1919 ebendort zu 27 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Ob er diese Strafe voll verbüßt hat, ist nicht zu ermitteln.⁷ Es könnte sich hier also um den Kampfleiter von Hünxe im März 1820 handeln.

(S. 78) Einen ähnlichen Aufruf richtete Kampfleiter Gräf in Haltern am 24. März an die ihm unterstellten Einheiten der Roten Armee. Darin hieß es: „Diejenigen Truppeneinheiten, welche sich gegen unsere selbstgewählte Disziplin vergehen, verdienen die größte Verachtung und scheiden als gebrandmarkt Leute aus unsern Reihen aus. Raub, Plünderungen und eigenmächtiges Requieren von Sachen jeder Art werden strengstens bestraft und, wenn es not tut, die Beteiligten standrechtlich erschossen. Sämtliche Kompanieführer und Truppenverbände dürfen nicht eigenmächtig in Aktion treten, sondern bekommen alle ihre Befehle vom Oberkommando Haltern. Wer als ehrlicher Kämpfer unserer Sache eintritt, wird die Anordnung voll anerkennen“.⁸

(S. 80) „Dem Karl Liebknecht haben wir's geschworen . . .“ Das schöpferische Element dieses Liedes war die Umdichtung des Soldatenliedes aus dem Weltkrieg. Jeder, der damals die Arbeiter und erst recht die mit ihnen ziehenden Frauen das Lied singen hörte, hörte das Original mit und empfand die 'gotteslästerliche' Pointe der Umdichtung. Wenn dagegen heute das Lied kommentarlos gesungen wird, etwa von Hannes Wader, hat es diese ursprüngliche Aussage und damit jeden Saft verloren, und übrigbleibt die

fragwürdige und meist gedankenlos konsumierte Aussage, man habe Karl Liebknecht et was geschworen und Rosa Luxemburg die Hand gereicht.

(S. 81-84) Die Schwächen dieses Abschnitts über die Frauen und Mädchen der Roten Armee hat Klaus Theweleit („Männerphantasien“) meisterhaft aufgedeckt. Seine entscheidenden Fragen sind: „Daß die Militärs mit ihren Gerüchten eine Verleumdungsabsicht verfolgten, ist zweifelsfrei, nur — vorausgesetzt, die Gerüchte trafen zu — worin bestände eigentlich die Verleumdung? Wäre der Kommunismus diskreditiert, wenn Prostituierte für seine Durchsetzung kämpften? . . . Wenn in einer solch fortgeschrittenen Klassenkampfsituation eine 'Hure' ihren Arbeitsplatz neu wählt und sich an gefährlicher und nützlicher Stelle zu den Kämpfenden begibt, könnte man darin nicht auch ein Stückchen konkreter Utopie sehen: wie schnell nämlich mit der Bourgeoisie auch die Prostitution unterginge? (Ohne administrative Auflösung von 'Eintrachtstraßen').“ Und zur Formulierung „eine dem Bürgertum eigene irrationale Hurenverachtung“ merkt er an: „Gibt es auch eine rationale Hurenverachtung?“⁹

Es gibt aufs neue zu denken, wenn Theweleit weiter schreibt: „Männer, die die Frauen fürchten, werden durch die Liebe 'geschwächt', das mag wohl sein. Andere würde die Liebe eher 'stärken', vor allem die Lust am Leben intensivieren; und wäre sie nicht womöglich ein besserer Helfer zum Sieg als die Lust am Sterben?“¹⁰ Was also war mit den Männern der Roten Ruharmee, wenn so viele von ihnen es ablehnten, in die Städte zurückzukehren, als die Aufstandsbewegung offenkundig ihren Höhepunkt überschritten hatte? (vgl. die Schlußfrage des 3. Bandes von „Märzrevolution“)

(S. 81 f.) Zur Wahrnehmung des Bürgertums sei noch angemerkt, daß die Frauen und Mädchen der Roten Armee nach einiger Zeit allgemein als „Karbolmäuschen“ bezeichnet wurden.¹¹ Es wäre wichtig zu wissen, ob dieser Ausdruck neu erfunden wurde oder ob damit bereits im Weltkrieg Lazarettschwestern bezeichnet worden waren.

(S. 86) Als Transportmittel sind ferner Pferdekarren zu nennen; vgl. das Foto im 3. Band, Seite 165. In Frontnähe wurden vielfach Bauern und Händler gezwungen, Nachschub- und Krankentransporte zu übernehmen, was für sie den Vorteil hatte, daß Pferd und Wagen ihrer Kontrolle blieben.

Autobesitzer klagten nach dem Aufstand, daß sie ihre Fahrzeuge in gänzlich ruiniertem Zustand wiederaufgefunden hätten. Sie bedachten dabei nicht, wie die Arbeiter im Kriege mit Autos umgegangen waren und daß das zu Zwecken der Kriegführung auch gar nicht anders sein konnte.

(S. 88) Die Waren, die in den Geschäften beschlagnahmt wurden, sollten vielleicht genauer bezeichnet werden. Außer Eßwaren (vor allem Brot) waren Fahrräder, rote Bänder (das Erkennungszeichen der Rotgardisten), Taschenlampen und Ferngläser sehr begehrte beim Zusammenbruch der Roten Armee wechselte dann das vorrangige Interesse ganz offenkundig, nämlich zu Kleidung und Schuhen, Rauchwaren und Alkohol, Geld und Wertgegenständen; darüber im 3. Band (S. 297 ff., 308 ff.).

(S. 92) Die Reichsbankstelle von Hörde zahlte am 3. April 75.000 Mark aus. Zu den genaueren Umständen dieser und anderer Zahlungen vgl. den 3. Band, S. 125, 184 f., 263 f., 309, 317-321.

(S. 102) Ebenfalls am 19. März teilte General v. Seeckt dem Reichskanzler mit, daß die Verminderung des Heeres auf 200.000 Mann zum 1. April, zu der Deutschland aufgrund

des Versailler Vertrages verpflichtet war, gestoppt werden müsse, „bis eine Klärung der Verhältnisse eingetreten ist“. Eine entsprechende Verfügung an die Kommandobehörden sei bereits ergangen, die westlichen Alliierten seien darüber informiert, und er bitte um nachträgliche Bestätigung durch das Kabinett in Stuttgart.¹²

(S. 126) Walcher forderte die USPD also zum Selbstmord als Parteiorganisation zugunsten der Revolution auf — ein ausgezeichnete Gedanke, nur innerlich unwahrhaftig und damit von vornherein unwirksam, weil er von einer anderen Parteiorganisation kam, die sich *als solche* davon Gewinn versprach und nicht daran dachte, zu „sterben auf daß die Revolution lebe“.

Dasselbe gilt für die anschließende Zusage einer „loyalen Opposition“ gegenüber einer ADGB-USP-Regierung. Die KPD sah ganz richtig, daß sich zwischen einer solchen Regierung und der bewaffneten Arbeiterschaft ein immer größer werdender Konflikt entwickeln würde, und in diesem Konflikt wollte sie sich eine Mittelstellung offenhalten. Wäre die KPD in die Regierung eingetreten — der einzig konsequente Schritt, wenn sie das Zustandekommen einer ADGB-USP-Regierung ernsthaft wünschte —, so hätte sich die Schere auch zwischen KPD und bewaffneter Arbeiterschaft geöffnet. Eben das aber wollte die KPD vermeiden — ein weiteres Moment der Unwahrhaftigkeit, unter der ihre Stellungnahme litt.

(S. 136 f.) Die politische Haltung der Generäle in Karlsruhe und Stuttgart ist noch immer zu günstig dargestellt, d.h. ihre Sympathie für den Kapp-Putsch war nach einer weiteren Quelle noch größer als im Text bezeichnet.¹³

(S. 180) Nachdem die Reichswehr in der Nacht vom 21. zum 22. März die Zechenkolonie Lohberg geräumt hatte, beschossen sich beide Seiten den ganzen Tag über aus ihren neuen Stellungen am westlichen Rand der Kolonie. Gegen 18 Uhr legte die Reichswehr von Wesel aus Artilleriefeuer auf Lohberg, das jedoch nur Sachschaden anrichtete.¹⁴

(S. 181 f.) Nach einer neu aufgefundenen Quelle fiel am Abend des 22. März in Dinslaken dicker Nebel.¹⁵ Das läßt das Zögern der Roten Armee beim Einmarsch in die Stadt um vieles verständlicher erscheinen.

1) Ulrich Klein/Klaus-Jürgen Scherer: Bürgerräte gegen die Arbeiterbewegung. Wentorf/Hamburg 1976, S. 24 f., sowie Mitteilung von Ulrich Klein an den Vf.

2) Blkm. d. AAes vom 23. März, in Mh Ztg, 1920-03-24.

3) Sauerbrey im RT, 26. Jan. 1921 — Sten. Berichte, Bd. 347, S. 2146.

4) Herwig, Kreisleiter der USP Recklinghausen, in Vtr, 1920-04-08, u. BASt = VZD, 1920-04-09.

5) Mh GA, 1920-03-29.

6) GA Ob, 1920-04-06.

7) Hartfried Krause: Revolution und Konterrevolution 1918/19 am Beispiel Hanau. Kronberg 1974, S. 153, 176.

8) Schaefer, S. 129.

9) Klaus Theweleit: Männerphantasien, Bd. 1, Frankfurt/M. 1977, S. 204 f.

10) S. 204.

11) Bu Ztg, 1920-04-27.

12) Vogt, S. 242 Anm. 6.

13) Vogt, S. 80 f.

14) Heinz van Kempen: Das dunkelste Kapitel aus der Lohberger Chronik (um 1930 veröffentlichter Zeitungsartikel, von Herrn Joachim Kersten in der Pfarrchronik von St. Marten, Lohberg, aufgefunden).

15) van Kempen, a.a.O.

Zu den Anmerkungen

Außer den Abkürzungen für die Zeitungen sowie für einige weitere Quellen, die im Quellen- und Literaturverzeichnis unter I. 2. 3. 5. und 6. zu ersehen sind, werden in den Anmerkungen folgende *Abkürzungen* verwendet:

- AA — Aktionsausschuß
- AAPA — Auswärtiges Amt, Bonn, Politisches Archiv
- Ab — Abendblatt
- abgedr. — abgedruckt
- AK — Armee-Korps
- Anl. — Anlage
- Anm. — Anmerkung
- a. o. — außerordentlich
- AR — Arbeiterrat
- AuSR — Arbeiter- und Soldatenrat
- BA — Bundesarchiv, Koblenz
- BA-MA — Bundesarchiv — Militärarchiv, Freiburg
- BK — Büro Kölpin (Aktenbestand im Staatsarchiv Münster)
- Blkm. — Bekanntmachung
- Bl. — Blatt
- ders. — derselbe
- Dksch. — Denkschrift
- ebd. — ebenda
- f. — für
- GK — Generalkommando
- GV — Generalversammlung
- i. A. — im Auftrag
- IZF — Institut für Zeitungsforschung, Dortmund
- Kr. — Kreis
- LV — Landesversammlung
- Mo — Morgenblatt
- MV — Mitgliederversammlung
- nachgedr. — nachgedruckt
- NL — Nachlaß
- NV — Nationalversammlung

OB — Oberbürgermeister
 öff. — öffentlich
 preuß. — preußisch
 Prot. — Protokoll
 prot. — protokollarisch
 Reg. — Regierung
 RJM — Reichsjustizministerium
 RT — Reichstag
 RW — Reichswehr
 RWM — Reichswehrministerium
 Sp. — Spalte
 SR — Soldatenrat
 STA — Staatsarchiv
 StA — Stadtarchiv
 STAD — Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Zweigarchiv Kalkum
 Stadtverw. — Stadtverwaltung
 STAM — Staatsarchiv Münster
 Stat. — Statistik
 sten. — stenographisch
 Stvv — Stadtverordnete
 Tf. — Telefonat
 Tg. — Telegramm
 u. ö. — und öfter
 VA — Vollzugsausschuß
 Vers. — Versammlung
 Vf. — Verfasser
 vorl. — vorläufig
 VR — Vollzugsrat
 VV — Vollversammlung
 Wk.kdo — Wehrkreiskommando
 ZK — Zentralkomitee
 ZR — Zentralrat

Zeitungen, Telegramme und Briefe werden zitiert mit aneinandergehängten Zahlen für Jahr, Monat und Tag; z. B. 1920-03-23 für 23. März 1920.

Anmerkungen

Anmerkungen zu Seite 9—13

1. Kapitel

1. Die Herrschaft der Vollzugsräte

- 1) Bkm. d. VRs Hervest-Dorsten / Holsterhausen, 25. März, in Dst VZ, 1920-03-26; Buer: zwei Sitzungen des AAes — R.w, 1920-03-19, u. Bu Ztg, 1920-03-22; Remscheid: Aufruf d. Aktionskomitees in BVst, 1920-03-22. In einem Bericht aus Düsseldorf vom 1. April heißt es: Die Mitglieder der Arbeiterwehr sind „sämtlich einwandfreie, unbestrafte Personen. Die Personalakten ... sind vorher genau geprüft“ (STAM: BK, vorl. Nr. 175).
- 2) Remscheid: Aufruf d. Aktionskomitees in BVst, 1920-03-22. Recklinghausen: Aufruf d. VAes, 20. März, in Rhs Ztg, 1920-03-22; Rhs VZ, 1920-03-22; Gaertner, Kapp-Putsch, S. 13. Essen: RE, 1920-03-20 (Notiz zum Aufruf des VRs: „Voraussetzung ist Zugehörigkeit zu einer revolutionären Parteiorganisation“). Bochum: Czappa in Vbl, 1920-04-23; STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 81. Dortmund: Volkswille, Münster, 1920-04-23.
- 3) h. s. (Hermann Salzmann) in VfrR, 1920-04-09.
- 4) R.w, 1920-03-19; Stvv-Vers. am 19. März — R.w, 1920-03-22; Stvv-Vers. am 26. oder 27. März — Bu Ztg, 1920-03-29.
- 5) Stvv-Vers. am 23. März — Bott VZ, 1920-03-24.
- 6) Lünen: Sitzung d. AAes, 19. März — StA Lünen; Abt. 16, Fach 147. Dorsten: Dst VZ, 1920-03-24. Düsseldorf: BA: R 43 I / 2716, Bl. 274; nach einem Bericht vom 1. April war die Arbeiterwehr zu diesem Zeitpunkt noch etwa 1000 Mann stark (STAM: BK, vorl. Nr. 175).
- 7) Aufruf d. Aktionskomitees in BVst, 1920-03-22.
- 8) Mülheim: Mh GA u. Mh Ztg, 1920-03-26; STAD: Reg. Düsseldorf, 15977. Oberhausen: R.wt, 1920-03-27 (ohne den letzten Satz).
- 9) Bkm. d. AAes, 18. März, in Hag Ztg (Mo) u. Wdt VZ, 1920-03-19.
- 10) Vereinbarung vom 19. März — Hag Ztg (Mo) u. VstH, 1920-03-20; Stvv-Vers. am 30. März — Wdt VZ, 1920-03-31.
- 11) Remscheider General-Anzeiger, 1920-03-27, nachgedr. in Dksch. RWM I, S. 33. Anl. 25; Remscheider Märzkämpfe, S. 38.
- 12) Bkm. d. VRs in RE, 1920-03-22; Orlopp in d. VV d. ARE, 30. März — AZE, 1920-03-31; vgl. Bericht von OB Luther f. d. Stadtverw. Essen, in AZE, 1920-04-10, u. ö.
- 13) Kam Ztg, 1920-03-26 (Versammlungsbericht u. Bkm. d. Kommission); Aufruf d. Kommission in Kam Ztg, 1920-04-08.
- 14) Dortmund: StA Dortmund: Do n 476 a, Bl. 1 f. Lünen: StA Lünen: Abt. 16, Fach 147.
- 15) Buer: Stvv-Vers. am 19. März — Bu Ztg, 1920-03-20, u. R.w, 1920-03-22; Stvv-Vers. am 26. oder 27. März — Bu Ztg, 1920-03-29, Bottrop; Stvv-Vers. am 23. März — Bott VZ, 1920-03-24. In Datteln ordnete der Vollzugsrat Bezahlung durch die Unternehmer an, setzte jedoch hinzu, daß das Geld „vorläufig“ von der Amtsverwaltung ausgezahlt werde (Datt Anz, 1920-03-20); die Unternehmer dürften wohl kaum der Amtsverwaltung das Geld erstattet haben.
- 16) Stellung der KPD, S. 497; Arch. Forsch., II, S. 793; Spethmann, S. 166.
- 17) STAM: Kr. Hattingen, Landratsamt 171.
- 18) Spethmann, S. 218 f.
- 19) Amtsarchiv Unna-Kamen: Registratur A, Abt. N, Fach I, Nr. 12.
- 20) VstH, 1920-03-17.
- 21) Aufruf d. Aktionskomitees in BVst, 1920-03-22.
- 22) Bericht von Schiller im Gewerkschaftskartell, 23. März — Ob Vst, 1920-03-24.
- 23) RuR-Ztg, Nr. 141, 1920-03-25.
- 24) Bkm. d. VRs in Do GA, Nr. 80, 1920-03-20; Do GA, Nr. 81, 1920-03-20; Volkswille, Münster, 1920-04-23.
- 25) Bkm. d. VRs in Do GA, 1920-03-26.
- 26) Bkm. d. VRs in RE u. RhW Ztg, Nr. 212, 1920-03-27.
- 27) Bkm. d. VRs in Mh GA u. Mh Ztg, 1920-03-28; vgl. StA Mülheim: 10-59, 11-1, Bl. 87 Einlage.
- 28) Barmen: GA E-Ba, 1920-03-24. Mo. Elberfeld: Busch in d. Vers. d. Betriebsausschüsse u. Vertrauensleute, 22. März — FPE, 1920-03-23.
- 29) Recklinghausen: Aufruf d. VAes, 22. März, in Rhs Ztg; Rhs VZ, VfrR, 1920-03-23; Gaertner, Recklinghausen, S. 2. Sterkrade: R.wt, 1920-03-21. Vohwinkel: StA Wuppertal: Vohwinkel S XI,